

Kürbiskern

B 20094 F

- Wolf Brannasky*: Gemeinsam sind wir stärker
W. Körner: Christine und die Menschenfresser
Ludwig Fischer: Gedichte
Arthur Troppmann: Gedichte
Peter Schütt: Kampnagel lehrt euch —
Uwe Timm: Gedichte
K. Richter, F. Deppert, J.P. Stössel: Warum schreiben?
Hannes Stütz: Wozu noch Literatur?
Dieter Süverkriüp: Rede nach meiner Beerdigung
C. Schellemann: Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?
Erasmus Schöfer: Demokratisierung der Künste
Jiří Hájek: Der Weg aus der Krise — (I)
M. Wekwerth: Der Künstler im Klassenkampf —
Martin Walser: Rede an eine Mehrheit
Friedrich Hitzer: Zur Kampfansage der Reaktion
Kurt Hirsch: Kurz-Geschichte der Vorbeugehaft
W. Fritzsche: Intellektuelle der Bayer. Revolution
F. J. Degenhardt: Rat an einen jungen Sozialisten —
Protokoll: Marxisten in der Bundeswehr

kürbiskern

Literatur und Kritik

Herausgegeben von
Friedrich Hitler, Hannes Stütz, Manfred Vosz

kürbiskern, Zeitschrift für Literatur und Kritik. Verlegt von Hannes Stütz und Manfred Vosz (GBR). Herausgegeben von Friedrich Hitler (verantw.), Hannes Stütz, Manfred Vosz. Verantwortlich für den Inhalt: Die Herausgeber. Erscheinungsweise vierteljährlich (März, Juni, September, Dezember). Einzelheft DM 4,80, Jahresabonnement DM 16,— zuzüglich Porto. Bestellungen über den Buchhandel oder direkt bei Verlag und Redaktion: 8 München 22, Maximilianstraße 10. Telefon 29 06 90. Druck: F. C. Mayer, 8 München 23, Kunigundenstraße 19. © Copyright kürbiskern. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten. Postscheckkonto München 333 81. Deutsche Bank Filiale Maximilianstraße, Konto Nr. 40/39392. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Umschlagentwurf: Manfred Vosz.

Damnitz Verlag München

Wolf Brannasky

GEMEINSAM SIND WIR STÄRKER

Gemeinsam sind wir stärker
Mach mit, sonst hat im Nu
die Reaktion die Oberhand
Zum Klassenkampf in Westdeutschland,
mein Freund, da fehlst noch Du

Wir brauchen Deine freie Zeit,
die Du mit Recht genießt,
denn unsre Gegner schlafen nicht,
die ham ein Lachen im Gesicht,
wenn Du so kleinlaut bist

Der Herr Direktor (heißt es) soll
ab heut Dein Partner sein
„Ich zahle, und Du schaffst für mich“,
meint er, und lachend haut er Dich
in seine Pfannen rein

Gemeinsam sind wir stärker
Mach mit, sonst hat im Nu
die Reaktion die Oberhand
Zum Klassenkampf in Westdeutschland,
mein Freund, da fehlst noch Du

Nun sag nicht, Du seist viel zu jung
für hohe Politik
Für die Fabrikherrn bist Du gut,
die brauchen grad Dein junges Blut
für ihren nächsten Krieg

Drum geh in die Armee und schau,
wo man da agitiert
Beim Drill, im Hof, im Speisesaal
mach klar wohin im Notstandsfall
von Euch geschossen wird

Gemeinsam sind wir stärker
Mach mit, sonst hat im Nu
die Reaktion die Oberhand
Zum Klassenkampf in Westdeutschland,
mein Freund, da fehlst noch Du

Wenn Du die rote Fahne hast
und ein Faschist Dich tritt,
dann kämpf für Leuna und Berlin,
und Marx und Engels und Lenin
und unsre Toten mit

Und schaff sie her, die neue Zeit,
die in den Gassen sprießt,
denn unsre Gegner schaffens nicht
die ham ein Staunen im Gesicht,
wenn Du so mächtig bist

Gemeinsam sind wir stärker
Mach mit, sonst hat im Nu
die Reaktion die Oberhand
Zum Klassenkampf in Westdeutschland,
mein Freund, da fehlst noch Du

Wolfgang Körner
Christine und die Menschenfresser

Der Monolog der Christine G. ist ein bearbeitetes Tonbandprotokoll, also genau so wenig „Literatur“, wie die bearbeitete Rede eines Jugend-, Arbeits- oder Sozialministers oder die Ausführungen eines Fabrikeigentümers über leichte Fließbandarbeit weiblicher Jugendlicher.

W. K.

Gerade hab ich wieder eine Panzerfaust verpaßt bekommen, so heißen hier die Spritzen, die einem die Pflegerinnen geben, wenn man aufgekratzt ist und laut spricht oder in der Station 'rumläuft. Ich mag ja eigentlich die Spritzen nicht, weil danach immer das Gesicht anschwillt, aber die Spritzen sind immer noch besser, als Prügel von den Pflegerinnen, die es immer gab, bevor der neue Assistenzarzt auf die Station kam. Ich war ihm richtig dankbar, als er verbot, mich zu schlagen. Ein paar Nächte später bin ich zu ihm in's Arztzimmer gegangen und wollt' mich revanchieren, aber da hat er mich angebrüllt. „Du bist wohl wahnsinnig“, hat er gesagt, „wenn das 'rauskommt, bin ich meine Stellung los und komme obendrein ins Gefängnis!“ Dabei bin ich gar nicht krank und die anderen, die was mit mir gehabt haben, sind auch nicht in 'n Knast gekommen, nicht 'mal der Mayer, obwohl ich da erst fünfzehn war. Da war ich zwei Monate auf der Fabrik.

Eigentlich hätte ich ja lieber einen richtigen Beruf gelernt, aber mein Vater hat davon nichts wissen wollen. „Ist doch Quatsch“, hat er gesagt, „erstmal verdient man während der Lehre nichts und überhaupt, was soll's, wenn du ausgelernt hast, heiratest du womöglich und wir haben gar nichts von dir. Was meinst du, was du uns schon für Geld gekostet hast. Mutter war ja auch auf der Fabrik.“ Damit war der Fall für mich erledigt. Am nächsten Ersten fing ich an. Heute ist mir ja klar, weshalb ich gleich richtig arbeiten mußte. Vater hatte damals dauernd Kurzarbeit und den Wagen mußte er auch noch abzahlen und Mutter hatte die Putzstelle aufgegeben, weil sie es nicht mehr schaffte, auch noch bei anderen Leuten sauber zu machen. Aber darauf bin ich damals nicht gekommen. Ich hab' nicht weiter d'rüber nachgedacht. War auch nicht schlecht auf der Fabrik. Die Arbeit war leicht. Wir bauten Radios zusammen und ich hatte so kleine

Transistoren an Drähte zu löten. Nach vierzehn Tagen hatt' ich den Bogen 'raus, ich brauchte nicht mal mehr nachzudenken, wenn ich arbeitete. Die anderen Frauen waren alle älter und prima Kameraden. Da kann ich nichts Nachteiliges sagen. Bei der Arbeit erzählten sie immer, was sie so erlebten. Eine hatte einen Mann, der war nicht ganz richtig, weil er versehentlich einen Eierstock mitgekriegt hatte. Wenn er irgendwo Unterwäsche auf 'ner Leine sah, hat er sie immer geklaut, weil's Frauenunterwäsche war. Wir haben uns immer halbtot gelacht, wenn seine Frau davon erzählte. Ein paar Wochen später bin ich das erste Mal von zu Hause abgehaun.

Ich hatte gerade Lohn gekriegt, und da wollte ich mir ein Kleid kaufen und ein paar Stiefel, die gerade modern waren und anstelle einfach in 'n Kaufhaus zu gehen, hab' ich vorher zu Hause gefragt. Mutter war einverstanden, aber der Alte hat sich angestellt, als ob es sein Geld wäre. „Ist doch Quatsch“, hat er gesagt, „wir hatten sowas auch nicht, als wir jung waren!“ Als ich so alt war, wie du jetzt bist, mußte ich um Fünf 'raus und zwölf Kilometer zu Fuß zur Zeche gehen. Nicht 'mal 'n Fahrrad hatt' ich gehabt!“ Ich bin patzig geworden und da hat er mich mit dem Teppichklopfer verdroschen, wie er es immer mit Mutter gemacht hat, als sie noch jünger war, wenn sie nicht richtig spürte. Keinen Ton hat er gehört, als er mich verdrosch. Als er fertig war, bin ich auf mein Zimmer gegangen und hab' gewartet, bis die Alten eingeschlafen waren. Ich hab' mich leise angezogen, hab' meine Handtasche genommen und bin in die Stadt gegangen. Ich hatte gar nichts Bestimmtes vor. Nur weg wollt' ich.

Ich gehe also in Gedanken in die Hochofenstraße, plötzlich hält 'n Wagen neben mir. Der Fahrer kurbelt das Fenster 'runter und fragt, ob ich nicht'n gutes Tanzlokal in der Stadt wüßte. „Da gibt's 'ne Menge hier“, sage ich, „aber sind alles Neppläden!“ Er hat gelacht und gesagt, daß ich richtig wäre. Ob ich nicht Lust hätte, mitzufahren. Erst wollt' ich ja nicht, aber dann bin ich eingestiegen. War doch kein Leben sowsas. Tag für Tag Transistoren löten, nicht 'mal 'n Kleid und 'n paar Stiefel und die anderen erlebten ja auch immer was. Der Mayer ist mit mir in 'ne richtige Bar gefahren, ich hab' mich großartig gefühlt. Als wir 'n paar Mal getanzt hatten, hab' ich ihm gesagt, daß ich von zu Hause weg bin. „Trifft sich ausgezeichnet“, hat er gesagt, „ich hab' 'n großes Haus, da kannst du die erste Zeit bei mir wohnen!“ Ich hab's geglaubt und bin mitgefahren und dann hat er mich besoffen gemacht, damit ich nicht merke was lief.

Als ich am Morgen aufwache, weiß ich gar nicht, wo ich bin. Ich bin blutig, wie ein Schwein und neben mir liegt 'n fremder Mann und schnarcht. Da hab' ich leise geheult und davon ist er wach geworden. „Zieh' dich schnell an“, hat er gesagt, „meine Frau ist verreist, du willst mir doch keinen Ärger machen!“ 'Nen Fünfzigmarkschein hat er mir gegeben, ich hab' 'n Streichholz genommen und das Geld vor seinen Augen angezündet. Da war er vielleicht platt. Dann hab' ich mich angezogen, dem Mayer zum Abschied ins Gesicht gespuckt und mich gegenüber von seinem Haus auf 'ne Bank gesetzt, weil ich sehen wollte, wie seine Frau

aussicht. Aber die kam nicht. Nur der Mayer kam nach zwei Stunden pfeifend aus dem Haus und ist zur Garage gegangen. Ob er mich mit in die Stadt nehmen soll, hat er noch gefragt, aber ich hab' ihm gar keine Antwort gegeben und bin mit der Straßenbahn in die Fabrik gefahren. Heut' werde ich den anderen 'mal was erzählen, hab' ich in der Straßenbahn gedacht, aber die haben mich gar nicht mehr in den Saal gelassen, wo die anderen arbeiteten.

„Unser Betrieb muß sich auf jeden verlassen können“, hat der Mann im Büro gesagt, „Bummelanten bringen den ganzen Arbeitsablauf durcheinander, das wird uns zu teuer!“

Nach Hause hab' ich mich nicht getraut. Erst bin ich in der Stadt spazieren gegangen und als ich müde war, hab' ich mich in den Bahnhofswartesaal gesetzt. Wie ich da sitze und 'ne Tasse Kaffee trinke, kommt 'n Mann auf mich zu. „Na, da haben wir dich ja!“ sagt er und geht zum Telefon, 'nen Funkwagen rufen. Auf dem Revier wartete meine Mutter schon. Eine Fürsorgerin war auch da, aber die hatte nicht 'mal 'ne Zigarette für mich. „Das Kind ist für die Fabrik viel zu sensibel“, hat sie gesagt, aber Mutter hat darauf nicht 'mal geantwortet. Was sollte sie auch sagen. Vater hat mir am nächsten Tag 'ne neue Stelle besorgt. In 'ner Keksfabrik als Packerin. Ich hätte es nicht anders gewollt, hat er gesagt. An die Keksfabrik hatte ich mich bald gewöhnt. Dort gab's bei der Arbeit sogar Musik. Alle Viertelstunde gab's 'ne Viertelstunde aus dem Lautsprecher, damit man bei der Arbeit nicht einschläft. Die anderen in der Packerei haben mich immer Prinzessin genannt. „Würdest du mal so gut sein, neue Kartons zu holen, Prinzessin“, haben sie immer gesagt. Durch die Kolleginnen lernte ich auch den Fürsten kennen. „Prinzessin“, sagten sie an einem Freitag, „morgen ist 'ne Fete beim Fürsten. Willst du nicht mitkommen?“ Ich hatte nichts vor und bin hingegangen. Aber der Fürst war gar kein richtiger Fürst, sondern bloß Textilkaufmann. Aber 'ne Menge Moos muß er gehabt haben, sein ganzes Haus war mit dicken Teppichen ausgelegt. Andere Männer waren auch da und wir haben getanzt und getrunken und dann spielten wir ein Spiel, das hieß Karussell der Liebe, aber das hatte mit Liebe nichts zu tun. Ich wollte mich nicht ausziehen, aber da haben die anderen mit mir geschimpft. Ich sollte kein Spielverderber sein, haben sie gesagt, und da hab' ich mitgemacht. Schließlich haben die Kolleginnen auch immer mit angefaßt, wenn mir 'mal 'ne Arbeit zu schwer war. Der Fürst hat Blitzlichtfotos gemacht, aber da war ich Gott sei Dank nicht mit drauf. Die Bilder haben nachher auf dem Tisch vom Richter gelegen, als der Fürst aufgeflogen war. Zwei Monate später hat mich die Keksfabrik entlassen. Ich hab' mir nichts zuschulden kommen lassen, aber die Fabrik mußte Personal einsparen und da haben sie bei den Jüngeren angefangen, weil die am leichtesten 'was anderes fanden. Ich bin in 'ne Gummistiefelfabrik gegangen.

War 'ne widerliche Arbeit. Ich hatt' den ganzen Tag Gummisohlen anzukleben. Nebenan haben Männer vulkanisiert und das stank wie die Pest. Das Klebezeug hab' ich noch an den Händen gehabt, wenn ich längst zu Hause war, das kriegte

man mit nichts von den Fingern, jeder merkte gleich, daß ich auf der Fabrik arbeite, wenn ich ihm die Hand gab. Dem Dieter war das egal. Als ich Dieter kennenlernte, da war ich schon sechzehn. Einmal waren wir tanzen und der Dieter hat mich nach Hause gebracht, da hat uns mein Vater gesehen und 'n Mordsterror gemacht. „Lassen Sie meine Tochter in Ruhe, die ist noch viel zu jung, um an so-was zu denken!“ Dieter hat sich entschuldigt, weil er mit Vater zusammen auf der gleichen Zeche arbeitete. Dabei war gar nichts zwischen uns. Drinnen hab' ich Dresche gekriegt. Ich hätt' mich mit sechzehn nicht mit Männern 'rumzutreiben, hat Vater gesagt. Am nächsten Tag bin ich wieder abgehau'n.

Diesmal wollt' ich ganz weg aus der Stadt, 'raus aus dem Kohlenpott. Ich bin 'rauf zur Autobahn und dort hat mich 'n Vertreter mit nach Hamburg genommen. Ist 'ne dolle Stadt. Ich hab' drei Tage auf 'ner Bank in 'Planten und Bloomen' gepennt, weil ich kein Geld hatte und dann fand ich 'ne Anzeige in 'ner Zeitung. Serviererinnen gesucht. Nun war die Zeitung schon drei Wochen alt, aber ich denk, hingehen und 'mal fragen, das kostet nichts. Ich frag' also und hab' Schwein, die nehmen mich. Ich hatt' nichts zu tun. Nur im Lokal 'rumsitzen, und sich von den Gästen einladen lassen, damit mehr getrunken wird. Daß ich sechzehn war, durfte ich keinem sagen, hat mir der Mann, dem der Laden gehörte gleich klargemacht. „Klar“, sag' ich, „wenn mich jemand fragt, bin ich achtzehn und wenn die Polente kommt und mich mitnimmt, sag' ich, ich bin nur zum Tanzen hier. Ganz privat.“ In dem Laden braucht' ich mich um nichts zu kümmern. Lohnstreifen wie auf der Fabrik gab's nicht, ich wohnte gleich gegenüber vom Lokal und die Miete wurde gleich von dem Geld bezahlt, das ich verdiente. Ging zwei Monate gut, dann kommt 'n Gast in die Bar und fragt, ob ich 'n Augenblick Zeit habe. Ich seh' den Mixer an und der nickt und da geh' ich mit dem Gast an den Tisch und da ist es kein Gast, sondern einer von der Kripo, und der sagt mir in 's Gesicht, wie ich heiße und daß ich abgehauen bin. Ich war so fertig, ich hab' genickt. Nur daß ich in der Bar arbeite, das hab' ich nicht zugegeben. Naja, er hat mich mitgenommen und in ein Heim gebracht, da konnte ich nicht weg, weil alles abgeschlossen war. Nach vierzehn Tagen haben sie mich nach Duisburg abgeschoben. Wie 'ne Zuchthäuslerin. Die Fürsorgerin ließ mich nicht aus den Augen. Vater kam gleich am nächsten Tag ins Heim und hat schrecklich getobt, weil ich die ganze Zeit nichts abgegeben hatte und die Autofinanzierung geplatzt war. Aus dem Heim wollten sie mich nicht 'rauslassen, aber Vater hat gesagt, ich wäre zum ersten Male abgehau'n und er hätte schließlich das Sorgerecht. Da konnten die nichts machen und ich kam wieder in die Fabrik. Zündpills anschweißen. Nach drei Monaten hatte ich Spaltenakkord und konnte bei der Arbeit träumen. Irgendwann, hab ich immer geträumt, kommt ein doller Mann und sieht mich Zündpills anschweißen und dann sagt er, Christine, für diese Arbeit sind Sie viel zu schade und dann nimmt er mich mit. Aber der schicke Mann kam nie, nur immer der Meister und der sagte, den Ausschuß würde er mir vom Lohn abziehen. Aber ich fabrizierte selten Ausschuß. Vielleicht war er

deshalb immer so grantig zu mir. Die anderen haben vor ihm immer gezittert, mir konnte er nichts. Schließlich hat er mich so tyrannisiert, also ich konnte ihn nicht mehr sehen und bin wieder weg. Diesmal ging's nach Frankfurt. Per Chevrolet. Ich steh' auf der Autobahn und putze die Leitplanke, kommt 'n Ami und nimmt mich mit. In Frankfurt, gleich hinter der Abfahrt, fragt er, wo er mich absetzen soll. Ich sag, ich weiß nicht und da hat er mich zu 'ner Amifamilie gebracht, die suchten gerade jemanden für den Haushalt. Dort hatt' ich's prima. In der Küche hatten sie Maschinen und ich konnte den ganzen Tag mit der kleinen Caroline spazieren gehen. Wenn ich mit ihr im Park spielte, hab' ich alles vergessen, manchmal sogar den Mayer, mit dem der ganze Mist anfing.

Eines Nachmittags komme ich nach Hause, sitzt der Ami da und flennt und seine Frau nimmt mir das Kind vom Arm und flennt auch. Ich frag', was los ist, und da sagt der Ami, daß er ab nach Vietnam muß, die Farbigen kämen zuerst an die Front. Naja. Ich bin noch 'n Monat dageblieben und dann hab' ich sie zum Flugplatz gebracht. Erst ihn, dann sie und das Kind. Da stand ich wieder auf der Straße. Aber so langsam kriegte ich den Dreh 'raus. Ich hab' mir 'ne billige Pension gesucht, draußen in Eschersheim, wo die Amis sind und bald drauf hatt' ich wieder 'nen Job. Als Serviererin. War die alte Chose, nach Dienst war ich nichts weiter als 'ne Offiziersmatratze. Einmal war ich auf 'ner Fete, da hab' ich Hasch geraucht. „Probier mal“, sagte 'n GI, „davon wird man glücklich!“ — „Ehrlich“, sagte ich, „dann gib her!“ Aber das war gelogen. Man kriegte so 'n Gefühl, als ob man fliegt und man merkte nicht, wenn sie über einen stiegen. Das war alles. Wenn ich nicht mitgemacht hätte, wär' ich 'rausgeflogen. Lang' hat's ohnehin nicht gedauert, nach zwei Monaten hat mich die Polente nachts aus der Pension geholt. Ich hatt' dem Alten, dem das Haus gehörte, sowieso nie über den Weg getraut. Einmal ist er abends, als ich in der Wanne saß, mit 'nem Vierkant in's Bad gekommen und hat was von mir gewollt. Ich hab' gesagt, ich schreie, wenn er nicht sofort verschwindet. Vielleicht hat er deshalb den Bullen 'nen Tip gegeben. Als ich wieder in Duisburg war, wollt' mich mein Alter wieder 'raus holen, aber diesmal haben die vom Jugendamt nicht mitgemacht. „Wir besorgen uns erst ein Gutachten, vielleicht ist das Mädchen krank!“ Der Arzt hat mich untersucht und war ganz erstaunt, weil ich keinen Tripper hatte. „Dann komm' ich also raus?“ fragte ich. Der Arzt schüttelte den Kopf. „Du hast wahrscheinlich 'ne Jugendschizophrenie, wir müssen dich erstmal beobachten!“ Ich hab' gelacht. „Wenn ich nicht normal bin“, hab' ich gesagt, „dann sind Sie auch bescheuert!“ Daß ich in die Klapsmühle kam, das war mir egal. Besser, als in die Fabrik, hab' ich gedacht, dort hast du erstmal Ruhe! Aber damit war nichts. Die haben mich in 'nen Saal gelegt, da waren welche, die tobten den ganzen Tag und die ganze Nacht. Kein Auge konnte man zukriegen. In der ersten Nacht bin ich in's Schwesternzimmer und hab' gesagt, ich will nach Hause, hier kann man nicht schlafen! Die Schwester hat gar nichts gesagt und 'ne zweite gerufen und die haben mich verdroschen, dagegen waren die Prügel meines Alten ein Vergnügen.“

gen. Drei Tage später, das Essen wurde gerade verteilt, da bin ich ganz leise raus aus dem Zimmer, dann 'raus aus dem Haus. Die hatten scheinbar gar nicht damit gerechnet, weil sie mir doch alle Sachen weggenommen hatten und ich nur 'n gestreiftes Nachthemd anhatte. Damit wär' ich nicht weit gekommen. Nun bin ich ja nicht blöd. Ich hab' mich im Park versteckt, bis es dunkel war und dann bin ich ab über die Felder nach Hause. Der Alte hat dumm geguckt, als ich vor der Tür stand. „Hör' zu“, sagte ich, „ich hau nie wieder ab. Ich will auch gern wieder in die Fabrik. Nur sorg' dafür, daß ich nicht wieder in die Klapsmühle komme!“ Der Alte hat genickt. „Nun leg dich mal schön hin!“ Wie ich am nächsten Morgen aufwache, warten schon zwei Pfleger in der Küche. Ich will durch's Fenster, aber die erwischen mich und halten mich fest. „Reg dich nicht auf“, sagt der Alte, und Mutter sagt, ich würde kaputtgehen, wenn ich nicht behandelt würde. Da hab' ich ganz laut gelacht. „Kaputt“, hab' ich gesagt, „war ich schon, als ich geboren wurde!“

Ludwig Fischer
Gedichte

Aufrechter Gang, konkrete Utopie
Ernst Bloch

Beugt euch tief hinunter,
kostet vom Stein. Es schürft die Lippen auf,
die Zunge liegt still.
Ein winziger Sprung in den Zähnen.

Kalte Brocken, die euch wieder entfallen;
nichts werdet ihr aufbewahren im verknoteten Tuch.

Hört ihr? Es klingt.
Ihr werdet es wiedererkennen,
wenn ihr endlich die eingegrabene Schwelle küsst:
Alles ist verwest zu einer gemeinsamen Stimme
seit langem, kein Kristall
wächst neuerlich im knöchernen Hohlraum.

Aber ihr geht aufrecht,
ihr steht euch gegenüber in Rufweite.

Dasselbe Wort so oft hintereinander geschrien
auf eure verletzliche Haut.
Zerschlissene Fäden gespannt,
etwas Blut ist im Speichel zu schmecken.

Bückt euch nicht,
nehmt nicht den Stein aus der Erde,

es klingt nie mehr, es ist nie mehr dasselbe Wort.

Zwei Lippen öffnen sich an der Stirn.
Fragt schnell, jemand gleitet über die Schwelle.

Wer von euch wird zuletzt in Wurfweite stehen
und schweigend mit erdigen Fingern
das Tuch aufknoten für die übrigen?

Der Stein fällt vom zerschundenen Mund
und antwortet für den Toten:

Wir essen alle vom gleichen Brot
seit langem, wir sintern tief ein.
Die geschwärzten Zähne könnt ihr wiedererkennen.

Ihr geht aufrecht,
wir hören euch. Legt die Brocken wieder auf die Zunge,
sie schmecken nach Blut.

Der Mann kehrt zurück unter vertauschten Wolken,
winkt von weitem, ruft.
Das Gesicht hinter Fensterglas zu erkennen;
näher, noch näher: nie gesehene,
zitternde Falten am Auge. Sie sind alt.
Wer soll es sein?

Sorgfältig binde ich die Schuhe,
richte mich auf, atme tief die feuchte Luft ein.
An der Tür fahre ich mit dem Finger über die Wange:
Verräter. Ich bleibe.

Von hier aus: Schnee, eine dünne Schicht nur,
ebnet die Gegend ein.

Leere Bücher, ich glätte die Seiten.
Frierend schreibe ich Zeile an Zeile, hauche darüber.
Kein Rascheln, die Spuren vermehren sich nicht.

Den Schnee weht es hoch auf,
das Land zerstäubt, woher noch —

In die Kälte kommst du, spät.

Das Laken, zusammengeschoben.
Du krümmst dich wimmernd an mir.

Atemlos, ich steh, war ich fort, ich hier?
Es hat aufgeklart.

Das Kind wächst dort heran, ruft;
ich will hingehen und antworten:

Der Schneesturm, überall war es zugleich, brausend.
Aber laß mich das Gesicht ansehen.

Artur Troppmann
Gedichte

ARBEITER

Mein Feierabend
ist fünf Biere breit
zwölf Zigaretten hoch
und vierzehn Witze lang

Mein Arbeitstag
hat viertausend Steine
ist sechs Fuhren Riesel schwer
und freitags
eine Tüte tief:

drin steht
ich hätt
sonst nichts
verdient

ES WAR NICHT SCHLIMM

26 Stufen
zum Umkleidespind
59 Schritte
zur Schneid-Maschine
Begegnung auf dem Weg
Rußträger-Augen
grußlos
Geruch von Gummi
eines Tages

schlugen 5 Kilo Gummi ein
rechts neben dem Auge
Betriebsunfall
es war nicht schlimm
er mußte sich nur erbrechen
blieb 14 Tage zu Hause
danach sprach er weniger
er war sehr blaß
„Es ist nur“
sagte er einmal
„Wir haben was abzuzahlen“
er sagte:
„Das Wetter
dieses blöde Wetter“

ICH

bin ich
mit Maschinen
länger zusammen
als mit meiner Frau

hab ich
Werkstücke
länger in Händen
als meine Kinder

versteh ich
von Metall mehr
als von Menschen

SPIELEN

Die Kinder spielen erschießen.
Vater ist in der Grube
und Mutter beflaggt
den Hof
mit Wäschefahnen.

GRUNDORDNUNG

Ich komme
aus dem Mietshaus
das dem Hausherrn gehört

betrete
das Werksgelände
das dem Grundstückseigentümer gehört

schalte
die Maschine ein
die der Aktiengesellschaft gehört

und erarbeite
Kapital
das dem Kapitalherrn gehört

BEOBACHTUNG

Von dieser Ordnung befallen
wie von einer Krankheit
lassen sie eine Seite verhungern
und füttern
nur noch die andere
seltsame Menschen gibt das
da ist einer
der hat nur Hände
der andere ist voll Münder
und der dritte Schürzenjäger
nach der Jagd schreitet er
die nassen Augen ab
seine Bedürfnisse
kann er nicht meistern
er pißt ins Bett
vor Lachen
über so viel Liebe

DA GLAUBE ICH DRAN

Wenn ich 500 000 gewinne
gehe ich nicht mehr putzen
sagte sie
und wrang den Putzlumpen aus
da laß ich 50 000 springen
sagte sie
und hängte den Putzlumpen
über den Schrubber
da mach ich eine Weltreise
sagte sie
und wischte den Gang
da leist ich mir Kuren
in Badeorten
sagte sie
und wrang den Putzlumpen aus
da bring ich meinen Rheumatismus weg
sagte sie
und hängte den Putzlumpen
über den Schrubber
500 000
einmal schaff ich's
sagte sie
und wischte den Gang

MÖRDER

Wer machte ihm
den Blätterwald blutig?

Wer montierte ihm
das Raubtiergeißl
in den Rachen?

Wer zwang ihm
ein Opfer in den Blick?

MANÖVER

Der Springerkonzern
teilt sich selber auf
aus einem Springer
macht er mehrere Springer
und jedes Springerstück
kriegt einen eigenen Namen —
getrennt marschieren
vereint schlagen
heißt das Manöver

DER BLAUE BRIEF

Für jede Maschine
war ich ein paar Jahre da
für jeden Oberen hab ich
einen kleinen Buckel
und für den großen Boß
wunde Knie

Ihr Lumpen sag ich
und wisch mir den Mund
ihr Gauner sag ich
und zieh den Lokus
knöpf Hose und Mund
wieder zu
und bin ganz fromm
wissen Sie sag ich
das müssen Sie doch verstehn
ich bin 57
ich krieg nichts mehr
verstehen Sie
Siebenundfünfzig

Der liebe Gott fährt
einen großen Wagen
und viele Menschen
drücken seine Stempeluhren

ich wurde hinüber rationalisiert
auf die andere Seite des Zauns
der liebe Gott
grüßt mich nochmal
sehr freundlich
und seine Wachhunde
bellen leise Ade

DER INVALIDE

Nach der Invalidität
schaute er acht Jahre
aus dem Fenster
niemand kannte
seine Gedanken
niemand seine Schmerzen
als er seinen Namen
nicht mehr wußte
hoben sie ihn
noch zwei Jahre auf
in der Psychiatrie

NOCH

Noch investieren sie
unsere Arbeit
auf ihre Konten

Noch haben sie
Mittel und Macht
viele
zu verdummen

Noch sprechen
Richter
ihr Recht
und Polizisten
schlagen für sie

Noch drohen
ihre Prediger
uns
mit der Hölle

Noch gewähren sie
manche Freiheiten
jenen
die sie nicht stören

Noch reden sie
von Demokratie
aber die anderen Pläne
sind schon perfekt

Noch befolgen Soldaten
ihre Befehle
und Arbeiter schmieden
ihnen immer noch Waffen

Noch ist alles
in bester Ordnung

SOLANGE IHR'S GLAUBT

Auch wenn du
im Geschirr der Herrschaft
nicht muckst
auch wenn du
oft lange nach dem Schlußpfiff
noch da bist
bieten sie dir immer nur
Trinkgeld oder
den blauen Brief
was du und deinesgleichen
schufen und schaffen
darüber habt ihr
nicht zu bestimmen
das gehört nicht
euch allen
solange ihr's glaubt

Peter Schütt
Kampnagel lehrt euch: Arbeiter wehrt euch!

Eine szenische Dokumentation für Straßentheatergruppen

1. Szene

(Bei einem Empfang des Hamburger Senats treffen sich Herr Demag und Herr Kampnagel)

Demag: Grüß Gott, Herr Kampnagel, na, wie gehts?
Kampnagel: Sehr wohl, Herr Demag, ich nehm Kredite stets!
Demag: Mal ehrlich, von Chef zu Chef, Kampnagel! Man munkelt, Sie hätten gewisse Zahlungsschwierigkeiten.
Kampnagel: Wer munkelt?
Demag: Ich will nicht lang um den heißen Brei rumreden, ich hab's eben rausgekriegt!
Kampnagel: Ja, Demag, von Chef zu Chef, ich habe gewisse Zahlungsschwierigkeiten!
Demag: Selber schuld, Kollege! Hätte ich Ihnen schon längst sagen können! Sie waren einfach viel zu human mit den Arbeitern, viel zu sozial! Das geht auf Kosten des Betriebs, genauer gesagt, auf Ihre Kosten Kampnagel! Sie haben das neue Akkordsystem noch immer nicht eingeführt. Meine Arbeiter leisten zwanzig Prozent mehr in derselben Zeit und kriegen die Stunde noch dreißig Pfennig weniger!
Kampnagel: Die Gewerkschaft, Demag, ich kann nichts machen! Bei mir sind siebzig Prozent in der Gewerkschaft! Und die Metaller, die wissen, was sie wollen!
Demag: Sie müssen sehen, daß die weniger werden! Nur Nichtorganisierte einstellen, die Gewerkschafter rausekeln! Und rufen Sie mal den Verfassungsschutz an, daß er Ihnen die Scheißkommunisten rauschmeißt. Davon soll's bei Ihnen doch eine ganze Menge geben. Die wiegeln bloß alles auf! — Aber Hand aufs Herz, auf Ihr deutsches Unternehmerherz, Kampnagel! Ich will Ihnen helfen, Sie sollen von mir ein zinsloses Darlehen erhalten!
Kampnagel: Ganz ohne Hintergedanken?

Demag: Nein mit! Ich bin ein ehrlicher Unternehmer und hab immer Hintergedanken. Bloß das Vordergründige ist nicht meine Art. Geben Sie mir Ihre Kranpatente, Kampnagel, ich möchte gern ins Hafengeschäft einsteigen!
Kampnagel: Und ich soll aussteigen?
Demag: Halbe-Halbe, Kollege! Wir arbeiten Hand in Hand.
Kampnagel: Vergelt's Gott!
(Bürgermeister Wissmann kommt hinzu)
Wissmann: Meine Herren, Stützen des Staats! Ich hoffe, Ihre Gespräche dienen dem Wohl des Ganzen!
Demag: Zunächst unserm Wohl, Sie verstehen!
Wissmann: Das Gemeinwohl hängt am Wohle unseres unabhängigen Unternehmertums!
Demag: Wir haben soeben ein dem Wohl Hamburgs dienliches Geschäft abgeschlossen!
Kampnagel: Ein Geschäft auf Gegenseitigkeit!
Demag: Auf Gedeih und Verderb!
Kampnagel: Es fragt sich nur, auf wessen Gedeih und auf wessen Verderb. Der Staat schützt jeden Unternehmer vor dem Verderb. Er weiß, auf wen es ankommt. Kumpenanen, gewährt mir die Bitte: ich sei in eurem Geschäft der dritte!
Arbeiterchor: Kampnagel beweist,
wie man Arbeiter bescheißt!
Doch Kampnagel lehrt euch:
Arbeiter wehrt euch!

2. Szene

(*Essen des Hamburger Überseeclubs im Hotel Atlantic. Herr Demag und Herr Kampnagel sitzen sich gegenüber*)
Demag: Wie schmeckt der Hummer, Kampnagel?
Kampnagel: Liegt 'n bißchen schwer im Magen!
Demag: Haben Sie Kummer, Kampnagel? Oder lange keinen Hummer mehr verdaut?
Kampnagel: Keine Verdauungsschwierigkeiten, Demag! Ich hab nur nicht das richtige Patent, wie man die Dinger aufknackt.
Demag: Soll ich Ihnen helfen, mit den Biestern fertig zu werden?
Kampnagel: Verbindlichen Dank! Ihre Hilfe bringt mich noch an den Rand des Ruins. Aber ich brauch Sie trotzdem, allmächtiger und allgütiger großer Bruder!
Demag: Haben Sie die Gewerkschaft noch immer nicht rausgekriegt?

Kampnagel: Krieg ich einfach nicht raus! Die Kerls halten zusammen wie Pech und Schwefel!
Demag: Und gehen auseinander wie Hefekuchen, wenn Sie nur erst die Rädelshörer und Aufwiegler an die frische Luft gesetzt haben!
Kampnagel: Geht nicht, Demag, die Bestimmungen. Mit dem Betriebsverfassungsgesetz haben wir eben doch noch nicht alles gewonnen! Ich hab Ihnen doch schon tausendmal gesagt: versuchen Sie's mal beim Verfassungsschutz. Die helfen Ihnen schon, die Leute verstehen ihr Handwerk! Irgendeine Sache, Ostkontakte oder so, können Sie den meisten, die irgendwie aufmucken, immer anhängen!
Kampnagel: Lassen Sie uns zum Kern kommen! Demag, ich brauch noch mal Kredithilfe von Ihnen! Seit Sie dieselben Dinger bauen, kann ich meine Kräne kaum noch loswerden! Sie sind immer zehn Prozent billiger, das spricht sich rum!
Demag: Gerechte Marktaufteilung, Kollege! Aber ich bin human, der Stärkere gibt nach, gewissermaßen. Sie kriegen noch mal einen Millionenkredit. Den kriegen Sie, Demag, wohlgerichtet, aber nicht Ihre Arbeiter! Wenn Sie noch mal ohne Grund und ohne Druck einfach so die Löhne erhöhen, zieh ich meinen Kredit sofort zurück! Dann sind Sie dran! Und daß Sie mir gefälligst ein neues Akkordsystem einführen, auf zehn Arbeiter muß ein Aufpasser kommen, sonst wird das nichts, und die Alten über 55 und die Bummelanten müssen schleunigst raus! Rationalisierung, Kollege! Und 'ne grundlegend neue Moral braucht Ihr Betrieb! Dann kriegen Sie auch Kredit, was sie brauchen!
(Hamburgs Wirtschaftssenator Korn schaltet sich in das Gespräch ein)
Korn: Ich höre Moral und Kredit, meine Herren! Da sind ehrbare Kaufleute beim Werk, nehm ich an, meine Herren! Wir vom Senat und von der SPD sehen immer gern, wenn die Unternehmer auf unseren Empfängen die Gelegenheit nutzen, offen und frei über alle gemeinsam interessierenden Fragen miteinander zu sprechen! Wenn Sie meine Hilfe brauchen, ich biete Ihnen gern meine helfende Hand!
Demag: Einstweilen helfen wir uns noch selber, Herr Senator!
Korn: Wir sind immer froh, wenn wir uns nicht einzumischen brauchen. Ein unabhängiges Unternehmertum ist die beste Garantie für Ruhe und Ordnung im Lande. Glückauf, meine Herren!
Demag: Bei der SPD bin ich da nie so sicher, Herr Senator, da gibts doch noch immer einige Sozis, die am liebsten gleich alles verstaatlichen möchten!

Korn: Da können Sie beruhigt sein, die paar Wirrköpfe unten haben wir oben fest in der Kontrolle! Auf uns ist Verlaß, meine Herren Unternehmer! Wir bauen auf Sie, bauen Sie auf uns!
(*Korn geht ab*)

Demag: Eigentlich ein toller Kerl, dieser Korn! Für einen Sozi! Und dann soll er noch aus kleinen Verhältnissen kommen!

Kampnagel: Einfach ein kluger Kopf, der weiß, auf wen es ankommt! Das kommt eben überall mal vor! Genau so wie's in unseren Kreisen auch mal Versager gibt! Aber Demag, zurück zum Thema: ich vermiß bis jetzt noch Ihren Hintergedanken! Einfach so ein Kreditangebot, das nehm ich Ihnen nicht ab!

Demag: Sollen Sie auch nicht! Meine Bedingung, außer den Gewerkschaftssachen, das geht sowieso klar, lautet, Herr Kampnagel: Sie verzichten ab sofort auf den Bau von Schwimmkränen, Sie treten mir die Rechte und Ihren Absatzmarkt für Ihre Schwimmkräne ab! Da teilen wir uns den Kuchen! Sie verkaufen Ihre Schienenkräne wie bisher, ungefähr die Hälfte, und die Schwimmkräne krieg ich. Gerechte Marktaufteilung mittels Marktabsprache, Rationalisierung, Kollege!

Kampnagel: Sie brechen mir den Hals ab!

Demag: Sie meinen, ich fall Ihnen um den Hals!

Kampnagel: Das bricht mir das Genick!

Demag: Ein deutscher Unternehmer wird doch nicht am Krückstock gehen! Er hat stets Arbeiter, die ihm getreu zur Seite stehen!

Arbeiterchor: Kampnagel beweist,
wie man Arbeiter bescheißt!
Doch Kampnagel lehrt euch:
Arbeiter wehrt euch!

3. Szene

(Im Büro des Herrn Kampnagel)

Demag: Sie haben mich rufen lassen, Kampnagel! Ich eile Ihnen zu Hilfe!

Kampnagel: Ich brauche noch einmal Ihre Hilfe, Demag, zum letzten Mal! Sie haben anscheinend meine guten Ratschläge nicht befolgt, Ihre Kerle leisten noch immer nicht mehr und kriegen immer noch denselben Lohn wie vor einem Jahr! Eine Unverschämtheit, Kollege Kampnagel, das nennt man unter uns Unternehmern

unsoziales Verhalten! Jetzt helfen nur noch Radikalkuren, in Ihrer Lage! Wir müssen Ihren Betrieb systematisch gesund-schrumpfen! Rigoros verkleinern! Sie dürfen jetzt nicht mehr so groß auftreten, maßhalten müssen Sie, sich aus dem Marktgetümmel heraushalten! Ich muß Ihnen eine Kur verordnen! Zu gütig, Herr Demag, Sie hätten Arzt werden sollen — oder Pferdeschlachter, die reden auch so salbungsvoll wie Sie!

Zynismus hilft hier nicht weiter! Da hilft nur Stillhalten und Insichgehen! Geduld, Kampnagel, ich nehm Ihnen schon Ihre Sorgen ab! Sie kriegen von mir unbegrenzt Kredite und jede erforderliche Investitionshilfe! Was wollen Sie mehr, Sie Glücksschwein! So'n Schwein möchte ich auch mal haben!

Und was wollen Sie von mir?

Etwas, was jetzt ohnehin nicht mehr ins Gewicht fällt, wo Sie am Ende sind: Ihren Namen!

Wie soll ich das verstehen?

Sehr einfach und gar nicht schwer zu machen! Kostet nur ein bißchen Überwindung für Sie, keinen Pfennig Geld! Sie verzichten darauf, Ihre Kräne beim Namen zu nennen! Natürlich sollen Sie weiter produzieren und nach Kräften profitieren! Vielleicht erfinden wir nur einen neuen Namen für Ihre Produkte, vielleicht: Hamburger Kranbau AG, oder, wenn Sie lieber einen eingeführten Namen haben möchten, „Demag Hamburg“ klingt doch auch ganz apart!

Aber da verlier ich doch meine Hosen, mein ganzes Renommé geht flöten! Das Gesicht der Firma geht in die Büchs!

Das ist ohnehin schon im Eimer! Was macht so ein Namen schon! Vor Adolfs Zeiten hieß Ihre Firma auch mal anders! Andere Zeiten, andere Namen! Man muß sich anpassen, mit der Zeit gehen!

Sie meinen, mit Ihnen soll ich gehen, abgehen, meinen Sie! Und was sollen meine Arbeiter sagen!

Die haben gar nichts zu sagen! Die werden schon schön die Schnauze halten! Oder heißen die etwa alle Kampnagel! Sie haben ein Gesicht zu verlieren, die Arbeiter haben höchstens ihre Schwielen an den Fingern, und die gehen so schnell nicht futsch!

Wie Sie wollen, nehmen Sie meinen Namen, schlucken Sie ihn über, Sie haben einen großen Magen, da ist viel Platz, da liegen schon mehr begraben.

(Er kommt ins Stottern, versucht noch ein paarmal etwas zu sagen, da stopft ihm der Herr Demag einen Geldschein in den

Peter Schütt: Kampnagel lehrt euch: Arbeiter wehrt euch!

Mund. Die Sekretärin kommt und ersetzt Herrn Kampnagel, der jetzt ohnmächtig daliegt, durch eine Pappfigur.)

Demag:

Wenn du nicht kannst,
dann laß mich mal,
bei mir geht das im Nu,
schließlich ist doch ganz egal,
wer den Prolet betrügt,
ich oder Du!

Arbeiterchor:

Kampnagel beweist,
wie man Arbeiter bescheißt!
Doch Kampnagel lehrt euch:
Arbeiter wehrt euch!

4. Szene

(Im Amtszimmer des Herrn Wirtschaftssenators Korn. Herr Demag, drei Aufsichtsräte, die Kampnagel-Pappfigur, Senator Korn im Gespräch)

Alle:

Die Firma Demag ist in Nöten,
sie hat darum den Staat um Hilfe gebeten:
jedem Unternehmer in Not
offeriert der Staat ein Hilfsangebot.

1. Aufsichtsrat: Der Kranbau in Hamburg ist viel zu teuer!

2. Aufsichtsrat: Die Arbeiter und die Gewerkschaft sind uns nicht geheuer!

3. Aufsichtsrat: Und dazu kommt noch die Mehrwertsteuer!

Korn: Wieso? Die ist für Euch gemacht! Da springt doch eine ganze Menge für Euch heraus!

Demag: Aber nicht genug, Herr Senator, wir hatten bedeutend mehr gefordert. In Hamburg müssen wir bald beibuttern!

Korn: Wie wär's mit einer neuen Steuervergünstigung? Zugeschnitten auf das Hamburger Werk? Ich will auch mal mit der Gewerkschaft reden, daß die mal'ne Zeitlang stillhält. Es gibt da Leute, mit denen läßt sich reden!

1. Aufsichtsrat: Die Gewerkschaft ist zu stark, das hat keinen Zweck!

2. Aufsichtsrat: Um das Wohl der Firma kümmern die sich einen Dreck!

3. Aufsichtsrat: Denen gehts nur um dem Arbeiter sein Wurst und Speck!

Demag: Nein, wir müssen was Besseres finden, Herr Senator Korn! Kurzum, Herr Senator, wir haben uns entschlossen, den Hamburger Zweigbetrieb stillzulegen! Wir sind zu erheblichen Rationalisierungsmaßnahmen gezwungen. Wir wollen den Schwerpunkt unserer Firma an der Ruhr ausbauen, das zwingt uns zur Konzentrierung unserer Kapital- und Materialinvestitionen.

Peter Schütt: Kampnagel lehrt euch: Arbeiter wehrt euch!

Korn:

Und was soll mit den Arbeitern geschehen? Wie soll ich die bloß noch unterbringen? Sollen die stempeln gehen? Sollen die verhungern? Dazu sind sie mir eigentlich zu schade!

3 Aufsichtsräte im Chor:

Hunger ist der beste Koch!
Die gute deutsche Küche, sie lebe hoch!
Hunger führt zwangsläufig zum Kommunismus!

Korn:
3 Aufsichtsräte im Chor:

Demag:

Wir setzen auf den gesunden Nationalismus!
Herr Senator, unsere Betriebspyschologen haben die Erfahrung gemacht, Leute, die mal 'ne Zeitlang arbeitslos waren, arbeiten nachher viel sorgfältiger. Arbeitslosigkeit hebt die Arbeitswilligkeit und steigert die Leistung. Auf die Dauer kommen die Entlassungen Hamburgs Wirtschaft zugute. Ich stell' 'ne Menge Facharbeiter frei, das drückt auch auf die Löhne. Die Werftindustrie wird uns dankbar sein!

Aber wie soll ich das den Arbeitern und der Gewerkschaft klarmachen? Sie wissen: die Metall!

3 Aufsichtsräte im Chor:

Zuerst raus mit den Sozis und den Kommunisten,
die schon längst erledigt sein müßten!
Und dann die Springerpresse einschalten,
die müßte die Arbeiter zur Bescheidenheit anhalten!

Korn:

Ein guter Gedanke! Wenn wir den Springer nicht hätten! (Ins Telefon): Verbinden Sie mich bitte mit dem Haus Springer! Mit Herrn Springer persönlich bitte! Sagen Sie, es wäre drinlich! (Zu Demag): Ich will gleich mal mit meinem Freund reden, ich muß sowieso mal mit ihm reden! Sonst ist er gleich eingeschnappt!

(Telefoniert mit Herrn Springer)

Guten Morgen, Kollege Springer, Freund und Wohltäter Hamburgs. Gruß vom Herrn Bürgermeister, die Berichterstattung zum Schahbesuch hat ihm gut gefallen, er meinte, Ihre Leute trafen den Nagel auf den Kopf! Verlegenen Dank. Gewiß doch, beim nächsten Empfang vom Überseeclub, Sie gehören doch zu uns. Ich hab da ein Problem, Herr Springer, ich brauch da Ihre Hilfe. Demag, Sie wissen der Kranbauer, will hier eben dichtmachen, und da wissen wir beide nicht so recht, wie sag ichs dem Proleten. Schonend beibringen, sagen Sie. Aber da brauchen wir Ihre Hilfe. Vielleicht ein paar Artikel zum Sonntag: Demag ringt um seine Existenz, mit Bild, Sie verstehen schon, wie. Geht klar, sagen Sie, na prima! Stimmt, Ihre Re-

dakteure haben da Erfahrung. Meine Mitarbeiter sagen immer, auf die BILD-Zeitung ist Verlaß wie auf den Verfassungsschutz. War nicht böse gemeint, ich meine nur das Zuverlässige an Ihnen, das macht mir immer Eindruck. Aber sagen Sie, lesen die Arbeiter denn auch Ihre Zeitung? Keine Sorge, meinen Sie, Sie würden schon was bringen, was die Arbeiter ködert. Toll, Kollege Springer, wenn wir Sie nicht hätten! Schöne Grüße auch von Herrn Demag, der sitzt hier gerad bei mir. Gruß auch an die Gattin! (Legt auf; zu Demag): Alles klar. Sozusagen alles in Butter! Auf den Springer ist Verlaß! Ich versteh schon, was unser Bürgermeister an ihm hat!

1. *Aufsichtsrat*: Toll! Springer manipuliert wie wild in Abendblatt und BILD!
2. *Aufsichtsrat*: Wenn wir den Springer nicht hätten, lägen die Unternehmer längst in Ketten!

3. *Aufsichtsrat*: Drum, Springer, laß die Andachtsglocken läuten! Mit Glockengeläute läßt sich leichter ausbeuten!

Arbeiterchor: Kampnagel beweist,
wie man Arbeiter bescheißt!
Doch Kampnagel lehrt euch:
Arbeiter wehrt euch!

5. Szene

(Montagfrüh, vor dem Werkstor der Kampnagelbetriebe)

Bildzeitungsverkäufer:

Die BILD-Zeitung, die gute,
kommt heute zu euch hin.
Sie reißet auf die Schnute,
doch sie tut's im rechten Sinn!
Kauft BILD, Kumpels, seid so lieb:
BILD berichtet heut aus eurem Betrieb!

1. *Arbeiter*:

He lücht! Werft BILD ins Feuer,
BILD ist Scheiße, BILD ist teuer!
Vorsicht! de Kerls de lücht wie wild
in Obendblatt und BILD!

Bildzeitungsverkäufer:

BILD verurteilt die Hetze gegen den Staat
und alles, was zersetzende Tendenzen hat.
Wo man die Unternehmer verpetzt,
wo man zum Streik aufhetzt,

dort rät BILD allezeit
zu Ordnung und Bescheidenheit!

Kiek mol, up de drüten Siet: Kampnagel-Betriebe in Nöten!
Wat kann dat all ween! Will woll mol wedder een Prinz ut
Indoneesien sik de Fabrik ankieken! Lees doch mol vor!
Droht Schließung der Kampnagel-Werke? Die Leitung der
DEMAG-Aktiengesellschaft, die vor kurzem die weltberühmten
Kampnagelwerke unter ihre Obhut genommen hat, um sie vor
dem Ruin zu bewahren.

Um den Ruin herbeizuführen, harrn se schrieben müßt!
Lees mol wieder!
Also: die Leitung der DEMAG-Aktiengesellschaft steht vor
großen Schwierigkeiten.

Dat heet, wi stöht vor großen Schwierigkeiten!
Doppelpunkt. Um die Arbeitsplätze in den Hauptbetrieben
an der Ruhr zu erhalten, sieht sich die Firmenleitung gezwungen.
Nachtigall, ick hör di trapsen!

Na, wat denn nu?
Die Produktion in den Hamburger Zweigbetrieben vorübergehend stillzulegen. Wie Direktor Demag am Wochenende mitteilte, will die Firmenleitung im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und dem Hamburger Senat nichts unversucht lassen, um den Arbeitsplatzwechsel für die betroffenen 1200 Arbeiter so reibungslos wie möglich zu gestalten. Wie der Leiter des Hamburger Arbeitsamtes der BILD-Redaktion ergänzend bekanntgab, gibt es in Hamburg in der Metallindustrie gegenwärtig über 1500 offene Stellen. Für die Kampnagel-Arbeiter, vorzügliche Fachkräfte, die in jedem Betrieb hochwillkommen sind, ist also gesorgt. Niemand braucht arbeitslos zu werden.

Da haben sie uns schön was vorgegaukelt!

Wir sind verschaukelt, sind verschaukelt!

Wir sind verraten und verkauft!

Die Bosse sagen: leb und herrsche!
dem Arbeitnehmer treten sie in die Ärsche!

(*Neue Arbeiter kommen hinzu*)

Wat is los! Wat stöht ji rüm? Is de Arbeidstied all wedder üm?
Nix von dat, hest all leest: us Fabrik schall dicht mokt warn!
Dat is doch wol Seemannsgarn!

Na, kiek mol, wat in de Zeitung steit!

Da kann die Gewerkschaft nicht einwilligen!

Das kann die Gewerkschaft niemals billigen!

Die können doch nicht einfach ohne Gewerkschaft, ohne ihr

Wissen, die Schließung der Fabrik beschließen!
6. Arbeiter: Karl, du bist doch im Betriebsrat! Seid ihr informiert? Hat die Firma vorher den Betriebsrat konsultiert?
4. Arbeiter: Ehrenwort! Daß Kampnagel dichtmachen soll, dat hör ik jetzt ton ersten Mol! Us hebt se nich frogt, us hebt se nix secht!
5. Arbeiter: Man dat de Betriebsrat frogt ward, is ne mehr wie recht! Das können wir uns nicht bieten lassen! Wir müssen sofort Beschlüsse fassen!
4. Arbeiter: Wir rufen sofort eine Betriebsratssitzung ein!
5. Arbeiter: Das beste, ihr holt gleich alle Arbeiter mit rein!
1. Arbeiter: Kollegen, wir lassen uns nicht hinters Licht führen, wir müssen sofort protestieren!
2. Arbeiter: Einfach dichtmachen: das kann nicht sein!
3. Arbeiter: Wir rufen sofort eine Belegschaftsversammlung ein!
Wir sollten streiken! Ab früh um acht!
4. Arbeiter: Solang bis Kampnagel wieder offen macht!
Spontan in den Streik treten, ganz gut! Aber Kollegen, das ist ein wilder Streik! Und wilde Streiks sind nach dem Gesetz nun mal leider verboten! Da können wir nichts machen! Das muß alles seine Ordnung haben! Wir müssen erst bei der Gewerkschaft einen Streikbeschuß durchsetzen!
5. Arbeiter: Schön und gut, Kumpel, Deine Sorgen versteh ich. Die Verantwortung für einen illegalen Streik kann niemand von uns auf sich nehmen! Aber überleg dir mal, Kollege: hat die Firma sich an die Gesetze gehalten? Die Firma hat gegen alle Paragraphen verstößen! Sie hätte zumindest vorher den Betriebsrat befragen müssen. Was uns bleibt, ist die nackte Notwehr! Jetzt helfen nur noch wirksame Aktionen!
Ich bin dafür: Solang die Firmenleitung schweigt, wird gestreikt, wird gestreikt!
Gegen den geballten Widerstand der Kranbauer hat Unternehmerwille keine Dauer!
Jetzt gilt kein Leisetreten!
jetzt heißts: Wehrt euch, Proleten!
Der Streik ist beschlossen.
Da heißt es: Seid einig, Kollegen, Genossen!
Wir haben gelernt: wenn immer die Gewalt kam, vereint sind wir unaufhaltsam!
1. Arbeiter: Kampnagel beweist, wie man Arbeiter bescheißt!
Doch Kampnagel lehrt euch:
Arbeiter wehrt euch!

6. Szene

(Streik bei Kampnagel. Herr Kampnagel als Pappfigur)

1. Sekretärin: Unterschreibst Du auch? Ich les mal vor:
Unser Herrn Direktor zum dreißigjährigen Geschäftsjubiläum:
Zu Ihrem Jubiläumsfeste,
wünschen wir Ihnen, Herr Kampnagel, das Beste.
Vom Kaiser- bis zum Dritten Reiche,
Sie blieben stets der Gleiche.
Immer gaben Sie Ihre Kraft
zum Wohle Ihrer Angestelltenschaft.
1. Angestellter: Die ganze Kraft? Die halbe hätte wohl auch genügt. Ein Kraftmeier war der Alte eigentlich nie.
Ein bißchen mehr Mitleid, ein bißchen mehr Pietät!
Sekretärin:
2. Angestellter: Du bist schön dumm! Hast Du schon den Anschlag gelesen?
Unser Urlaubsgeld fällt aus. Und zum Ersten fliegen wieder zwölf Kollegen aus der Firma raus!
1. Angestellter: Das reicht! Fräulein Müller, streichen Sie meine Unterschrift weg. Unerhört, wo wir Angestellten dem Chef immer die Treue gehalten haben. Und nicht mitgestreikt haben! Aber so geht das bei uns!
2. Angestellter: Eigentlich sollten wir auch streiken.
(Eine Delegation der streikenden Arbeiter des Betriebes kommt hinzu)
Arbeiter:
Arbeiterchor:
1. Angestellter: Hier wird Geschäftsjubiläum gefeiert!
Und am Ersten werden wieder zwölf gefeuert!
Hand aufs Herz, Kollegen:
da ist doch der Streik das einzige Mittel dagegen!
Angestellte, kommt zu uns! Ihr werdet nur verführt!
Auch Ihr seid ein Teil der Arbeiterklasse!
Ihr seid längst verproletarisiert!
Auch Ihr gehört zur rechtlosen Masse!
2. Angestellter: Ja, wenn man die Sache mal mit offenem Auge sieht, wenn man die Sache mal auf sich bezieht, da wird's mir eigentlich klar, so wie's jetzt ist, so wie es war: so darf das nicht mehr weitergehen, Arbeiter und Angestellte, die müssen zusammenstehn!
2. Angestellter: Aber du darfst nicht vergessen, daß der Streik, wie er jetzt steht, gegen die Firmeninteressen und gegen die des Staates geht!

- 1. Angestellter:** Dreißig Jahr lang hab ich geschuftet, für Demags Kassen, und jetzt heißt's: du bist entlassen!
Nur wer noch Höchstleistungen schafft, Akkord mit Überstunden, mit Überjahren, kann bei dieser Ausbeuterwirtschaft noch halbwegs Sicherheit erfahren.
Doch bist du alt, und bist du krank, dann wirst du rausgeschmissen!
Das ist der Unternehmer-Dank, das ist ihr Unternehmer-Gewissen!
- 2. Angestellter:** Wer wird denn um seine Krankheit flennen!
Muß öfter mal zum Chef hinrennen!
Versuch mal mit dem Chef zu reden:
der wird dir schon 'ne Schonfrist geben!
- Arbeiter:**
Ich glaub, betteln ist zwecklos!
Für den Chef bis du nur ein Dreckkloß.
Als einzelner kannst du dich nicht wehren:
Du mußt schon die Machtverhältnisse umkehren!
- Arbeiterchor:** Es geht nicht bloß um Arbeitsplatz und -lohn:
Dieser Streik ist eine Machtdemonstration!
Der Streik ist nicht bloß ein Firmenproblem, der Streik geht gegen das System!
Den Herren mit dem Mercedesensemble ist Notwehr nicht geheuer, nicht bequem!
Drum wehrt Euch Kollegen, trotz alledem, trotz Klassenjustiz, Terror und Notstandssystem!
- Arbeiter:**
Der Staat ist gegen Streikende, der Staat ist gegen dich und mich:
darum kämpft der Streikende auch nicht allein für sich!
- Arbeiterchor:** Kampnagel beweist, wie man Arbeiter bescheißt!
Doch Kampnagel lehrt euch:
Arbeiter wehrt euch!

JAGDZEITEN

Greift Thadden zum Hifthorn stößt ihm sogleich ein Schillerzitat mit Apfelgeschmack auf und Hölderlin sammelt freiwillig Tapeziernägel für die vaterländische Bewegung dann erkennen die sieben Schwaben in dem Hasen den linken Studenten und beim zweiten Hornsignal hetzen Eßlinger Treiber ihre deutschen Schäferhunde auf das niedere Bartwild Für die kommenden Treibjagden nach der Notstandsschonzeit übt man allerorten schon jetzt das große Kanzler-Halali dann endlich werden die egg-heads zum Abschuß freigegeben die Wohnzimmerwände schmücken und Hebel wird mit Gerstenmaier zufrieden Kalendergeschichten lesen und niemand wird mehr an dem Mann im Mond zweifeln wenn die letzten Fangschüsse fallen wird man den alten Gruß wieder hören Waidmanns HEIL

VERSTANDNIS FÜR DIE JUGEND

Sie alle waren einmal jung
das wollen wir nicht vergessen
die Alten
die auch ihre Ideale hatten
damals
gläubig in den Wäldern biwakierten
bei Smolensk
die Untermenschen reihenweise
mit ihrer Hitlersäge umlegten
dem unübertroffenen MG 42
da wurden sie in den russischen Wintern
so hart
wie Kruppstahl
die Erfrorenen
und unsere Ritterkreuzträger

Sie waren doch alle auch einmal jung
die Windhunde Barzel Kiesinger und Mende
die schnellen Mitläufer
im Gleichschritt
jetzt schon mildhaarig
mühen sie sich redlich wieder ab
die Schafe in die formierte Herde zu treiben

Sie alle waren einmal jung
die schon vor dreißig Jahren
ihre Ideale hatten
und auch heute noch daran hängen
zäh wie Leder
das wollen wir nicht vergessen

POLITISCHE ARGUMENTATION

Gegen eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie
sprechen diese ungewaschenen Ohren
Die sollen sich doch erst einmal die Zähne putzen
bevor sie über das Heimatrecht diskutieren

Gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der SBZ
sprechen eindeutig diese Vollbärte
Die sollen sich erst einmal rasieren
bevor sie die Regierung kritisieren

Gegen die Aufhebung des KPD-Verbotes
sprechen vor allem diese komischen Nickelbrillen
Die sollen sich erst einmal ordentliche Brillen kaufen
bevor sie gegen rechtsstaatliche Beschlüsse protestieren

Gegen ein Verbot des SDS
sprechen im Augenblick noch
die langen Haare
diese Genickschüßbremsen

Warum schreiben?

KLAUS RICHTER
STREIFGELICHTER

„Also, ich leb auch ohne Goethe wie ne Eins!“
Ein Nachbar

1. In meinem Zimmer im Zwielicht

Was tun? Was denken? Was ungesagt lassen? Die Zwischenräume erwähnen, wirbelnde Falter an der Zimmerdecke einbeziehen?
Ungedachtes ausdrücken? Die Randgebiete erfassen? Was wollen? Was können?
Worauf hinaus müssen?
Die Risse an der Wand? Der Autolärm? Die Schlurfschritte? Oder was mich sonst stört?
The Doors? Theater heute? Die Filmkritik? Das Büchlein über Kriegsdienstverweigerung? Che's Tagebuch? Ingeborgs Körper? Oder was sonst rumliegt?
Zu Erinnerndes:
Reisen nach wohin, von woher —
Oxfordtown Oxfordtown —
Bahnhof in Rom —
undsweiter — —
Erinnertes:
Leute, die noch nicht,
Leute, die schon mal,
Herrgott, warn wir besoffen!
Weißt du noch?
Und die Läden machten immer schon so früh zu!
Als der Verschluß klemmte, kicherte sie.
Nein, manche Menschen versteh ich nicht!
Mitten in der Toscana BILD-Zeitung.
Also, könnst du wirklich mal machen!
Alles Vorurteile, al-les: Vorurteile!
Nee, nun komm, jetzt geh aber!
Carl hat sich auch verlobt, nun denk mal an!
Die Unfähigkeit, mich mit der Unfähigkeit abzufinden — der ekelhafte Genuss, abzuschlaffen — die mangelnde Konzentration, wenn es gilt, einen Gedanken

unter vielen zu packen, festzuhalten, in die Mangel zu nehmen.
Früher konnte man es sich noch leisten, in epischer Breite zu leben!

— — Wir waren Kerle! Bäume hätten wir ausreißen können! Müdigkeit, das gabs gar nicht! Nächte haben wir durchgezehrt! Klar, das mußte auch sein! Aber am nächsten Morgen wieder um 6 im Heu! Das ist das Vorrecht der Jugend! Immer ein Lied auf den Lippen! Alles schon dagewesen! Zwischen Kugeln und Granaten — aaaber: wir haben es geschafft! Muß man alles mal mitgemacht haben! Sonst kann man da gar nicht mitreden! Nee, nee, das eine steht fest: Disziplin muß sein! Wo kämen wir denn sonst hin? — —

Vielleicht mal weg. Einfach mal raus. Nichts mehr sehen. Tapeten wechseln. Sich auskotzen!

Leistung zählt, sagte Sigi immer, wenn er mich moralisch aufrüsten wollte. Du mußt ein Ziel vor Augen haben! Nicht so in den Tag hineinleben! Jeden Tag um 7 aufstehen, bis 9 schon zwei Zeitungen gelesen und dreimal Nachrichten gehört haben! Der sichere Weg zum Erfolgsmenschen! Dich zur Arbeit zwingen! Nicht dauernd ins Kino rennen! Nicht quer durch den Garten lesen! Ruhe! Beständigkeit! Concentration!

Legen wir mal die neue ‚Cream‘ auf!

Dieses ein Ziel vor Augen haben dieses es zu was bringen müssen dieses alles mal mitgemacht haben wollen dieses kein Träumer sein dürfen dieses mitten im Leben zu stehen zu haben dieses auch mal gesunde Ansichten äußern können dieses mit beiden Beinen auf der Erde stehen wollen dieses klipp und klar was los ist sagen sollen dieses dieses . . .

Eines Mittags, am Waldrand liegend, impertinente Grillen, als die untere Wolkenschicht sich schwermüdig teilte, und wir dachten an nichts, höchstens eine Autostunde von München, plötzlich die Spiegelung der Sonne, hoch, und laufen, laufen, den Mückenschwärmen ausweichend, wie ein Boxer sich wegduckend, keine rauschenden Wipfel, keine zwitschernden Vögel, aber das Gras roch gut, fallen, wieder auf, Totale, Schwenk, Schnitte, und dann liegen, atmen, keuchen, du kamst nach, fielst, lagst, atmetest, keuchtest, reden war nicht möglich, die Bäume drehten sich, psychodelische Blätter, vom Horizont eingesogene Wolken, ein Tag.

— — Hör mal! Du bist 25! Höchste Zeit! Später hat man Gewohnheiten, die legt man nicht mehr ab! Sei diplomatisch, Junge! Für jeden kommt die Zeit, wo er sich einen Schlipps umbindet! Mach dir doch nichts vor! Gib doch mal nach! Willst du denn ewig? Hast du denn gar kein? Kannst du denn niemals? Nein, ich versteh dich nicht! Paß auf! Nimm doch nur mal das erstbeste, was mir einfällt: Vor drei Monaten, das Gartenfest bei Walter — war das vielleicht schön? Als der Laue zu uns kam und sagte: Leute, was habt ihr denn, ich vermitte immer so gern, wenn euch die Musik nicht gefällt, dann tut doch wenigstens so, haben sich doch schließlich so viel Mühe gemacht, ach nein, die revoltierende Jugend, wie entzückend! — —

Und dann saßen sie am Lagerfeuer, glotzten romantisch in die Glut und dachten an ihre Pfadfinderzeit oder an Sedan oder an Austerlitz oder an den Teutoburger Wald, und dann wundern sie sich, wenn man sie mit Äpfeln beschmeißt. Und das Schlimmste, sagte einer von uns, in drei Jahren sind wir genauso! — — Das ist eben der Lauf der Welt, und Jugend soll ja auch mal, und Kriege wirds immer geben! Rund die Gläser und auf zur Polonnaise! Zieht euch doch in euren Schmollwinkel zurück! Elfenbeinturm und so! Pseudogammler, Stimmungsverderber, Revoluzzer! Rektorenzimmer vollkotzen, das könnt ihr! Wir lassen euch nicht, und da hört sichs auf, und ihr könnt uns mal! Und jetzt selbst *wenn* — — man muß mal Kompromisse muß man mal — von andern verlangt ihr immer 'Toleranz, und ihr seid eine Linksfaschisten-Clique! — Und die jungen Greise tauschten Erinnerungen aus, waren das Zeiten, als wir noch, erinnerst du dich an den einen, so gemütlich wars lange nicht mehr, und jetzt singen wir mal alle das Lied vom Westerwald, nur so aus Blödsinn! Und wie waren die sauer, als wir die Mothers of Invention voll aufdrehten, und als schließlich die Polizei für Ruhe sorgte, wars denen ganz recht. Da wußten sie doch, wer ihnen die Party versaut hatte, unerhört, von Kinderstube gar nicht zu reden, und jetzt rülpst auch noch einer, pfui, gib doch mal den Zahnstocher rüber, also bei allem, aber manchmal kann man den Schütz verstehen, wenn er diese Typen nicht mehr länger, und darum singen wir noch eins! Und als wir nach Hause fuhren, hatten wir wieder mal unsere Bestätigung und die auch! — — Aber warten Sie mal drei Jahre, dann tragen die die Haare auch vernünftig und haben sich etabliert und die richtige Einstellung, das ist alles eine Frage der Reife. — —

Mein Zimmer wird wirklich allmählich zu klein. Ich geh jetzt ins Kino, sonst werd ich noch ganz blöd.

Ist das alles eine Frage der Reife?

2. Erzählung meines Vaters vorm Einschlafen: Was man für mich tat

Ich schwöre, es kam alles wie von selbst. Jeder, der mich als karrieresüchtig bezeichnet, lügt. Im Gegenteil, ich bin mehr ein unauffälliger Mensch.

Es begann an einem Montag. Ich war schon seit gut einem Jahr stellunglos, es war die schlechte Zeit, und für einen Künstler war sie noch schlechter. Für praktische Berufe war und bin ich ungeeignet, von Natur aus. Ich ließ mich zu dieser Zeit hauptsächlich von Freunden aushalten — und hielt es aus. An diesem Montag stolperte ich buchstäblich in den Tag hinein. Ich wollte — wie immer an diesem Wochentag, wegen der Sportberichte — meine Zeitung holen, da rutschte ich doch, wie in einem schlechten Stummfilm, auf einer Bananenschale aus, stolperte gleichzeitig über einen Stein und liege der Länge nach im Schmutz. Ich sah zu dieser Zeit wegen Kalorienmangels nicht gerade repräsentativ aus, ging zudem noch

am Stock, weil ich mir beim Fußballspielen mit Kindern den Meniskus ange- schlagen hatte, kurz: ich muß einen erbärmlichen Eindruck gemacht haben, wie ich da lag.

In dem Moment kommt eine elegante Dame, möglicherweise war sie sogar hübsch — ich habe die Maßstäbe verloren — jedenfalls sagt sie: „o Gott o Gott“, ich komme mühsam wieder hoch, schaue einmal, schaue zweimal, überlege, woher ich sie kenne — da sagt sie: „Haben Sie sich verletzt? Ich bin untröstlich. Die Bananenschale stammt von mir. Kann ich etwas für Sie tun?“ Sie sah aus, als habe sie Geld. Ich sagte: „Vielleicht können Sie mir eine Stellung verschaffen.“ Sie schaute befremdet. „Wenn Sie Lust haben, eine Tasse Kaffee bei mir zu trinken?“ Natürlich hatte ich Lust.

Die Wohnung war auf altmodische Weise elegant. Plüsch, wohin man sah. „Wissen Sie, an wen Sie mich erinnern?“ sagte ich, „an die Schauspielerin Kitty Knell!“ Sie lächelte fein. „Ich bin Kitty Knell“, sagte sie.

Ich nickte in Gedanken versunken. „Ich habe alle Filme mit Ihnen gesehen. Meine Schwester hat sogar ein Autogramm von Ihnen.“ — „Das freut mich“, sagte sie herzlich, „was haben Sie früher beruflich gemacht?“ — „Manches“, erwiderte ich, „ich bin Künstler.“ — „Oh. Ich glaube, ich wüßte etwas für Sie.“

Einen Tag später arbeitete ich als Statist, nach zwei Wochen durfte ich eine kleine Nebenrolle übernehmen. Ich verdiente nicht schlecht. Eines Tages lud mich Kitty Knell zu einer Party ein, zu der auch viele Filmleute kommen sollten.

Ich überlegte zum ersten Mal in meinem Leben scharf. Die Party war an einem Montag. Das machte mir Mut. Ich kam zu spät, wodurch ich die Aufmerksamkeit auf mich lenkte. Kitty stellte mich als einen „alten Freund“ vor, der „in der Branche“ arbeite. Nach einiger Zeit hatte ich heraus, wer Dr. Dunker war. Das war der entscheidende Mann des größten Filmverleihs in jener Zeit. Um 24 Uhr gelang es mir endlich, ihn so geschickt anzurempeln, daß sich der Inhalt seines Glases auf meinen geliehenen Anzug ergoss. Wir entschuldigten uns tausendmal voreinander. „Kann ich etwas für Sie tun?“ fragte er. — „Ich wüßte einen Stoff für einen Film“, sagte ich entschlossen. „Vielleicht können Sie mir helfen.“ — „Nun, warum nicht — wenn er gut ist.“ — „Ein Mann wird erschossen.“ — „Den ganzen Film über?“ — „Nur am Anfang.“ — „Und dann?“ — „Wird sein Mörder gejagt.“ — Dunker seufzte. „Ein Kriminalfilm also!“ — „Nein. Ein Heimatfilm. Der Gejagte ist Förster.“ Ich war mir meiner Sache sehr sicher. Dunker biß an. „Förster ist nicht schlecht. Wie geht die Sache aus?“ — „Er ist natürlich unschuldig. Der Erschossene war Wilddieb. Notwehr. Der Förster verliebt sich in seine Witwe und kriegt sie. Ende.“ Dunker drückte mir warm die Hand. „Der Film wird gemacht“, sagte er. „Haben Sie Lust, Regie zu führen? Wir brauchen junge Leute.“ Ich holte mir sofort die Knell als Försterswitwe. Wir drehten und drehten. Ich hatte ganz feste Vorstellungen. Meine Freunde sagten: „Du bist ein ganz anderer Mensch geworden.“ Das stimmte überhaupt nicht. Sie hatten mich in meinem Elend nur falsch eingeschätzt.

Der Film wurde ein Knüller — beim Publikum. Keine Prominentenparty war mehr ohne mich denkbar.

Nach dem vierten Film konnte ich es mir leisten, Leute fallen zu lassen. Zuerst schoß ich Dunker ab. Ich produzierte meine Filme selbst. Inzwischen war ich über Krimi und Sitte auf Schlager umgestiegen. Alles ging. Man sagte, ich hätte Instinkt. Kitty wurde eine Art Nationalheldin und meine Geliebte.

Auf einem großen Filmball lernte ich den Staatspräsidenten kennen, der seiner Bewunderung für mein Schaffen Ausdruck verlieh, was mich um so mehr freute, als mir gerade zuvor ein bekannter Kritiker seine Verachtung entgegengeschleudert hatte. Ich sagte dem Präsidenten, ich interessiere mich für Politik eigentlich viel mehr als für Film. Er war angetan. „Wenn ich etwas für Sie tun kann...“ Natürlich konnte er. Ich machte einen Riesenpropagandofilm für die Regierung. Zwei Jahre später saß ich im Parlament und fiel durch scharfe Attacken auf. Es gelang mir, das zwielichtige Privatleben des Oppositionsführers aufzudecken. Die Regierung wurde aufmerksam. Ich wurde Minister. Kitty mußte ich aufgeben. Ich hatte einfach keine Zeit mehr für sie.

Journalisten verblüffte ich durch klare Antworten. „Was gedenken Sie zu tun, um die Beziehungen zu unserm Nachbarland zu verbessern?“ fragten sie. Ich antwortete: „Mein Programm: Gespräche, gegenseitiges Vertrauen und Friedenspolitik.“ Das machte Schlagzeilen. Ich wohnte jetzt komfortabel, aber doch bescheiden, ohne überflüssigen Luxus, und entschloß mich aus Repräsentationsgründen, zu heiraten.

Das gab den Ausschlag. Ich wurde Präsident. Meine Reden nahmen mein Volk für mich ein. Ich versprach ihm Wohlstand und Sicherheit und sogar, daß ich dieses Versprechen halten würde, wenn man mir einige Vollmachten gäbe. Das Volk jubelte. Ich schaltete störende Elemente aus und ging unbeirrt meinen Weg — meinen Weg des Fortschritts, der Freiheit und des Friedens. Ich lebte ganz für meine Aufgabe.

Eines Tages kündigte ich im Parlament an, all meine Pläne stünden kurz vor der Verwirklichung. Es gelte nur noch, das unruhige Nachbarland zu gewinnen. Ich sah nur eine Möglichkeit: eine kurze bewaffnete Auseinandersetzung — alles war dazu vorbereitet. Ich war weitblickend in meiner Politik. Ich sagte zu meinem Volk: „Ich verspreche euch Glück. Ihr müßt mich dafür in meiner Friedenspolitik — denn das ist sie auf lange Sicht — unterstützen. Wollt ihr das für mich tun?“

Einen Sekundenbruchteil, bevor der zustimmende Jubel mich umbranden wollte, erhob sich auf der Zuschauertribüne eine Frau mit einer Pistole in der Hand. Es war Kitty Knell.

Ich brach vor den Augen meines Volkes zusammen.

Das Ärzteteam konnte mich nicht mehr retten. Fünf Stunden später starb ich auf dem Operationstisch.

Jetzt kann keiner mehr etwas für mich tun.

3. ein tag

das erste:

der übergang?

die seelische atemlosigkeit?

die mörderischen schrillen frustrierten putzfrauenaussonderungen auf dem flur?

der dumpfe gewohnheitsgruß meiner zimmereinrichtung?

der je nach reaktion verschieden lange routinerülpser meines weckers?

das zweite jedenfalls:

na noch zehn minuten!

halbdämmer:

herrlicher zustand — verdammteputzweiber; wochenplanbereitsim-ansatzzusammengebrochen; endlichmalpolitischengagieren; karinan-rufen; coitoergosum scheißkalauer; zimmernachbarschlurrtvorbei; wirdzeit; nochnpaarminuten; ichminute/duminutest/ersieesminutet... jetztbeidrei: eins . zwei .

halb zehn:

radio an! wenn ich im rundfunkrat säß gäbs um zwölf die sendung „guten morgen liebe studenten!“ — werbefunk: küchenmöbel lieben dor!

drei:

die tür dreht sich zögernd auf mich zu

die schlappen greifen buhlerisch um meine füße

die wände sinken um einen halben meter

der bademantel hüllt sich sehnüchtig um mich

der rasierapparat schlüpft pflichtgemäß in meine hand

die tür klappt auf und zu ohne sich was dabei zu denken

der gang macht vor schreck eine linksbiegung

der waschraum schleicht mir entgegen

der lange waschtrog mit den gemeinschaftshähnen beugt sich mir zögernd zu —

allmählich kommen es ich und überich zur deckung

der zahnbecher spült meinen mund vom ich-muß-auch-mal-wieder-zum-zahnarzt-geschmack frei:

ich bin wach!

morgen allerseits:

verdammt sogar das pinkeln vergißt man manchmal! jetzt nochmal händewaschen! rasieren dabei völlig sinnlos pfeifen (neulich abend streitgespräch: ist trockenrasur unnatürlich? na wenn schon!) könnte man nicht wenigstens mal allein im waschraum stehen? ist ja

fast wie bei der bundeswehr in so einem studentenheim! dusche mal wieder besetzt!

frühstück:

„morgen frolln schlecht — eine tasse kaffeebitte zwei semmeln buttersalami“
wechselgeld bemüht sich aus schlaffen köchinnenfingern

auf dem tisch:

eine abgegriffene benutzte SZ von gestern
kiesinger und brandt bekunden — kaffeefleck — studentenunruhen —
wird auch immer reaktionärer!

zur uni:

„lassens das zimmer bittschön offen!“
ja ja ihr lest auch bildzeitung!
aufklären? dann machen die mir mein zimmer nicht mehr sauber!

schellingstraße:

immer dasselbe! mal in eine andere gegend ziehen!

zeitungsgeschäft:

will ich doch nur mal den kleinen roten kasten in bild:
aha! ham wirs wieder!

vor der uni:

flugblätter
neofaschismus und so weiter
schon gut
entweder gleich handgranaten oder information
aber so?

schwarzes brett:

nichts los kann ich ja wieder gehen

staatsbibliothek:

bibliographie der deutschsprachigen hochschulschriften
zur theaterwissenschaft 1885—1952 und 1953—1960
na da gibts auch themen!
nichts von arbeitertheater! wär vielleicht möglich!
lieber nicht! geht nur ins auge!
fruchtlose zwei stunden nichts dazugelernt!
doch lieber magister machen?

in der mensa:

fritz
„na was gedenkst du nun zu tun?“
„wieso?“
„bei der veränderten politischen lage! sds löst sich auf!“
„glaub ich nicht! was soll ichn tun?“

„man muß was tun!“
„jaja“

akademische buchhandlung:

blick in Millers „Clichy“-buch verkäuferin guckt schon kennts sicher
am einband hält mich wohl für pervers wie ichs unauffällig wieder
zurückstelle

jetzt nehm ichs grad nochmal raus! sie reagiert nicht naja kauf ich
mir eben das taschenbuch! les ich bestimmt nie! und dann mitreden
wollen!

diskussionen:

wie erzielen wir effektivität? massenpsychologie studieren! grund-
satzdebatte: hauptsache die leute verweigern den kriegsdienst alles
andere kommt dann schon

zuhause:

wenn das zimmer größer wär könnt man wenigstens mal hin und
her gehen
andere sitzen jetzt über wissenschaftlichen werken
auch so ein ausdruck: sitzen über!

was essen:

noch 20 tage bis monatsende — macht — wenn ich den einen job
noch krieg — also trinken wir ein bier!

kino:

komst du mit?
hab eigentlich zu arbeiten . . . naja!
„wenn das blut gefriert“

spätausgabe tagesschau:

wie aus informierten kreisen verlautet — Barzel erklärte in diesem
zusammenhang — die Bundesregierung sei — so sagte Ahlers vor
Industriellen — grundsätzlich bereit — in Berlin begann in diesen
tagen der fünfundvierzigste . . .

Max mit bier

man quatscht — auch immer dasselbe
man stelle sich vor: jetzt schon familie!

schon wieder zwei:

dasbett stöhnt wollüstig
wieder mal ein mißlungener tag!

4. Wozu noch Literatur?

Wozu eigentlich?

In unserer Zeit — bei unseren politischen Erfahrungen, nach unserer historischen
Einsicht — bedeutet Kunst Unterstützung des Bestehenden. Die Trennung zwi-

schen Konsument und Produzent ist schon lange vollzogen. Volkskunst gibt es nicht mehr.
Den Herrschenden ein Alibi schaffen?
Wer liest denn „kürbiskern“?
Meine drei Geschichten kommen mir lächerlich vor, weil sie im Grunde überflüssig sind.
Man kann sie interpretieren, natürlich. Aber der Gedanke daran kotzt mich bereits an (vor allem: *wer* interpretiert sie?).
Warum biete ich sie dennoch einer Zeitschrift zum Druck an?
Warum stelle ich nicht lieber Molotow-Coctails her?
Ich weiß es auch nicht.

FRITZ DEPPERT
NOTSCHREI EINES DICHTENDEN SCHULMEISTERS

I

die Tür (Griffe aus Leichtmetall, handlich)
Gesichter drinnen, (ich höre sie) schreien —
Klatschen des geworfenen Schwamms,
giftrot, löcherig, Saugfähigkeit gut,
trifft grüne Tafel,
NICHTSSAGEND beschrieben

was sagen,
wenn ich jetzt öffne?
Wortschatz,
Syntax,
, ; . ! ? - : " "

(wir) schlagen auf, Grammatik Seite dreizehn —
aber in welcher Sprache
sollen die Schüler mit Pflasterern reden,
wir erkennen,
daß Wörter Notstand feiern, weil sie einer mißbraucht?

oder soll ich zeigen wie man wehrt . . .
(mit Stuhlbeinen, EXEMPLARISCH) —
„welcher STEUERZAHLER ersetzt das Inventar?“

lehre ich Poesie,
(ich schreibe Verse

wie Anstand das von Deutschlehrern verlangt,
weiß daher,
sie gelten am nächsten unausgeschlafenen Tag nicht mehr)
lehre ich engagierten Text
aus Straßenbahnwagen, Bahnhof, Fabrik
(letztlich doch aus Papier) —
gelten sie nächste Woche noch?

oder soll ich die Tür zu-lassen,
vielleicht zuschließen,
(Schlüssel habe ich immer in der Tasche) —
aber
was sage ich meinem kleinen Sohn,
wenn am nächsten ERSTEN
das Geld ausbleibt?
Ich kann doch nicht
Aufklärungsbrieftsteller für Illustrierte werden
(oder doch,
der Nutzen wäre gleich).

oder gehe ich
und bringe Schülern bei
wie man brüllt ohne heiser zu werden
wie man Pflastersteine aushebt
und Wörter entlarvt —

II

Entlarvung der Wörter:

Staat = ein Volk, ein Reich, Reiche & Führer
(Interessennutte
oder machtlüsterner Lügengespinst)

Gesetz = notwendig: Mensch halte Dich in der Gemeinschaft
(objektiv wie Huren zu zahlenden Kunden,
Sicherheit, paragraphiert den Verführern)

Politik = Wissenschaft vom Staat
(Dummheit der Regierenden kaschieren,
Regierten Unwissenheit bewahren)

Idee = Gedanke Gottes oder
anderer
(man denke nur an die Idee
von der Gerechtigkeit des Staates)

(hohlräumiger Vorwand,
zur Beherrschung paradiesgläubige Massen)
und Künste? — — —
(Ablenkungsventilchen für Gebildete,
Blütensträuße verdecken den roten Stier)

III

Wahlaufruf:

wählt Dumme,
Schwächliche,
welche, die es mit keinem verderben wollen
& doch ihr Schäfchen ins Trockene bringen,
dann könnt ihr schlafen wann ihr wollt,
sogar Kinder kriegen,
denn ihr Staat
= nichts
als ein
Menschärgeredichnichtspiel.

IV

oder gehe ich in den sagenumwobenen
in Tornistern
hoffnungsvoller Dichter
eingewickelten
nicht eßbaren
aber nervenschonenden
Elfenbeinturm?

Brennt die Börsen aus —
durch meine Nächte fährt der Mond als Silber-Boot;
werft Pflastersteine —
Bergkristalle sieben das Licht meiner Träume;
drescht mit Kreuzen euere Köpfe —
blausamtes Wasser schlägt goldene Uhren in meine Augen;
schlagt euch endlich tot —
ich schwebe (schräg nach oben)
mit leichtem Gedärm
gegen die Milchstraße

oder werde ich schizophren:
haut den Sternen in die Fresse;
lieb Vaterland magst ruhig sein,
am Krematorium raucht die Esse,

ascht die Fledermäuse aus dem Land,
kapitale Leichen ruhen in der Grünspanhand
oder verstummen,
Zelle kaufen,
kahl,
vergittert,
(das Bett müßte bequem sein) —

V

Fazit:
wer schenkt (mir) einen besseren Stern?

JÜRGEN-PETER STÖSSEL
ZWISCHENRUFE

Ich behaupte, vier Beine sind besser als zwei, um meinen Platz in der Welt zu behaupten. Ich setze mich mit mir an einen Tisch. Ich schreibe. Eigentlich bin ich ein Dichter, denn ich schreibe in Deutschland. Doch solange der Erbkrieg zwischen Dichtern und Denkern um das Großdeutsche Reich nicht beendet ist, ziehe ich es vor, in die äußere Emigration zu gehen. Auf die Straße zum Beispiel. Als Schriftsteller. Da bin ich wenigstens, solange ich lebe, unsterblich. Ich stelle dem Leben nach. Ich rede deutsch mit den Leuten. Eigentlich könnten sie mich verstehen. Doch das Mißverständnis beginnt schon, wenn ich ein Blatt in die Hand anstatt vor den Mund nehme. Da denken sie höchstens an Blattläuse und ähnliches Ungeziefer. Fange ich gar noch an, ihnen die Leviten zu lesen, hören die meisten nur noch Levi. Das haben sie schon mal gehört. Das gehört auf ein anderes Blatt. Daran haben sich schon andere den Mund verbrannt. Man will seine Ruhe haben. Früher war überhaupt alles ganz anders. So soll es bleiben. Singen ist die erste Dichterpflicht. Natürlich in Feld, Wald und Wiesen. Damit es keiner hört. Aber ich habe den Ast abgesägt, auf dem mein zweites, mein lyrisches Ich von grünen Zweigen träumte. Aus der Traum. Ich habe den Vögeln das Feld geräumt. Ich gebe zu, die Früchte, die in Gottes unmittelbarer Nachbarschaft gestohlen wurden, schmeckten süß. Doch als ich die vielen hungrig aufgesperrten Mäuler sah, konnte ich mich nicht länger sattsehen an der himmlischen Schönheit, mir die Ohren vollstopfen mit paradiesischer Unschuld. Ich will das wenige, was ich mit meinen Händen noch erreichen kann, mit anderen teilen. Ich teile es mit. So ist vielleicht doch nicht alles für die Katz. Ich weigere mich zu singen. Auch auf die Gefahr hin, nicht mehr als sprichwörtlich guter Mensch verschrien zu sein. Ich warte auf einige Verbesserliche, die sich dennoch bei mir niederlassen. Ich setze mich geduldig zwischen die Stühle, um Platz zu machen für alle mög-

lichen Partner zu einem Gespräch. Diese Stühle sprechen übrigens, soweit ich das aus meiner Perspektive sehe, für sich selbst. Der eine, zu meiner Rechten, mit schön geschnitzten Schnörkeln verziert und mit grüner Naturseide bezogen, ein erlesenes Stück, stammt aus dem zu Höchstpreisen versteigerten Nachlaß eines Dachstabenbewohners, von dem es heißt, er sei dort oben übergeschnappt. Der andere, links von mir, in greifbarer Nähe, steht mit vier Beinen auf der Erde, sieht aus wie ein Stuhl und diente lange Zeit in einem Vierpersonenhaus-halt ausschließlich als Sitzgelegenheit. Bis ihn der Sohn des Hauses bei einer Auseinandersetzung mit seinem Vater herumdrehte und diesem, in Ermangelung eines besseren Verständigungsmittels, vor den Kopf schlug. Daß dabei keiner von beiden Schaden erlitt, spricht immerhin für Qualität. Made in Germany. Ich frage mich: Wie soll man da schreiben? Und in Anlehnung an Gottfried Benn höre ich mich selbst antworten: man soll ja gar nicht.

Ich stelle mir vor, an einem wunderschönen himmelblauen blonden Sonntag-nachmittag wird ein friedlicher und angesehener Bürger während eines beschau-lichen Spaziergangs in den Straßen irgendeiner deutschen Stadt Zeuge einer Demonstration. Die Polizei hat alle Hände voll zu tun. Wo die Arme des Ge-setzes nicht ausreichen, treten auch Stiefel in Aktion. Die Knüppel tanzen frei nach Gebrüder Grimm. Es ist eine helle Schadenfreude. Die Köpfe können ihr blaues Wunder erleben. Einige liegen schon am Boden. Der Spaziergänger traut seinen Augen nicht. Er sieht rot. Es ist, wie gesagt, ein friedlicher und angesehener Bürger, der es liebt, am Sonntagnachmittag beschaulich in den Straßen der Stadt spazieren zu gehen. Etwas versperrt ihm den Weg. Er kann es nicht fassen. Etwas, das aussieht wie ein Mensch, krümmt sich am Boden. Eine Stimme, immer wieder von dumpfen Schlägen unterbrochen, erstickt an sich selbst: „Aufhören, bitte aufhören...“ Ein blutiges Gesicht wird mit Füßen getreten. Der Mann, der Zeuge dieses Auftritts wird, ist Arzt. Für ihn stellt sich keinen Augenblick die Frage, was er zu tun hat. Er sieht einen jungen Mann, der schwer verwundet ist. Ein Mensch braucht seine Hilfe. Er greift ein. Er stellt sich damit auf die Seite der Unterlegenen. Das ist klar. Soweit bleibt also die Situation übersichtlich. Das Engagement eines Arztes bedarf keiner Rechtfertigung. Niemand wird ihm das Recht streitig machen, so zu handeln, wie es ihm seine Pflicht vorschreibt. Die Verpflichtung seines Berufes verlangt aber von ihm den gleichen Einsatz bei der Verwundung eines Polizisten, den ein Stein getroffen hat. Auch wenn es sich dabei um denselben Polizisten handelt, der zuvor den jungen Mann blutig geschlagen hat. Daß der Polizist „auch nur“ seine Pflicht getan hat, ist ein Kapitel für sich. Das Recht dazu werden ihm einige vielleicht doch streitig machen wollen. Denn was haben dann die Demonstranten getan? Und mit welchem Recht wird ihnen das Recht, das zu tun, was sie für ihre Pflicht halten, streitig gemacht? Spätestens an diesem Punkt scheiden sich also die Geister. Gehe ich aber noch einen Schritt weiter, schiebe ich nicht länger den Papp-kameraden vor, halte ich selbst meinen Kopf ins Kreuzfeuer der Meinungen,

schreibe ich zum Beispiel ein Gedicht über diesen Vorfall, dann ist der Teufel los. Denn ich schreibe in Deutschland. Dieser Satz hat nur als Gegensatz Be-deutung. Schreibe ich nicht in Deutschland, sondern zum Beispiel in Frankreich, könnte ich vielleicht auf einem der zahlreichen Stühle meinen Platz einnehmen. Das stünde mir zu. Ich wäre ein Abgeordneter in einem vielköpfigen Parlament. Ich verkörperte meine eigene Partei, könnte meine persönliche Sache vertreten, und doch Partei ergreifen für die gemeinsame Sache aller Parteien, wie Sartre zum Beispiel, für Europa, den Sozialismus, die Demokratie, den Frieden. Ich wäre „nur“ ein Schriftsteller und als solcher verpflichtet, mich hinter das zu stellen, was ich schreibe. Man könnte mich jederzeit bloßstellen, mir meine Worte vor Augen halten. Ich wäre gezwungen, die Herausforderung des Augen-scheinlichen anzunehmen, nicht nur vor dem Spiegel, mich seinen Angriffen zu stellen, durch nichts geschützt als durch die Sache, in deren Dienst ich mich stelle. Ich müßte Stellung nehmen, mich gegenüber anderen auf eine Seite stellen, nicht abseits. Da gäbe es kein Entkommen mehr zwischen den Worten, kein Ent-schweben in höhere Regionen, wenn mir der Boden unter den Füßen zu heiß würde. Aus der Traum. Statt Rosen blühen mir am Zaun des Paradiesschreber-gartens nur noch Stacheln. Aber ich schreibe in Deutschland. Da gibt es keine Stacheln ohne Rosen.

Solange ich allerdings als Mediziner schreibe, erwartet man selbstverständlich auch in Deutschland, daß ich weiß, wovon ich schreibe, daß es stimmt, was ich schreibe, daß es der Wahrheit entspricht, Tatsache und als solche jederzeit über-prüfbar ist. Man setzt voraus, daß ich etwas mitzuteilen habe. Warum sollte ich sonst schreiben? Wie ich das sage, was ich zu sagen habe, spielt kaum eine Rolle. Hauptsache, man versteht, was gemeint ist. Schließlich geht es ja um die Sache. Schreibe ich jedoch ein Gedicht, bei dem man verstehen kann, was gemeint ist, bei dem es mir auch um die Sache geht, zum Beispiel um eine Gesellschaft, die geduldig die Schläge und Tritte der Polizei einsteckt, weil sie sich von ihrem Staat noch immer im Geist preußischer Väter erziehen läßt, dann kann ich was erleben. Dann heißt es, ich solle mich gefälligst um meinen eigenen Dreck kümmern. Fangt ich aber damit gleich vor meiner Tür an, schreibe ich nur auf, was ich sehe und höre, dann werden mir Schlagworte um die Ohren geschlagen, bis mir Hören und Sehen vergeht. Dann bin ich ein Linksradikaler, ein Revolu-tionär, ein Anarchist, ein Kommunist und was weiß ich, ein Lügner auf jeden Fall. Aber das wäre ja noch das beste, was mir passieren könnte. So nähme man meine Worte doch jedenfalls für bare Münze. Warum sollte man denn sonst leugnen, daß ich die Wahrheit sage? Wirklich, ich kann mir kein besseres Publi-klum für meine Gedichte vorstellen als das Millionenheer der Bildzeitungsleser, die Gift und Galle speien, wenn ich ihnen ihr tägliches Brot unter die Nase reibe. Aber kaum haben sie Lunte gerochen, daß es sich dabei „nur“ um ein Gedicht handelt, schon wenden sie sich in aller Ruhe wieder ihrem Frühstück zu. Jetzt kann sie nichts mehr aus der Ruhe bringen. Lege ich am Ende gar die

Karten auf den Tisch, um ihnen zu beweisen, daß sie ihren eigenen Parolen auf den Leim gegangen sind, dann werden sie listig und behaupten einfach, das hätten sie sich gleich gedacht, aber das sei doch keine Kunst, das könne ja jedes Kind, und so geht es weiter, bis ihnen einige Lesebuchdichter zu Hilfe kommen, die wollen mir was erzählen, frei nach Gebrüder Grimm. So will es die Mehrheit des Volkes. Die Mehrheit hat recht. Wir leben in einer Demokratie. Ich kann sagen was ich will. Ich werde überstimmt. Man läßt mich links liegen. Zustimmung finde ich da höchstens bei einer kleinen Gruppe „linksradikaler Elemente“, einer Handvoll lyrischer Agitatoren und Propagandisten. Da kommt mein Gedicht in gute Gesellschaft. Meine Zuhörer erwarten, daß ich ihnen ihre Meinung sage. Wir sind uns einig. Wir wollen die Welt ändern. Die uns nicht zuhören, wollen die Welt nicht ändern. Auch sie sind sich einig. Die einen links, die andern rechts, dafür oder dagegen, sauber getrennt in Schwarz und Weiß. So ist alles in schönster Ordnung. Was will ich denn noch mehr? Wenn es mir nicht paßt, kann ich ja nach drüben gehen. Gemeint ist das andere Deutschland. Aber das gibt es ja gar nicht. Das steht nur auf dem Papier. Mit anderen Worten heißt das also: ich solle zum Teufel gehen. Ich hätte ihn lange genug an die Wand gemalt. Da könne ich mal sehen, wie weit ich komme mit dem Kopf. Und so weiter. Man wirft mir tatsächlich die Mauer vor. Es ist zum Davonlaufen. Aber ich werde ihnen den Gefallen nicht tun, ich behaupte meinen Platz. Ich schreibe. Daß ich nur schreibe, kann ebensowenig als Alibi dienen, wie die Tatsache, daß ein Mensch nur ein Mensch ist. Weder aus dieser noch aus jener Art zu leben, lassen sich irgendwelche Privilegien ableiten. Beide bedürfen aber auch keiner Rechtfertigung. Die Demokratie wird so lange nur auf dem Papier stehen wie eine Gesellschaft dem Schreibenden nicht das gleiche zubilligt wie zum Beispiel einem Tischler. Bis jedoch jeder in dieser utopischen Gesellschaft seinen Platz einnehmen kann, ist es die Pflicht jedes einzelnen, also auch des Schriftstellers, für deren Verwirklichung einzutreten. Diese Forderung läßt sich aber nur erfüllen, wenn mit ihr auch das Recht verbunden ist, den herrschenden Zuständen den Kampf anzusagen. Bei allen Bemühungen, eine demokratische Gesellschaftsform durchzusetzen, ist demnach die Demokratie, auch wenn sie vorerst nur auf dem Papier steht, die mächtigste Waffe. Weil aber die Demokratie vorläufig nur ein Wort ist, sind die Schriftsteller in erster Linie aufgerufen, diese Waffe zu gebrauchen. Das heißt aber nicht, daß die Maulhelden über Nacht sich in Messerhelden verwandeln und alle Äpfelstehler in den Bäumen plötzlich Heckenschützen werden sollen. Ich sehe keinen Grund, die Dichter, die eben erst aus ihrem metaphysischen Exil zurückgekehrt sind, nun als Partisanen in die Berge zu verbannen. Unser Bedarf an Helden ist gedeckt durch einige Millionen Tote. Lange genug haben wir geduldet, daß die Gesellschaft auf steinernen Sockeln die Verantwortung für ihre Taten ablädt. Erschrecken wir die Bürger einfach dadurch, daß wir zum Leben erwachen. Der Schriftsteller als Normalmensch ist der Idealfall eines Bürgers. Er muß den Beweis antreten, daß er bereit ist, sich in eine Reihe

zu stellen mit allen, aber notfalls auch gegen alle seinen Standpunkt zu verteidigen. Ich finde es jedoch lächerlich, aus der Bereitschaft zum sozialen Engagement gleich die Notwendigkeit einer allgemeinen geistigen Wehrpflicht abzuleiten. Die Uniform der Opposition ist ebenso unmenschlich wie die der herrschenden Ordnung. Die Diktatur der Minderheit unterdrückt die Handlungsfreiheit des Einzelnen mit der gleichen Grausamkeit wie ihre Vorgängerin. Es nützt nichts, einfach den Spieß umzudrehen. Wir kommen nicht weiter als unsere Vorfahren, wenn wir an Stelle des Schönen, Guten und Wahren nur noch das Häßliche, Böse und Falsche sehen. Die professionellen Schwarzmaler und die Weißmacher mit dem Waschmittellächeln um jeden Preis ziehen an dem selben Strick, nur in entgegengesetzten Richtungen. Lassen wir uns auch nicht weismachen, man braucht zum Schreiben einen Berechtigungsnachweis. Welchen Sinn hat ein Engagement, das sich nur darin äußert, daß ehrgeizige Nachkommen von Träumern, Taugenichtsen und berauschten Sängern nach Feierabend Nachrichten büffeln, um auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur nachzuholen und sich das Zeugnis politischer Reife ausstellen zu lassen? Es ist doch selbstverständlich, daß ich gegen den Krieg in Vietnam und überall bin, gegen die Rassendiskriminierung und gegen neofaschistische Tendenzen in jeder Form, gegen das Wettrüsten, gegen all das, was die Entwicklung eines friedlichen Weltvolkes bedroht. Aber muß ich mich deswegen blindstellen für alles andere, was es doch trotzdem und immer noch gibt? Soll ich als Schriftsteller denn auch nur ein Fachidiot sein?

Das Schreiben, so hatte ich gefordert, ist nur eine von allen möglichen Arten zu leben. Und ebenso ist die politische und soziale Stellungnahme mit Worten nur eine Form des Schreibens. Vielleicht entspricht sie meiner Konstitution am ehesten oder ist als Reaktion auf den Druck der gegenwärtigen Verhältnisse notwendig. Aber warum soll es denn heute unter den Schriftstellern zum Beispiel keine Holzfäller mehr geben? — Wir brauchen keine allgemeingültigen Gesetze, keine ewigen Werte, keine uralten Ordnungen, aber auch keine Gebrauchsanweisungen für den Guerillakrieg, keine Fahrpläne für Revolutionen, keine Lochkarten, keine Ampeln zur allgemeinen Regelung des menschlichen Verkehrs. Sondern offene Augen, weit aufgerissen vom Entsetzen und vom Staunen über das Gras oder was weiß ich welche wunderbaren Banalitäten sonst noch zwischen Himmel und Erde. Wir werden die Ohren schärfen müssen am Geschwätz, das aus Gleichgültigkeit zum Hehler der Mörder wird. Wir werden weniger sagen, je mehr wir zu sagen haben. Wir werden nicht wie ein Buch gegen die Wand reden. Wir haben, was wir brauchen. Wir haben einen Kopf, zwei Beine, zwei Hände, fünf Finger an jeder Hand. Wir werden brauchen, was wir haben. Wir werden unsere fünf Sinne zusammenhalten. Wir werden nur noch behaupten, was sich an allen fünf Fingern abzählen läßt. Was zählen wird, ist der gesunde Menschenverstand. Mit uns kann man rechnen. Man wird mit uns rechnen müssen in Zukunft.

Hannes Stütz Wozu noch Literatur?

I.

Horaz: Weil es süß und nützlich ist.

O. Wilde: Um schöne Dinge zu schöpfen.

P. Ernst: Als Weg zur Form.

H. Löns: Für das Alldeutschum.

Dada: Oiai laela oia ssisalu.

W. Hasenclever: Um zu führen und zu verkünden.

St. George: Um niemandem zu dienen.

H. v. Hofmannsthal: Weil der Dichter ein Harmonisieren der Welt in sich trägt.

R. M. Rilke: Um alle Dinge zu rühmen.

G. Benn: Aus glücklich gefühltem Nihilismus.

Peter H. (Werkzeugmacher): Was isn das eigentlich, Literatur? (1968).

II.

Wozu noch Literatur? Wenn sich jemand ernsthaft diese Frage stellen könnte, wäre das die Großbourgeoisie. Sie hat ihre Industrieverbände, ihre Regierung, ihre Parteien, ihre Manager, ihre Wissenschaftler, ihren Staat. Sie hat außerdem eine prächtige Trennung von ‚hoher‘ Literatur, die ein paar Hunderttausend Literarisierte versorgt, und Massenliteratur für den zig-Millionen-Pöbel, die Maßstäbe für das Bewußtsein der Beherrschten setzt. Auf das bißchen Klimbim der ‚hohen‘ Literatur wäre also notfalls zu verzichten. Der Verzicht fällt ihr trotzdem schwer. Die Frage: Wozu auch noch Literatur? wird in diesen Kreisen nicht gestellt. Warum nicht?

Ein Dinosaurier auf dem Stachus in München, der erwiesen den Verkehr stört, aber aus Gewohnheit Platz und Privilegien behält, kann nur durch ein entsprechendes Image um das Deutsche Museum herumkommen. Seine Web- und Wirkkompanien sitzen deshalb an großflächigen Entwürfen des freiheitlichen Grunddinosauriers, des sozialen Rechtsdinosauriers und der dinosaurischen Initiative als Pfeiler einer zeitgemäßen Wirtschaftsordnung.

Das Dinosaurierbild etwa bei Köppen, Böll, Walser, Kuby, Kipphardt, Geißler, Enzensberger, Wallraff trägt aber autoritäre, dekadente, fossile und gemeinfährliche Züge. Die so verbreiterte Image-Lücke sucht der Dinosaurier mit Anzeigenserien zu stopfen: „Das größte Verbrechen eines Dinosauriers ist es, keine Gewinne zu machen.“

Der Teil der bundesrepublikanischen Literatur, der seine Arbeit gesellschaftlich vermittelte auffaßte, hat nicht nur durch sein Engagement für politische Aktionen, sondern auch durch seine literarische Produktion Fragen gestellt und bei seinen Lesern Bewußtsein geschaffen, das sich fortsetzt.

III.

Das Wort haben die Dinosaurier.

Auf der Bundestagung 1966 der Fachverbände Buchdruck und Zeitungsdruck hielt Dr. R. Krämer-Badoni den Festvortrag mit dem Titel: „Das Unternehmerbild in unserer Zeit.“ Er beklagt das Unternehmerbild, wie es Kuby, Walser und Böll zeichnen, findet dafür religiöse und ästhetische Gründe und schließt: „Sie müssen fertigbringen, daß die Leute sagen: Obwohl das Gemeinwohl nur ein Nebeneffekt des Profitmachens ist, sind wir mit dieser Wirtschaft einverstanden. Sie müssen erreichen, daß die Bevölkerung sagt: wir brauchen den Kapitalismus wie der Fisch das Wasser. Sie müssen erreichen, daß es heißt: Gewiß, es können Krisen auftreten, die wir gemeinsam meistern müssen; aber die Planwirtschaft kennt nicht nur ebenfalls Krisen, sondern sie ist permanente Krisenwirtschaft (..). Und Sie müssen erreichen, daß die Leute sagen: Jeder Begabte kann aufsteigen, wir haben's nach dem Krieg gesehen und sehen's jeden Tag; die Unternehmerschaft in freien Ländern ist keine geschlossene Gesellschaft; (..). Können Sie für diese schwierige Arbeit den Kuby, den Böll, den Walser gewinnen? Statt Antwort, müssen Sie lachen. Nein, Sie müssen es selbst schaffen. Und das ist ganz gut so. Sie brauchen ein anständiges Selbstbewußtsein. Und das verschafft man sich selbst.

Was Sie und Ihre publizistischen Mitarbeiter leisten müssen, ist: auf höchster intellektueller Ebene diese Probleme entwickeln (..), so formuliert, daß kein Spötter und kein utopistischer Literat und kein fossiler Klassenkämpfer einen Spalt zum Einhaken findet.

Sie müssen selbst kämpfen. Dazu müssen Sie Geist und sozialpolitische Tatkraft entwickeln. Sie müssen das werden, was Ihnen fälschlich immer unterschoben wird: eine herrschende Klasse. Aber anders: Eine geistig herrschende Klasse müssen Sie werden. Und Sie müssen auf sich nehmen, was Ihnen recte nachgesagt wird: daß Sie Exponenten eines Systems sind. Sie müssen aufhören, unter dem Vorwurf — Exponenten des Kapitalismus — zusammenzuzucken und sich darauf hinauszureden, Sie seien doch anständige Leute und keine unter Systemzwang stehende Bestien.

Sie müssen — mit einem Wort — das System, unter dessen Gesetz Sie tatsächlich stehen, geistig bewältigen und es als ein zwar außermoralisches (nicht unmoralisches), aber als das bestfunktionierende Wirtschaftssystem der Welt einleuchtend darstellen. Wenn das unternehmerische Bürgertum mit Hilfe seiner besten Exponenten und mit Hilfe bester Köpfe zu einer geistig bewußten und sich selbst verstehenden und zu sich selbst stehenden Schicht würde, wäre alles gewonnen.

Ich schließe mit dem äußersten Gegensatz zu Festredenfloskeln und rufe Ihnen zu: Im Kampf aller gegen alle haben von jeher nur diejenigen, die die besten Köpfe zur Verfügung hatten, ihre Köpfe gerettet.“

(Junge Wirtschaft, Nr. 5/1967, S. 186)

IV.

Der Festredner biegt historische Klassenauseinandersetzungen in einen Kampf aller gegen alle um. Das kapitalistische Gesetz der Wölfe wird als allgemeingültiges Entwicklungsgesetz offeriert, Klassenkampf in die Vorzeit verbannt und gleichzeitig nichts anderes als blander Klassenkampf von oben praktiziert.

Ob man sich nun um historische Kategorien bemüht, oder über das Denken in freier Wildbahn nicht hinauskommt — hier geht es um Köpfe, im Effekt um die von uns allen, im Ansatz um literarische, die man „zur Verfügung hat“ — oder auch nicht.

Die literarische Klassenaufgabe wird mit wünschenswerter Deutlichkeit gestellt: die private Aneignung gesellschaftlich produzierter Gewinne zu rechtfertigen, Krisenergebnisse zu züchten, für den Krisenfall das Gemeinsamkeitsgefühl zu mobilisieren, Illusionen über gesellschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten zu schüren und das Selbstbewußtsein der Dinosaurier zu korsettieren.

Ist die Literatur zur Bewältigung dieser Aufgaben nicht einzuspannen, muß man wenigstens verhindern, daß sie im gegenteiligen Sinn tätig wird. Ihre Einweisung in ein gesellschaftsloses, eigengesetzliches Zwischenreich erfüllt diesen Zweck. Vor einem literarischen Kreis hätte derselbe Redner vermutlich über die „Unschuld der Antike“, über „das Absolutum der Verspannung als Symbol des menschlichen Daseins“ (Krämer-Badoni) und ähnlichen Eierschnee gesprochen. Das Handwerkszeug zur gesellschaftlichen Neutralisierung der Literatur stammt zwar von vorgestern — aus der Romantik: F. Schlegel ein posthumes Bundesverdienstkreuz — ist aber immer noch praktikabel. Begeisterung für die Revolution von 1789, Resignation über ihren Fortgang, elitärer romantischer Rückzug — aus dem politisch brisanten „Originalgenie“ des „Sturm und Drang“ war eine amorphe, subjektivistische Originalität geworden, die in all ihren Experimenten und Revolten bis heute nicht mehr über ihr eigenes Bezugssystem hinausgekommen ist. Gleichzeitig wurden die ideologischen Grundlagen für die bewußte Trennung von Massenliteratur und „eigentlicher“ Literatur bereitgestellt.

V.

Ein großer Teil der bundesrepublikanischen Literatur war bisher eine Art Lehrtendichtung, organisiert nach dem Muster „Fruchtbringender Gesellschaften“, ihre Sprache hätte auch Latein sein können, ihr Selbstverständnis das einer verinnerlichten Artusrunde am Hofe eines Duodezfürsten, allerdings mit dem Duft der großen weiten Welt.

Rund herum ein sich bedienender Monopolkapitalismus, der die Massen mit

reaktionärem, militaristischem, halbfaschistischem Schund eindeckte und es gleichzeitig verstand, durch einen geölten Satz von Groß- und Kleinkritikern, Kunstreisen, Foren, Stipendien, Colloquien etc. die Literaten nach dem Muster südamerikanischer Militärputsche zu immer neuen Formen revolutionen zu animieren. Die Umsätze an Massenliteratur beweisen ein elementares literarisches Bedürfnis, das die „eigentlichen“ Literaten bis jetzt mit monströser Arroganz und Hilflosigkeit übergangen haben. Eine solche Haltung „herrschender“ Literaten gegenüber kulturellen Bedürfnissen der Massen mag einmal geschichtlicher Logik entsprochen haben, im 20. Jahrhundert, in dem die Massen dabei sind, ihre Geschichte selbst zu machen, entspricht sie der Attitüde feudaler Emigranten. Wer sich heute mit der gegebenen Trennung von Massenliteratur und „eigentlicher“ abfindet, findet sich im selben Augenblick mit der Trennung von Literatur und Gesellschaft ab.

Eine Ahnung davon muß sich bei einigen depravierten Dichterfürsten eingeschlichen haben. In traditioneller eigener Wertschätzung beginnen sie, die Gesellschaft vom Standpunkt der Literatur aus zu überdenken. (Umgekehrt würde ein Schuh daraus.) Sie kommen zu dem Schluß, daß diese Gesellschaft literarischen Ansprüchen nicht genügt. (Richtiger wäre, daß die Konzeption der „eigentlichen“ Literatur den gesellschaftlichen Forderungen nicht genügt.) Die fixe Parole: Produktion einstellen, um die Gesellschaft auf dem Wege der Revolution erst einmal literaturfähig zu machen, geht konsequent darüber hinweg, daß die Massen ihre Literaturfähigkeit laufend unter Beweis stellen, nicht jedoch die Literaten ihre Gesellschaftsfähigkeit. (Mit Gesellschaft ist nicht Senator Burda gemeint.) Daß der Apparat in den Händen der Monopole ist (zum größten Teil wenigstens), ist inzwischen bekannt. Nur, wäre er morgen in den Händen derer, die zur Einstellung der Produktion aufrufen: Was hätten sie anzubieten? In fünf Jahren? Oder in zehn Jahren? Oder gestern?

Mit der genannten Parole zieht man sich modebewußt aus der Affäre. Weiter kann keiner. Oder kann nur keiner mehr weiter? Sie enthebt der Mühsal, mit gewohntem Milieu zu brechen. Alles kann so bleiben wie früher. An Stelle des literarischen Inside-talk tritt der strategische, für dessen Inszenierung die Massen die Elefanten stellen sollen. Statt die Literatur zu revolutionieren wird die Revolution literarisierter.

Die Parole „Produktion einstellen“ markiert objektiv die Krise der *herrschenden* Literatur, subjektiv, gedacht als Beitrag zum Klassenkampf, zeugt sie lediglich von der Krise der Literaten, die sie ausgeben. Sie überläßt die gesamte Literatur kampflos den Interessen der Dinosaurier.

VI.

Die Frage „Wozu noch Literatur?“ — ist abstrakt. Konkret müßte sie heißen: Literatur für wen? Kein Schreibender kommt um eine Antwort auf diese Frage herum. Je konkreter die Antwort ausfällt, desto größer wird der Beitrag der

Literatur zum Bewußtsein unserer Bevölkerung von ihrer Wirklichkeit, ihren Feinden, ihrer Zukunft und von sich selbst sein. Dazu Literatur.

Es ist möglich, daß manche der eingesessenen Literaten vorerst wenig dazu beitragen können. Wir sollten nicht aufhören, ihren Beitrag zu fordern.

Die Perfektion, mit der die gesellschaftliche Realität der Bundesrepublik in ihr Gegenteil verkehrt wird (Klassenherrschaft zur Sozialpartnerschaft, Notstandsgesetze zum Schutz der Demokratie, die Industrie-Lobby zur Volksvertretung, der Arbeit-Nehmer zum Arbeit-Geber, der Verkäufer seiner Arbeitskraft zum „lieben Mitarbeiter“, Expansionsgelüste zur humanistischen Sorge um Brüder und Schwestern, der Massenmord zum Befehlsnotstand, monopolistische Profitorgien zur sozialen Symmetrie), diese Perfektion macht jede Schilderung, Darstellung, Verarbeitung eines Teilstücks, eines Stücks, vieler Stücke, eines Zusammenhangs, vieler Zusammenhänge der geschundenen Wirklichkeit in und um uns zur systemwidrigen Besinnung, Erinnerung, Aufklärung.

Wir wollen uns nicht methodisch einengen und etwa den unbestreitbaren Wert von Dokumentationen und Agitationstexten gegen andere literarische Formen ausspielen. Agitprop ist nicht das Zauberwort, das man nur zu treffen braucht. Und alles hebt zu singen an. Es ist eine wichtige Form unter anderen.

Wir brauchen Nachrichten aus den Fabriken, Nachrichten von den Bauernhöfen, aus wissenschaftlichen Instituten und Studentenheimen, aus Krankenhäusern, Volksschulen, Gymnasien, von den Heimarbeitern, von den Wurstbratereien, aus den Amtsgerichten, vom kleinen Textilfabrikanten, von der Spülerin, aus dem städtischen Wannenbad. Wir brauchen solche Nachrichten für uns und für die, von denen darin die Rede ist.

VII.

„Es lag oder liegt in großer schiffreicher See ein großer Magnetenberg, und viele kleinere Magnetenberge lagen oder liegen um ihn her. Das Magnetengebirge zog an sich weit und breit aus allen Schiffen alles Eisen und Stahl. Die Fugen der Schiffe zersprangen, und Trümmer bedeckten das Meer. Da rüstete man, anstatt mit Eisen und Stahl, die Schiffe mit Silber und Gold; und die neue Schiffsfahrt bestand.

Auch lag oder liegt in großer hüttenvoller Flur eine große Magnatenburg, und viele kleinere Magnatenburgen lagen oder liegen um sie her. Das Magnatengebürge zog an sich weit und breit aus allen Hütten alles Silber und Gold. Die Fugen der Hütten zersprangen, und Trümmer bedeckten das Land. Da rüstete man, anstatt mit Silber und Gold, die Hütten mit Eisen und Stahl; und die neue Bauart bestand.“ (G. A. Bürger, 1747—1794)

Vielleicht wollten einige Zeitungen mich nur rumkriegen, als sie die Meldung brachten: Der singt nun bald auch nicht mehr! Dankend für so übertriebene Aufmerksamkeit verbleibe ich räsonierend, wie folgt. Es muß doch einen verdammt Grund haben, wenn einer partout nicht aufhören will. Besonders, da alles so deutliche Sprache spricht, jetzt endlich den Schlussstrich zu ziehen unter eine Arbeit, die in einer gewissen Phase der politischen Entwicklung möglicherweise echte Funktionen gehabt haben mag. Jetzt aber, seit diese politische Entwicklung fortgeschritten ist, seit der politische Kampf auf einer neuen Stufe geführt wird, seit die lohnabhängigen Massen nur noch ein wenig aufgerüttelt zu werden brauchen, ehe die Räte alle Macht übernehmen können, seit unserem Lande die sozialistische Revolution gewissermaßen schon vor der Türe steht, zum Greifen nahe ist, wovon sich jeder überzeugen kann, der an beliebigen Sonntagnachmittagen über Düsseldorfs prächtige Königsallee spaziert — seither also ist die Zeit erfüllt; reiß aus, Genosse, dein Saitenspiel und wirf es von dir! Denn was du machst, ist Kunst, bleibt Kunst, ist Scheiße, weil Kunst, klar? Kunst ist systemimmanent, tut niemandem weh, verändert nichts, amüsiert die Unterdrücker wie die Unterdrückten, ist Opium für's Volk, wird konsumiert, bringt kein neues Bewußtsein, keine Aktion, Feierabend überall, Leute gehen still nach Hause und aus! Genosse, wir sind frustiert! Das muß ausdiskutiert werden!!!

Au, fein! Wie wär's mit einem halbwegs dialektischen, oder auch nur ambivalenten Kunstbegriff? Kunst ist bekanntlich die Nutte der Herrschenden; gilt das auch für spanische Widerstandslieder? Politische Kunst ist Politik im irrealen Raum; soll man deswegen die „Internationale“ nicht mehr singen? Kunst macht dem Establishment keine Sorgen; warum aber dürfen bestimmte neue politische Chansons einfach nicht gesendet werden? Kunst ist Scheiße; weshalb soll dann ein Sozialist noch die Kunst der Rede (und Gegenrede) lernen? Fragen über Fragen! Warum mußten fortschrittliche Künstler und Schriftsteller 1933 aus Deutschland emigrieren? Vielleicht, weil vor einem Kriegsbild des George Grosz in den prospektiven Soldaten jene irrationale Begeisterung zum Verrecken nicht aufkommen wollte, die bei imperialistischen Kriegsplanungen doch ziemlich unentbehrlich ist. Warum sahen die Nazis sich gezwungen, ihren eigenen Wechselbalg aus Blut und Boden zu zeugen — und zwar als eindeutige Kunstersatzleistung? Vielleicht, weil von der Kunst wichtige Impulse ausgehen können, da im Prinzip allen Menschen die Fähigkeit immanent ist, Kunst (zumindest) zu rezipieren. — Vielleicht also sollte erst einmal unterschieden werden zwischen fortschrittlicher und reaktionärer Kunst; denn *Kunst an sich*

ist fast ebenso wenig ein politischer Begriff wie etwa *Produktionsmittel an sich*. Gut, Genosse Süverkrüp. Wie aber stellst du dich zur Frage der Konsumierbarkeit *auch von progressiver Kunst*? Dein Publikum sitzt rum. Augen und Ohren und Tür und Tor sind weit geöffnet zu verbrauchen, was angeboten wird. Die wissen ja: jetzt kommt Protest. Offensichtliche Konsumhaltung! Das heißt: Realitätsentfremdung! Das heißt: man findet das alles ganz prima, aber man nimmt es nicht ernst. Ist ja nur Kunst!

Ich sage: stimmt! Beziehungsweise stimmt nicht! Natürlich werden heutzutag' selbst Polit-Künste als Ware genommen, nämlich von den Mitgliedern einer Gesellschaft, deren Wirtschaftssystem infantiles Konsumverhalten breiter Massen produziert und existenznotwendig braucht, um weiterhin Waren zu produzieren und verkaufen zu können et cetera. Aber andererseits können nur Metaphysiker vom Kunstproduzenten verlangen, daß er künstlich Widersprüche auflöst, die gesamtgesellschaftliche Widersprüche sind.

Frage: Trotzdem konsumiert das Publikum! Gibt es nicht gewisse Techniken, denen da unten mit dem nackten Arsch ins Gesicht zu springen?

Antwort: Gibt es. Muß man aber können. Ist also schon wieder Artistik.

Und wenn man das Publikum bewußt an seiner Konsumgeilheit frustriert?

Dann reißt es das Maul auf und gähnt. Dergleichen könnte man als Verunsicherung interpretieren. Aber nur, wenn man sich ganz dumm stellt. Konsumbedürfnis ist ja doch platterdings die pervertierte Form eines echten menschlichen Bedürfnisses, das nämlich auf *Genuß* gerichtet ist. *Genuß* — ein Begriff, den vermutlich erst die Geschichte endgültig (?) definieren wird — setzt Aktivität, entwickelte Sinnlichkeit, Kommunikations- und Kritikfähigkeit voraus, also vor allem: Freiheit. Freiheit bedeutet für uns konkret zunächst: Freiheit von Ausbeutung. Menschliches *Genußbedürfnis* in seinen zahlreichen historischen Erscheinungsformen ist sicherlich stets eine bedeutende geschichtliche Kraft gewesen, so hoffe ich, ohne Übertreibung nebenbei bemerken zu dürfen. (Warum wurde je die Welt zu ihrem Besseren verändert, wenn nicht mit dem Ziel, sie dem Menschen genießbarer zu machen?) — Konsum hingegen bedeutet die Erfüllung *kurzgeschlossener* Bedürfnisse. Dennoch hat auch der Vorgang des Konsumierens gewisse Anteile von *Genuß*. Gerade darin sehe ich eine Chance. Schließlich haben wir's objektiv vorwiegend mit Konsumenten zu tun. Außerdem: abgesehen davon, daß ich die Pauschal-These von der totalen „Konsumierbarkeit“ politischer Kunstanstrengungen glattweg bestreiten muß — wenn man einerseits vor Häusermaklern und Verbindungsstudenten gesungen hat, andererseits in Werkskantinen und bei DGB-Veranstaltungen, liegt das nahe — abgesehen davon ist der Konsument nicht einfach dem Schwachsinnigen, dem absolut Lernunfähigen gleichzusetzen. Ausgehend von dieser einigermaßen gesicherten Erkenntnis könnte man zu dem Schluß kommen, daß eine auf Konsumenten zugeschnittene Agitation zwar keineswegs so sensationell ist, wie gleichzeitige Unternehmungen des nackten Arsches, dafür aber auf Dauer revolutionärer.

Das klingt verdammt nach SPD-Ideologie, mein Lieber! Ein Schrittchen vor, zweie zurück! Immer aktiv und nichts erreichen! Einzig reale Funktion: demokratisches Alibi eines an sich undemokratischen Systems. Feigenblatt!

Zugegeben, die Gefahr liegt nahe. Aber eine Agitation, die bewußt zum Zwecke der Abschaffung des Kapitalismus eingesetzt wird, kann nicht gleichzeitig seiner Erhaltung dienlich sein, außer: sie wird völlig dusselig betrieben. Entscheidend ist hier auch die Frage nach der Qualität der Informationen, die vermittelt werden müssen. Konkrete Einsichten in den kapitalistischen Produktionsprozeß, dessen zwangsläufige Nebenprodukte inhumane Lebensverhältnisse (verschiedener Gradation) innerhalb des gesamten Herrschaftsbereiches dieses Systems sind, solche Einsichten und deren weite Verbreitung bilden nun einmal die notwendige Basis für sozialistische Gesellschaftsveränderung. Wir stoßen hier freilich an die Grenzen der Kunst, genauer: an die Grenzen des bürgerlichen Kunstbegriffes, der es ja geradezu verbietet, das Publikum, statt mit Magie mit unmissverständlichen Informationen (womöglich noch Zahlen oder Statistiken) zu belasten. An dieser Ecke, meine ich, sollte weitergearbeitet werden. Wenn das Publikum sich amüsieren will, dann amüsieren wir es doch! Mit Informationen. Die moderne Werbung hat uns auf dem Gebiet schon einiges (erfolgreich!) vorexerziert, auch wenn ihre Informationen natürlich nichts taugen.

Kommt ein milder, weltoffener, pragmatisch gebügelter Herr: „Haben Sie das Gefühl, daß Sie mit solchen Liedern, die teilweise ja doch recht kunstvoll gemacht sind — ich wenigstens habe mich gut unterhalten dabei — also, glauben Sie denn nun wirklich, damit etwas erreichen zu können?“

Zwar will ich nicht angeben, sehr geehrter Herr, dennoch möchte ich immerhin argwöhnen: es ist nicht allzu wahrscheinlich, daß die dermaleinstige Abschaffung des kapitalistischen Systems einzig und allein meinen persönlichen Anstrengungen zu verdanken sein wird. Der politische Singsang ist sinnvoll nur im Zusammenhang eines Gesamtkomplexes, den man „politische Agitation“ heißt. Dahinein gehören unter anderem so wichtige Mittel wie die Rede, das teach-in, wie Demonstration und Kundgebung, Flugblätter, Wandzeitungen usw. Zudem ist, um dem Sozialismus zum Durchbruch zu verhelfen, Agitation nicht das einzige Mittel, wenngleich sie in der augenblicklichen Phase des Klassenkampfes in unserem Lande eine nicht unerhebliche Bedeutung haben dürfte. Deshalb sollte man gerade in dieser Sache nicht sparen an Phantasie, kenntnisreicher Analyse nebst Lust, neue Formen zu entwickeln. — Und was nun zum Beispiel meinen, verschwindend kleinen Betrag zur sozialistischen Agitation betrifft: Solange es Hinweise darauf gibt, daß man mittels Anfertigung und Absingung geeigneter Lieder wenigstens denjenigen (zweifellos noch geringen) Teil der (werk täglichen, konsumierenden, ausgebeuteten) Massen erreichen kann, der bereits sozusagen an der Peripherie von politischer Aufgeklärtheit, von politischem Engagement steht, solange, denke ich, sollte man weitermachen.

Carlo Schellemann

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Als ich aufgefordert wurde, einen Artikel über kulturpolitische Probleme zu schreiben, wußte ich zunächst nicht, wie ich dies anfangen sollte. Da erinnerte ich mich an einen Satz, den diese Aufforderung enthielt: „Mach es doch so, als müßtest du das in der Mittagspause von 12 bis 1/2 1 Uhr in einer Werkhalle den Arbeitern erklären.“ Das half mir weiter. So ist dieser Artikel entstanden und das ist auch die Leserschaft, für die ich schreiben will. Seither habe ich den Wunsch, zum Beispiel Agnolis Buch „Transformation der Demokratie“ ins Deutsche zu übertragen.

Es gibt verschiedene Kulturen. Einer hat Kultur, weil er sich gut kleidet, einer hat Sprachkultur, weil er gewählt und hochdeutsch spricht, einer hat Eßkultur, weil er gepflegt mit Messer und Gabel isst — nicht den Käse mit dem Messer aus dem Papier frißt —, einer hat einen guten Geschmack, der hat auch Kultur. Einer hat echte Barockmöbel, der hat auch Kultur. Einer hat eine gute Erziehung und das nötige Geld, dann hat er natürlich alle diese Kulturen zusammen. Sicher ist er dann ein Kulturmensch.

Aber woher hat der Kulturmensch sein Geld?

Nun, ich hätte gleich ins Lexikon schauen sollen!

KULTUR (lat.):

1. *Gesamtheit der geistigen und künstlerischen Lebensäußerungen;*
2. *Bildung, verfeinerte Lebensweise;*
3. *Zucht von Bakterien u. a. auf Nährböden;*
4. *Pflege und Bebauung des Bodens;*
5. *junge Bestände von Forstpflanzen.*

Da steht es also! 1. Gesamtheit der geistigen und künstlerischen Lebensäußerungen. Kultur ist was Feines, was Großes. Selbstverständlich die Kunst, die Pyramiden, die Akropolis, die Venus von Milo, die Mona Lisa, das Häschen von Dürer, Goethe, die 9. Symphonie, die Wieskirche, Ganghofer, die Filser-Briefe, Weiß Ferdl, die Loren, der Frankenfeld ... Und dann das Geistige: Plato, nochmal Goethe, der Einstein, Sokrates, Nietzsche, Schopenhauer, Kant, Sartre, Prof. Huber, Prof. Schiller, Prof., Dr., Dr., Dr., Dr., ...

Aber es heißt ja: Die Gesamtheit. Also alle zusammen? Sind es nur die, oder gehören zum geistigen Leben noch mehr Leute?

Heute ist es schwierig geworden das zu erkennen: Gehört ein Rechtsanwalt dazu, ein Börsenmakler, ein Filmverleiher? Im Mittelalter war das ganz einfach. Jeder, der die lateinische Sprache beherrschte: der Geistliche und der Mönch, der Anwalt, der Arzt, der Rechtsgelehrte, der Philosoph, der Gelehrte und der Dichter. Das waren sie, die Herren Kulturträger.

Hier finden wir sicher auch die Leute, die dieses Lexikon geschrieben haben. Stehen sie deshalb an erster Stelle?

Schauen wir mal, wer macht dann das Rennen? 2. Bildung, verfeinerte Lebensweise. Jetzt also kommen alle, die selber nichts Großes gemacht haben: keine Pyramiden, keinen Donauwalzer. Jetzt kommen die Gebildeten, die Buchhändler, die Kunstkritiker, Eckermann und Haftmann, Reemtsma und Augstein und Kurt Seeberger.

Und dann die mit der verfeinerten Lebensweise. Es waren der Adel, die Feudalherren, der Casanova, die Pompadour. Und heute: die Elisabeth von England, der Springer und die Windsors, der Schah.

Als 3. kommen die Bakterien. Auch das nennt man also Kultur. Anscheinend weil hier etwas kultiviert wird. Doch noch deutlicher wird dies bei 4. Pflege und Bebauung des Bodens. Also Bodenkultur! Wer hat die Bodenkultur? Hat die der Boden oder hat die der Bauer? Hat der Boden diese Kultur, dann hat sie ihm der Bauer gegeben? Durch Pflege und Bebauung des Bodens gibt der Bauer dem Boden die Bodenkultur. Wenn der Bauer dem Boden Kultur geben kann, dann hat auch der Bauer Kultur.

Und am Schluß die Baumkultur. Bei uns sagt man dazu Baumschule. Auch die Baumschule ist eine Kultur. Wer ist der Baumschullehrer? Der Förster, der Waldbauer, der Gärtner — haben sie nicht auch Kultur?

Da stellt sich die Frage, was ist mehr: die geistige Lebensäußerung oder die Baumkultur? Die verfeinerte Lebensäußerung oder die Bodenkultur?

O, du lieber Duden! Ich glaube fast, daß deine Reihenfolge eine Rangordnung ist. Nachdem wir schon beim Fragen sind, wollen wir doch dabei bleiben:

Hat der Kultur, der Bodenkultur hervorbringt und den Käse mit dem Messer frißt?

Hat der Kultur, der lateinische Advokat, der Hexen (einfache Frauen aus dem Volk) verbrennen ließ?

Hat der Kultur, der in einem Schuppen auf dem Boden schläft, und tagsüber neue Obstsorten züchtet?

Hat der Kultur, der Geige spielt und ein KZ beaufsichtigt?

Hat der Kultur, der auf dem Pfauenthron sitzt und die Leute in den Kerkern verkommen läßt?

Hat der Lateiner Kultur, der die Wissenschaft hindert — wie es nicht nur bei Galilei passiert ist?

Hat der Kultur, der Arzt ist und Unterkühl-Versuche an Häftlingen macht?
Hat der Kultur, der ein verfeinertes Leben führt und die Bildzeitung herausbringt?

Hat der Professor Kultur, der die Nazis wählte?

Hat der Doktor Kultur, der bei den Judengesetzen mitwirkte?

Hat der Maler Kultur, der den Angriffs-Krieg verherrlichte?

Hat der Schriftsteller Kultur, der die Verbrechen der Faschisten nicht sieht?
Wer hat Kultur?

Kultur heißt also: etwas kultivieren, etwas verbessern.

Der eine kultiviert den Boden, der andere die Lebensweise.

Die ersten Kulturmenschen waren die, die den Boden verbessert haben. Sie haben den Urwald gerodet, die Erde gehackt, den Acker bestellt. Dabei haben sie die Wildnis zurückgedrängt, die Felder und Wege angeordnet. Weil der Pflug eine gerade Linie macht, weil die Sonne besser an die Früchte hinkommt, weil der Ertrag größer wird. Sie haben die eßbaren Früchte geordnet, weitergezüchtet, kultiviert, den Boden verbessert. Damit sie besser leben konnten.

Die anderen haben die Krankheiten beobachtet, erforscht, geordnet, Medizinen gefunden, Eingriffe. Die anderen haben die Staatswissenschaft erfunden, durchdacht, geordnet, damit die Menschen besser leben konnten.

Die anderen haben die Ökonomie, den Handel, die Technik, die Chemie, die Physik, die Erziehungsmethoden und vieles andere entwickelt.

Das alles ist geschehen, damit die Menschen besser leben konnten.

Jeder hat dabei mitgeholfen. Dem großen Arzt haben es erst die vielen anderen ermöglicht, ein bedeutender Mediziner zu sein. Tausende haben vorher Erfahrungen gesammelt, Theorien vorbereitet, Beobachtungen geordnet. Tausende haben die Medikamente und die Instrumente entwickelt. Sein Gehirn hat sich erst gebildet durch die vielen Handlungen seiner Vorfahren.

Was für ein Unsinn, wenn einer glaubt, er allein hätte das geschafft. Welcher Hochmut! Seine Leistung ist die Summe der Leistungen aller. Aber man will uns weismachen, daß es der Einzelne ist, der das vermag. Be trachten wir die Beschreibungen zweier Feste. Wir wollen feststellen, wer dabei mitgewirkt hat, wer diese Feste ermöglicht hat. War es nur der Gastgeber oder wer war es? Und fragen wir uns gleich, warum wird es uns so vermittelt?

Beim ersten Fest war der Gastgeber der Tragödiendichter Agathon. Er ist 446 v. u. Z. geboren und 401 gestorben. Wenn man bedenkt, daß das Fest anlässlich der Aufführung seiner ersten Tragödie stattfand und man unterstellt, daß Agathon da vielleicht 20 Jahre war, dann können wir also annehmen, daß das Fest etwa 426 stattfand. Woher hatte also Agathon sein Haus? War es das Haus seiner Eltern? Was waren die Eltern? Waren sie so reich? Durch welche Arbeit? Wer finanzierte das Fest, das Plato beschrieben hat? Verdiente Agathon so gut an seiner Premiere vom Vortag? Woher kamen die Speisen, die Weine? Was taten die Frauen, die am Fest nicht teilnehmen durften, in den Nebenräumen? Wie wur

den die Flötenspielerinnen bezahlt? Wurden sie überhaupt bezahlt? Wie lebten die Sklaven? Wann fand das Fest statt? War es wirklich nach 430? 430 verliert Athen ein Viertel seiner Bewohner durch die Pest? Warum sprechen alle nur vom Eros und keiner von der Pest? War das Jahr 413 schon gewesen oder lag davon schon etwas in der Luft? 413 befreiten sich 20 000 Sklaven Athens durch die Flucht. Was dachten die Sklaven von dem geistreichen Besäufnis? Die Knaben, die Dienerinnen, die Flötenspielerinnen?

Das zweite Fest:

Erich Mende, 52, IOS-Repräsentant, bat im Rittersaal der Godesburg zu Tisch: 70 IOS-Kollegen, laut Mende „nur die gehobenen Manager“, kamen mit ihren Damen. Der Gastgeber ließ seinen Mitessern „einen anständigen Gänsebraten, so wie es sich gehört“, servieren und bot „als Höhepunkt eine Eisbombe für 140 Personen“. Schwärzte der Freidemokrat: „Das war ein Anblick, als das Licht ausging. Die 24 Kellner kamen mit der flammierten Eisbombe herein. Die Kapelle intonierte dazu Linckes „Glühwürmchen, Glühwürmchen, flimme“.“ Mende über seinen Regie-Einfall: „Es war einfach herrlich. Und zum Abschied spielte uns die Kapelle noch ein Wiegenlied.“ (Spiegel Nr. 3/69.) Es gibt sicher ausführlichere Beschreibungen von Festen. Täglich werden noch viel aufwendigere gefeiert. Die IOS (Investors Overseas Services) ist eine Investment-Gesellschaft, bei der viele Menschen ihr Geld angelegt haben. Sicher hat die Meldung darauf bereits Rücksicht genommen. Der „anständige Gänsebraten“ ist bestimmt eine kleine Untertreibung. Auch das Wort Kollegen, das sich in diesem Bericht findet, scheint bestimmte Zwecke zu verfolgen. Aber das interessiert uns nicht. Uns interessieren in erster Linie die dabei beteiligten Dinge und Menschen. Da war einmal der Herr Präsident der IOS für Deutschland, Mende. Da waren 70 gehobene Manager mit ihren Damen, da waren 24 Kellner und da war eine Musikkapelle. Aber wer war da noch im Hintergrund? Nicht nur die Köche, die Angestellten der Godesburg. Nicht nur jener, der die Bombe angezündet hat und jener, der das Licht ausmachte. Da waren auch die Gänse, es werden wohl 50 Stück gewesen sein. Woher kamen die Gänse? Was wurde dafür gezahlt? Wieviel bekam der Bauer dafür oder der Hersteller? Wieviel der Zwischenhändler? Sind sie zufrieden damit? Waren die Musiker zufrieden mit ihrem Lohn? Die Kellner? Die Köche? Wieviel hat die Garderobefrau mit nach Hause gebracht am Abend? Und wieviel die Clofrau? Was sagten die Putzfrauen am Morgen? Da standen 70 große Autos auf dem Parkplatz unter der Burg. Was taten die Fahrer während des Festes? Wie wurden sie behandelt danach? Sind sie zufrieden mit ihrer Bezahlung? Wie stehen die, die die Autos gebaut haben? Haben sie selber so ein schönes Auto oder fahren sie mit der Straßenbahn? Woher kam das Geld für das Fest? Wer ermöglichte die Gewinne der Firma? Woher haben die Sparer das Geld? Haben sie es mit eigenen Händen verdient? An einem solchen Fest können wir aber noch etwas anderes beobachten. Die Bauern, die Automechaniker, die Fahrer, vielleicht auch die Sparer bringen sich

damit nicht in Verbindung — sie wissen nicht, daß sie beteiligt waren daran —, daß sie es erst ermöglicht haben. Die anderen aber, die Frauen in der Toilette, an der Garderobe, die Köche und Küchenmädchen, die Kellner und Musikanten, sie waren sicher sehr geehrt. Sie haben sicher nicht aufs Geld geschaut, sie haben nachher zu Hause stolz erzählt, daß sie den schönen Mende gesehen haben. Sie haben über die Garderobe der Damen gesprochen, voll Hochachtung, sogar Stolz. Viele hätten es sicher umsonst gemacht, nur um dabei gewesen zu sein. Was war nun an diesem Fest Kultur? Fast alles, kann man wohl sagen. Aber wer hat die gemacht? Der alte Rittersaal, wer hat ihn gebaut und kunstvoll ausgeschmückt? Wer hat die Bilder an den Wänden gemalt, wer hat sie gerahmt? Wer hat die Pflanzen und die Tiere, die verspeist wurden, aufgezogen auf den Wiesen und Feldern? Wer hat die Gänse gerupft, die Salate geputzt? Wer hat seit vielen Jahrhunderten die Weinberge gepflegt, wer hat die Trauben geerntet, die Weine gekeltert? Wer hat die vielen Gewürze gesammelt? Wer hat die schönen Teller geformt, bemalt und gebrannt, die Bestecke graviert? Wer hat die prächtigen Stoffe gewebt? Wieviele Näherinnen haben an den Roben wie lange gearbeitet? Wer hat die Smokings geschneidert? Wer hat die Diamanten der Damen aus der Erde geholt? Wer hat sie geschliffen? Wer hat die Ringe und Ketten, die Uhren und Krawattennadeln gemacht? Wer hat die Perlen aus dem Meer getaucht? Wer war an der Herstellung der Eisbombe alles beteiligt? Wer hat die Instrumente gebaut, die Musik geschrieben? Wer hat die Gläser der Kronleuchter gegossen und geschliffen, wer war an der Herstellung der vielen Glühbirnen beteiligt? Wer hat die Teppiche geknüpft, die Muster erdacht, die Wolle gefärbt, die Schafe geschoren?

Kann man da nicht mit Recht sagen:

Der Träger der Kultur eines Volkes ist die Arbeiterklasse.

Warum aber fällt aller Glanz eines solchen Festes auf den Veranstalter? Warum ist die Kultur von vielen *seine* Kultur? Weil er sie bezahlt? Bezahlte *er* es wirklich? Woher hat er das Geld? Er hat das Geld von der Arbeit der Vielen. Die IOS hat ihre Gewinne. Woher kommen diese Gewinne? Wem gehören diese Gewinne wirklich?

Kann derjenige, der von der Arbeit der anderen lebt, Kultur haben?

Das klingt alles ganz logisch, wird nun mancher sagen, aber etwas stimmt daran doch nicht. Wir werden ja bezahlt für alles. Die Kellner werden sagen, wir werden sogar gut bezahlt. Die Musiker sind zufrieden mit dem Abend. Der Chefkoch hat eine Spaltenposition. Aber was sagte das Küchenmädchen, was sagen die Bauern, die Gemüsezüchter? Was sagen die Teppichweber, die Frauen bei Osram, werden auch sie gut bezahlt, sind sie zufrieden? Sind die Gewürz- sammelzüchter zufrieden und auch jene, die die Diamanten geschürft haben? Sind die zufrieden, die den Tabak geerntet haben und die Bananen und den Kaffee? Sicher wurden sie alle bezahlt. Aber warum werden sie nicht so gut bezahlt wie Mende oder auch nur wie seine Spaltenmanager? Oder umgekehrt, warum

werden diese so gut bezahlt und wir nicht? Geben sie wirklich mehr als alle anderen? Sind sie wichtiger als wir? Ist ihre Arbeit so wichtig? Ist ihre Verantwortung so groß?

Sind sie nicht unsere Götter, denen wir die schönsten Dinge, die wir gemacht haben, zu Füßen legen? Ist es uns nicht eine Ehre, sie zu bedienen, nicht nur wegen des Geldes, das wir brauchen, um unsere Familie zu ernähren, um die Miete zu zahlen, die Kleidung, das Bier und den kurzen Urlaub? Warum ist es uns auch noch eine Ehre? Hat man auch noch unser Denken gekauft, unser Gefühl? Sind wir den Lakaien? Wer hat uns dazu gemacht?

Die Kultur, die von uns vielen geschaffene Kultur, hat mitgeholfen, uns zu Lakaien zu machen. Aber nicht die Kultur ist deshalb schlecht, sie ist gut, weil jeder von uns sein Bestes dazu gegeben hat. Sie ist unser aller Werk. Aber sie wurde von den wenigen, die von unserer Arbeit leben in Besitz genommen und gegen uns verwendet. Sie ist das Instrument, mit dem man auch das Denken und das Gefühl vieler erkauf hat. Sie wird verwendet, um uns zu blenden. Die Kultur gibt die Fassade ab, an der unser Blick hängenbleibt, die verhindert, daß wir dahinter sehen. Sie ist der beste Schutz, um sich dahinter zu verbergen, denn wer hat schon Mißtrauen gegen seine eigenen Werke? All der Glanz und die Schönheit, von uns selbst geschaffen, macht uns blind.

Nachdem unsere Arbeit zu einem materiellen Reichtum geworden ist, fühlen wir erst, wie arm wir sind. Wir, denen die Anschaffung eines guten Sessels ein Problem ist, fühlen unsere materielle Begrenztheit dort, wo zehn Sessel stehen, und wir werden klein, ja wir schämen uns unserer Armut. So geht es auch mit geistigen Dingen. Wir, die wir nur Volksschule haben, bringen den Mund nicht auf, wenn ein Akademiker etwas sagt.

Wir, die täglich stolz sind auf unsere Arbeit, befriedigt und froh, wenn wir unser Werk betrachten, werden klein vor denen, werden gedemütigt von denen, die unsere Arbeit anhäufen und als ihr Werk ausgeben.

Gewiß scheint die Leistung des Einzelnen oft gering, die des anderen größer, bedeutender. Aber was wesentlich ist: man will uns auf die Einzelleistung festlegen. Warum? Diejenigen, die sich die große Einzelleistung selbst zuschreiben, können nur bestehen, wenn auch wir nur die Leistung der einzelnen Person zum Maßstab nehmen. Sehen wir aber die große Kollektivleistung der Menschen, was hat da Napoleon geleistet? Ein Henry Ford? Ein Springer?

Dem entgegen wurde uns beigebracht: Der eine ist dumm, der andere reich; der eine ist arm, der andere gescheit. So soll es sein und so soll es auch bleiben! Aber ist es so? Stellen wir doch die Fragen: Warum ist der arm? Hat er nicht sein Leben lang gearbeitet? Hat er nicht gespart? Wie oft hat er sein Geld verloren? War es seine Schuld? War er leichtsinnig? Warum war er leichtsinnig? Hat er alles versoffen? Hatte er so wenig, daß er es versauen konnte? War er so hoffnungslos, daß er es versauen mußte? Warum war er ohne Hoffnung? Wer hat ihm die Hoffnung genommen?

Warum ist der reich? Was macht er? Macht er es selbst? Hat er Land? Woher hat er Landbesitz? Wieso hat er eine Fabrik? Wer arbeitet in der Fabrik? Woher kommt das Kapital?

Warum ist der dumm? Hat er nicht lernen wollen, oder nicht können? Hat man ihm Falsches gelehrt? Hat man ihn dabei gefördert, unterstützt? Warum hat man ihn nicht unterstützt? Warum mußte er bereits mit 14 Jahren in die Fabrik, auf den Acker noch früher? Warum wollten seine Eltern nicht, daß er studiert? Wollten sie nicht oder konnten sie es nicht bezahlen? Gibt es andere Gründe dafür? Oder ist er wirklich dumm?

Wer hat dem Gebildeten seine Bildung ermöglicht? Wer hat ihm das Studium ermöglicht? Was macht er mit seinem Wissen? Wozu verwendet er es? Verwendet er es gegen uns?

Mancher wird sagen, was geht uns das an? Bei uns ist es so und so, ich bin das geworden, zu mehr hat es nicht gereicht. Gegen Mende bin ich ein Versager. Aber ich bin zufrieden, habe meine Frau, meine Kinder, die Wohnung ist klein, aber sie gefällt uns, der Kühlschrank, das Fernsehgerät. Das Auto steht unten auf der Straße — oder es kommt vielleicht bald. Laß mich in Ruhe mit allem anderen, bei mir ist es so, ich bin zufrieden, wenn es so bleibt.

Aus uns allen sind Einzelpersonen geworden. Jeder für sich und mit seinem Clan. Jeder arbeitet für sich, lebt für sich, stirbt für sich. Der eine ist reich vom Vater her, dann gehts ihm gut, der andere ist begabt, dann wird er was Besseres. Der eine ist schlau, dann verdient er viel Geld, der andere ist ehrlich, dann bleibt er arm.

Aber stimmt denn das? Arbeitet nicht einer für den anderen? Arbeiten nicht alle gemeinsam daran, daß wir besser leben können? Sind sie nicht alle aufeinander angewiesen? Sind wir nicht alle nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft? Kann der Handwerker ohne den Bäcker leben? Kann der Bäcker ohne den Müller leben? Kann der Müller ohne den Bauern leben? Kann der Bauer ohne den Handwerker leben? Soweit ist es noch einfach. Die Arbeit des einen ist wichtiger, die des anderen nicht so wichtig. Aber nützlich sind sie alle. Schwieriger wird es aber jetzt?

Kann der Zahnarzt ohne den Bauern leben? Kann der Bauer ohne den Zahnarzt leben? Kann der Künstler ohne den Arbeiter leben? Kann der Arbeiter ohne den Künstler leben? Kann der Springer ohne den Leser leben? Kann der Leser ohne den Springer leben? Zur Not wäre es denkbar ohne den Zahnarzt, ohne den Künstler, ohne den Springer zu leben. Mit dem Zahnarzt zu leben heißt aber: länger gute Zähne haben, damit bessere Verdauung haben, und damit vielleicht eine längere Lebenserwartung.

Durch den Künstler erfährt unser Leben eine ungeheure Bereicherung. Vergessen wir nicht, daß die Kunst nicht nur in den Konzertsälen, in den Museen, in den Kirchen, den Villen und in den Bibliotheken zu finden ist. Sie dringt tief ein in unsere Städte, in unsere Wohnungen, sie ist ein notwendiger Teil unseres Lebens

geworden. Es wird dadurch schöner und reicher. Sie kann uns darüber hinaus tiefe Einblicke in unser Leben vermitteln, macht uns vieles bewußt und hilft uns zu leben, besser zu leben.

Hilft uns die Bild-Zeitung besser zu leben? Für manchen mag es so aussehen. Es ist bequem eine Meinung serviert zu bekommen, man glaubt, diese komplizierte, vielfältige Welt besser zu verstehen. Kann sich danach richten und lebt so leichter, besser. Aber stimmt das auch? Nehmen wir an, die Zeitung serviert uns billige Lösungen, Scheinlösungen, die kurzsichtig sind? Die Zeitung verhetzt uns? Hilft mit am Aufkommen des Neo-Nazismus? Bereitet den Boden dafür? Was hat das für Folgen? Wem nützt das? Wem schadet das? Sicher nützt es der Springer, er sichert vorerst einmal sein Wohlleben. Wir verstehen sogar, daß er sich das erhalten will. Aber es schadet uns, uns den vielen. Wir werden uns nicht befreien können, werden weiter leiden und ausgenützt werden. Wir werden im Kriege sterben. Wer trägt nun dafür die Verantwortung? Ist es Springer, Mende, Kiesinger?

Was haben die Banken verloren beim großen Börsenkrach? Haben es die Banken verloren oder die Sparer? Wie sind die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden?

Was haben die Politiker verloren bei den großen Kriegen? Ihr Leben, ihren Besitz, ihre Ehre? Wo blieb ihre Verantwortung? Vor wem haben sie sich verantwortet? Wer hat sie zur Verantwortung gezogen?

Nicht nur der Träger der Kultur ist die Arbeiterklasse, sondern auch der Träger der Verantwortung. So gut, wie wir unsere Pflichten erledigen, so gut müssen wir auch unsere Rechte wahrnehmen. Das müssen dieselben Menschen sein, hier gibt es keine Arbeitsteilung, die einen für die Rechte, die andren für die Pflichten. Beginnen müssen wir dabei mit der Kultur. Was wir geschaffen haben gehört uns. Wer durch unsere Arbeit mehr lernen konnte als wir, arbeitet für uns. Das Gehirn, das wir ausbilden ließen, hat für uns und mit uns zu denken.

Wer gegen unsere Interessen arbeitet, ist unser Feind. Wer mit seinem Wissen, mit seinem Können, seiner Stellung in der Gesellschaft gegen unsre natürlichen Interessen arbeitet, ist unser Gegner. Wer nur für sich und die wenigen Privilegierten arbeitet, gehört nicht zu uns.

Wenn einer sein Wissen nicht zur Aufklärung aller verwendet, sondern zur Verschleierung der Verhältnisse; wenn einer seine Kunst nicht dazu benutzt, die Verhältnisse durchschaubar zu machen, zeigt er, daß er selber unaufgeklärt ist. Kunst ist ein Mittel zur Erkenntnis. Und weil Erkenntnis schön ist, kann Kunst schön sein. Ein Künstler, der glaubt, Kunst dürfe mit Erkenntnis und Aufklärung nichts zu schaffen haben, sie könne sich ihr Gesetz und ihren Auftrag selber geben, der hat noch nicht durchschaut, daß er damit den Auftrag derer erfüllt, die Erkenntnis und Aufklärung zu fürchten haben, weil sie von den „Dummen“ leben.

Die Künstler sollen von den Arbeitern fordern, daß sie ihre Werke lesen, anhören, anschauen, denn die Arbeiter haben es ihnen ermöglicht, daß sie etwas machen konnten, durch sie haben die Künstler alles vorgefunden, was sie brauchten. Natürlich hätte alles besser sein können, die Schulen, der Lebensunterhalt hätte billiger sein können, das Material. Die Zeiten hätten ruhiger sein können. Aber sie haben ungeheuer viele Dinge vorgefunden, Kulturgüter, Institutionen, Lebensbedingungen, die es ihnen ermöglicht haben, etwas zu machen. Die Arbeiter müssen begreifen, daß das *ihre* Verdienst ist. Nun schaut euch auch die Sachen an, die ihr ermöglicht habt und was daraus gemacht wurde. Es wird Zeit, daß die Arbeiter durch die Bibliotheken gehen, durch die Galerien, durch die Theater und Konzertsäle wie die Herren, die Kunst gehört nicht für die Ewigkeit, sondern für alle, die heute leben.

Laßt das Mißtrauen fallen. Die Künste waren immer etwas Demokratisches, die Wissenschaften auch. Sie haben nur bislang den Auftrag von der falschen Seite bekommen und auch bei der falschen Seite abgeliefert. Die Arbeiter müssen die Arbeit begutachten. Sie können immer kontrollieren: Nützt es *uns*, bessert es *unsere* Bedingungen und die *unserer* Klassenbrüder in allen Ländern. Oder nützt es nur wenigen und schadet vielen.

Wie können die künstlerisch tätigen Menschen sich darauf einstellen? Was können sie tun?

1. Solidarisierung mit der Arbeiterklasse und ihren Organisationen. Mithilfe bei der Heranbildung der Menschen, die bis heute nicht in den Genuss einer umfassenden Bildung gekommen sind.

2. Verweigerung der Beteiligung am offiziellen Kulturbetrieb, solange er darauf ausgerichtet ist, die Menschen für „dumm“ zu verkaufen, sowie Weigerung, die Regierenden und Profitierenden mit Kultur zu bedienen. Durch dem Werk innewohnende Sperren von vornherein vermeiden, daß die Arbeit mißbraucht werden kann.

3. Entlarvung des Herrschaftscharakters von Kulturbetrieb und Kunstindustrie. Sowohl Arbeiten, die sich mit dem Kulturbetrieb und der Kunstindustrie befassen, wie auch Schaffung eigener, auf genossenschaftlicher Basis arbeitender Co-Operationen, zum Zweck des Verkaufs und der Bekanntmachung der künstlerischen Arbeiten.

4. Einsicht in den Warencharakter der Kunst unter kapitalistischen Bedingungen. Der Künstler soll begreifen, daß sein Geschäft genauso von der kapitalistischen Produktionsweise abhängig ist, wie das Geschäft eines jeden Warenproduzenten.

5. Sicherung der Existenz des Künstlers. Zusammenschluß innerhalb der Gewerkschaften zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebens aller Kulturschaffenden, auch der weniger erfolgreichen. Forderung zur Aufnahme in die Arbeiter-Ortskrankenkassen und die Arbeiter-Renten-Versicherung.

6. Beseitigung der autoritären Strukturen in den Hochschulen und Kunsthakademien. Mitbestimmung der Studenten in allen Fragen der Hochschule.

7. Erschließung eines neuen Publikums für die Kunst, die Arbeiterklasse und die große Masse der Lohn- und Gehaltsabhängigen.

Es wird Zeit, daß die, die sich selbst „Gesamtheit des künstlerischen Lebens“ genannt haben, durch die Fabriksäle und Produktionsstätten gehen, aber nicht, um die Arbeiter von der Unterdrückung zu befreien, sondern um sich selbst von ihrem Dünkel frei zu machen. Es wird Zeit, daß sie endlich ihre „Persönlichkeit“ wieder in ein richtiges Verhältnis zur Gesellschaft bringen und daß sie endlich nützliche Dinge machen, nicht nur Spielmaterial, das die Massen ablenkt und verwirrt und es somit den Potentaten leichter gemacht wird, ihre egoistischen Ziele zu verwirklichen.

Dann wird auch die Zeit kommen, wo der Kultur- und Geistesschaffende begreifen wird, daß sein natürlicher Verbündeter der Arbeiter ist, denn seine Arbeit ist in den meisten Fällen sein Werk, er lebt nicht von der Arbeit anderer. Auch der Arbeiter wird das begreifen.

Wenn Arbeiter und Intellektuelle sich als Einheit empfinden, wird die Befreiung der Menschen von ihren unproduktiven Nutznießern und Bevormundern, von ihren Parasiten und Ausbeutern leichter vollendet werden können. Dann wird die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

Da diese Befreiung aber nicht ein Moment ist, sondern ein Prozeß, in dem wir uns längst befinden, ist es nötig, die Menschen gerade auf die doppelte Funktion der Kultur hinzuweisen.

Da die Kultur so gut zur Unterdrückung zu verwenden war, wird sie auch bei der Befreiung eine große Bedeutung haben.

Erasmus Schöfer

Demokratisierung der Künste

Die Unzufriedenheit westdeutscher Künstler, und damit ihrer schreibenden Spezies, gärt weiter. Die Theoriediskussionen ziehen sich seit Jahren hin und haben den Schriftstellern die Erkenntnis ihrer politischen Ohnmacht im politischen System der Bundesrepublik gebracht. Einzelne Autoren versuchten den Cordon sanitaire vorbildlich, aber individuell zu durchbrechen: Graß hat 1965 seine *formal* progressiven Wahltaaten vollbracht, Walser rief Vietnam-Büro und -unterschriftenaktion ins Leben, Enzensberger widmete sich der Materialbeschaffung und politischen Grundlagenklärung im „Kursbuch“, Weiss berichtete über Nord-Vietnam und das Roskilde Tribunal. Die Autoren wichen der Literatur oder in die Literatur aus, bestätigt von der — teils selbst gemachten — praktischen Erfahrung, daß im eingefahrenen Kulturbetrieb scheinbar jedes literarische Angebot gefressen, verdaut und folgenlos ausgeschieden wird. Maßstab all dieser Frustrationen war die Wirkfähigkeit der direkten Aktionen der außerparlamentarischen Oppositionskräfte. Das Fazit: Der Schriftsteller als Staatsbürger mag sich engagieren, als Künstler aber muß er notgedrungen die feingeknüpften, unzerreißbaren Netze um sein Metier erkennen und hinnehmen. Die Dortmunder Gruppe 61, die nach Tendenz und Zusammensetzung ihrer Autoren am ehesten einen Ausweg hätte eingeschlagen können, bequemte sich den Idealismen dieser Meinung. Noch die facettenreiche Diskussion in der „Zeit“ vom letzten Dezember kreist um genau dieses Problem, und wo die SDSler ihr radikales Messer zum Schnitt ansetzen, stehen ihre Gesprächspartner mit der Narkosespritze bereit oder schauen lieber nicht hin. Alle gemeinsam kranken an der Unerreichbarkeit des Publikums, das sich, an Bildzeitung, Lore und Grüner Post orientiert, die gesellschaftsändernde Kraft besitzt, doch schlafen gelegt hat.

Aber auch Dilemmas unterliegen gesellschaftlicher Entwicklung. Hinter der Fassade der bürgerlichen, konsumierbaren Literatur hat sich einiges begeben, das jetzt Folgen zeigt. „Kursbuch 15“ könnte eine Wendemarke im Selbstverständnis der bundesdeutschen Schriftsteller sein.

Enzensbergers Reflexion auf die gesellschaftlich-politische Funktionslosigkeit der Literatur, die Kriterienlosigkeit ihrer Kritik, treibt sich vor bis zu einem Punkt, wo unentscheidbar wird, welche Bedeutung das Zurückbleibende, die Produktion der Autoren, hat. Doch diese Unentscheidbarkeit, von ihm als neues Risiko und neue Chance für den Schreiber verstanden, ist absolut nur aus der Sicht Enzensbergers als bürgerlichem Schriftsteller-Intellektuellen. In dem um den vorgeschobenen Reflexionspunkt entstandenen Leerraum kann als Neuheit sichtbar werden, was, potentiell und gelegentlich auch realisiert, da ist: Gehör und Antwort eines anderen, nicht-literarisierten Publikums, seine Kritik. Um der Konsequenz seiner Überlegung willen, doch vorschnell, scheint mir, hat Enzensberger auch Agitprop-Texte und Straßentheater als gescheitert erklärt, weil die Adressaten die schlechte Unmittelbarkeit solcher Versuche durchschauten, und er läßt die engagierten Reporter Wallraff, Nirumand, Alsheimer, die Meinhoff als nutzbringend in den Leerraum springen. Doch „Kursbuch 15“ enthält, wenn ich es recht verstehe, weitergehende Hinweise: den von K. M. Michel auf die in der Interaktion von Studenten und Arbeitern entstandene Mauerliteratur des Pariser Mai; die Dokumentation „China. Kultur, Revolution, Literatur“ und die Reden Lu Tsüns; schließlich, ein symptomatischer Zufall, den Bestellschein zu Peter Weiss’ „Notizen zum kulturellen Leben der Demokratischen Republik Viet Nam“ mit dem Zitat „Alles Künstlerische, jedes Gedicht, jedes Theaterstück, jedes Bild und jede Unterrichtsstunde stehen im Dienst des nationalen Befreiungskrieges . . .“.

Für so enthusiastische Übereinstimmung wie hier beschrieben, hört man die Antwort, fehlen bei uns die Grundlagen: der gemeinsame Kampf gegen einen unmißverständlichen Gegner, die volksfreundlichen Institutionen. Zu bezweifeln ist, daß sie die einzigen und nötigen Voraussetzungen zu einer solchen tendenziellen Übereinstimmung von Künstlern und Publikum sind. Vergleicht man die Arbeiten der westdeutschen Schriftsteller mit denen ihrer Kollegen in Vietnam, Kuba oder auch der DDR im Hinblick auf Inhalte und formale Konzeption, wird deutlich, daß es nicht nur an den Institutionen liegt, wenn die effektive Kommunikation bei uns ausbleibt. Folgerichtig beginnt auch für Enzensberger die Alphabetisierung Deutschlands mit der „Alphabetisierung der Alphabetisierer“. Eine Aufgabe, die nicht allein durch Übereinstimmung der Betroffenen wird anzugehen sein, sondern auch eine Organisierung der notorischen Individualisten erfordert, ja hierin sich beweisen könnte. Sie wäre die Vorbedingung für eine Veränderung der kulturellen Institutionen durch die Künstler, für eine wirksame Durchbrechung ihrer verschleiernden und integrierenden Mechanismen. Generelle Übereinstimmung in der politischen Beurteilung der westdeutschen Verhältnisse ist bei den Künstler-Intellektuellen keine Utopie mehr, konforme Reaktion auf sie allerdings liegt noch ferner. Um die aber handelt es sich, die stellt dieses „Kursbuch“ in Aussicht.

Was kann geschehen? Die Mitwirkung der SDS-Studenten bei der öffentlichen

Aufführung von Henzes Oratorium in Hamburg dürfte mehr zur Bewußtseinsbildung der in den Kunstbranchen Tätigen beigetragen haben, als das formal konventionelle Oratorium selbst — doch ohne seine Aufführung hätte sie keinen Anlaß gehabt. Das will sagen: es wird hier nicht nach einer politisch bestimmten Banalisierung der Kunst gerufen. Die mögliche Provokation und Information des bürgerlichen Publikums durch künstlerische Werke von politischer Tendenz wird zur Provokation und Relativierung der bürgerlichen Kulturinstitutionen durch das praktische Eingreifen von Studenten. Die Autoren selbst können und sollen diese notwendige Relativierung nur bedingt leisten, da sie die Vorzüge der Institutionen aus materiellen und ästhetischen Gründen nicht entbehren können — die Kulturbetriebe bieten einigen Künstlern gegenwärtig mit relativer Toleranz die äußerliche finanzielle und künstlerische Unabhängigkeit, jenen Spielraum, der nötig ist, damit die Künste sich auch experimentell, ästhetisch, entwickeln können. Es gehört zu den Widersprüchen der modernen kapitalistischen Gesellschaft in Westeuropa, daß ihre kulturellen Institutionen vordergründig systemerhaltend wirken, aber zugleich das geistige Potential für die revolutionäre Veränderung dieser Gesellschaft mit großzügigen Anlässen für eine Revolutionierung eingedämmt sind.

Teils noch mit schlechtem Gewissen, teils bewußt, wird dieser Widerspruch von vielen Künstlern praktisch genutzt — unter dem Geschrei derer, die die Engagierten mit der idealistisch verbrämten Forderung nach Reinheit, Selbstlosigkeit und formaler Vollkommenheit von konkreter politischer Verwertung der Widersprüche abhalten möchten. Bei denen ist das allerdings selten schiere Naivität, über die man bloß lachen könnte. Das größere Risiko der Künstler ist, gekauft zu werden, wenn sie den kulturellen Apparat in der bezeichneten Weise nützen.

Dem zu entgehen, müssen sie der Klassenbezogenheit ihrer Arbeiten inne werden und sie entsprechend einschätzen und einsetzen. Das ist möglich. Der geistige Pluralismus der Gesellschaft — eine der Verschleierungsstützen der politisch-ökonomisch eindeutigen Klassenherrschaft — ist auch ein Pluralismus der künstlerischen Möglichkeiten. Formale Originalität des Werkes ist, kunsthistorisch gesehen, keine Notwendigkeit mehr; die Forderung nach ihr konventionell, funktionslos geworden. Originalität — allenfalls als Marken-Image für den Einzelnen lukrativ verwertbar.

— Analoges muß übrigens von der Sprache gesagt werden. Der Wittgenstein, der da bei vielen Sprachverarbeitern spukt, ist für die Erkenntnistheorie recht wichtig, verdirbt aber denen den Phänomenblick, die mit Sprache als sozialem Sinngebilde umgehen sollen. Der Pluralismus der Sprache übertrifft den der Gesellschaft, und sie ist in allen ihren Schichten aussagefähig. Das nur zu Handke, der von einem verabsolutierten Sprachverständnis aus so souverän und radikal an dem Pamphlet der SDS-Projektgruppe vorbeiargumentierte. —

Durch den vorhandenen Pluralismus geistiger (Ausdrucks-)Formen löst sich die hemmende Alternative, der eigentliche Anlaß fast aller Kontroversen zwischen nur ästhetisch und auch politisch Engagierten: Es ist möglich und richtig, formal progressive, unpopuläre Kunst zu machen (die sich politisch reaktionär verneinen läßt), und gleichzeitig ist es möglich und nötig, sozial wirksame, formal populäre Kunst herzustellen (die sich ästhetisch, jedoch nicht politisch ignorieren läßt). Diese Simultanität gilt individuell und generell. Erst die Vernachlässigung der zweiten Kunst-Komponente macht die Bevorzugung der ersten zu einem politisch reaktionären Faktum. Es kann an Majakowski erinnert werden, um zu belegen, daß politisch *und* ästhetisch progressive und *zugleich* populäre, wirksame Werke zustandekommen können.

Aber ist nicht der überwiegende Teil der Arbeiten westdeutscher Literaten in den letzten Jahren gesellschaftskritisch? Ausgangspunkt der Unbefriedigung ist gerade die Tatsache, daß sie dies nur subjektiv, nicht objektiv sind. Die sichtbar gewordene Änderungsmöglichkeit liegt also in einer doppelten Relativierung der vermittelnden Institutionen. Die eine ist mit dem Hinweis auf die Studentenaktionen angedeutet. Die andere muß von den Künstlern, den Schriftstellern direkt ausgehen: statt des traditionell gewogenen, Kunst genießenden bürgerlichen Elite-Publikums und seiner dienstbereiten Exegeten die Gesamtheit der seh- und hörfähigen Landesbewohner als aktuelle Adressaten der Kunstwerke verstehen: Demokratisierung der Produktion.

Das bedingt genauere Zielung, den zweckmäßigen Einsatz der ästhetischen Mittel, kalkulierte Produktion für bestimmte soziale Gruppen und Veröffentlichungsanlässe, statt für ein ideales Über-Ich. Das Werk (samt Hersteller) verliert seine Selbstgenügsamkeit und wird mit Berechnung das, was es ohnehin ist: dienstbar. Kritik an ihm wird nicht bloß hingenommen, nämlich aus dem Mund professioneller Rezessenten und Kollegen — es wird ästhetischer und politischer Austausch gesucht unmittelbar mit den Adressaten der künstlerischen Produkte. Unmittelbarkeit des Austausches aber, und mit bisher nicht erreichten Publikumsgruppen, kann nur geschehen, wenn die Schriftsteller (die sind —als Sprachsteller — zuerst gefordert) ihre institutionalisierten Veröffentlichungswege und die diesen angepaßten Werkformen zumindest teilweise verlassen und nicht-literarisches Publikum an unkonventionellen Orten mit situationsentsprechenden Arbeiten suchen.

Derartiges ist bisher nur von wenigen unternommen worden — fast ausnahmslos Nicht-Professionelle oder Kollegen, die kein bürgerliches Markensiegel zu riskieren hatten. Die negativen Urteile über die Chancen solcher Verfahren, die Aufnahmefähigkeit und -willigkeit des unbekannten Publikums sind daher vorschnell, erfahrungslos und, wohl aus Betroffenheit, tendenziös. Enzensbergers auf ein lokales Erlebnis gestütztes Abtun des Straßentheaters ist typisch für diese bequeme Betrachtungsweise. Die Straßentheater- und Agitationsgruppen haben sich in den meisten Fällen als sehr effektive Versuche erwiesen, mit

neuen Publikumsgruppen in Diskussionskontakt zu kommen, und sie werden mit größerer Erfahrung und durch die aktive Beteiligung versierter Autoren den Austausch noch verbessern können. Ähnliche Absichten begründen das Revoltieren der jüngeren Mitglieder und Freunde gegen den Gruppengeist der 61er auf der letzten Dortmunder Tagung, das in seiner praktischen Konsequenz auf die handwerkliche Zusammenarbeit der Gruppenautoren in regionalen „Werkstätten für Literatur der Arbeitswelt“ mit schreibwilligen Arbeitern zielt. Der Hauptzweck, neben der formal-ästhetischen Ausbildung: das Beschreiben der Arbeitswelt zum Beschreiben der gesellschaftlichen Situation und damit zum Prozeß ihrer Erkenntnis zu machen. Ein Unterfangen ohne Glanz, gewiß, von Volkshochschulcharakter, für Prediger ungeeignet, angezeigt für die ernstlich in ihrer Sackgasse zweifelnden Literaten, angesetzt dort, wo nationalsozialistische und antikommunistische Formierung die Arbeiter liegen ließen. Josef Büschers „Gelsenkirchner Literarische Werkstatt“ arbeitet inzwischen mit einem knappen Hundert mehr oder weniger proletarischer Laienautoren, ohne daß die sich angebiedert vorkämen. Das Problem der Anbiederung, der schlechten Unmittelbarkeit, das Enzensberger stellvertretend für viele Kollegen und Studenten zu schaffen macht bis zur völligen Frustration, ist sicher eines der gewählten Form, mehr aber noch einer intellektuellen Disposition, sprich: Bescheidenheit. Die ist, durch Erfahrung und Notwendigkeit, lernbar. Wallraff, Günter Eich, Erich Fried, von der Grün und andere jüngere Autoren haben gelernt, während die auf literarisches Niveau verpflichteten Kollegen noch ihre Wirkungslosigkeit diskutierten, haben auf Gewerkschaftsveranstaltungen in verschiedenen Formen an den Arbeiter bringen können, was sie politisch und literarisch mitzuteilen für wichtig hielten — und bekamen Antworten, ohne Lorbeer. In ähnlicher Unscheinbarkeit gibt es seit Jahren den Oberhausener „Arbeitskreis für Amateurkunst“ mit seinen „Werkheften“, politische Aktionsliteratur an die Basis vermittelnd und fast ausnahmslos von dort mit Material versorgt. Derartige politisch geprägte Sozialisierung der Literatur — und es gibt mehr solcher Unternehmen als hier aufzählbar — geschah bisher aus der Defensive, underground des Bereichs diskutierter und subventionierter Literatur. Daß sie offensiv werden kann, auch als literarisch-ästhetisches Konzept, verdankt sie zum Teil den politischen Aktionen anderer oppositioneller Gruppen, mit denen sie sich parallel entwickelt. Die Diskussion der Literaten ist an einem Ort, wo aktive Übereinstimmung mit diesen Bestrebungen möglich erscheint. Als literarische Formen, die veränderte Publikationsweisen bedingen und ein verändertes Publikum anstreben, sind zusammenfassend zu nennen: kurze Plakat- und Sprechlyrik; Kurztexte für Flugblätter, Wandzeitungen, Einzelvortrag bei Versammlungen in geschlossenen Räumen; Slogans für Sprechchöre, Transparente, Straßenplakat, Hauswände, Toiletten, Meinungsknöpfe usw.; Beat-Texte zum Vortrag mit Beat- und Pop-Musik; tendenziöse, entlarvende Persiflagen auf bekannte Lieder, Gebete und Gedichte; Montagen aus Zitaten

und Kontext; szenisch darstellbare Reporte, Dokumentationen und Kurzspiele für Straßentheater; Agitprop- und Kampftexte für die Straßenagituation, auch zur Ergänzung direkter politischer Fakteninformation; noch Entwicklungsfähig, aber bisher meist durch zu große Kompliziertheit weniger wirksam die intermedialen Versuche; intermedial im weiteren Sinn, showartig, auch bestimmte Veranstaltungen der „Kampagne für Abrüstung“, der Gewerkschaften und ähnlicher Organisationen, bei denen politische Reden, Agitprop, politisch-literarische Texte, politische Lieder, Beat, Film, visuelle Objekte und gedruckte Information ergänzend zusammenwirken; politische Puppenspiele (Vorbild Bread and Puppet Theatre); weiter, auch schon als neue Gegen-Institutionen, die billigen und schnell reaktionsfähigen Flugtexte, Pamphlete, Schülerzeitungen, die Raubdrucke.

Es kennzeichnet alle diese neu entwickelten oder wiederbelebten Aktionsformen, daß sie nicht auf sich selbst, sondern auf die politische Aktion ihres Publikums zielen; eine *Literarisierung der Politik* ist deshalb von ihnen nicht zu befürchten. Sie beanspruchen auch keine Priorität vor anderen Agitations- und Aufklärungsmitteln; neben diesen stehen sie Schriftstellern, Künstlern zur Verfügung, die nach ihrem Beruf entsprechenden politischen Wirkungsmöglichkeiten suchen, das heißt die reine politische Information mit der ästhetischen, mit ihrer sinnlichen Überzeugungskraft verschwistern wollen.

„Unsern Sieg bewirkt durchaus nicht das Versimpeln, sondern gerade das Erfassen des ganzen verwickelten Komplexes der Kultur.“ Majakowski.

Jiří Hájek

Der Weg aus der Krise und die Intellektuellen (I)

Bemerkungen eines Marxisten

Die sogenannte Tschechoslowakische Frage wurde in den vergangenen Monaten zum entscheidenden Faktor einer neuen ideologischen Differenzierung innerhalb der europäischen marxistischen Linken, sogar zum Anlaß einer tiefgreifenden und lähmenden Desintegration, die jede aktive Mitarbeit, ja sogar die Möglichkeit eines offenen Dialogs über strittige Fragen unter den linken Intellektuellen auszuschließen droht. Am krassesten ist dies zwischen dem Großteil der tschechoslowakischen Intellektuellen und der Intelligenz der übrigen Länder des Warschauer Paktes zu sehen. Nicht viel einfacher ist es aber auch mit den Kontakten der Intelligenz der meisten europäischen sozialistischen Länder zu den Linken des Westens. Genauso unerfreulich sind aber selbst die inneren Zustände innerhalb der intellektuellen Linken in den westeuropäischen Ländern: zu den alten Streitigkeiten und Gegensätzen kamen jetzt neue, meistens noch tiefere und gefährlichere hinzu, die zu neuen Spaltungen führten oder zu führen drohen. Wobei in all diesen Zusammenhängen vorläufig nicht die rationale Analyse der gestellten Probleme, sondern vielmehr nur Affekte, gefühlsmäßige Reaktionen und Leidenschaften die Positionen bestimmen, die bezogen werden. Es geht zuerst darum, den ganzen Komplex der „Tschechoslowakischen Frage“ von dieser gefühlsmäßigen Ebene auf gedanklich klar umrissene Probleme zurückzuführen: nur so kann es überhaupt zu einer produktiven Diskussion kommen, die zur Klärung der bestehenden Differenzen, wenn nicht zu ihrer Überwindung beitragen kann.

Im Rahmen dieser dringend erforderlichen „Rationalisierung“ der Diskussion sollte man sich zugleich auch darauf einigen, daß man sich nicht nur auf die Frage der Billigung oder Verurteilung des militärischen Eingriffes der fünf Staaten des Warschauer Paktes beschränken kann. Vorläufig sieht es auch unter den westeuropäischen Marxisten meistens so aus, daß der Streit um diese einzige, wenn auch schwerwiegendste Frage, jede wirkliche, ernste Analyse der eigentlichen tschechoslowakischen politischen Entwicklung vor und nach dem 21. August in den Hintergrund drängt. Oder gar: die Einstellung zu dieser entscheidenden politischen Streitfrage bedingt zugleich so eindeutig die Beurteilung sämtlicher politischer und gesellschaftlicher Prozesse, die mit dem 21. August untrennbar verbunden sind, daß es im Grunde nicht mehr lohnt, diese politische Entwicklung noch aufgrund von Tatsachen überhaupt zu prüfen. Die Alter-

native aber, die auch in den heutigen innenpolitischen Auseinandersetzungen in der CSSR oft gestellt wird, nämlich daß die Ablehnung des militärischen Eingriffes jede kritische Analyse der politischen Zustände nach dem Januar 1968 ausschließt, ist völlig falsch. Genauso falsch, wie auch die Gegenposition falsch ist: die Billigung des Einmarsches der fünf Armeen setzt ebensowenig die einseitige Verurteilung des gesamten Erneuerungsprogramms voraus, das nach dem Januar 68 formuliert wurde. Auch die Äußerungen, die sich mit der allgemeinen Verurteilung aller „Extreme“ der Nachjanuarentwicklung begnügen, können die reale Analyse der faktischen Tendenzen und des konkreten Verlaufs der tschechoslowakischen Ereignisse nicht ersetzen.

Selbstverständlich kann man diese Analyse letzten Endes nicht von der Stellungnahme zum 21. August trennen. In diesem Punkt sind allerdings die Gegensätze unter den linken Intellektuellen im Westen am allerschärfsten und werden wahrscheinlich auch auf längere Sicht gesehen nicht so leicht zu überbrücken sein. Worum es geht, ist der richtige Ausgangspunkt dieser Diskussion unter den westeuropäischen Marxisten (wie unter allen Marxisten), der zu wählen ist, damit die Diskussion nicht aufhört, ehe sie überhaupt angefangen hat.

Das ist der Grund, weshalb ich in den Mittelpunkt meiner Betrachtungen die Voraussetzungen, den Verlauf und Sinn des sogenannten tschechoslowakischen Frühlings im Verhältnis zu der Rolle der Intellektuellen stellen will. Es ging zwar nicht um eine Revolte oder „Revolution der Intellektuellen“, wie die tschechoslowakischen Ereignisse oft charakterisiert wurden. Die Intellektuellen spielten dabei jedoch unzweifelhaft eine entscheidende Rolle. Man kann mit Recht sagen, daß diese Ereignisse zu einem einmaligen historischen Experiment geworden sind, in dem die Rolle der Intellektuellen in einer sozialistischen Gesellschaft in ihren verschiedenen Aspekten und Möglichkeiten geprüft wurde. Die Ergebnisse dieser Prüfung können auch für marxistische Intellektuelle der westlichen Welt lehrreich werden. Um die entsprechenden Lehren aus diesem Experiment zu ziehen, muß man aber zuerst die Rolle der Intellektuellen bei der Vorbereitung des Januars 1968 sehen, d. h. ihre Teilnahme an dem Versuch einer tiefgreifenden Erneuerung des tschechoslowakischen Sozialismus wirklich kennenlernen. Das ist es eben, was den meisten Diskussionen über den „Prager Frühling“ nicht nur im Westen, sondern auch im Osten fehlt. Darin sollten sich die marxistischen Intellektuellen aber von den Liberalen am klarsten unterscheiden: wenigstens die Marxisten dürfen sich nicht damit begnügen, daß sie an den Ereignissen nur das sehen, was ihnen in ihre vorgefaßten Konzepte und Vorstellungen paßt, was ihnen sympathisch und angenehm erscheint, und zugleich vor allem, was ihren Wünschen widerspricht. Dabei geht es keineswegs nur um die Einschätzung dessen, was in der CSSR vor sich ging und noch vor sich geht: es geht heute vor allem um die richtige Auffassung der Aufgaben und Möglichkeiten der marxistischen Intelligenz innerhalb der revolutionären Bewegung, die dem Charakter der historischen Prozesse der heutigen Welt Rechnung trägt.

1.

Der tschechoslowakische Januar 1968 wurde zum offenen Ausbruch einer andauernden und sich immer vertiefenden gesellschafts-politischen Krise, deren Ursachen in ihrer Gesamtheit wissenschaftlich zu untersuchen sind. Dabei kann diese Analyse nicht nur in den letzten Jahren des Novotný-Regimes ansetzen und sich nur mit seinen äußeren politischen Formen und Methoden befassen; sie kann sich auch nicht nur auf die ökonomischen Gründe dieser Krise beschränken. Ihre entscheidenden Faktoren, und zwar eben die, welche nachher den politischen Erneuerungsprozeß nach dem Januar 1968 am schwersten beeinträchtigt, ja gefährdet haben, hängen in manchem sogar mit den Fehlern der ersten Etappe des sozialistischen Aufbaus zusammen, die nach dem XX. Parteitag der KPdSU korrigiert werden sollten, die aber durch neue Fehler in den Jahren 1956—63 unter Novotný noch vertieft wurden. Meine Bemerkungen können und wollen selbstverständlich nicht diese bevorstehende wissenschaftliche Analyse ersetzen, sondern sie in der Richtung anregen, die bisher in den meisten Diskussionen über dieses Thema nicht genügend in Betracht gezogen wurden.

Der unmittelbare Ausbruch dieser Krise hing sicherlich mit der Unfähigkeit der alten Parteiführung zusammen, die immer tiefer werdende ökonomische Krise wirksam zu lösen und dieser dringenden Lösung auch politische Methoden der Parteiarbeit und ihrer inneren Struktur anzupassen, die berechtigten slowakischen nationalen und ökonomisch-politischen Forderungen zu befriedigen und die immer schärfer werdende Opposition der schöpferischen Intelligenz für die Lösung dieses ganzen Fragenkomplexes produktiv zu aktivieren. Die oppositionelle Gruppe, die sich aus slowakischer Initiative Ende 1967 in den führenden Parteorganen gegen Novotný gebildet hat, war zuerst überzeugt, es ginge im Grunde darum, dem System der persönlichen Macht einfach die Erneuerung des innenparteilichen demokratischen Zentralismus gegenüber zu stellen. Man hat leider zu dieser Zeit weder die wirkliche Lage der Partei selbst noch den Ernst der krisenhaften Erscheinungen in dem ganzen gesellschaftlichen Leben erkannt. Die kausale Kette der innenparteilichen Problematik, die es nun zu lösen gab, fängt eigentlich schon mit der Fehlentscheidung an, die Partei gleich nach dem Februarstieg der Arbeiterklasse (1948) zu einer Massenpartei zu verändern, wobei in die Partei damals massenhaft vor allem nichtproletarische, kleinbürgerliche Elemente aufgenommen wurden. Diese Entscheidung hat in den ersten Jahren des sozialistischen Aufbaus die Position der Partei zwar gefestigt und ihren Masseneinfluß vorübergehend gestärkt. Bald hat sie sich aber als schwere Belastung der weiteren politischen Entwicklung offenbart, deren Folgen die Partei nie völlig zu überwinden vermochte. Durch die wahllosen Massenaufnahmen in die Partei wurde vor allem die fortschreitende Einschränkung der demokratischen Rechte der Mitgliedschaft, die allmähliche Verschiebung der politischen Aktivität und der faktischen Macht auf nicht gewählte ausführende Organe des Parteiapparats und vor allem auf die immer enger werdende Schicht der politischen Führung be-

gründet. Die oberflächlichen und unzureichenden Formen der politischen Erziehung in den ersten Jahren nach dem Jahr 1948 waren dabei nicht imstande, alte und neue Mitgliederschichten langsam zu einem organischen Ganzen zusammenzuschließen.

Die Theorie der Verschärfung des Klassenkampfes nach dem Sieg der arbeitenden Klasse und die These vom Klassenfeind, der jetzt vor allem in die Partei selbst einzudringen und in ihr den Sozialismus zu zersetzen versucht, wirkte sich unter diesen Bedingungen ganz besonders schädlich aus. War die Partei so massenhaft geworden, ist auch die Gefahr des Eindringens der Klassenfeinde in ihre Reihen, so wurde angenommen, viel größer. Auch das hat vielleicht dazu beigetragen, daß die politischen Prozesse am Anfang der 50er Jahre in der Tschechoslowakei im Vergleich zu allen anderen volksdemokratischen Ländern am tiefsten die Partei trafen, daß sie die umfangreichsten und blutigsten waren. Sie haben dabei nicht die neuen, politisch unerfahrenen, sondern im Gegenteil die alten, kampferprobten Funktionärskader dezimiert.

Der „neue Typ“ der Partefunktionäre, die in führende Positionen der Partei, besonders nach dem Tod des Genossen Gottwald, vorgerückt sind, war vor allem der Typ jenes Bürokraten, von dem keine selbständige politische Verantwortung und auch keine besondere Fähigkeit der politischen Überzeugung der Massen verlangt, sondern der in erster Linie zum passiven Durchführer der Beschlüsse und zum „Aufseher“ über die politisch unschlüssigen Massen wurde.

Mit einer ähnlichen Argumentation hat man noch nach dem Jahre 1956 jede wirkliche Veränderung der Parteistruktur und ihrer Arbeitsmethoden abgelehnt oder verschoben. Das hing bereits unmittelbar mit der Verantwortung der Novotný-Parteiführung zusammen. Die ungarischen und polnischen Ereignisse schienen erneut bestätigt zu haben, daß nicht nur das Volk, sondern auch die Parteimitglieder nicht reif genug waren, daß die Verwirklichung der sozialistischen Demokratie und des innenparteilichen demokratischen Zentralismus im Zusammenhang mit den historischen Lehren des XX. Parteitages auf die Tagesordnung gestellt werden könnten. Mit der richtigen Begründung, man dürfe die sozialistische Macht unter keinen Umständen schwächen oder sie in Frage stellen, hatte man sogar auch das verhindert, was die moralisch-politische Autorität der Partei zu dieser Zeit hätte ungeheuer stärken können — die Revision der politischen Prozesse und die Wiedergutmachung der größten Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit. Auch in der Lösung dieser Frage hat die Tschechoslowakei ein trauriges Primat unter allen volksdemokratischen Staaten erlangt: erst sieben Jahre nach dem XX. Parteitag tat man den ersten Schritt zu einer wirklichen Revision der Hauptprozesse der 50er Jahre und rehabilitierte teilweise in diesem Zusammenhang auch die ersten slowakischen Politiker aus der Gruppe der sogenannten bürgerlichen Nationalisten. Vorher hatte sich aber die Parteiführung schon zweimal mit diesen Fragen befaßt und zweimal fast alle rechtswidrigen Urteile erneut bestätigt.

Man vertrat auch in allen anderen Zusammenhängen die Ansicht, der sogenannte Personenkult hätte in der tschechoslowakischen politischen Entwicklung nicht so tiefe Wurzeln und auch nicht so gefährliche Erscheinungsformen und Folgen gehabt wie in allen anderen sozialistischen Ländern, vor allem aber in der Sowjetunion; aus diesem Grund gehe es bei uns nicht um tiefgreifende politische Veränderungen, sondern nur um einige Korrekturen des Bestehenden, das sich bewährt habe: es gehe beispielsweise nicht um die grundlegende Demokratisierung des ganzen politischen Systems, sondern nur um administrativ-organisatorische Korrekturen, die in den Begriff der „Dezentralisierung“ einbezogen würden. Diese Dezentralisierung führte aber in Wirklichkeit nur zu weiteren Schwierigkeiten in der Ökonomie, aber auch im kulturellen Leben (durch unqualifizierte und lokalpatriotische Entscheidungen der unteren Organe) und lieferte nach kurzer Zeit nur neue Argumente für die Notwendigkeit einer noch stärkeren Zentralisierung der Führung. Diese Zentralisierung der Macht ging dann sogar noch weiter als in den ersten Jahren des sozialistischen Aufbaus; ihr fielen auch die Überreste der slowakischen autonomen politischen Organe zum Opfer, ihnen wurde aber zugleich auch der letzte lebendige politische Inhalt der Nationalen Front als der Spaltenorganisation aller politischen, auch nichtkommunistischer Parteien und der wichtigsten Massenorganisationen geopfert. Von der Nationalen Front blieb jetzt wirklich nur eine tote Fassade übrig, selbst die administrative Vermittlung der Beschlüsse des Präsidiums des ZK der KPC war schon längst ganz andere Wege gegangen.

Man dezentralisierte oder zentralisierte wieder, man führte verschiedene nach wie vor oberflächliche, administrative „Reformen“ durch, verdoppelte zuerst die Zahl der Kreise und reduzierte sie nachher wieder. Aber dabei wurde jede ernste Diskussion über die wichtigsten politischen Probleme, die es in der Tschechoslowakei im Sinne des XX. Parteitages zu lösen gab, weiterhin verhindert. Weil es vor allem die kommunistischen Intellektuellen waren, die mit diesen „zersetzenden“ Fragen kamen, beschränkte die Parteiführung lange Zeit die ganze ideologische Arbeit nur auf die ständige Auseinandersetzung mit den „schwankenden Intellektuellen“.

Man konnte das alles immer noch ruhig tun, soweit die ökonomische Grundlage dieses ganzen politischen Überbaus gut funktionierte. Wenn jedoch im Jahre 1968 die „radikalsten“ Kritiker des Novotný-Regimes, wie etwa Ota Šik behaupteten, der Verfall der tschechoslowakischen Nationalökonomie habe eigentlich schon im Jahre 1948 angefangen, war es, wenn man solche Behauptungen mit dem faktischen Stand der Dinge konfrontiert, mehr Verleumdung als Kritik. Sogar auf der Grundlage der strengen Zentralisierung, der nur quantitativen Planung und der später so scharf kritisierten sogenannten eisernen Konzeption, hat die tschechoslowakische Wirtschaft eigentlich bis zum Jahre 1960 einen ständigen Aufschwung erlebt: in den Jahren 1948–1960 hat sich die industrielle Gesamtproduktion vervierfacht, die Produktivität der Arbeit und auch das

Nationaleinkommen stieg zwar nicht schnell, aber regelmäßig von Jahr zu Jahr, und auch der Lebensstandard der Arbeiter hatte eine eindeutig steigende Tendenz zu verzeichnen. Das war für die Parteiführung bis zum Jahre 1960 der wichtigste Beweis für die Richtigkeit der ganzen Politik der KPC. Damit wurde aber auch jeder Versuch einer kritischen Analyse der Lage der ganzen Gesellschaft und besonders jede Forderung nach sozialistischer Demokratisierung abgetan.

Dieses auf Illusionen beruhende Selbstbewußtsein und die Selbstzufriedenheit der Parteiführung bewirkten, daß man im Jahre 1960, also eben zu der Zeit, in der die ökonomische Krise mit voller Wucht auszubrechen begann, die Tschechoslowakische Volksdemokratische Republik zur Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik umbenannte, also den Aufbau des Sozialismus für abgeschlossen erklärte. Auf dem XII. Parteitag im Jahre 1962, der sich eigentlich nur oberflächlich mit den zutiefst beunruhigenden krisenhaften Erscheinungen in der tschechoslowakischen Wirtschaft befaßte, trat die Parteiführung sogar noch mit dem völlig unrealistischen Konzept des Überganges vom Sozialismus zum Kommunismus in der CSSR auf, der in den nächsten zwanzig Jahren vollbracht werden sollte.

Unter dem Druck der wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten trat man aber nach dem XII. Parteitag wenigstens an die Lösung einiger politischer Probleme heran, die sowieso schon nicht nur reif, sondern für eine Lösung überreif waren. Der einfache manipulatorisch-politische Praktizismus hatte schon begriffen, daß die offensichtlichen wirtschaftlichen Mißerfolge, die sehr kraß gewisse Zeit sogar auch in der Organisation der Lebensmittelversorgung zum Vorschein kamen, durch irgendwelche politisch stabilisierenden Taten übertönt werden müssen. Im Jahre 1963 revidierte man auf diese Weise wenigstens die politischen Hauptprozesse der Fünfziger Jahre und unter dem Druck der slowakischen kommunistischen Intellektuellen wurden im Zusammenhang mit der teilweisen politischen Rehabilitierung der sogenannten „slowakischen bürgerlichen Nationalisten“ auch einige positive personelle Veränderungen vorgenommen: Ministerpräsident Široky wurde durch Josef Lenárt abgelöst und der langjährige Erste Sekretär der KP der Slowakei, Bacilek, aus seiner Funktion abberufen. Der einzige allgemein anerkannte Kandidat für diese Funktion, der eben rehabilitierte führende Politiker des Slowakischen Nationalaufstandes aus den Jahren 1944–45, Gustav Husák, wurde jedoch von der politischen Aktivität weiter ferngehalten und aufgrund einer Kompromißlösung von dem bis dahin fast unbekannten Politiker Alexander Dubček abgelöst.

Das alles waren wieder nur Teillösungen, die die Autorität der Parteiführung in Prag nicht mehr festigen konnten, sondern zu dieser Zeit vielmehr schon als ihr taktischer Rückzug betrachtet wurden. Nur in einem Punkt waren sie, auf lange Sicht gesehen, positiv: in den folgenden Jahren konnte sich in der Slowakei trotz des wieder steigenden Druckes der zentralen Parteiführung die neue Führung der

slowakischen Partei relativ konsolidieren, die dann deshalb fünf Jahre später, auf dem Höhepunkt der politischen Krise, die entscheidende Rolle bei der Kristallisierung der innenpolitischen Opposition gegen Novotný zu spielen vermochte.

Für die letzten Jahre der Existenz der Novotný-Parteiführung sind folgende Merkmale charakteristisch: die wachsende Verschiebung des Hauptgewichts sämtlicher Aktivitäten der Parteiführung auf die Nationalökonomie und die immer größere Unterschätzung politisch-ideologischer Fragen, das langsame Aufgeben jeder wirklichen politisch-erzieherischen Arbeit der Partei und ihr Ersetzen durch administrativ-bürokratische Eingriffe und Lösungen, kombiniert zugleich mit linksdogmatischen Auslassungen und liberalistischen Zugeständnissen jeder Art. Diese Verschiebung des Interesses zu wirtschaftlichen Fragen hin bedeutet jedoch keineswegs, daß man an die prinzipielle Lösung der dringenden Probleme des strukturellen Umbaus der tschechoslowakischen Industrie und der Methoden ihrer Leitung radikal herantrat; diese Probleme, mit deren Lösung man schon Mitte der Fünfziger Jahre hätte beginnen müssen, um tiefen Erschütterungen und Verluste zu verhindern, wurden lange Zeit auf dem Niveau einer typisch tschechischen Bierparty „allgemein besprochen“. Man suchte vor allem nach Erklärungen, warum es schief ging und eigentlich nicht anders gehen konnte. Nachher unterlag man, aus Ratlosigkeit meistens unkritisch, dem suggestiven Einfluß Ota Šiks, der durch gescheite Ausnutzung gewisser allgemeiner theoretischer Impulse und Teilergebnisse seines wissenschaftlichen Kollektivs zum anerkannten „Hofkritiker“ der verhunzten Ökonomik des Novotný-Regimes wurde.

Es obliegt mir als einem Nichtökonomen nicht, hier das rein ökonomische Wesen von Šiks Reformvorschlägen zu untersuchen: darin hat die marxistische Ökonomie in der letzten Zeit schon Bedeutendes getan. Ich kann hier nur kurz einige ideologisch-politische Aspekte seiner Theorien zusammenfassen. Šik ist ein typischer Liberaler vor allem durch seine Fetischisierung und Verabsolutisierung des Marktes, als ob der Markt in der sozialistischen Wirtschaftsordnung für eine wissenschaftliche Untersuchung und Bewältigung seiner Hauptaufgaben nicht zugänglich wäre. Von verschiedenen Seiten hat man zwar Šiks Unterschätzung einer vervollkommen Planung, die qualitative Momente berücksichtigt, kritisiert. In der CSSR kritisierte man jedoch nie seinen Hang zu den im Westen „bewährten“ Methoden des „Managertums“, die der alten Parteiführung in einer Richtung sogar angenehm sein konnten: man hätte nicht zu entscheidenden Veränderungen der Methoden der politischen Führung greifen müssen. Diese Pläne waren auch mit einer strengen Zentralisierung und Bürokratisierung der politischen Macht — wie es ja gerade das westliche Beispiel zeigt — zu vereinbaren. Unangenehm war nur, daß Šik es ablehnte, die ökonomische Führung der politischen Führung zu unterstellen. Diese sehr entscheidende Frage ließ man aber außer acht. Dem Reformkonzept von Šik hatte man leider keine andere Konzeption gegenüberzustellen. Das einzige, was dabei durch die teilweise „experimentelle“ Einfüh-

rung gewisser Elemente dieser Reform erzielt wurde, war bis 1968 vor allem die Steigerung einer allgemeinen administrativ-ökonomischen Anarchie: das Alte galt schon nicht mehr, wobei das Neue nebelhaft und unwirksam geblieben ist. Die fortschreitende ideologisch-politische Abrüstung der Partei wurde u. a. in den Beschlüssen des XIII. Parteitags durch eine vage Behauptung begründet, die eben in der Zeit der sich immer vertiefenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die auch unmittelbare politische Auswirkungen hatten, besonders gefährlich werden konnte: alle gesellschaftlichen Klassen und Schichten seien infolge der erfolgreichen Vollendung des sozialistischen Aufbaus in der CSSR so tief moralisch und politisch zusammengeschmolzen, daß der Klassenkampf aufgehört habe, im sozialpolitischen Leben irgendwelche nennenswerte Rolle zu spielen. Aus der Klassen-gesellschaft würde jetzt eine neue, sozial insofern homogene Volksgemeinschaft entstehen, als in ihr weiterhin nur nichtantagonistische Gegensätze unter verschiedenen Volksschichten in Erscheinung treten könnten. Den Klassenkampf gebe es nur noch in internationalen Zusammenhängen, vor allem im Kampf zwischen dem Sozialismus und den imperialistischen Kräften der kapitalistischen Welt.

Dieser selbsttrügerische, opportunistische Leichtsinn hing mit der sich immer vertiefenden Passivität der ideologisch-erzieherischen Arbeit der Partei zusammen, die so weit ging, daß man zuletzt alle, wenn auch noch so unzureichenden Formen der politischen Parteischulung liquidierte und sie durch nichts ersetzte. Die fast einzige Form der ideologischen Einwirkung der Partei, die dann eigentlich übrig blieb, waren die Referate auf den seltenen Sitzungen des ZK, die sich auch mit einigen ideologischen Fragen auseinandersetzen. Vor allem war es aber das gelegentliche ideologische „Donnern“ Antonin Novotnýs selbst, der besonders zwei anhaltenden ideologischen Obsessionen verfiel: der gedanklich ziemlich unartikulierten Polemik gegen zufällige Aussprüche dieses oder jenes Intellektuellen, dieser oder jener Kulturzeitschrift, und den sich immer wiederholenden, politisch taktlosen und völlig unbegründeten Angriffen gegen verschiedene Äußerungen des angeblichen slowakischen „bürgerlichen Nationalismus“, wobei zum Nationalismus einfach alles abgestempelt wurde, was berechtigte slowakische ökonomische, politische und kulturelle Interessen formulierte. Zum ständigen Bestandteil seiner Reden wurden außerdem die häufigen Feststellungen „feindlicher ausländischer Einflüsse“, die auf die Tätigkeit kapitalistischer Spionageagenturen anspielten. Wenn auch solche Behauptungen nicht einer realen Begründung entbehrten, so konnte man durch sie keine ideologischen Argumente ersetzen.

Im ganzen war in den letzten Jahren die politische Autorität des Staatsoberhauptes und des Ersten Sekretärs der Partei so tief gesunken, daß seine Angriffe vielmehr manchen Personen und kulturellen Erscheinungen zu einer unverdienten Popularität verhalfen, die sonst am Rande des öffentlichen Interesses geblieben wären.

Hier müssen wir aber nochmals zur These des XIII. Parteitages vom „Einschlagen“ des Klassenkampfes zurückkommen. Diese These ist überhaupt unmarxistisch: solange wir in einer Welt leben, in der der Klassenkampf globale Dimensionen angenommen hat und nur durch die militärisch technische Überlegenheit des sozialistischen Blocks oder wenigstens durch das Gleichgewicht der Kräfte zwischen ihm und den kapitalistischen Großmächten eine katastrophale atomare „Eskalation“ verhindert wird, kann es auch in den entlegensten Ecken dieser Welt keine so hermetisch abgeschlossenen Räume geben, in denen eine sozialistische Gesellschaft gedeihen könnte, ohne daß gegebenenfalls auch die nicht-antagonistischen sich nicht in scharf antagonistische Gegensätze verwandeln könnten. Diese These war aber besonders falsch in der konkreten Lage der CSSR. Man muß in diesem Zusammenhang zunächst auf die Zeit der politischen Kämpfe um den sozialistischen Charakter der Republik zurückblicken. Klement Gottwald, einer der begabtesten Führer der internationalen revolutionären Bewegung unserer Zeit, ist während dieser Kämpfe in den Jahren 1945—48 von der richtigen Erkenntnis ausgegangen, die KPC ringe um die Macht in einem Land, in dem der Sieg der Arbeiterklasse, der auf demokratischem Wege zu vollbringen ist, in besonders hohem Maße von der aktiven politischen Unterstützung der Arbeiterklasse durch die zahlenmäßig bedeutenden kleinbürgerlichen Schichten bedingt ist. In der CSSR gab es nur eine verhältnismäßig dünne Schicht der Bourgeoisie im engeren Sinne des Wortes: um so wichtiger waren in der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung seit jeher die städtischen und landwirtschaftlichen Mittelschichten. Dieser Tatsache trug die KPC unter Gottwald durch das ganze Konzept der Nationalen Front Rechnung: die Lösung der Februarcrise von 1948 zeigte dabei, daß man auch mit der zeitweiligen Beeinflussung der Mittelschichten durch das Großbürgertum und ihrer politischen Repräsentation rechnete und daß man dieser Gefahr mit politischen Mitteln entgegenzutreten bereit war, ohne dabei das Konzept der Nationalen Front aufzugeben: im Gegenteil, man betrachtete auch die erneuerte Nationale Front als wichtigen Stützpunkt der KPC.

Nach dem Februararsieg im Jahre 1948 waren es nicht nur die sogenannten stalinistischen Einflüsse und der Fall Jugoslawien, sondern auch die reale internationale politische Lage, für die die Verschärfung des Kalten Krieges und die unmittelbare Gefahr seines „Heißwerdens“ charakteristisch waren, die einige spezifische Züge des tschechoslowakischen Weges zum Sozialismus in Frage gestellt haben. Eine gewisse „Uniformierung“ der politischen Institutionen und Methoden war damals aus ähnlichen Gründen in allen volksdemokratischen Ländern Europas zu vermerken: in der Zeit, als Gottwald schon durch seine fort dauernde schwere Erkrankung von der Parteiführung und von der politischen Praxis immer mehr isoliert war, schien es aber in vieler Hinsicht, daß die KPC ihre frühere positive politische Eigenständigkeit bei der Lösung spezifischer, historisch bedingter Probleme ihres Landes, durch besonders sturen Dogmatismus zu süh-

nen versuchte. Auch was die Politik gegenüber dem Kleinbürgertum betrifft, vollzog die KPC eine so tiefe und übereilte Wendung, daß man darin bald alle volksdemokratischen Länder an linkem Radikalismus übertraf: die soziale Basis des Kleinbürgertums wurde nicht, wie in anderen Ländern, den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus angepaßt, sondern man ging dazu über, den Mittelstand als „Klasse“ ökonomisch zu liquidieren. Daraus ergaben sich selbstverständlich nicht nur völlig überflüssige, organisatorisch-ökonomische Schwierigkeiten durch den Ausfall der kleinen Gewerbe-Industrie und ebenso überflüssige Probleme mit der restlosen Vergesellschaftung des ganzen „tertiären Sektors“: das hatte vor allem tiefe und sich langfristig auswirkende soziale Erschütterungen zur Folge, die folgerichtig für eine oder zwei Generationen ein massenhaftes Reservoir unzufriedener, potentiell oppositioneller, bzw. offen feindlicher sozialer Kräfte geschaffen haben.

Bei der Begründung der These von einer innerlich homogenen sozialistischen Gesellschaft in der CSSR berief man sich sogar mit Stolz auf die Sozialpolitik gegenüber den Mittelschichten, denen man eine völlig einheitliche, fast hundertprozentig vergesellschaftete ökonomische Basis für das politische System schuf.

In Wirklichkeit war diese hundertprozentige Vergesellschaftung keine unumgängliche und absolute Bedingung für das Funktionieren einer sozialistischen Wirtschaft. Sie ist besonders in einem industriell entwickelten Lande in der langen und schwierigen Etappe des gesellschaftlichen Umbaus sogar ökonomisch unzweckmäßig. Unter keinen Umständen kann man aber das Eingliedern der Mittelschichten in die sozialistische Wirtschaft mit der Enteignung der Bourgeoisie gleichsetzen. Wenn man diesen Fehler begeht, hat man eben auf längere Sicht das organische Anwachsen einer zukünftigen, sozial homogenen Gesellschaft, in der antagonistische Klassengegensätze nach und nach in den Hintergrund treten, ja in der Endphase völlig absterben, nicht beschleunigt, sondern ernsthaft gefährdet. „Enteignetes“ Kleinbürgertum wird in seinem sozialen Bewußtsein nicht zum Bestandteil der Arbeiterklasse. Besonders der Teil der Mittelschichten, der in den Jahren 1945—1949 die KPC aktiv unterstützte, fühlte sich in seinen Vorstellungen vom Sozialismus enttäuscht und betrogen. Die Mittelschichten wurden durch das langsame Absterben der Nationalen Front, das schon im Jahre 1949 begann, zu einem politisch minderwertigen Element, das sich nur den politischen Gegebenheiten anzupassen hatte.

Die politische Traumatisierung der breiten Schichten des Mittelstandes wurde sogar nach dem Jahre 1956 auf verschiedene Art neu aktiviert: durch die massenhafte Verhinderung oder maximale Erschwerung des Zutrittes zur höheren Schulbildung für den Nachwuchs aus kleinbürgerlichen Schichten. Im Jahre 1958 sogar noch durch den Versuch einer speziellen „Säuberungsaktion“, die nicht nur aus den staatlichen Behörden, sondern auch aus vielen kulturellen

und wissenschaftlichen Institutionen „Elemente kleinbürgerlicher Abstammung“ aus allen verantwortlichen Positionen hätte entfernen sollen. Relativ günstiger entfaltete sich der sozialistische Umbau der tschechoslowakischen Landwirtschaft. Die Irrtümer der administrativ verfügten Kollektivierung der Jahre 1950—51 und ihre politischen Auswirkungen wurden in der Folgezeit durch eine umfassende ökonomische Hilfe des Staates für die sich allmählich konsolidierenden LP-Gemeinschaften korrigiert. Die Landwirte behandelte man — im Unterschied zu anderen Mittelschichten — keineswegs als „Klassenfeinde“, sondern im großen und ganzen weiterhin als Verbündete — obwohl diese Verbündeten politisch nur die Rolle eines „armen Verwandten“ der Arbeiterklasse spielten. (Das spiegelte sich u. a. auch darin, daß der Verband der Landwirte ungefähr zwei Jahre nach dem Februar 1948 als Bestandteil der Nationalen Front aufhörte zu existieren.) In diesem Zusammenhang muß auch die sozialpolitische Stellung der Intelligenz in Betracht gezogen werden: der Politik der „sozialen Annäherung“ aller sozialen Gruppen diente ganz bestimmt nicht, daß die Intelligenz in der CSSR — im Unterschied zu allen anderen sozialistischen Ländern Europas — die ökonomisch am meisten benachteiligte Schicht der Gesellschaft war. Diese soziale „Diskriminierung“ betraf dabei auch die technische Intelligenz, die unmittelbar mit der Produktion verbunden war. Wenigstens bei ihr versuchte man in den letzten Jahren zögernd, ihre soziale Stellung etwas zu verbessern. Aber bis 1968 wurde ein qualifizierter Arbeiter immer noch besser bezahlt als ein Meister mit Fachschule oder sogar ein Ingenieur.

Man ersetzte also die reale Lösung der angehäuften sozialpolitischen Probleme durch vage Illusionen, wenn man von der „Annäherung aller sozialen Gruppen“ sprach, wodurch aber gleichzeitig begründet wurde, daß „der Staat der Diktatur der Arbeiterklasse bei uns seine geschichtliche Hauptmission erfüllt habe“. In diesem Zusammenhang wurde die Diktatur des Proletariats als ein krasser Gegensatz der „sozialistischen Demokratie“ gegenüberstellt. Dieser theoretische Irrtum sollte sich auf dem Höhepunkt der gesellschaftlichen Krise und bei den ersten Schritten zu ihrer Lösung als besonders verhängnisvoll erweisen. Der Irrtum spielt nicht nur eine entscheidende theoretische Rolle bei der Formulierung des „Aktionsprogrammes“ der KPC nach dem Januar 1968, sondern auch in der politischen Praxis selbst.

In den Thesen des ZK zum XIII. Parteitag liest man im Zusammenhang mit der Problematik der Demokratisierung jedoch Konzepte, die, wären sie zur Grundlage konkreter politischer Taten geworden, schon eine positive Rolle bei der nichtfiktiven, realen „Annäherung verschiedener sozialer Gruppen“ und bei der Entfaltung der sozialistischen Demokratie hätten spielen können. Unter andrem heißt es dort: „Das System der sozialistischen Demokratie — der Staat, gesellschaftliche Organisationen und die Partei als führende Macht — strebt zielbewußt danach, daß die unterschiedlichen Interessen und Standpunkte des

werkätigen Volkes zu den gesellschaftlichen Problemen demokratisch zum Vorschein kommen und daß sie innerhalb der Organisationen der sozialistischen Gesellschaft vom Standpunkt der gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse und Ziele richtig gelöst werden. Die Entfaltung der Demokratie muß untrennbar mit der Stärkung der Wissenschaftlichkeit der gesellschaftlichen Leitung verbunden werden.“ Dieser Weg hätte, wenn man ihn wirklich befolgt hätte, zu der Überwindung der innergesellschaftlichen Spannungen und zur allmäßlichen Heilung der „traumatisierten“ Stellen der gesamten sozialen Struktur führen können. Theoretisch und praktisch darf er — meiner Meinung nach — keineswegs in Gegensatz zu der Diktatur des Proletariats gestellt werden.

Man kann aus diesem Begriff nicht einfach ein unbrauchbares, altmodisches Ge-
spenst machen, ohne ihn überhaupt in seiner ursprünglichen leninschen Bedeutung zu prüfen und vor allem ihm jegliche historische Entwicklungsfähigkeit absprechen und ihn eben dadurch als absoluten Gegensatz zum gesetzmäßigen Demokratisierungsprozeß der modernen, wirtschaftlich und kulturell hochentwickelten, sozialistischen Gesellschaft machen.

Die Diktatur des Proletariats wurde unzweifelhaft durch ihre bürokratische Entartung historisch schwer belastet. Hinzu kam, daß die innere Entwicklung des Novotný-Regimes offensichtlich zu einer noch tieferen Deformation dieses Begriffes tendierte, nämlich zum System der persönlichen Macht, das die Tätigkeit der führenden Organe der Partei immer mehr hemmte. In den gegebenen weltpolitischen Zusammenhängen und ganz besonders bei Anhäufung so vieler, lange Zeit nicht gelöster und sich immer mehr zuspitzender innenpolitischer Gegensätze, Spannungen und Probleme, konnte aber der Demokratisierungsprozeß, wenn er nicht die Existenz des Sozialismus aufs Spiel setzen wollte, nur mit der historisch neuen, originellen Anwendung und Entfaltung dieses klassischen marxistisch-leninistischen Begriffes anfangen.

Dieser Begriff müßte in der CSSR überhaupt zuerst in seiner vollen ursprünglichen inhaltlichen Bedeutung realisiert werden: es geht nämlich um die Diktatur des *Proletariats*, deren Vollstrecker zuerst die Kommunistische Partei (also nicht nur ihr Apparat, oder gar ihr zeitweilig führender Politiker) und mit ihr immer mehr die Arbeiterklasse selbst und das ganze arbeitende Volk werden sollte. Was die Partei betrifft, hängt ihr Funktionieren als einer führenden revolutionären Kraft davon ab, ob sie in ihrer inneren Struktur das Prinzip des demokratischen Zentralismus verwirklicht hat. Auf dem Boden dieses Prinzips kommt dem Apparat eine wichtige organisatorisch-politische Aufgabe zu, deren Erfüllung durch die ständige Kontrolle von „oben“ und „unten“ bedingt ist. Die führende Rolle der Partei in dem Demokratisierungsprozeß sollte in der konkreten Situation der CSSR nach dem Januar 1968 darin bestehen, daß sie zur Ausübung der Macht mittels aller Organe des Staates und der gesellschaftlichen Organisationen immer breitere Volksschichten heranzieht, daß sie für den Zweck wachsender direkter Beteiligung der Volksmassen an allen

politischen und ökonomischen Entscheidungen nicht nur existierende Organe und Institutionen völlig ausnützen, sondern auch neue zweckmäßig entfalten wird. Alle Gefährdungen des Demokratisierungsprozesses im Jahre 1968 hängen damit zusammen, daß man diesen Weg verlassen hat. Ich will in diesem Zusammenhang die politischen Konzepte einiger westeuropäischer kommunistischer Parteien nicht zur Diskussion stellen, die für den Kampf um die sozialistische Umgestaltung ihrer Länder das Prinzip der Diktatur des Proletariats für nicht mehr brauchbar halten, oder in ihm wenigstens nicht die einzige mögliche Form der strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen sehen. Für uns Marxisten gilt es, alle Wege, die theoretisch zum Sieg des Sozialismus führen können, im Zusammenhang mit der spezifischen historischen Entwicklung und der gesellschaftlichen Lage eines jeden Landes zu beurteilen. Marxistisch jedoch ist, den Wert und die Gültigkeit eines jeden theoretischen Konzeptes vor allem an der realen gesellschaftlichen Praxis zu messen, an ihren konkreten Ergebnissen. Soweit aber diese praktischen politischen Ergebnisse noch nirgends vorliegen, kann man kaum, oder kann man wirklich nur rein theoretisch solche Konzepte bestreiten oder akzeptieren. Der Umstand aber, daß es beispielsweise in Italien oder Frankreich noch keine sozialistische Gesellschaft gibt, ist auch für die Entfaltung der bestehenden sozialistischen Staaten Europas in jeder Hinsicht eine Belastung und Hemmung. Man kann sich — wieder leider nur theoretisch — leicht vorstellen, daß unter anderen international-politischen Machtverhältnissen zwischen Sozialismus und Kapitalismus — wenigstens im engeren europäischen Rahmen — die schon heute bestehenden europäischen sozialistischen Staaten besonders in der Richtung der fortwährenden Vertiefung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie (aber auch ökonomisch) sich viel ungezwungener und schneller bewegen könnten als es gegenwärtig denkbar ist. Auch der Begriff der Diktatur des Proletariats ist wie alle Begriffe der marxistisch-leninistischen politischen Strategie historisch bedingt: wir wissen schon ziemlich lange, sogar von den ersten Anfängen des wissenschaftlichen Sozialismus, daß die Diktatur des Proletariats nur ein Durchgangsstadium, nicht das Ziel der geschichtlichen Entwicklung ist. Wir können aber der ganzen revolutionären Weltbewegung nur schweren Schaden zufügen, wenn wir die konkrete historische Lage wirklich nicht verantwortungsvoll genug analysieren und wenn wir gewisse strategische Prinzipien leichtsinnig für „veraltet“ erklären, weil sie entweder verunstaltet oder noch nicht in ihrem voll Inhalt verwirklicht sind. Es liegt nach meiner festen Überzeugung im Interesse der gesamten internationalen revolutionären Bewegung, daß man, wenn man überhaupt weiterkommen will, nicht das bedrohen oder verlieren darf, was man schon errungen hat. Die tschechoslowakische Erfahrung der letzten Jahre und vor allem die tschechoslowakische Gegenwart lehrt uns alle, daß man sich keineswegs — sozusagen im Rahmen des Kampfes gegen den Dogmatismus — leichtsinnig von solchen grundlegenden strategischen Prinzipien „be-

freien“ darf, wie es die Diktatur des Proletariats ist, wenn man nicht in Situationen geraten will, die nicht zu bewältigen und abenteuerlich sind. Diese durch keine verantwortungsvolle Analyse der gesellschaftlichen Lage begründete „Befreiung“ von solchen Begriffen ist gefährlich, wenn nicht gar gefährlicher als ihre schlechte, starre und unschöpferische Anwendung. Keinesfalls darf man, soweit man den Sozialismus wirklich realisieren will, der Taktik die Strategie aufopfern. Diese Gefahr bedroht, scheint es mir, augenblicklich viele westeuropäische KP's — nicht nur, was die Beurteilung der tschechoslowakischen Ereignisse betrifft.

In der konkreten Situation des Jahres 1966, zu der wir jetzt zurückkommen wollen, erklärte man in der CSSR die Diktatur des Proletariats für überholt und stellte sie in schroffen Gegensatz zu allen Bestrebungen um die unerlässliche Demokratisierung der Gesellschaft. In der gesellschaftlichen Praxis wurde jedoch gar nichts geändert: im Gegenteil, die Bürokratisierung der Macht und ihre Zentralisierung in den Händen eines Einzelnen schritten noch weiter voran. Keines der schon überreifen ernsten gesellschaftlichen Probleme, angefangen von der ökonomischen Lage, wurde in der Praxis konsequent und wirksam gelöst. Mit dem wachsenden Ernst der Situation verließ sich Novotný immer mehr auf die Machtinstrumente seiner Politik und auf das geschickte Lavieren zwischen dem rechtsopportunistischen Entweichen vor jeder prinzipiellen Lösung in der Praxis und der krampfhaft linksdogmatischen Phrase in der „Begründung“ dieser Praxis. Er sprach weiterhin im Namen der Arbeiterklasse, er setzte sich weiterhin für die Arbeiterpolitik ein, wobei sein Verhältnis zu ihr auch typisch opportunistisch war. In der Realität lähmte er die Arbeiterklasse als aktive politische Kraft. Er sah in ihr im Grunde nur eine passive Stütze seiner eigenen Macht. Er verpaßte seit dem Jahre 1956 unzählige Male die Gelegenheit, die so oft enttäuschte, aber immer wieder zu gewinnende und immer noch tatbereite Arbeiterklasse für die Lösung der entscheidenden politischen und ökonomischen Probleme zu aktivieren. Er war am Anfang seiner Ära unter den Arbeitern tatsächlich populär, denn er trat immer als einer aus ihren Reihen auf. Er schaffte es aber schließlich, diese Popularität bis Ende 1967 auch unter den kommunistischen Arbeiterfunktionären zu verspielen. Es spricht in hohem Maße für die Arbeiterklasse der Tschechoslowakei, daß dies nicht imstande war, ihr Verhältnis zum Sozialismus negativ beeinflussen zu lassen. Die alte Parteiführung hatte die Arbeiterklasse politisch sehr ungenügend für derart komplizierte Situationen ausgerüstet, die sie nach Novotnýs Sturz erwarteten.

Mit der linken Phrase suchte die Novotný-Führung einen Ausgleich und eine Tarnung ihrer im Grunde rechtsopportunistischen Politik. Nach dem Januar wurde diese Politik allerdings fast ausschließlich von rechts kritisiert. Von diesem Gesichtspunkt aus erschien diese Führung und vor allem Novotný selbst ganz und gar als die reine Verkörperung des „stalinistischen“, sozusagen linken

Dogmatismus und Sektierertums. Das konnte der propagandistischen Absicht dienen, durch diese Kritik nicht nur die Kritisierten, sondern auch grundlegende kommunistische politische Prinzipien selbst, die in der Zeit vor dem Januar 1968 verunstaltet, karikiert und verdreht wurden, endgültig zu diskreditieren. Das war auch nützlich, um alle, denen es um die Erneuerung dieser Prinzipien ging, als „Dogmatiker“ und „Konservative“ abzustempeln und sie auf diese Weise aus dem politischen und kulturellen Leben mit allen denkbaren Methoden auszuschalten. Aus dieser Sicht ist es jedoch ausgeschlossen, der gesellschaftlichen Wirklichkeit dieser Etappe gerecht zu werden, ihre tiefen Widersprüche zu erkennen und die gesamtgesellschaftliche Krise, die in den letzten Monaten des Jahres 1967 offen ausbrach, sowie die Hauptgefahren der „Nachjanuarentwicklung“ überhaupt verstehen zu können. Solche Charakteristiken, die wir beispielsweise bei Karel Kosík finden (siehe: „Die Krise unserer Gegenwart“, in: „Nachrichten aus der CSSR“, S. 55 ff., Suhrkamp, 1968), daß es im Januar 1968 um die Ersetzung des Systems einer „polizeilich-bürokratischen Diktatur durch sozialistische Demokratie geht“, sind mehr als einseitig und damit auch völlig falsch. Sie scheinen Vorstellungen über die CSSR zu bestätigen, die in den letzten Jahren nur noch die reaktionärsten, westeuropäischen Journalisten verbreiteten. Die gescheiterten Reaktionäre, Halbliberale und Liberale, prägten zu dieser Zeit schon viel differenziertere und wirklichkeitsnähere Merkmale der CSSR; die etwa mit Genugtuung von der fortschreitenden „Verwestlichung“ des Landes, angefangen vom täglichen Leben bis zu der kulturellen Entwicklung, sprachen. Der bekannte Stern-Reporter Vacek schrieb über die CSSR schon im Jahre 1965 eine „sensationelle“ Reportagen-Serie unter dem gar nicht so wahrheitswidersprechenden Titel „Des roten Ostens goldener Westen“, was zweifellos nicht auf den fehlenden Reichtum des Landes, sondern vielmehr auf das bunte Durcheinander der inneren Verhältnisse anspielte, und was an den sagenhaften „Goldenen Westen“ der amerikanischen Western erinnerte. Diese Journalisten, so oberflächlich und tendenziös sie auch waren, konstatierten ausnahmslos in Prag und anderen Städten mit Verwunderung, daß sie überall Leute antrafen, die ohne jede Beängstigung und Vorsicht ganz offen auf den Straßen und in öffentlichen Räumen in Gesprächen mit ihnen ihrer Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen Ausdruck gaben. Dieser „locus communis“ aller damaligen westlichen CSSR-Reportagen wurde freilich verschiedenartig propagandistisch eingefärbt: die Tatsache, daß die Leute sich nicht fürchteten, mit unbekannten Ausländern über alles zu „meckern“, wie es ihnen beliebte, stimmte ganz und gar. Dies ist nicht das Ausschlaggebende, was man gegen die „Theorie“ der „polizeilich-bürokratischen Diktatur“ anführen kann. Es überzeugt aber in einer Hinsicht: unter einer polizeilichen Diktatur benehmen sich die Leute entschieden anders.

Das Charakteristische für die letzten Jahre vor dem Januar 1968 war eben die absolute Halbheit, die Doppelzüngigkeit und die Relativierung aller politischen Grundsätze und Maßnahmen. An der Oberfläche erwachte die CSSR den Eindruck eines Landes, das mit dauerndem Mißerfolg den Idealen der westlichen „Konsumgesellschaft“ nachstrebt. Die gesellschaftlichen Auswirkungen dieser Mißerfolge, begleitet von dem völligen Aufgeben zielbewußter politischer Arbeit und ideologischer Einwirkung, wurden dann von Zeit zu Zeit mit polizeilichen Mitteln oder administrativen Eingriffen „geheilt“. In den letzten drei bis vier Jahren kam es in Prag an jedem 1. Mai zu politischen Demonstrationen der Studenten. Man rechnete damit schon im voraus; im Jahre 1965 schienen auch die Studenten des Demonstrierens überdrüssig zu sein: man brauchte aber offenbar so eine Demonstration, vielleicht um an ihrer tatkräftigen polizeilichen Unterdrückung dem „inneren Feind“ die „Kraft und Entschlossenheit“ zu zeigen. In jenem Jahr wurden jedenfalls ganz harmlose Demonstrationsansätze ausgenützt, um „größere“ zu provozieren. Man brauchte die demonstrierenden Studenten und auch die oppositionellen Literaten in diesem sonderbaren politischen Haushalt als eine ständige Einrichtung. An ihnen wurde die fortwährende Bedrohung der sozialistischen Ideale personifiziert, gegen die Genosse Novotný die Arbeiter und die andere „friedliebende“ Bevölkerung beschützen mußte. Diese Ideale selbst waren unter diesen politischen Umständen schon längst in kleinbürgerliches Konsumglück — oder vielmehr nur in unbefriedigte Konsumbegierigkeit umgetauscht worden, in hohen Phrasen zerflossen und kompromittiert.

Wenn man diese Zeit mit den ersten Jahren des sozialistischen Aufbaus nach dem Jahre 1948 vergleicht, muß man feststellen, daß diese „alten Zeiten“ in dieser Gegenüberstellung auch mit allen ihren tragischen Fehlern, ja trotz den nie wieder gutzumachenden Folgen der Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit, trotz einer Kette von politischen Verbrechen, immer noch große „tragisch-optimistische“, heroische Zeiten waren. Sie hatten ihre Ideale, die die entscheidende Mehrheit des Volkes zu gewinnen und zu begeistern vermochten. Diese Ideale waren lebendig in ihnen: das Fatale war aber, daß sie eben in der Zeit der politischen Prozesse, in der man sie am schwersten diskreditierte, für erreicht erklärt wurden. Jedoch auch die Hingerichteten selbst haben diese Ideale neu bekräftigt: sie gingen in den Tod mit der unerschütterlichen Überzeugung, daß trotz der schrecklichsten Verwirrungen der Kommunismus in ihrem Lande in seinem wahren Wesen doch siegen werde.

Im Vergleich damit waren die letzten Jahre vor 1968 nur noch die Zeit einer allgemeinen Desillusion, der Müdigkeit und der absurdesten unbewältigten Widersprüche. Sehr bald nach der „optimistischen Tragödie“, die im Jahre 1956 mit der Erkenntnis der Gründe ihrer Tragik gipfelt, kommt dann in der CSSR anstatt der wirklichen, tief erneuernden und umgestaltenden Katharsis eine traurige Farce.

(wird fortgesetzt)

Manfred Wekwerth Der Künstler im Klassenkampf unserer Tage

Rede auf der Plenartagung der Deutschen Akademie der Künste vom 21. 11. 1968

Unsere Plenartagung findet in einer ereignisreichen Zeit statt: die Verfassungsdiskussion, die Volksabstimmung, die 13. Sitzung des Staatsrates zu Fragen der Kultur, das 9. Plenum des ZK der SED, der 50. Jahrestag der Novemberrevolution. Aber auch: der 21. August, der Zusammenbruch der sogenannten „neuen Ostpolitik“ und der Klärungsprozeß in der CSSR. Das sind, etwas eklektisch vorgebracht, einige Ereignisse der letzten Zeit, die, nach meiner Meinung, direkt mit unserer Arbeit zu tun haben. Aber es sind nicht nur die Ereignisse selbst, die uns interessieren, sondern im gleichen Maße die Analysen der Ereignisse, wie sie von der Partei- und Staatsführung gegeben wurden.

Und da vor allem die große Analyse, die Walter Ulbricht auf der 9. Tagung des ZK der SED über die weitere Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus gab. Bei dem Wort „System“ beginnen für mich schon die Schwierigkeiten: wie will ich über das große Thema „System des Sozialismus“ systematisch referieren, in einem Referat also, dramaturgisch einwandfrei gebaut mit Exposition, Ausführung, Schlußfolgerung, von Katharsis gar nicht zu reden? Ich werde versuchen, anders zu verfahren.

Für die Kenntnisnahme der Analyse ist die Empfehlung, sie selbst zu lesen, immer noch die beste, auch um ihre Wichtigkeit zu begreifen. Aber in dem Wort „begreifen“ steckt auch das Wort „zugreifen“, „ergreifen“, also etwas damit anfangen. Nicht nur im allgemeinen, sondern ganz persönlich. Das ist, glaube ich, in unseren Berufen besonders wichtig. Haben wir es doch im Theater nicht nur mit Ideologie zu tun, indem wir sie aufnehmen und in einem langandauernden Prozeß verarbeiten, sondern wir verbreiten Ideologie. Abend für Abend in einem unmittelbaren Kommunikationsprozeß mit einem großen Publikum. Hier liegt unsere Verantwortung, aber auch die große Wirkungsmöglichkeit im gesellschaftlichen Gesamtprozeß: beizutragen zur Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit. Aber das ist nur eine Seite, ich möchte sagen, die bekannte. Die Künste helfen mit, diese neue Persönlichkeit zu erziehen.

Aber, so fragt Marx, wer erzieht die Erzieher? Denn nicht nur der Zuschauer, auch der Künstler unterliegt diesem Entwicklungsprozeß. So verstehe ich unsere Zusammenkunft als einen Ort der Selbstverständigung und des kollektiven Nachdenkens über die Frage: welchen Platz nimmt der Künstler im Klassen-

kampf unserer Tage ein? Und da auch für mich dieser Prozeß alles andere als abgeschlossen ist, möchte ich nicht ein geschlossenes Referat halten, sondern — selbst um den Preis des Unsystematischen — meine persönlichen Überlegungen und Fragen vortragen. Ich möchte dabei auch etwas tun, was ich bisher abgelehnt habe, aber in zunehmendem Maße wieder betreibe: ich möchte nämlich zitieren. Das Zitieren hat immerhin den Vorteil, daß man etwas gelesen haben muß. Und gerade nach den Ereignissen in der CSSR ist das erneute Studium klassischer Texte, die wir meistens bei uns selbst als bekannt voraussetzen, unerlässlich geworden. Es reicht nicht zu sagen, die Definition eines Begriffes ist etwa so oder ein wenig anders, denn gerade scheinbar kleine Definitionsunterschiede beherbergen oftmals die tiefen Widersprüche an der ideologischen Front. Zum Beispiel klingt es fast gleich, wenn von der führenden oder der „inspirierenden“ Rolle der Partei gesprochen wird. Dabei enthält die zweite Definition ein ganzes Programm, das keineswegs nur kulturpolitisch, sondern politisch ist. Es geht nämlich um die Grundfrage des Marxismus-Leninismus: um die Frage der Diktatur des Proletariats. Es ist keineswegs nur eine Ungenauigkeit der Definition, wenn ich vom „humanen Sozialismus“ anstatt vom sozialistischen Humanismus spreche, und der „demokratische Sozialismus“ ist durchaus nicht der Bruder der sozialistischen Demokratie.

Das war das Ende meiner Vorbemerkung. Ich komme nun zu meinen Bemerkungen, deren Abfolge nicht systematisch ist, die aber, so hoffe ich, doch etwas den Systemcharakter unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit erkennen lassen. Denn diese Erkenntnis scheint mir für die Kunst und den Künstler die wichtigste. Wie leicht meint der Künstler, der es mit der Abbildung gesellschaftlicher Prozesse zu tun hat, er stünde nicht in ihnen, sondern über ihnen, er sei nicht Bild der Gesellschaft, sondern nur deren Abbildner. Das ist so paradox, wie wenn ein Schauspieler, der den Galilei mit Talent spielt, nach der hundertsten Aufführung zu der Gewißheit gelangt, er sei nicht nur ein guter Schauspieler, sondern auch ein genialer Physiker. Ich werde versuchen zu zeigen, wie auch solche Erscheinungen der ideologischen Selbstgefälligkeit zurückzuführen sind auf den Mangel an gesellschaftlichem Systemdenken. Und jetzt gleich das erste Zitat, das ich mir aus den Materialien des 9. Plenums abgeschrieben habe:

„Die neue, dem ökonomischen System des Sozialismus entsprechende Denkweise kommt darin zum Ausdruck, daß sich die Werktätigen in den Betrieben in zunehmendem Maße nicht nur für ihren eigenen Betrieb, sondern für die Volkswirtschaft als ganzes verantwortlich fühlen. Das heißt, der Entwicklungsprozeß des ökonomischen Systems ist ein Prozeß der Entwicklung der Menschen, die mit sozialistischer Ideologie und einer sozialistischen Arbeits- und Verhaltensweise die Vorteile unserer Gesellschaftsordnung zur vollen Wirksamkeit bringen.“

Ich habe mir dieses Zitat herausgeschrieben, weil es eigentlich auch für die Theaterkunst programmatisch ist.

1.

Mein erster Punkt geht auf eine Notierung zurück, die ich mir unmittelbar nach der 13. Staatsratssitzung gemacht habe. Es sind zwei Urteile über diese Sitzung. Das eine stammt aus dem Mund eines Teilnehmers. Es lautete: „Auf der Staatsratssitzung wurde verlangt, daß die Künstler künftig noch mehr Position und Blick von sozialistischen Leitern einnehmen.“

Das zweite Urteil entstammt dem SFB vom nächsten Tage. Um neun Uhr früh hatte er bereits die Information erhalten, daß den Künstlern in der DDR auf der Staatsratssitzung „nunmehr endgültig jede Führungsrolle abgesprochen wurde“.

Das sind zwei grundverschiedene Urteile über dieselbe Sache. Welches ist richtig? Sie werden vielleicht erstaunt sein, wenn ich sage: beide. Ich möchte zunächst dem SFB recht geben. Wenn eine Führungsrolle bestritten wird, muß sie ja zuvor vom SFB beansprucht worden sein. Bleibt also die Frage: welche Führungsrolle beansprucht der SFB für Künstler im Sozialismus? Und ich möchte vorwesagen: eben hier hat der SFB recht. Die von ihm geforderte Führungsrolle der Kunst müssen sich Künstler, soweit sie Sozialisten sind, tatsächlich absprechen. Nicht, weil Walter Ulbricht das so wünscht, sondern weil es im System unserer Gesellschaft begründet liegt und die Kunst ihre reale Wirksamkeit eben als Teilsystem der Gesellschaft und also deren Gesetzen unterliegt. Was beansprucht der SFB? Der Künstler solle sich nicht integrieren in das System des Sozialismus, denn sonst verliere er die kritische Distanz, weil er dann in den Kategorien des Systems denkt und insofern unfähig wird, es zu kritisieren. Die Wirkung des Künstlers aber müsse systemfrei sein. Er habe als Einzelerscheinung dem Ganzen gegenüberzustehen und seine subjektiven Eindrücke, sein subjektives Wissen — natürlich ist er Marxist, aber eben subjektiv, das heißt ohne Bindung — müsse er benutzen, um den Entwicklungen des gesellschaftlichen Systems von außen immer wieder Richtungen zu weisen, die es von sich aus nicht hervorbrachte, weil es eben ein organisiertes System ist, ein Staat also, dessen gutes Funktionieren höchstens zur Entwicklung der Ökonomie führe, während der Künstler „den Menschen an sich“ im Auge behalten müsse. Er spreche ohne das System den Menschen als Menschen an, von Mensch zu Mensch, ohne Bindung an Klasse oder Partei, außerhalb der Arbeit, eben menschlich usw. Die Führungsrolle, die der SFB für den Künstler im Sozialismus fordert, ist somit eindeutig: der Künstler habe den Menschen vom System des Sozialismus wegzuführen, da er in diesem System — wie in jedem organisierten System — nicht Mensch sein könne. Ja, Individuum und Gesellschaftssystem blieben sich fremd, ob im Kapitalismus oder Sozialismus. Man könne getrost das Wort „System“ auswechseln mit dem Wort „Establishment“, was einschließt, daß es im Interesse des Menschen bekämpft werden müsse. Dazu seien so kleine Reparaturen an den sozialistischen Ländern vorzunehmen wie: aus der führenden Rolle der Partei in den Künsten eine inspirierende Rolle zu machen, dem sozialistischen

System einen ihm innewohnenden Humanismus abzusprechen, indem man aus einem sozialistischen Humanismus einen „humanen“ Sozialismus macht.

Für den SFB ist das eine angemessene, eine verständliche Forderung. Für Künstler aber, die beanspruchen, Sozialisten zu sein, ist das etwas Unverzeihliches: es ist unter der Hand — bewußt oder nicht bewußt — die Zurücknahme des Marxismus.

Ich erspare mir eine Widerlegung, da diese bereits 1848 erfolgte. In jener Schrift, zu der sich auch diese „Marxisten“ bekennen, dem „Kommunistischen Manifest“, heißt es (Seite 39—41) über den „wahren“ Sozialismus:

„Die sozialistische und kommunistische Literatur Frankreichs, die unter dem Druck einer herrschenden Bourgeoisie entstand und der literarische Ausdruck des Kampfes gegen diese Herrschaft ist, wurde nach Deutschland eingeführt zu einer Zeit wo die Bourgeoisie soeben ihren Kampf gegen den feudalen Absolutismus begann.“

Deutsche Philosophen, Halbphilosophen und Schöngäste bemächtigten sich gierig dieser Literatur und vergaßen nur, daß bei der Einwanderung jener Schriften aus Frankreich die französischen Lebensverhältnisse nicht gleichzeitig nach Deutschland eingewandert waren. Den deutschen Verhältnissen gegenüber verlor die französische Literatur alle unmittelbar praktische Bedeutung und nahm ein rein literarisches Aussehen an. Als müßige Spekulation über die Verwirklichung des menschlichen Wesens mußte sie erscheinen.

Es ist bekannt, wie die Mönche Manuskripte, worauf die klassischen Werke der alten Heidenzeit verzeichnet waren, mit abgeschmackten katholischen Heiligen geschichten überschrieben. Die deutschen Literaten gingen umgekehrt mit der profanen französischen Literatur um. Sie schrieben ihren philosophischen Unsinn hinter das französische Original. Z. B. hinter die französische Kritik der Geldverhältnisse schrieben sie „Entäußerung des menschlichen Wesens“, hinter die französische Kritik des Bourgeoisstaates schrieben sie „Aufhebung der Herrschaft des abstrakt Allgemeinen“ usw.

Die Unterschiebung dieser philosophischen Redensarten unter die französischen Entwicklungen tauften sie „Philosophie der Tat“, „wahrer Sozialismus“, „deutsche Wissenschaft des Sozialismus“, „philosophische Begründung des Sozialismus“ usw.

Die französische, sozialistisch-kommunistische Literatur wurde so förmlich entmannt. Und da sie in der Hand des Deutschen aufhörte, den Kampf einer Klasse gegen die andere auszudrücken, so war der Deutsche sich bewußt, die „französische Einseitigkeit“ überwunden, statt wahrer Bedürfnisse das Bedürfnis der Wahrheit, und statt der Interessen des Proletariats die Interessen des menschlichen Wesens, des Menschen überhaupt vertreten zu haben, des Menschen, der keiner Klasse, der überhaupt nicht der Wirklichkeit, der nur dem Dunsthimmel der philosophischen Phantasie angehört.“

2.

Mein zweiter Punkt führt mich zurück zum Theater. Von jenem Menschen, der nur Mensch sein kann, wenn er sich von dem gesellschaftlichen System befreit, herausgelöst wird aus jedem Arbeitsprozeß, um nur sozusagen in der Freizeit zu sich selbst zu kommen, der glaubt, nur Individuum sein zu können, solange er sich löst von allen Klassenbindungen, kurz mit diesem Schreckensbild eines Spießers hat sich Brecht auf dem Theater viel befaßt. Und hier, der Zuverlässigkeit halber, wieder ein Zitat von Brecht: „Die Vorstellung einer idyllischen Staatsform, in der die Sorge um das Materielle (das sie hassen) dem einzelnen und der Masse abgenommen wäre, ist eine rein bürgerliche Vorstellung. Der Revolutionär haßt das Materielle nicht. Die Revolution soll im Gegenteil jene Sorge zur Sorge aller machen. Der Kommunismus erstrebt weniger eine Teilung der freien Zeit, als eine solche der Arbeit. Heute haben die wenigsten eine Ahnung davon, Welch eine ungeheure Steigerung der Lust an öffentlichen Geschäften bei der Masse zu erfolgen hat, damit sie fähig werde, den Staat zu übernehmen. Arbeit zur Beseitigung der Arbeit, ist eine ganz jämmerliche Pensionistenidee! In Wirklichkeit müssen nur alle Leute instand gesetzt werden, es sich leisten zu können, um der Arbeit willen zu arbeiten.“

Das Zitat stammt aus den dreißiger Jahren. Aber es ist unschwer, eine Gemeinsamkeit mit dem ersten Urteil über die Staatsratssitzung festzustellen, der Künstler müsse mehr und mehr Position und Blick eines sozialistischen Leiters einnehmen. Das heißt nichts anderes, als daß er von dem vom SFB zugewiesenen Rand der Geschichte in deren Zentrum verwiesen wird: also in den täglichen Lebensprozeß der Gesellschaft. Und im Gegensatz zum Standpunkt des SFB ist für diesen Standpunkt Wissen nötig.

Darunter eben das Wissen um das Gesamtsystem und seine Dialektik. Denn erst in ihm und durch sie bekommt Kunst überhaupt gesellschaftliche Wirksamkeit. Denn es ist eine ebenso idealistische wie verbreitete Ansicht — wenn auch vielleicht weniger bösartig als die vorhin beschriebene —, Theater wirke unmittelbar. Also nicht über das Gesamtsystem der Gesellschaft, sondern allein. Als einzelnes Theater, in einer einzelnen Stadt. Tritt dann die erhoffte Wirkung nicht ein, bewirkt zum Beispiel die Aufführung des Stücks „Furcht und Elend des dritten Reiches“ in Hannover nicht das Verbot der NPD, schreibt man die Schuld dem Theater überhaupt zu und beklagt dessen „durchschlagende Wirkungslosigkeit“. Theater kann nur wirken, wenn es sich als Teil des gesellschaftlichen Gesamtsystems begreift und über dieses System auch auf den einzelnen Menschen wirkt.

3.

In meinem dritten Punkt möchte ich zwei Beispiele anführen, die eben diesen Mangel an Systemdenken auf dem Theater zeigen. Das erste Beispiel betrifft fortschrittliche Künstler im heutigen Staatsmonopolismus und deren Irrtümer: Wirkungen gegen den Kapitalismus zu erzielen, ohne reale Einschätzung ihrer Stellung im gesellschaftlichen System. Das letzte Opfer dieses Denkens, das letzte auch im Sinne, daß so etwas der westdeutschen Bourgeoisie nicht noch einmal passiert, ist der ehemalige Intendant des Hamburger Schauspielhauses Egon Monk, der es nur 75 Tage war. Egon Monk hatte als Fernsehregisseur einen großen Namen. Ausgerüstet mit dieser Macht — wie er glaubte — unternahm er den mutigen Versuch, das Hamburger Schauspielhaus zu einem Zentrum für die Durchsetzung der sozialistischen Demokratie in Hamburg zu machen. Seine Waffen waren: er selbst, einige fortschrittliche Stücke, ein paar Gleichgesinnte und das Geld vom Hamburger Senat. Die erwartete Wirkung blieb aus. Die Kunst wirkt nicht wundersam direkt von der Bühne herab mitten in das Gewissen und das Bewußtsein des einzelnen Hamburgers hinein, sondern der Senat, ein durchaus gut funktionierendes System, drehte einfach den Hahn zu. Und da sich Monk keiner anderen organisierten fortschrittlichen Kräfte innerhalb dieses Systems versichert hatte, oder versichern konnte, führte der Mangel an Systemdenken zu etwas sehr Einfachem: zu seiner Entlassung. Die Geschichte des frühen sozialistischen Theaters in Deutschland lehrt da etwas Wichtiges: das Theater kann revolutionär wirken nur im organisierten System einer revolutionären Bewegung. Sowohl der böswilligen wie der gutwilligen Variante des Nicht-Systemdenkens in der Kunst liegt die falsche Philosophie zugrunde, daß die Arbeiterklasse versagt habe. Sie lebe in den kapitalistischen Ländern heute in unerlaubtem Wohlstand (was heißt unerlaubt? und was heißt Wohlstand?) und sei so in das System des Kapitalismus integriert, daß sie unfähig geworden ist, die führende Rolle der revolutionären Bewegung auszuüben, weshalb die Intellektuellen aufgrund größerer Wissens, diese Rolle übernehmen müßten. Sie könnten sich vermittels ihrer ausgeprägteren „geistigen Tätigkeit“ den Täuschungen und Manipulationen des kapitalistischen Systems erwehren und blieben so auf einem neutralen Boden außerhalb des Systems, um es von hier aus zu bekämpfen. Sie berufen sich dabei — wie könnte es heute anders sein — auf Karl Marx, den sie modern und passabel finden bis eben auf den einen Punkt, er habe zu großes Vertrauen in die Arbeiterklasse gesetzt. Statt im Elend und Hunger zu bleiben und dem Vorbild der Lage der arbeitenden Klasse in England Ende des neunzehnten Jahrhunderts zu folgen, nähme die Arbeiterklasse Wohltaten der Bourgeoisie entgegen und äße sich sogar schon satt, und ihr revolutionärer Geist ginge zum Teufel. Diesen Zustand nennen sie: die Arbeiterklasse sei in das System des Kapitalismus integriert. Schlußfolgerung: der Intellektuelle — der sich zwar auch satt ißt, aber eben mit Widerwillen — hält sich draußen und bleibt fähig, Revolutionär zu sein. Und da die Entfremdung des

Arbeiters von seiner eigenen Tätigkeit, also seine Selbstentfremdung, im Sozialismus anhalte, gelte diese Führungsrolle für die Intellektuellen auch im Sozialismus, und so weiter.

Das Hervorstechendste ist an dieser Philosophie, daß sie das Gegenteil einer intellektuellen Leistung ist. Sie meinen, den frühen Marx zu entdecken und erfinden — das Christentum. Ihre Vorstellung, Hunger und Elend seien die Triebkräfte des Revolutionärs, ist sehr schön ausgedrückt in der Bibel, Matthäus 5/6: „Selig sind, die hungern und dürsten, denn sie werden gesättigt werden.“ Es ist müßig zu sagen, daß der Marxismus keine Heilslehre ist, die eine bessere Zukunft prophezeit, sondern eine wissenschaftliche Gesellschaftsanalyse. Elend und Hunger allein führen zu keiner Revolution, allenfalls zum Lumpenproletariat. Das Proletariat aber ist kein Produkt des Mitleids, des Hungers oder des Elends (obwohl es oft von Hunger und Elend gekennzeichnet ist), es ist eine historisch entstandene Klasse. Die revolutionäre Rolle des Proletariats entspringt nicht der Fähigkeit des einzelnen Proletariers, sondern dem gesellschaftlichen Sein der Gesamtklasse. Und die Revolution entsteht nicht als Wunsch dieser Klasse, sondern die Existenz dieser Klasse *ist* die lebendige Negation des Kapitals. Aber auch nicht, weil das Kapital schlecht ist und die Proletarier gut sind, sondern weil das Kapital nur solange Kapital ist, wie es sich der Arbeitskraft der Proletarier im Produktionsprozeß bemächtigt. Und Ausbeutung ist keine moralische Kategorie etwa dieser Art, daß sie mit Elend identisch sein muß, sie ist eine historische Kategorie und besagt, daß der Proletarier seine Arbeitskraft als Ware verkaufen muß und so nicht seine Arbeitsleistung, sondern nur den Wert der Ware Arbeitskraft bezahlt bekommt.

Aus dieser Differenz ergibt sich das, was wir den Mehrwert nennen, und der hat (im Gegensatz zur Lage der arbeitenden Klasse in England um neunzehnhundert, bei der das Elend offensichtlicher war) sich heute um ein Vielfaches gesteigert. Aber auch nicht diese Ungerechtigkeit ist es, die revolutionäres Verhalten auslöst, sondern der objektive Widerspruch zwischen wachsender Vergesellschaftung der Produktion und dem Beibehalten der privaten Aneignung. Und Revolutionär wird der sein, der auf Grund seines gesellschaftlichen Seins sich seiner Rolle als praktische Negation dieser Produktionsverhältnisse *bewußt* wird, um sie zu ändern. „Und eben an diesem Bewußtsein mangelt es“, meinen auch linke Leute in Westdeutschland, „mag zu Marxens Zeiten der knurrende Magen Bewußtsein erzeugt haben, der volle verhindert es.“ Nun war auch zu Marx’ Zeiten Klassenbewußtsein alles andere als ein Sekret des leeren Magens, wie es nie eine Sache nur der Spontaneität war. Es mußte, ausgehend von der wirtschaftlichen Analyse der Klassensituation, organisiert werden. Dazu ist ein riesiges Instrumentarium in den Händen gerade jener Klasse nötig, die von der Bourgeoisie mit allen Mitteln in Unwissenheit gehalten wird. Diesen Widerspruch erkannt und gelöst zu haben, ist das größte Verdienst von Marx und Engels. Ausbeutung und Unwissenheit kann nicht von Fall zu Fall durch Solidarität

aufgehoben werden, die Arbeiterklasse kann sich nur befreien, indem sie die Menschheit von Ausbeutung und Unwissenheit befreit. Und mit ihrer Organisation muß sie gleichzeitig ein Wissen organisieren, das von der Philosophie über die politische Ökonomie bis zur Strategie und Taktik nicht nur der massenhaften Aufklärung, sondern auch des aufgeklärten (also bewußten) Kampfes der Massen reicht. Wer also heute unter den Bedingungen des Staatsmonopolismus in Westdeutschland wartet auf das spontan hervorbrechende Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse, um den Beginn eines revolutionären Kampfes zu konstatieren, und am Ausbleiben dieses spontanen Klassenbewußtseins ein Versagen der Arbeiterklasse erkennen will, läßt nur eines erkennen: sein eigenes Versagen. Fetischisierung von Spontaneität ist in der Geschichte revolutionärer Kämpfe nicht neu. Und neu sind nicht die Katastrophen, in welche sie führte. Die letzte war meiner Meinung nach das Scheitern der Osterkämpfe der Studenten in Westdeutschland und West-Berlin. Damit ich nicht in den Verdacht theoretischer Besserwisserei komme angesichts dieser subjektiv so ehrlich und ernst geführten Kämpfe, möchte ich Studenten selbst zu Wort kommen lassen. In einer Analyse der Studentenbewegung heißt es: „Die höchste Form der Selbständigkeit ist die organisierte.“ Dieses Zitat stammt nicht von einem organisierten Kommunisten, sondern von einem, der jegliche Form von Organisierung ablehnte: Rudi Dutschke.

Der blutige Zusammenstoß mit der höchstorganisierten Maschinerie des Imperialismus bekehrte ihn über die Dialektik von Organisation und Spontaneität: „Zur Vollständigkeit der Klassenwirksamkeit“, schreibt Dutschke in der gleichen Analyse, „gehört nicht nur, daß Klassenindividuen gemeinsame ökonomische Interessen haben. In diesem Fall ist die Klasse nur ökonomisch, nur objektiv durch die Stellung im Produktionsprozeß bestimmt. Die historisch relevante Klassenwirklichkeit ist erst recht erreicht, wenn die Menschen zum Bewußtsein ihrer Klasse kommen, zum Klassenbewußtsein ... Der Begriff der Klasse darf so nicht statisch, als von Ewigkeit zu Ewigkeit gegeben, sondern nur dynamisch als sich allein im Kampf herausbildende geschichtliche Wirklichkeit verstanden werden. Die Herausbildung der lohnabhängigen Massen zur revolutionären Klasse ist das Ziel und die Tendenz des revolutionären Kampfes, nicht Ausgangspunkt.“

Die „Theorie vom Versagen der Arbeiterklasse“ ist also zunächst einmal nichts weiter als eine Verwechslung: man hält das Ziel für den Ausgangspunkt. Aber das ist nur der Anfang des Irrtums. Man irrt sich gründlicher, als man denkt. Oder besser: man denkt eben zu wenig, um sich nicht zu irren.

Für den einzelnen Arbeiter — und nicht nur Arbeiter — ist es unter den Bedingungen heutigen Staatsmonopolismus nicht leichter geworden, Ausbeutung als Ausbeutung zu erkennen, und die Befriedigung einiger materieller Bedürfnisse durch den heutigen Kapitalismus zu durchschauen als gezielte Abriegelung der wirklich menschlichen Bedürfnisse, deren Erfüllung den Kapitalismus zwin-

gen würde, aufzuhören, Kapitalismus zu sein. Viele haben daraus ein Aufhören des Klassenkampfes abgeleitet. Sie übersahen, daß gerade der Klassenkampf der Bourgeoisie darin bestand, die Meinung zu verbreiten, es gäbe ihn nicht mehr. Sind die wirklich menschlichen Bedürfnisse, die den Kapitalismus als Kapitalismus gefährden würden, abgeriegelt, ist die Meinung verbreitet, der Klassenkampf habe im Prinzip aufgehört, ist dem Kapitalismus sogar eine oppositionelle Bewegung nicht recht, er organisiert sie sich sogar: aus einer Ablehnung wird hier eine Abfederung. Zur Manipulation dieser Bedürfnisse und Meinungen steht der Bourgeoisie in neuerer Zeit eine gigantische Organisation zur Verfügung: das sind die Mittel der Massenkommunikation. Sie sind ein Fakt im heutigen Klassenkampf. Mit ihnen gelingt es, den Menschen fremde Interessen nicht nur mit Gewalt aufzuzwingen, sie oktroyieren den Menschen fremde Interessen als ihre eigenen: das Opfer unterwirft sich freiwillig und diese Freiwilligkeit wird noch schamlos als Beweis von Demokratie behauptet.

Die „Theorie vom Versagen der Arbeiterklasse“, die sich selbst als modern bezeichnet, übersieht diese modernen Formen des Klassenkampfes, wenn sie von der Arbeiterklasse „spontanes Durchschauen“ dieser Manipulation erwartet. Sie merkt nicht, daß sie, von der Arbeiterklasse spontanes Durchschauen der Manipulation verlangend, bereits Opfer eben dieser Manipulation ist. Denn die sehr wirksame und wirkliche Organisation der Bourgeoisie kann nur beantwortet werden durch eine wirksame und wirkliche Organisierung der Arbeiterklasse. Da die Bourgeoisie heute hauptsächlich alles organisiert, um Wissen und Bewußtsein zu zerstören, muß die Arbeiterklasse alles organisieren, um Wissen und Bewußtsein zu verbreiten. Hierbei ist das Warten auf „Spontaneität“ mindestens so schädlich wie die Ansicht, die Summe einzelner Kontakte zwischen Studenten und Arbeitern ergäbe die nötige aktionsfähige Organisation. Die Möglichkeit von politischen Klassenkämpfen in „Wohlstandsstaaten“ sind keine Utopien. Das beweisen die Kämpfe gegen die Notstandsgesetze in Westdeutschland und gegen den Gaullismus in Frankreich. Aber es ist eine Utopie, daß, um sich zu organisieren, der einzelne Student sein einzelnes Wissen zu einem einzelnen Arbeiter trägt, um ihn zu „bilden“. Das einzelne Wissen eines einzelnen, sei es noch so lückenlos, kann kein marxistisches Wissen sein, da es erst in der Praxis, also im Kampf der Klasse, begriffen werden kann. Denn es bekommt erst hier die Möglichkeit des praktischen Eingreifens in gesellschaftliche Prozesse, kurz: die Macht, wirksam und wirklich zu werden. Die „Bildung“ des Proletariats (die Bildung von Klassenbewußtsein) ist kein einfacher Lernprozeß zwischen Lehrer und Schüler. Denn der zu Schulende ist gleichzeitig Lehrer und der Lehrer gleichzeitig Schüler. Ohne diese Erkenntnis ist ein Bündnis zwischen Intellektuellen und Arbeitern sinnlos. Denn der Marxismus-Leninismus ist keine spekulative Philosophie, die Ideale für die Zukunft bereithält und den Weg dorthin weist, er ist die Analyse und Verallgemeinerung der tatsächlichen Lebensprozesse, wie sie in den Erfahrungen, Kämpfen und Bedürfnissen der Arbeiter-

terklasse sichtbar werden. Seine Zukunftsprognose ist die wissenschaftliche Verlängerung der Perspektiven, nicht wie sie einmal sein werden, sondern wie sie heute schon *sind*. Eben im Vorhandensein dieser Klasse. „Erst mit dem Auftreten des Proletariats vollendet sich die Erkenntnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Und sie vollendet sich eben, indem im Klassenstandpunkt des Proletariats der Punkt gefunden ist, von wo aus das Ganze der Gesellschaft sichtbar wird“, schreibt Lukács in seinem frühen Buch „Geschichte und Klassenbewußtsein“. Es ist ein verbreiteter Irrtum, die Arbeiterklasse sei nur die Summe heutiger Handarbeiter in heutigen Industriebetrieben (diesen Irrtum gibt es auch bei uns). Zur Arbeiterklasse gehört das kollektive Wissen ihres über ein Jahrhundert währenden Kampfes, dessen Artikulierung der Marxismus-Leninismus ist. Wer vom „Versagen der Arbeiterklasse“ spricht und von der Notwendigkeit, den Marxismus nun als Intellektueller zu verwirklichen, widerlegt sich selbst, indem er sich das Wissen aneignet: es ist nicht Wissen *über* die Arbeiterklasse, es ist das Wissen *der* Arbeiterklasse, und wer es sich aneignet, erkennt ihre Führung an, ob er es schon weiß oder noch nicht. Und „Bildung“ (von Klassenbewußtsein) ist ein dialektischer Prozeß, in dem „die Philosophie im Proletariat ihre materiellen“ und das „Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen“ hat. Die Synthese dieses Prozesses ist die Partei der Arbeiterklasse, in der diese ihre Organisation findet, und durch die sie die beständige Verallgemeinerung der Praxis und das Praktizieren der Verallgemeinerungen organisiert. Ihre führende Rolle entspringt nicht dem Anspruch einzelner Parteiführer, sondern ist die wissenschaftliche Konsequenz des Prozesses der Verallgemeinerung der Praxis und des Praktizierens von Verallgemeinerungen. Ihr Prinzip des demokratischen Zentralismus ist organisatorischer Ausdruck dieses objektiven Prozesses und Möglichkeit zur Realisierung wirklicher, da wirksamer Demokratie. Erst durch die Partei wird es möglich, die Interessen des einzelnen wahrzunehmen als Teil des Gesamtinteresses der Klasse und die Bedürfnisse des einzelnen erfüllbar zu machen, indem sie die Bedürfnisse vieler werden. Das gilt für die Beziehungen innerhalb einer Arbeiterpartei, wie auch für die Beziehungen der Arbeiterparteien untereinander. Es gibt keine Autonomie der einzelnen Mitglieder einer Partei ohne zentrales Gesamtinteresse, wie es keine Autonomie einzelner Arbeiterparteien geben kann ohne die Wahrnehmung des internationalistischen Gesamtinteresses. Andernfalls würden die internationalistischen Beziehungen der Parteien untereinander in bürgerliche Diplomatie abgleiten, was echten Internationalismus unwirksam machen würde, der ja gerade in der Dialektik zwischen Einzelinteresse und Gesamtinteresse besteht, auch organisatorisch. Die führende Rolle der Partei ist die der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten gemäße Form der Selbstorganisation, das heißt, der Demokratie. Das gilt für die Organisation des Kampfes um die Macht. Und das gilt für die Organisation des Sozialismus nach dem Sieg der sozialistischen Revolution.

Kommen wir zurück zu dem Vorwurf, die Arbeiterklasse habe versagt, weil sie

heute zu sehr in das System des Kapitalismus integriert sei. Der Vorwurf richtet sich gegen die, die ihn machen: sie sind bereits das, was sie der Arbeiterklasse vorhalten, sie sind manipuliert. Denn die Bourgeoisie toleriert, wie wir vorhin sahen, sogar Opposition, solange dadurch nicht das System bedroht ist. Hierbei ist die Kritik von außen, kommend von einem neutralen Boden außerhalb der Produktionsverhältnisse, sogar eine Abfederung. Für den Kampf gegen die Produktionsverhältnisse aber ist es nicht nur wünschenswert, daß die Arbeiterklasse in das System integriert ist, es ist die Voraussetzung. Denn die gesellschaftliche Macht der Arbeiterklasse besteht gerade darin, die produktive Mehrheit dieses Systems zu sein. Und die Kraft zur Überwindung des Systems nimmt diese Klasse aus ihrer Stellung in diesem System, nämlich einzige und allein die Werte zu schaffen, die dieses System sich aneignet. Wer das nicht glaubt, der muß sich nur fragen, warum zum Beispiel die französische Bourgeoisie Streiks der Studenten im Quartier Latin mit Wasserwerfern im Handstreich beenden konnte, den Streik der Arbeiter der Renault-Werke nicht so schnell. Es ist also bei der Ermittlung der Stellung des Intellektuellen im Klassenkampf unter Bedingungen des heutigen Staatsmonopolismus günstig, sich an Marx zu halten und weniger an die Bibel. In der Haltung zur Arbeiterklasse liegt heute der Drehpunkt jedes politischen Verhaltens, auch in der Kunst. Es wird nötig sein, sich in der Akademie der Künste mit falschen, aber vor allem mit richtigen Analysen zu befassen. Natürlich ist die Arbeiterklasse heute anders strukturiert als die im England des ausgehenden neunzehnten Jahrhunderts. Natürlich nimmt die Arbeiterklasse bei uns im Sozialismus andere Funktionen und also andere Gestalt an. Dazu formulierte Kurt Hager auf dem 9. Plenum fünf Punkte. Darunter der wichtigste, daß man nicht mehr nur den Handarbeiter im Gegensatz zum Kopfarbeiter zur Arbeiterklasse rechnen kann. Aber es ist erstaunlich, wie naiv gerade Intellektuelle sind, wenn sie die Führungsrolle im revolutionären Prozeß beanspruchen. Denn wenn sie zum Beispiel der Arbeiterklasse vorwerfen, sie nähme von der Bourgeoisie Wohltaten in Form von Sozialleistungen an, merken sie nicht, wie sie bereits das sind, was sie der Arbeiterklasse vorhalten: nämlich von der Bourgeoisie manipuliert. Denn es ist nicht die Bourgeoisie, die dem Proletariat etwas gibt, es ist das Proletariat, das sich etwas (und zwar sehr wenig) von dem, was ihm gehört, erkämpft hat. Die These, *der „Intellektuelle“ sei aufgrund seines Wissens nicht manipulierbar und könne artikulieren, was die Arbeiterklasse selbst nicht mehr für sich könne*, ist also falsch, weil es nicht *den Intellektuellen* gibt. Es gibt nur Wissenschaftler, Künstler, Ingenieure, Studenten und ihr Wissen um gesellschaftliche Dinge wird so groß sein wie das kollektive Wissen der Klasse, der sie sich angeschlossen haben.

In diesem Zusammenhang habe ich mir noch zwei Begriffe notiert, deren ungeheure oder falsche Definition heute viel Unheil stiftet: Erstens: Wohlstand; zweitens: Entfremdung. Wir sind mit den Vertretern der ewigen Entfremdung einig, daß sie eine zentrale Kategorie in dem Bild ist, das wir vom Menschen

haben. Aber Marx benutzt in den Frühschriften diesen Begriff doppelt: einmal, um den Prozeß der Selbstentäußerung überhaupt zu beschreiben, durch den der Mensch zum Menschen wird. Im Arbeitsprozeß entäußert der Mensch sein Wesen, das ihm dann im Arbeitsprodukt als etwas Fremdes gegenübertritt, und in dem sein eigenes Wesen aufgehoben ist (ich benutze die Gedanken Alfred Kurellas aus seinem Buch „Das Eigene und das Fremde“). So gesehen ist Entfremdung tatsächlich eine anthropologische Kategorie, die gilt, solange Menschen arbeiten, also Menschen sind. Aber Marx benutzt den Begriff Entfremdung noch anders. Der genaue Leser wird finden, daß hier zumeist die Ergänzung Entfremdung „der Arbeit“ benutzt wird. Hier wird ein Zustand beschrieben, wie ihn der Kapitalismus hervorbringt. Der Arbeiter steht dem Produkt seiner Arbeit — und also seiner Arbeit selbst — nicht nur gegenüber, es wird ihm weggenommen. Seine Arbeitskraft selbst wird zur Ware. Dadurch verliert er in einem komplizierten Umdrehungsprozeß die Verbindung zu dem Produkt seiner eigenen Hände, das ihm plötzlich als etwas Bedrohendes, Feindliches, im negativen Sinne „Fremdes“ gegenübertritt. Heute ist ihm nicht einmal mehr der kapitalistische Besitzer des Werkes, in dem er arbeitet, bekannt. So daß hier Anonymität den Schein erweckt, jeder Kampf gegen ihn sei sinnlos.

Es ist eigentlich nicht schwer einzusehen, daß die zweite Bedeutung der „Entfremdung“ einen historischen Prozeß im Kapitalismus bezeichnet. Im übrigen hat gerade die heutige bürgerliche Sozialpsychologie nachgewiesen, daß Menschen, die sich im Zustand der Entfremdung befinden, dies keineswegs bemerken. Sie fühlen sich weder einsam, noch fremd, sondern haben mit Hilfe der Massenmedien des Kapitalismus ein sogenanntes glückliches Scheinbewußtsein entwickelt. Die Vertreter der ewigen Entfremdung aber benutzen die im Frühwerk von Marx irreführende Doppelbedeutung, um die Entfremdung zu einer Kategorie zu machen, die von Hermann dem Cherusker bis zur Deutschen Demokratischen Republik reicht. Begründung: Solange Produzenten von einem Staat — wie immer er aussähe — regiert werden, solange sie sich nicht völlig selbstverwalten, solange existiere auch Entfremdung. Beweis: Es gibt auch in der DDR Menschen, die sich einsam fühlen. Damit sind wir zum Kern der Theorie gestoßen: die historische Kategorie der „Entfremdung“ wird hier vertauscht mit dem Gefühl der Einsamkeit. Und wenn so ein junges Mädchen sich von ihrem Liebhaber entfremdet hat und einsam ist, reicht das aus, um Entfremdung nachzuweisen.

Es wäre tatsächlich einmal interessant, im Detail nachzuweisen, wie unter unseren Verhältnissen die Entfremdung abgebaut wird und ihren für den einzelnen gefährlichen Charakter verliert. Dabei gibt nicht den Ausschlag, ob eine Arbeit bei uns leichter oder schwerer ist als unter kapitalistischen Bedingungen. Selbst wenn eine Arbeit bei uns schwerer ist als, sagen wir, in Westdeutschland und, sagen wir weiter, selbst wenn der Arbeiter bei uns über diese schwere Arbeit schimpft, während sein westdeutscher Kollege zufrieden ist, kann das bei uns

nicht zur Entfremdung des Arbeiters von seiner Arbeit führen. Denn sein Schimpfen beweist, daß er in der noch schwereren Arbeit nicht etwas Fremdes sieht, auf das er keinen Einfluß hat und das von anonymen Gesetzen regiert wird, sondern sein Schimpfen gilt vielleicht dem Betriebsleiter, der an einer Investition für eine neue Maschine gespart hat. Hier ist selbst über Schimpfen ein menschlicher Kontakt hergestellt, wo im Kapitalismus die anonyme Verbindung nur über Sachwerte (nämlich Lohn und Kapital) führt, auf die der Arbeiter keinen Einfluß hat. Denn nichts anderes beweist seine Zufriedenheit. Damit ist eigentlich widerlegt, daß der Entfremdete der Schimpfende sei und der Nicht-Entfremdete der Zufriedene.

Im Falle unseres Beispiels ist es umgekehrt. Brecht hat diese Tatsache einmal in einer Bemerkung so beschrieben: Es kann passieren, daß bei uns ein Leiter von einem Arbeiter in die Rippen geboxt wird. Aber auch das Boxen sei immerhin eine Berührung.

Zum zweiten Begriff: Wohlstand. Es gibt bei uns nicht wenige, darunter Jugendliche, die mehr oder weniger artikuliert der Meinung sind: wo Wohlstand ist, kann keine Revolution sein. Wohlstand verhindere revolutionäres Denken, da er ja zur Zufriedenheit führt. Hier ist der Begriff „Wohlstand“ reduziert auf den, den auch Schiller gebraucht, wobei ich nicht Friedrich sondern Karl meine. Hier liegen auch Wurzeln der Konvergenztheorie, der etwa folgendes zugrunde liegt: da sich heute Arbeiter in der DDR sattessen können und in Westdeutschland auch, wollen die DDR und Westdeutschland letzten Endes dasselbe. Die Schlußfolgerung: die revolutionäre Barrikade verläuft nicht zwischen den zwei Systemen, die beide nur Wohlstand anstreben, sondern geht durch beide mitten hindurch.

Der falschen Definition des Begriffes „Wohlstand“ — die Ursache solcher Ansichten — liegt ein völlig falsches Menschenbild zugrunde. Der Wohlstand, den Karl Schiller meint, ist reduziert auf die Befriedigung einiger materieller Bedürfnisse (was nicht einmal auf befriedigende Weise geschieht), um den Menschen zu einem manipulierbaren Ausbeutungsobjekt für Profitinteressen zu machen. Die Legende vom Wohlstand dieser Art ist ein echter Ausdruck der wachsenden Entfremdung im Kapitalismus.

Wenn wir das Wort Wohlstand gebrauchen, sollten wir es genau definieren, um dem Gerede von der Konvergenz ein Ende zu setzen. Wohlstand, den wir anstreben (und dieses Streben ist ein Teil unseres revolutionären Klassenkampfes), ist das, was der Kapitalismus seinen Menschen verweigern muß, weil er Kapitalismus ist und bleiben will. Wir sollten über dieses wichtige Thema noch sprechen, besonders mit der Jugend, die die Frage stellt, was heißt heute revolutionäres Verhalten? Ich möchte hier nur die Definition jenes Wohlstandes oder Reichtums geben, den Marx anstrebt, und zwar als Revolutionär: „Reichtum ist die im universellen Austausch erworbene Universalität der Bedürfnisse, der Fähigkeiten, des Genusses und der Produktivkräfte etc. der Individuen.“

Und hier bin ich bei meinem zweiten Beispiel für Nicht-Systemdenken, insbesondere was die Definition von ökonomischer Produktivität und deren Verhältnis zur Kunst in der DDR angeht. Es ist die immer wiederkehrende Frage: was ist der Nutzen des Theaters, sagen wir im Vergleich zu den Chemischen Werken Buna. (Ich verwende dabei einen Aufsatz, den ich für die neue Wirtschaftszeitschrift „Effekt“ geschrieben habe.)

Betrachten wir die Stellung beider im Gesamtsystem der sozialistischen Gesellschaft, so kommen wir zu der erstaunlichen Feststellung, daß z. B. Buna und das Berliner Ensemble letzten Endes gar nicht so verschiedene Dinge produzieren, trotz der verschiedenen Finalprodukte: Kautschuk — Kunst. Stimmt denn überhaupt der Begriff Finalprodukt? Sicher, innerhalb des technologischen Systems steht am Ende der Ballen Kautschuk einerseits und der Schauspieler auf der Bühne andererseits. Im gesellschaftlichen Gesamtsystem aber ist dies keineswegs das Finale, sondern der Anfang. Noch einmal möchte ich zitieren:

„Die schon seit jeher nur mit spezifischer Bezugnahme mögliche Trennung von produktiver und nichtproduktiver Technik (Technik vorwiegend im Dienste individueller Konsumtion) wird um so schwieriger, je mehr die gesamte kulturelle Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit in den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß eingeht. Schließlich ist nicht der Mensch Diener der Ökonomie, sondern die Ökonomie Mittel zum Zweck der vollen Entfaltung der sozialistischen Persönlichkeit.“

(Das ist zu lesen in der „Zeitschrift für Philosophie“ 6/68.) So ist das Finalprodukt in Buna, im Berliner Ensemble und anderswo im gesellschaftlichen Gesamtsystem des Sozialismus das, was nach Brecht die Klassiker „erschüttert voraussahen“: der gesellschaftliche Mensch in einer vermenschlichten Gesellschaft. Aber gehüpft wie gesprungen: in Buna wird Kautschuk gemacht und im Berliner Ensemble Theater. Und kein gesellschaftliches Gesamtsystem entbindet einen Leiter, nenne er sich Werk- oder Theaterleiter, von der Faustregel: je besser das Produkt und je besser seine Machart, um so besser die Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit, die sich als Verbesserer eben dieser Arbeit begreift und sich in der verbesserten Arbeit als Schöpfer ihrer selbst entdeckt. Will man aber Produkt und Machart verbessern, muß man vor allem wissen, wozu das Produkt gebraucht wird. Bei Kautschuk ist das sonnenklar: Nutzt sich der Autoreifen nach 10 000 km ab, war der Rohkautschuk schlecht, hält er über 40 000 km, war der Rohkautschuk gut. Wie ist das mit dem Theater? Wozu wird es gebraucht? Wie messe ich seine Güte?

An dieser Stelle möchte ich ein Modell konstruieren. Es hat den Nachteil, daß es unrealistisch ist, denn von allen Betrieben ist Buna der, bei dem es mit der geringsten Wahrscheinlichkeit zutrifft, weshalb ich mich im voraus entschuldige. Nehmen wir an, die Betriebsleitung des Bunawerkes plant einen Theaterbesuch von Arbeitern und Angestellten des Werkes im Berliner Ensemble. Dazu muß ein bestimmtes Stück ausgesucht und ein Sonderzug der Deutschen Reichsbahn

schafft werden. Für dieses Unternehmen ist eine Investition nötig. Der Betriebsleiter will, bevor er investiert, mit Recht wissen, ob sie effektiv ist, also dem Werk nützt. Und nehmen wir weiter an, der Kulturleiter hat für den Theaterbesuch das Stück „Coriolan“ von Shakespeare ausgewählt. So fragt der Betriebsleiter: Was nützt der „Coriolan“ den Chemischen Werken Buna? Wie kann ich den Nutzen feststellen? Wie zeigt sich dieser Nutzen am nächsten Morgen am Arbeitsplatz? In diesem Stück werden Heldenaten vollbracht. Vollbringen aber die Menschen, die den Helden Coriolan am Vorabend gesehen haben, am nächsten Morgen am Arbeitsplatz auch eine? Also: ist die Investition effektiv?

Wir müssen dem Betriebsleiter von dieser Investition abraten, denn so wird kein „Nutzen“ des Theaters festzustellen sein. Manch einer von den Theaterbesuchern ist sicher von der nächtlichen Rückfahrt am nächsten Morgen müde. Wollte einer wirklich bei der Herstellung von Latex Heldenaten vollbringen wie Coriolan: er käme allenfalls vor die Konfliktkommission. Bliebe noch die Möglichkeit, das Stück zu wechseln und ein Gegenwartsstück zu wählen. Diese Entscheidung ist nur scheinbar richtig. Nehmen wir an, in diesem Gegenwartsstück entwickeln sich bei einem Grubenbrand großartige Charaktere. Soll nun am nächsten Morgen im Bunawerk ebenfalls eine Havarie eintreten, nur damit unsere Theaterbesucher das Gelernte anwenden können? Die Frage nach der Effektivität des Theaters muß zugelassen werden. Aber innerhalb des konstruierten Modells ist diese Effektivität offenbar nicht zu finden. Das kann zwei Gründe haben: entweder es gibt sie nicht (oder sie ist jedenfalls nicht messbar): dann wären wir wieder bei jenem Theater gelandet, das für sich in Anspruch nimmt, anderen, nicht „nüchternen“ — also gesellschaftlichen — Gesetzen zu gehorchen als zum Beispiel ein Betrieb. Oder dem Modell — das ja in sich logisch ist — liegt eine falsche Logik zugrunde: sie geht ausschließlich von der Beziehung aus, die der einzelne Betrieb zum einzelnen Theater hat, und in dieser Beziehung erscheint das Theater als eine Art Zulieferbetrieb. Und die Bedeutung eines Zulieferbetriebes wird daran gemessen, in welchem Maße seine Produkte beitragen, die Qualität des Finalproduktes zu erhöhen.

Unser konstruiertes Modell ist ein klassischer Fall des sogenannten Nicht-System-Denkens, welches veraltet, aber nicht verschwunden ist. Denn bevor ich die Beziehung des Betriebes zum Theater ermitte, muß ich die Stellung beider Institutionen im gesellschaftlichen Gesamtsystem des Sozialismus untersuchen und von hieraus folgern, inwiefern ein einzelnes Theater einem einzelnen Betrieb nützt. Die einheitliche Aufgabe finden Betrieb und Theater innerhalb des gesellschaftlichen Gesamtsystems. Es ist die Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit. Für sich genommen verwirklichen beide — Betrieb und Theater — diese Aufgabe in höchst unterschiedlicher Weise: Der Betrieb erzielt Effektivität durch die Zieldeterminiertheit des Arbeitsprozesses, in dem alles Überflüssige ausgeschaltet wird, um auf kürzestem Wege zum Resultat zu gelangen. Für das

Theater aber ist das Ziel gerade das „Überflüssige“, und seine Effektivität liegt darin, es auf möglichst vielen Umwegen zu erreichen! Bevor nun Betriebsleiter an dieser Stelle den Rotstift zücken, um die Investitionen für Theaterbesuche endgültig zu streichen, muß ich ein wenig um Geduld bitten.

In seinem Stück „Die Tage der Commune“ läßt Brecht einen Communarden bei der Feier des Sieges der Pariser Commune sagen: „Denn wozu leistet man etwas? Dafür, daß man sich etwas leistet.“ Das Theater ist eben gerade so etwas, was sich die Menschen leisten. Es hat ihnen das Überflüssige zu liefern, was der Mensch nicht entbehren kann, er wäre sonst kein Mensch. Und je vernünftiger und wissenschaftlicher eine Gesellschaft aufgebaut ist, um so mehr von diesem Überflüssigen wird sie ihren Mitgliedern bieten. Das Überflüssige, was das Theater liefern kann, nennt man auch gemeinhin Genuß oder Vergnügen oder Unterhaltung. Diesen Bezeichnungen jedoch haftet immer noch etwas Triviales an, was das Mißtrauen besonders der Ökonomen erweckt. Aber es kann hier die wissenschaftliche Grundthese des Theaters aufgestellt werden: Auch das gewichtigste Thema wird im Theater von den Zuschauern nur wichtig genommen werden, wenn es sich für sie zu einem Genuss emanzipiert. So ist das „Produkt“ des Theaters nicht nur der auf der Bühne abgebildete Sachverhalt, sondern vor allem auch die Haltung, in die diese Sachverhalte den Zuschauer versetzen. Denn der Zuschauer soll das auf der Bühne Gezeigte nicht einfach hinnehmen als das Gezeigten Haltung einnehmen, in der er es beständig prüft, vergleicht, sich einen anderen Verlauf ausdenkt, gut findet, nicht gut findet, verwirft, akzeptiert, auslacht, beweint. Und er soll die Figuren der Bühne nicht einfach in seinem Leben nachahmen, sondern sich durch sie anregen lassen, eigene Lösungen zu finden, die auf seinen Lebensbereich zutreffen.

Hierin vermutete Brecht den neuen Genuss der neuen Theaterbesucher, die mehr und mehr das Denken als eines der größten Vergnügungen der menschlichen Rasse entdecken. Es äußert sich in Gedanken ebenso wie in Träumen, in Thesen wie in Hoffnungen, kommend aus dem großen Bemühen, „diesen Planeten bewohnbar zu machen“. Dafür nun ist das Theater ein geeignetes Laboratorium: In ihm kann man „spielen“. Siege, Niederlagen, Liebe und Haß, ja sogar Tod und Geburt, kurz, alle Möglichkeiten menschlichen Verhaltens können vorgeführt werden, auf daß der Zuschauer sie kritisch prüft und selbstständig, mit eigenen Erfahrungen gekoppelt, auf sein Leben überträgt. Nicht nur um Entdeckungen zu machen, sondern vor allem, um sich in der Fähigkeit des Entdeckens selbst zu schulen. Und je freier das Spiel seiner Phantasie, gespeist aus dem täglichen Erleben, um so mehr wird er lernen, in unserer sozialistischen Wirklichkeit die realen Chancen für die Entwicklung seiner Persönlichkeit zu suchen und zu nutzen. So wird das Theater da am nützlichsten sein, wo es seinem Publikum den größten Luxus des realen Spiels der Gedanken und Gefühle vermittelt. Und

es wird dort am ehesten seine Effektivität finden, wo es „Überflüssiges“ bleibt. Denn in diesem „Überfluß“ werden die Mannigfaltigkeit, Entdeckerfähigkeit des Menschen, die sozialistische Persönlichkeit sichtbar.

Kommen wir zu unserem Modell zurück. Der Theaterbesuch wird auch nützlich sein, wenn der Theaterbesucher vielleicht am nächsten Morgen am Arbeitsplatz müde ist. Auch die alte Legende von Coriolan, der 500 vor der Zeitrechnung zum Helden wird, seine Umgebung mit seinem Heldenhum erpreßt und vom Volk ersetztbar gemacht werden muß, wird unseren Theaterbesucher — selbst wenn er sich des Theaterbesuchs vielleicht nicht mehr erinnert — als Mensch selbstbewußter gemacht haben, wenn es darum geht, große gesellschaftliche Ereignisse zu beurteilen. Alles was zwischen Menschen existiert, haben Menschen gemacht. Das gilt für den Ablauf der Jahrhunderte ebenso wie für den täglichen Handgriff an der Maschine.

Und dieses Bewußtsein zu wecken, wachzuhalten und zu fördern, sollte der Effekt des Theaters sein.

4.

Mein vierter Punkt enthält noch einmal Überlegungen zur Frage: was ist heute revolutionäres Verhalten? Was sind seine Kriterien? Was seine konkreten Erscheinungsformen? Wir sahen im dritten Punkt, daß die unwissenschaftliche Gegenüberstellung von Wohlstand und revolutionärem Verhalten keinesfalls zu revolutionärem Verhalten führt. Diese falsche Orientierung auf romantische Idealisierung des Revolutionärs als des ewigen Barricaden- oder Dschungelkämpfers ist populär, und der Wunsch, sich so zu verhalten, entspringt ehrlicher Absicht, revolutionär zu sein. Nun ist die Eigenschaft „revolutionär“ kein allgemeingültiger Begriff, der von den Kämpfen des Spartacus reicht bis zu den Guerillas in dem südamerikanischen Dschungel. Es steht außer Zweifel, daß Spartacus und Guerillas Erscheinungen echten revolutionären Verhaltens sind. Aber sie sind es nicht ausschließlich. In diesen Beispielen wurden einerseits parasitärer Wohlstand der römischen Sklavenhalter und andererseits der modernen Sklavenhalter bekämpft. In der DDR nun besteht, ich versuchte es im vorigen Punkt zu zeigen, das revolutionäre Verhalten gerade im Kampf um den Wohlstand der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Hier wird der marxistische Begriff des Wohlstandes zugrunde gelegt. Unter kapitalistischen Verhältnissen besteht Klassenkampf in der Schwächung des etablierten Staates. Unter unseren Verhältnissen ist die Stärkung des neuen Staates der wichtigste Beitrag im internationalen Klassenkampf, da er zur Schwächung des internationalen Imperialismus führt. Wir helfen dem heldenhaften vietnamesischen Volk nicht nur durch die vielen Spenden und Hilfsaktionen (die zur Selbstverständlichkeit des Internationalismus gehören). Unsere wichtigste Hilfeleistung ist der Ausbau unseres Staates. Der Nachweis seiner historischen Überlegenheit.

Die Entwicklung unserer Menschen zu Sozialisten. Der Begriff des „revolutionären Verhaltens“ muß mehr als jeder andere vom Klassenkampf her bestimmt werden. So gesehen ist die Ausdauer und die persönliche Verantwortung eines Arbeiters beim Durchsetzen der technisch-wissenschaftlichen Revolution unter unseren neuen Verhältnissen ein echtes revolutionäres Verhalten. Es hat gegenüber dem offenen revolutionären Kampf die Schwierigkeit in sich, daß es ein hohes Bewußtsein voraussetzt, da nicht der unmittelbare Druck des Klassengegners zu diesem Kampf zwingt. Dieser neue Kampf setzt Wissen, Bewußtsein und vor allem beständige Wachheit voraus. Es ist so gesehen der schwierigere Kampf, auch wenn er vielleicht mit weniger Entbehrungen verbunden ist, ja, sein Erfolg an der Überwindung von Entbehrungen gemessen wird. Ein allgemein-revolutionäres Verhalten, das unabhängig ist von der Klassensituation, ist eine idealistische Romantik, die wir Jugendlichen zubilligen müssen, solange wir nicht verstehen, ihnen echte Ideale zu geben. Auch hier liegt ein weiteres Thema für die Akademie der Künste.

Nicht zubilligen können wir diese nicht von der Klasse und dem Klassenkampf bestimmten Begriffe den Ideologen und Künstlern. Hier führen sie nicht zu Romantik, sondern zur Konterrevolution. Aber weil sie scheinbar Romantik bleiben, sind sie schwer als Konterrevolution zu erkennen, da auch der Begriff des Konterrevolutionärs romantisiert ist. Was ist konterrevolutionär? Nach Ungarn schien die Frage einfach zu beantworten: der offene und bewaffnete Kampf gegen die Revolution. Und viele, die diesen Kampf bis zum 21. August in der CSSR nicht sahen, sahen keine Konterrevolution. Höchstens ideologische Meinungsverschiedenheiten. Sie entwickelten den Begriff des Konterrevolutionärs nicht aus der konkreten Klassenkampfsituation, sondern aus allgemeinen Vorstellungen. Sie übersahen die Tatsache, daß im Klassenkampf nicht nur das Proletariat lernt, sondern der Imperialist auch. Ja, daß der Klassenkampf gerade darin besteht, ihn beständig zu verändern, da sich die Situation ändert. Wie sehr sich die Situation gegenüber Ungarn geändert hat, bestätigt die letzte Nato-Konferenz. Der General Lemnitzer war von den Truppen der verbündeten Länder des Warschauer Paktes begeistert: keine Stelle der Nato hat — wie er sagt — trotz vieler Geheimdienste — von den Vorbereitungen etwas gewußt. Die Aktion ging mit einer Präzision vor sich, die Natoverbänden unbekannt ist. Ich spreche nicht von den Schlußfolgerungen des General Lemnitzer, ich spreche von seiner Entdeckung: spätestens seit der Nato-Konferenz ist dem Imperialismus klar, daß die Zeit der offenen militärischen Konterrevolution vorbei ist. An ihre Stelle ist, wie die Gräfin Dönhoff formulierte, die „lautlose“ getreten. Sie beginnt unmerklich: mit Zurückhaltung. Der Imperialist erscheint nicht mehr selbst.

Über seine gigantischen Massenmedien rollt er lediglich, wie einst Paris, Apfel des Lobes in sozialistische Länder. Der ehemalige Sekretär des ZK der KPC, Cisař, bekam einen solchen Apfel. Er hatte nämlich eben verkündet, die füh-

rende Rolle der Partei müsse, in Überwindung einer fehlerhaften Vergangenheit, in eine inspirierende Rolle umgewandelt werden. Und Leute, die sich nicht mehr klassenmäßig, sondern allgemein menschlich orientieren, fanden das auch. So wurde hier der Satz umgekehrt, daß die Theorie zur materiellen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift: gegen die Partei nämlich. Wenn nicht die Massen (also die Arbeiterklasse), so verbreiteten doch die Massenmedien diese Ansicht, und aus einer scheinbar ideologischen Meinungsverschiedenheit wurde eine Position, die sich von der aus Ungarn bekannten Konterrevolution nur dadurch unterschied, daß sie scheinbar nur ideologisch ist, also nicht direkt gefährlich. Aber von der „inspirierenden Rolle“ der Partei bis zur bürgerlichen Demokratie ist es eigentlich nur eine Zeitfrage. Leitet die Partei der Arbeiterklasse ihr Recht zur Herrschaft nur von einer Wahl ab, indem sie zugelassene antisozialistische Parteien immer wieder besiegen muß, führt das nicht zur bürgerlichen Demokratie, es ist sie bereits.

So ist heute nicht nur das Bekämpfen, sondern auch das rechtzeitige Erkennen der Konterrevolution Bestandteil des Klassenkampfes, da es für die Konterrevolution heute Bestandteil ist, sich als Konterrevolution zu verschleiern. Hier gibt es für Agitation und Propaganda der Akademie viel zu tun, denn es gibt bis heute Meinungen, die daran festhalten, es handle sich bei den Erscheinungen um ideologischen Meinungsstreit, nicht um konterrevolutionäre Absichten. Es hat in unserer Presse nicht an Beweisen gefehlt. Dennoch scheint es mir interessant, zwei Beispiele zum Thema „Konterrevolution“ auszuführen, die uns vom Westen her erreichen.

Das erste entnehme ich der letzten Nummer der westdeutschen Zeitschrift „Kursbuch“ 13/68. Es ist ein Zitat von Hans Magnus Enzensberger. Er nennt sich heute Anhänger der Theorie vom Versagen der Arbeiterklasse und ist insofern unverdächtig, völlig auf unserem Boden zu stehen. Er kommt bei der Bewertung der sogenannten „Prager Studentenbewegung“ zu folgenden Resultaten: „... noch weniger werden dort Fragen der politischen Ökonomie erörtert; sotto voce äußert sich allenfalls der Wunsch nach einer Art ‚Entwicklungshilfe‘ von Seiten der imperialistischen Länder. Dabei wird vor allem an die Bundesrepublik gedacht. Das Verlangen nach realer sozialistischer Demokratie wird angedeutet, bleibt aber abstrakt. Sein Kern ist der Wunsch nach der Wiederherstellung gewisser bürgerlicher Freiheiten, insbesondere nach der Vergrößerung des kulturellen Spielraums. So vage die politischen Vorstellungen der Studenten sind, so deutlich stark ist ihre nationale Färbung. Das außenpolitische Interesse konzentriert sich nach wie vor auf die kapitalistischen Länder. Die DDR gilt als Außenfeind. Sympathien im eigenen Lager richten sich allenfalls auf Jugoslawien und Rumänien. Die cubanischen und chinesischen Vorstellungen und Erfahrungen werden ignoriert oder pauschal abgelehnt. Das Problem der Koexistenz ist bisher nicht zur Diskussion gestellt worden. Beschäftigung mit Fragen der Dritten Welt gilt als intellektueller Luxus. Charak-

teristisch hierfür war die Haltung der Prager Studenten und des Akademischen Rates der Universität angesichts einer Vietnam-Demonstration vor der amerikanischen Botschaft in Prag. Nordvietnamische Studenten hatten die Fahne und das Wappen der Botschaft herabgerissen. Die tschechischen Studenten griffen ein, brachten die Fahne in Sicherheit und entschuldigten sich beim amerikanischen Botschafter.“ Ich möchte das Zitat unterbrechen. Wer in letzter Zeit Bilder vom 51. Jahrestag der Oktoberrevolution aus Prag gesehen hat, der weiß, welche Fahnen dort jetzt von dieser sogenannten Bewegung herabgerissen und verbrannt wurden: die der Sowjetunion. Enzensberger prophezeite — allerdings noch vor dem 21. August — dieser Bewegung: „Ohne Zweifel wird sie revisionistische, opportunistische, vielleicht sogar konterrevolutionäre Züge annehmen.“ Ebenfalls noch vor dem 21. August schreibt der Amerikaner Ithiel de Sola Pool im „Kursbuch“ 14/68 mit wahrsagerischer Größe über die — wie er es nennt — Zukunft der Konterrevolution zwischen 1965 und 1970: „In der UdSSR wird die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren des wirtschaftlichen Systems noch größer sein als jetzt — trotz kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstums. Die Diskussion über eine eventuelle Abschaffung der Partei und der Kolchosen, über die Möglichkeit einer unabhängigen Investitionstätigkeit der Industrie und ähnliche Maßnahmen wird immer weitere Kreise erfassen. Das Problem der Arbeitslosigkeit wird sehr viel gewichtiger werden. Größere Veränderungen werden bis 1970 jedoch nicht stattfinden. In Osteuropa wird zumindest ein Land mit der faktischen — wenn auch nicht offiziellen — Aufhebung jeglicher zentral gesteuerten Planungstätigkeit experimentieren. Innerhalb Europas wird der Verkehr zwischen Ost und West stetig anwachsen und schließlich unbehindert hin- und herfließen. In einigen osteuropäischen Staaten wird der Kommunismus schließlich nur noch einer leblosen Hülle gleichen, obwohl er nirgends öffentlich abgelehnt wird.“ Das letzte Beispiel entbehrt nicht eines gewissen Humors. Denn wenn der Schreiber wirklich glaubt, was er schreibt, muß er ja damit rechnen, daß die Kommunisten spätestens durch ihn erfahren, was man mit ihnen vorhat.

Vor allem das letzte Beispiel zeigt, daß die Konterrevolution das, was sie uns vorschlägt, nämlich zentrale Planung und Führung aufzugeben, für sich selber in steigendem Maße betreibt, politisch wie wirtschaftlich. Wir umschreiben das mit dem Begriff „Globalstrategie“. Und wir sehen, daß er doch nicht nur ein Schlagwort ist.

5.

Im fünften und letzten Punkt möchte ich schließlich ein Beispiel anführen, das konkret zeigt, wie revolutionäres und konterrevolutionäres Verhalten in konkreten Situationen erkannt wird. Ich bin nicht der Meinung, daß die einfache Geschichte, die John Reed in seinem Buch „Zehn Tage, die die Welt erschüttern“ beschreibt, allein ausreicht, sich heute im Klassenkampf zu orientieren. Sie

kennen sicher die Geschichte: Ein Intellektueller, der sich im Klassenkampf nicht zurechtfindet, bekommt von einem Rotgardisten die stereotype Antwort: es gibt zwei Klassen, die Bourgeoisie und die Arbeiterklasse. Revolutionär ist es diesseits, konterrevolutionär jenseits der Barrikade zu stehen. Ich rechne es dem Journalisten John Reed an, diese kleine wichtige Begebenheit aufgezeichnet zu haben. Ich glaube nicht, daß er damit eine Revolutionstheorie aufstellen wollte. Wollte er es, hätte ihn bald eine andere Geschichte belehrt. Das ist die Geschichte des 6. Juli 1918, dargestellt in dem hervorragenden sowjetischen Film, der mit dem gleichen Titel gerade bei uns läuft. Es ging um den Brester Frieden. Lenin wollte diesen Frieden. Nicht, weil er vor den deutschen Imperialisten kapitulieren wollte, sondern weil die Revolution nur Überlebenschancen hatte, wenn sie die Atempause dieses Friedens bekam. Dazu war er bereit, Teile des Baltikums und der Ukraine zeitweilig an die Deutschen abzutreten. Das revolutionäre Verhalten von Lenin bestand gerade darin, die bewaffnete Revolution in diesem Moment nicht weiterzuführen. Die Sozialrevolutionäre verlangten die Fortführung der Revolution und die bewaffnete Befreiung der Ukraine. Sie bezichtigten Lenin des Verrats an der Revolution, da sie nur den revolutionären Kampf auf der Barrikade als solchen gelten ließen. Wir wissen, wie schwer es auch für den damaligen Revolutionär gewesen sein muß, zu erkennen, was revolutionär und was konterrevolutionär war. Große Teile der Roten Armee gingen — im guten Glauben — auf die Seite der Sozialrevolutionäre über. Derschinski wurde von ihnen verhaftet. Lenin und wenige Truppen waren im Kreml abgeschnitten.

Die einfache Frage: was ist revolutionär, wurde zur Existenzfrage der Revolution am 6. Juli 1918 in Moskau. Denn die Konterrevolution war nicht einfach ein Haufen bürgerlicher Agenten, sie bestand zum Teil aus Rotgardisten, die kurz zuvor das Winterpalais gestürmt hatten. Viele erkannten nicht, daß es trotzdem Konterrevolution blieb, was sie jetzt machten. Es ist eine Meisterleistung des leninschen Zentralkomitees, daß seine Agitatoren gerade die Truppe überzeugen konnten, die eigentlich vom Brester Frieden direkt betroffen war: die Litauer. Denn sie verloren durch den Brester Frieden ihr Land und sie retteten die Revolution.

Die kleine Geschichte von John Reed behält ihre Gültigkeit, wenn ich sie mit der zweiten ergänze. Denn in der zweiten war gerade die Barrikade die Konterrevolution, der Brester Frieden hingegen die revolutionäre Lösung.

Damit bin ich an den Schluß meiner Überlegungen über das Thema „*Die Stellung des Künstlers im heutigen Klassenkampf*“ angelangt. Ich möchte mit einer Art Motto schließen, das noch immer als Kriterium des Erfolges unserer Arbeit dienen kann. Ich entnehme es dem Buch von Alexander Abusch „*Kulturelle Probleme des sozialistischen Humanismus*“. Es ist ein kleines Leninzitat, das er im Jahre 1946 einem Essay voranstellte. Es lautet: „In der Kultur kann nur das als erreicht gelten, was in das Alltagsleben, in die Gewohnheiten eingegangen ist.“

Martin Walser
Rede an eine Mehrheit

Gehalten in der Universität Köln am 23. 1. 69

Was die Gesellschaft von den Studenten möchte, ist eine Art farbenfreier Agilität und Modernität. Sie dürften alte Zöpfe abschneiden und auch verbrennen, aber Sie sollten es nicht zu deutlich politisch meinen. Sie dürften in der Universität alles zeitgemäß, das heißt auch kosteneffektiver machen, aber möglichst ohne gesamtgesellschaftlichen politischen Belang.

Ihre Theorie und Praxis der Regel- und Spielregelverletzung wird solange als ein prickelndes Schauspiel empfunden, solange Sie sich sozusagen toll und abenteuerlich ungebunden, solange Sie sich eben nichts als antiautoritär aufführen. Mag sein, daß auch das in Paderborn und Passau schon als Bolschewismus verkannt wird, aber in den meinungsmachenden Institutionen hätten Sie damit immer noch faire bis anteilnehmende Berichterstattung zu erwarten. Sie wären sozusagen die Nachfolger des literarischen Hofnarrentums. Und Ihre Aufführungen wären aufregender, weil manchmal eben doch etwas Glas kaputt geht. Aber da Ihre anti-autoritäre Praxis den politischen Inhalt, die demokratische, ja sogar die sozialistische Tendenz immer noch nicht verleugnet, deshalb verfallen Sie der Behandlung, die die politische Linke bei uns seit Bismarck, Hitler und Adenauer zu gewärtigen hat, sobald sie eine nennenswerte Kraft zu werden droht: Sie werden zuerst diffamiert, dann polizeilich behandelt und administrativ bedroht, und wenn das immer noch nichts nützt, wird die Justiz mobilisiert, Sie müssen zu Kriminellen gemacht werden. In einem Aufsatz aus dem Jahre 1955 über „Politische Justiz“ hat der eher liberale Politologe Otto Kirchheimer, der die letzten Jahrzehnte seines Lebens in Amerika lehrte, geschrieben, der Staat versuche „auf dem zwielichtigen politischen Schlachtfeld, wo einerseits um die Verhütung künftiger revolutionärer Umtriebe, andererseits um die Erhaltung der Garantien freier Meinungsäußerung gekämpft wird, die Verteidigungslinie der bestehenden Ordnung vorwärts zu verlegen.“

Ich glaube, das ist Ihre, das ist unsere augenblickliche Situation. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß das etwa nur die 2000 Studenten angeht, die im Augenblick Prozesse zu gewärtigen haben.

Was der naive Erhardt nur vor sich hinplauderte von der „formierten Gesellschaft“, das uniformiert sich und mobilisiert sich jetzt ebenso rasch wie deutlich. Sie, die Studenten, bekommen das als erste zu spüren. Und Sie bekommen das zu spüren, weil Sie eine ebenso natürliche wie historisch fällige Funktion erfüllen: Sie wollen dieser Gesellschaft weiterhelfen durch den Abbau feudaler und großbürgerlicher Positionen. Diesen höchst fälligen nächsten Schritt zur Demokratie zu tun, ist nicht Ihr Verdienst, es ist das, was von Ihrer Generation erwar-

tet werden muß. Sie sind mit diesem Bedürfnis nach mehr Demokratie nicht vom Himmel gefallen. Aber unsere Herrschenden halten sich und das, was sie ihre Ordnung nennen, für das Ziel unserer Geschichte; die Empörung, die Kiesinger und Brandt jetzt zeigen, ist auf beschämende Weise mentalitätsverwandt mit der Empörung, die vor 1914 „Majestätsbeleidigung“ schrie. Es soll sich einfach nichts ändern. Bleiben soll diese großbürgerlich bestimmte Herrschaftsform, die sich politisch bürgerlich vertreten läßt in einer gestoppten Demokratie. Daß diese Herrschaftsform in diesem Jahrhundert zwei Weltkriege anzettelte, die 70 oder 80 Millionen Menschen das Leben kosteten, gilt als Betriebsunfall. Daß diese Herrschaftsform einer ansehnlichen Anzahl von Leuten ein durchaus erträgliches Leben mehr gewährt und widerruflich beschert als rechtlich ermöglicht, hindert diese Leute zu begreifen, daß die großbürgerliche Herrschaftsform ihre politische Deutlichkeit und inhumane Kapazität erst erweist, wenn man sie in ihrer weltweiten Zusammenarbeit mit Feudalismus, Diktatur und ungemildertem Kapitalismus sieht. Und das soll alles so bleiben. Lediglich die Beute soll ein bißchen weniger ungerecht verteilt werden, solange Beute im Überfluß anfällt.

Natürlich soll reformiert werden. Rein technisch. Daß das, was jetzt funktioniert, noch besser funktioniert. Die Universität soll noch mehr und noch bessere Technokraten liefern.

Seit Kenia, Korea, Kongo, Algerien und Vietnam wird immer deutlicher, in welcher Art Gesellschaft wir zu Hause sind. Deshalb ist eine Minderheit aktiv geworden. Der Herrschaftsapparat hat unverhältnismäßig reagiert. Die Bevölkerung schaut der Eskalation interessiert zu. Die öffentliche Meinung, die bei uns vorwiegend von Liberalen gemacht wird, verändert sich von Monat zu Monat zu Ungunsten der Studenten. Dazu einen stimmungshaften Beleg; in der Tageschau vom 17. 1. 69, sagte der Sprecher: „Als die Beamten die Räume des Instituts betreten, hatten die Studenten bereits das Weite gesucht.“ Hätten die Studenten das Institut verteidigt, hätte man sie der Gewaltanwendung beschuldigt; verzichten sie auf Gewalt, so spricht man von ihnen wie von den Gegnern 1940: sie sind feig und suchen das Weite. Also die öffentliche Meinung funktioniert schon ziemlich gut.

Das wiederum macht die Politiker mutig, sie lassen auch noch die JA-ABER-Maske fallen und wagen zu sagen, was sie immer schon dachten, anfangs aber noch hinter dem Schmutz von den „ungebärdigen Söhnen“ verbargen.

Die formierte Gesellschaft wird jetzt kraß aufgerufen, sich gegen eine Minderheit zu formieren und sich nichts mehr gefallen zu lassen. Brandt war einer der ersten, der aufgerufen hat. Kiesinger, der wahrscheinlich bei solchen Aufrufen mehr fürchten muß, erkannt zu werden, hat jetzt auch aufgerufen. Die Strategie ist klar: Aufsplitterung der Studenten, Isolierung der politisch aktiven Studenten von allen anderen durch Drohung, Gewalt und politische Justiz; parallel soll das Stipendien-System formiert werden, daß es taugt zur Auszahlung von Überläufer-Prämien und Loyalitäts-Honoraren. Die politisch

aktiven Studenten sollen als kriminelle Sektierer diffamiert werden, der bei uns immer mobilisierbare Haß gegen Minoritäten soll endlich wieder geweckt werden, daß in Zukunft nicht nur ein paar unaussterbliche Reichshauptstadt-Berliner nach dem KZ für Studenten und Linke rufen.

Aber diesmal wird es kein KZ geben, sondern einen polit-hygienischen Disziplinierungsfeldzug im Namen der Ordnung, im Namen des Anstands, im Namen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Den gibt es schon und der wird erfolgreich sein, wenn die Studenten es zulassen, daß sie ein- und aufgeteilt und zerteilt werden in eine Minderheit, die die Demokratisierung der Hochschule als politische Arbeit betreibt und eine Mehrheit, die glaubt, technische Reformen genügten. Wenn diese Zerteilung gelingt, ist die Demokratisierung der Hochschule vorerst gescheitert. Auch der Teil, den man jetzt als politische Avantgarde bezeichnet, wäre dann verloren, weil er sich dem sozialpsychologischen Mechanismus der Minoritäten-Entwicklung wohl kaum entziehen kann. Ich glaube, in manchen Aktionen der Antiautoritären werden schon erste Zeichen des Erfolgs der Isolierungs- und Verketzerungskampagne sichtbar. Das hat damit begonnen, daß die fortschrittlichsten Studenten auf die vom Apparat formulierte Alternative „Gewalt“ oder „Gewaltlosigkeit“ eingegangen sind und lauthals zuerst für „Gewaltlosigkeit“ und dann für „Gewalt“ votierten. Damit hatte der Apparat die Studenten auf der Konfrontationsebene, auf der sie am leichtesten materiell zu schlagen und am gründlichsten öffentlich diffamiert und isoliert werden können. Die Studenten könnten genau so gut die „Verhältnismäßigkeit der Mittel“ beanspruchen wie die Polizei: das heißt, sie müssen die Mittel anwenden, die es ermöglichen, daß gerade noch erreicht wird, was erreicht werden muß: die Demokratisierung der Hochschule. Und dazu kann, angesichts der Täuschungs- und Hinhaltungstaktik einer Professorenschaft, die Besetzung eines Instituts oder eines Rektorats das einzige verhältnismäßige Mittel sein. Was da getan wird, kann vor allem dann nicht als diffamierbare Gewalt erscheinen, wenn diese Aktion von der Mehrheit der Studenten getragen wird. Wenn aber die aktiven Studenten andauernd eine deutliche anvisierbare Minderheit sind, wenn die Mehrheit nur dann und wann Solidarität zeigt, dann gelingt natürlich, was die Chefs der gestoppten Demokratie beabsichtigen: die Wenigen werden solange krankgeschrieben, bis sie es tatsächlich sind. Diese Polarisierung treibt schon Blüten. Es ist für mich zumindest schwer vorstellbar, daß in einem notwendigen Demokratisierungsprozeß eine Minderheit andauernd für eine Mehrheit handelt. Erstens sind die Aktionen der Minderheit dann immer in Gefahr bloß symbolisch oder didaktisch zu werden; zweitens ist die Minderheit in Gefahr, den symbolischen oder didaktischen Charakter ihrer Handlungen nicht mehr zu reflektieren und damit einem die Avantgarde selbst gefährdenden Aktionismus der von Mal zu Mal stärkeren Dosierung zu verfallen; und drittens — und das ist das Wichtigste —: je weiter eine Avantgarde sich durch ihre Praxis der Majorität vorausbewegt, desto weiter bleibt diese Majorität objektiv

zurück, und das ist für die Avantgarde nur noch fatal. Ohne Basis wird demokratische, wird sozialistische Bewußtseinsentwicklung zu einem intellektuellen Luxus. Und zu einem alexandrinischen Ghetto. Das vehemente und vermutlich doch idealistische Reinlichkeitsbedürfnis der SDS-Delegiertenkonferenz, die sich ihrer sogenannten traditionalistischen Genossen durch Ausschluß entledigte, beweist mir, daß die antiautoritäre Avantgarde in Gefahr kommen könnte, in einer praxisnäheren Weise einen Fehler zu reproduzieren, dem alle kritischen Intellektuellen in den Fünfzigerjahren verfallen sind: damals war es die einseitige Befriedigung durch Verbalkritik plus Bedürfnislosigkeit nach demokratischer Praxis; jetzt wäre es die einseitige Befriedigung durch antiautoritäre Sensibilität und avantgardehaften und stellvertretenden Aktionismus plus Vernachlässigung der massenhaften Realisierbarkeit. Ich halte es für möglich, daß diese Avantgarde in Gefahr ist, zum Stoßtrupp zu verkommen, der von Mutproben lebt, bis es dem Apparat gelungen ist, den vorhandenen Abstand zur Mehrheit zur endgültigen Isolierung und Zerschlagung der Fortgeschrittenen auszunutzen. Die Mehrheit, die sich ohnehin an Konsum gewöhnt hat, wird dann mit Reformen nach Art des Betriebsverfassungsgesetzes abgespeist.

Die antiautoritäre Avantgarde beweist durch ihre außeruniversitären Aktionen jetzt schon ganz deutlich, daß sie den politisch-didaktischen Sinn ihrer Aktionen nicht mehr realistisch einzuschätzen vermag. Es gibt nach meiner Ansicht keine Stellvertretung in Sachen Revolution. Man kann sich nicht in jedem beliebigen Bereich zum Subjekt der hier zu vollziehenden Revolution ernennen. Man kann wohl aufklären, agitieren, Bewußtsein wecken, aber man kann, glaube ich nicht — und auch noch ohne Zustimmung — für andere handeln. Nun gehört es aber zur Theorie der aktionsistischen Antiautoritären, daß jede neue Demonstration die vorhergehende übertreffen müsse. Diese Devise könnte sehr gut aus dem Büro eines Konzern-Verkaufsleiters stammen. Daß etwas „Demonstration“ heißt, genügt schon nicht mehr, sie heißt schon „Kampfdemonstration“. Und der Bereich der Universität, der ja doch demokratisiert werden soll, genügt auch nicht mehr. Wäre aber die Universität der erste Bereich unserer Gesellschaft, in dem Demokratie real geworden ist, so hätte das andauernd konkrete Folgen für alle anderen Bereiche, und dann wäre es auch sinnvoll, von der Universität aus die umgebende gesellschaftliche Wirklichkeit zu revolutionieren. Die augenblicklichen stoßtruppartigen Ausbruchsversuche aber befriedigen die Ausbrechenden viel mehr als daß sie die Gesellschaft verändern. Der erzielte Bürgerschreck bewirkt massenhafte Feindseligkeit gegen die Studenten und verhindert — was der Interessenlage nach durchaus erreichbar wäre —, daß sich außeruniversitäre Gruppen mit den Studenten bis zur Kooperation bei der Demokratisierung der Hochschule solidarisieren.

Selbstverständlich halte ich Aktionen gegen die politische Justiz und Aktionen gegen jede Gruppe, die die Demokratisierung der Hochschule bekämpft, für un-

verzichtbare Widerstandshandlungen. Kadewe-Schaufenster aber vermag ich immer noch nicht so zu interpretieren, daß sie mir im Zuge der Demokratisierung der Hochschule als konterrevolutionär erscheinen.

Ich glaube, dieser Aktionismus um jeden Preis hat eine wichtige Ursache in der mangelnden Basis der politisch Aktiven, also in der Konsumhaltung der Majorität der Studenten.

Ich bin dafür, daß in einer Gesellschaft politische Abstinenz erlaubt ist; besonders dann, wenn diese Abstinenz weiß, was sie nicht tut. Wer sich also als Student im Augenblick abstinent verhält, der muß wissen, daß er sich damit für diese gestoppte Demokratie erklärt. Manche glorifizieren sich geradezu mit der Metapher, sie säßen zwischen den Stühlen. Auch diese besonders luxuriöse Selbstbemitleidung ist nichts anderes als eine Form der Parteinausnahme für den status quo. Die meisten Abstinenten verstehen sich als Liberale. Wer sich angesichts der immer unduldsameren Formiertheit der Gesellschaft noch liberal nennt, gibt dadurch zu verstehen, daß ihm die Praxis dieser Gesellschaft so wenig gefällt, daß er sich davon durch die Ernennung zum Liberalen distanzieren muß. Liberal sein, heißt doch momentan: ich bin für die Idee dieser Gesellschaft, aber nicht für ihre Praxis; liberal sein heißt also streng genommen jetzt: ich möchte, daß alles so bleibt wie es nicht ist.

Ich vermute, daß die Mehrheit der Studenten ein bißchen so denkt; dann und wann fühlt man sich aber doch solidarisch mit denen, die die Demokratisierung aktiv betreiben. Ich kenne diese Mentalität aus Erfahrung mit mir selbst. Ich bin hierher gefahren, um mich solidarisch zu erklären mit denen, die vor Gericht gestellt werden. Mir kommt Solidarität allerdings vor wie ein Lippengebet.

Ich frage mich, welche Folgen hat unsere Solidarität für unsere Praxis. Lassen wir danach die Aktiven wieder aktiv sein und ziehen uns zurück und wenn dann wieder welche vor Gericht kommen, erklären wir uns wieder solidarisch und ziehen uns wieder zurück, bis der letzte Aktive die Nase und das Strafregister voll hat und aufgibt? Oder bis der letzte Antiautoritäre durch Stoßtrupp-Praxis im außeruniversitären Bereich zum Bürgerschreck verkommt, und alles bleibt wie es ist? Eine Gesellschaft ist schlecht bedient, wenn es ihr gelingt, eine wirklich oppositionelle Generation zu zerschlagen und zu schlucken. Genau das will diese Gesellschaft jetzt. Und es wird ihr natürlich gelingen, wenn die Mehrheit der Studenten durch Abstinenz dazu beiträgt, daß die Aktionen der Aktiven immer noch symbolischer werden und eine nichts mehr vermittelnde abstrakte Radikalität Triumphe feiert, wenn die antiautoritäre Energie degeneriert zu einer kulturtkritischen Frequenz, die willkürlich radikal moduliert werden kann.

Die Hochschule wäre geradezu sofort zu demokratisieren, wenn die Mehrheit der Studenten einen Begriff davon hätte und ein Bedürfnis danach. Die Demokratisierung ist auch an der Hochschule immer noch zu stoppen, wenn die Mehrheit der Studenten unaufgeklärt und ungerührt und eilig durchs reine Fach zum Futter strebt.

Friedrich Hitler Zur Kampfansage der Reaktion

Ruhe, Sicherheit, Ordnung. Die Gehirnwäsche des bürgerlichen Wahlkampfes hat begonnen. Das Thema steht fest. Die Richtung stimmt. Die Ruhe des wilhelminischen Obrigkeitstaates, die Sicherheit des Großkapitals, die Ordnung faschisierender Parteien.

Die Demagogen wittern Morgenluft. Wäre ihre Wirkung auf die Massen nicht so gefährlich, könnte man die Irreführung der Wähler als Gangsterkomödie bestaunen. Die Politiker der Großen Koalition sind offenbar entschlossen, eine desorientierte Bevölkerung gegen eine Minderheit aufzuwiegeln. Dem Unbehagen und der Unruhe der Bevölkerung, die Widersprüche und Konflikte der spätkapitalistischen Gesellschaft nicht durchschauen soll, wird der Sündenbock bereitgestellt. Was die Kiesinger, Strauß, Benda, Brandt, Jäger und so weiter schon bisher über die Studentenbewegung formulierten, ist der Auftakt für eine Pogrammstimmung, die nur einer faschistischen Massenbewegung zugute kommen kann. Die Wahlstrategen der Großen Koalition sprechen zwar von einer „radikalen Minderheit“, sie meinen aber die gesamte demokratische Opposition. Die Reaktion hat der Demokratie den Krieg erklärt.

Die Erklärungen beginnen zumeist in der Art der Kiesinger-Rede vom 25. Januar: „Es gibt eine Gruppe Studenten in diesem Lande, die mit klar bekannten revolutionären und umstürzlerischen Absichten Unruhe schafft und Gewaltakte begeht.“ Doch darauf folgt dann schon die unverblümte Diffamierung der ganzen Linken. Daß gerade der ehemalige Faschistenpropagandist Kiesinger das Geheul der Reaktion mitbestimmt und etwa dem Antifaschisten Abendroth den Kampf ansagt, spricht für die Konsequenz dieser Politik.

Strauß: „Man spricht heute vom Kampf gegen den Faschismus. Ein sehr fortschrittliches Thema. Ich bin, ohne das Wort Faschismus oder Antifaschismus zu lieben, ein überzeugter Gegner aller diktatorialen Tendenzen, sei es der einen, sei es der anderen Seite. Aber was unterscheidet sie denn in Wirklichkeit? Diese Sorte — sage ich — von Antifaschisten hat sich ja die Kristallnacht gewissermaßen zum Dauerprogramm gemacht.“

Benda: „Die Diskussion um die Vorsorgegesetze war seit geraumer Zeit begleitet von einer Eskalation der Irrsinns ... Dieser Weg darf künftig nicht weiter beschritten werden, wenn unsere Demokratie nicht gefährdet werden soll ... Wir müssen mit allen legitimen Mitteln verhindern, daß hierdurch erneut der unglückliche Teufelskreis entsteht, den wir schon einmal in unserer jüngsten Vergangenheit erfahren mußten: nämlich, daß sich die links- und rechtsradikalen Kräfte gegenseitig hochschaukeln und die demokratische Mitte zerreißen ... Damit sich gerade solche Erscheinungen nicht wiederholen, hat sich das Grundgesetz bewußt zur militanten Demokratie bekannt, die den Feinden der Demokratie von vorneherein jeden Spielraum verweigert.“

Brandt: „Es ist ja nicht zu verkennen, daß wir es neben ernsten Meinungsverschiedenheiten mit Minderheiten gelegentlich mit dem Einbruch von Tendenzen der Intoleranz, des Hasses, ja sogar der bloßen Gewalttätigkeit zu tun haben. Damit kann sich keine demokratische Partei einverstanden erklären ... Die Mehrheit der Bevölkerung muß geschützt werden.“

Jäger: „Soll der Staat wirklich bei einer Demonstrationswelle zulassen, daß dieselben Täter immer wieder rückfällig werden, schon gar wenn es sich um Rädelsführer handeln sollte?“

Jäger gehört schon seit langem zu denen, die Bonns Richtung genau angeben. Ob er nun Demonstranten von Gesetz und Polizei jagen lassen will oder vor Justizminister Heinemann warnt — „Wer die Feinde des Staates berät, darf nicht Oberhaupt des Staates werden“ — die Tendenzen zum Ordnungsfaschismus sind unverkennbar. Der inzwischen zum Bundespräsidenten avancierte Kai-Uwe von Hassel hat offenbar mit einem auf Ewigkeit kalkulierenden Machtbewußtsein diese Tendenz der Bonner Politik in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ vom 19. 1. 69 bekräftigt: „Man sollte dem Ausland klar machen, was der deutsche Bürger längst erkannt hat: die NPD ist zwar ein Ärgernis, die eigentliche Gefahr kommt aber von den linken Radikalen, von dorther wird die Autorität unseres Staates unterhöhlt; wenn wir uns dieser Herausforderung nicht mit mehr Zivilcourage und mehr Festigkeit stellen, kann der Bestand unseres Staates ernsthaft gefährdet werden.“

Die Bonner Herrscher wollen alle „legitimen“ Mittel der „militanten Demokratie“ (Benda) einsetzen, um eine „Schlacht zu gewinnen“ (Kiesinger). Offenbar erinnern sie sich nicht mehr daran, daß sie die Schlacht schon zweimal verloren haben. Allerdings wollen wir nicht vergessen, daß diesen Niederlagen zwei mörderische Kriege vorausgingen und diesen Kriegen die Vernichtung der Demokraten des eigenen Landes.

Wir wollen auch nicht die ideologische Vorbereitung jener verhängnisvollen innenpolitischen Kriegsführung vergessen. Mit der Gleichsetzung des „Rechts- und Linksradikalismus“ war schon einmal nur die Linke gemeint. Und die „legitimen“ Mittel der Nazis kamen zunächst durchaus aus dem formaldemokratischen Arsenal der Weimarer Republik. Kein geringerer als Joseph Goebbels

hat dies zum Thema seiner „Kampfreden“ in den 20er Jahren gemacht: „Erkennt Eure wahren Feinde rechts und links!“ Die studentischen Reserveoffiziere der NPD wettern in ihrer Agitation vornehmlich gegen den sogenannten Linksfaschismus, weil sie wissen, daß sie mit der liberalen Variante des westdeutschen Antikommunismus weiterkommen als mit der des „Bayern-Kurier“ und der „Nationalzeitung“. Daß ihnen Günter Grass die Argumente liefert, müßte jenen eigentlich bedenklich stimmen, da in größerer Weise dieselben Agitatoren den Grass als Musterbeispiel linker „Schmutz- und Sumpfliteratur“ diffamieren. Die Sprache der herrschenden Kreise ist unmißverständlich. Wer meint, dies sei nur wahltaktisch gedacht, macht sich Illusionen. Wer Verwaltungs- und Industriekörper mit den Schreibtisch-Spezialisten des Terrors von Gestern besetzt, wer einen Kiesinger zum Kanzler macht, Freislers Stellvertreter freispricht, wer die Verbrechen des Imperialismus, ob in Vietnam, Griechenland, Spanien, Portugal, Indonesien, Brasilien, Südafrika usw. moralisch und wirtschaftlich unterstützt, der spricht diese Sprache nicht allein aus wahltaktischen Gründen. Die Herren sind bereit zuzuschlagen, das heißt zuschlagen zu lassen, denn sie sind sich zu fein, um ihre Hände schmutzig zu machen.

Den Einsatzbefehl ganz aufzuräumen, können sie nicht von heute auf morgen geben. Sie fürchten „französische Zustände“, zumal auch in Wirtschaftskreisen von einer neuen Krise, wie sie 65/66 begann, gesprochen wird. Kiesinger: „Ich würde nicht so ernst sprechen, wenn wir nicht erlebt hätten, daß in Frankreich ein solcher Studentenaufstand gewaltsamer Art das ganze Land bis in die Grundfesten erschüttert hat und daß es nur des Einsatzes, der vollen Autorität General de Gaulles gelungen ist, das Unheil noch einmal abzuwenden.“ Es interessiert weniger, ob Kiesinger Ambitionen hat, seine volle Autorität einzusetzen. Klar ist, daß die Linke stückchenweise von der Bevölkerung isoliert werden soll, um sie dann gegebenenfalls mit den Mitteln loszuwerden, mit denen die griechische Opposition zerschlagen wurde.

Die Faschisierung der Bundesrepublik ist eine wesentliche Stütze für die Rechtsentwicklung in Europa. Der Putsch der Athener Militärjunta war, wie inzwischen die Entwicklung zeigte, keine Panne des Imperialismus. Der Putsch wurde mit dem Willen und der Unterstützung Washingtons und Bonns, der Duldung und verbaler Protestaktionen der übrigen NATO-Partner vollzogen. Auf dem Höhepunkt des Generalstreiks in Frankreich verbündete sich de Gaulle mit seinen ehemaligen Todfeinden von der OAS und ließ zuverlässige Panzereinheiten bereitstellen, die jede undisziplinierte Aktion der Arbeiterschaft niedergewalzt und uns unter Umständen zum Zeugen eines französischen Indonesien gemacht hätten. In Spanien wurden einige für die EWG-Optik eingeführte formalbürgerliche Rechte durch den Ausnahmezustand rückgängig gemacht. Auch in Italien ist die Gefahr eines Militärputsches nicht ausgeschlossen, obwohl schon einmal Pläne eines Putsches aufgedeckt worden waren. So erklärte Ende 1968 der amerikanische Admiral der NATO in einem Exklusivinterview mit einer

faschistischen italienischen Zeitung, „er halte sich bereit, dem Kommunismus in Italien mit allen möglichen Mitteln entgegenzutreten“. Der „New Statesman“ vom 27.12.68 kommentierte diese Aussage: „Äußerungen dieser Art könnten die Anwesenheit sowjetischer Schiffe vor Sardinien erklären.“ Im übrigen waren die Konstellationen der imperialistischen Rechtsentwicklung lange vor dem 21. August 1968 vollzogen, und die Kommentare über das US-Manöver „Reformer“ offenbaren nicht die Reaktion auf die Politik der UdSSR und ihrer Verbündeten — diese Manöver sollen „die amerikanischen Erfahrungen aus Vietnam auswerten“ —, sondern die wachsende Aggressivität des Imperialismus. Die Gefahren der gegenwärtigen Entwicklung sind nicht zu unterschätzen. Die Entschlossenheit des deutschen Imperialismus ist, wie auch die abenteuerliche Ost- und Berlin-Politik beweist, geschichtsnotorisch. Die Reaktion will sich innenpolitisch freie Hand verschaffen. Ihre Praxis zeigt, daß sie jede Kinderei, jede undisziplinierte und in ihrer Konsequenz nicht durchdachte Aktion ultralinkter Gruppen mit Erfolg ausschlachtet. Die Empörung über eine solche Praxis bleibt ein Luxus, wenn an ihre Stelle keine rational durchdachte Strategie tritt. Jede Aktion, die Strategie und Taktik der Reaktion nicht in umfassenden Zusammenhängen berechnet und, wenngleich aus begreiflicher Ungeduld, als Minorität militärt auftritt, ist auf lange Sicht selbstmörderisch. Die notwendige gesellschaftliche Veränderung kann nicht ohne Kampf gelingen, dieser Kampf kann jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn die revolutionären Kräfte in einer stetig und gegenwärtig noch langsam wachsenden Massenbasis verankert sind. Revolution ist kein anarchistisches Happening nach dem wirren Konzept eines Cohn-Bendit. Dies würde der Reaktion lediglich zu einem Schlachtfest gereichen. Es kommt jetzt darauf an, sich nicht in die offenen Messer der Reaktion zu stürzen, sondern mit Beharrlichkeit und Geduld zu planen und zu handeln. Die politische Aktion muß dazu dienen, ein breites Bündnis zu entwickeln und zu festigen.

Kurt Hirsch

Kurz-Geschichte der Vorbeugehaft

In der Ära der Weimarer Republik betrieben die Sozialdemokraten eine liberale und die Liberalen eine konservative Politik, während es zwischen Konservativen und Rechtsextremisten keine klare Trennungslinie gab. Dieses politische Bild hat sich in der Bundesrepublik insofern verändert, daß bei bestimmten Entscheidungen führende SPD-Politiker bemüht sind, ihre Wahl-Konkurrenten — von politischen Gegnern kann man in der Praxis wohl kaum mehr sprechen — von rechts zu überholen. Dies geschieht in der trügerischen Hoffnung, man könne durch eine Politik des Rechts-Überholens der CDU/CSU Stimmen abjagen. Die Praxis des politischen Alltags beweist jedoch, daß es sozialdemokratischen Abgeordneten selbst beim schlechtesten Willen nicht möglich ist, führende CSU-Funktionäre von rechts einzuholen.

Restaurativer und konservativer sein zu wollen als eine konservative und restaurative Partei, kann und wird selbst jenen Sozialdemokraten nicht gelingen, die ihre Geschichte und die damit verbundenen Programme längst über Bord geworfen haben. Sie werden vielmehr ungeachtet all dieser Anstrengungen immer von den konsequent reaktionären Parteien überrollt werden.

Vor 91 Jahren versuchte man, „sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen“ durch ein Sozialistengesetz zu vernichten. In ihm wurde auch die „Einschränkung des Aufenthalts“ als zulässig bezeichnet. Dieses am 19. Oktober 1878 im Deutschen Reichstag beschlossene „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ war für die Partei und ihre Anhänger mit den schwersten persönlichen und materiellen Opfern verbunden.

Damals betrug die Gesamtzahl der Ausgewiesenen 893, davon 504 verheiratet mit 973 Kindern. Verbote von Druckschriften: 1067 Bücher, 155 Zeitungen und Zeitschriften, 77 Einzelnummern. Aufgelöste Vereine: 106 politische Vereine (viele lösten sich freiwillig auf), 108 gesellige Vereine, 17 zentralisierte Gewerkschaften, 78 lokale Fachorganisationen, 23 Unterstützungsvereine. Freiheitsstrafen: 119 Jahre 5 Monate 13 Tage Untersuchungshaft, 611 Jahre 6 Monate 23 Tage Strafhaft.

Vor 36 Jahren gelang es Hitler, mit Unterstützung der „demokratischen“ Par-

teien, durch ein Ermächtigungsgesetz den nationalsozialistischen Terror zu legalisieren. Im Zuge dieser Legalisierung wurde ein Gesetz verabschiedet, wonach ein Verdächtiger verhaftet werden konnte, wenn „er die Freiheit zu neuen strafbaren Handlungen mißbrauchen werde oder wenn es mit Rücksicht auf die Schwere der Tat und die durch sie hervorgerufene Erregung der Öffentlichkeit nicht erträglich wäre, den Angeklagten in Freiheit zu lassen“.

Sozialdemokratische Festredner erinnern gern zu gegebenen Anlässen an die Opfer der Schutzhaft-Gesetzgebung. Sie erwähnen in diesem Zusammenhang mit Recht, daß Gesetze, die Schutz- oder Vorbeugungshaft ermöglichen, in der deutschen Geschichte bisher immer die Ouvertüre zu dem bald danach eintretenden Terror waren.

Die SPD kann in ihrer Geschichte auf zwei kaum miteinander zu vereinbarende Traditionen hinweisen. Sie war die Partei der Unterdrückten und Verfolgten, aber ihre Repräsentanten zählten zeitweilig auch zu den Unterdrückern und Verfolgern. Wenn man davon absieht, daß es schon vor 1914 in Preußen und anderen deutschen Ländern möglich war, Personen in „kurzfristige polizeiliche Verwahrung“ zu nehmen, so erhielt der Begriff Schutzhaft erst in der Republik von Weimar seine politische und juristische Bedeutung. Unzählige führende Persönlichkeiten der Deutschen Arbeiterbewegung wurden in „Schutzhaft“ genommen und „auf der Flucht erschossen“. Legalisiert wurde die Anordnung „präventiver militärischer Schutzhaft“ bei der Unterdrückung „kommunistischer oder separatistischer Bestrebungen“ durch den sozialdemokratischen Reichswehrminister Gustav Noske, die dann in Berlin, Bayern und im Ruhrgebiet ihre blutige Anwendung fand. Auch im preußischen Polizeiverwaltungsgesetz vom 1. Juli 1931 — Preußen hatte damals eine sozialdemokratische Regierung — war eine „Polizeihalt zum Schutz der öffentlichen Ordnung“ vorgesehen.

Unter diesem historischen Aspekt ist es zynisch und unentschuldbar, daß der Ruf nach einer „Vorbeugehaft“ von sozialdemokratischer Seite erfolgt. Der ehemalige Oberlandesgerichtspräsident von Baden-Württemberg, Richard Schmid, bezeichnet diesen Gesetzentwurf seiner Parteifreunde als „einen Anschlag auf das Recht“, der „politisch inspiriert, juristisch unhaltbar“ sei. Die SPD muß sich von der „Deutschen National-Zeitung“ dahingehend belehren lassen, daß ein solcher Gesetzesvorschlag „der Schutzhaft des Dritten Reiches sehr nahe“ kommt. Der FDP-Justizminister von Rheinland-Pfalz, Fritz Schneider, belehrte die Partei, die sich mit Stolz an die Verfolgungen während der Zeit des Sozialistengesetzes erinnert, ebenfalls hierzu:

„Gestern waren es die Sittlichkeitsverbrecher, die man in Vorbeugungshaft steckte, morgen sind es Berufsdiebe, Schläger, Autoknacker und notorische Betrüger. Und wenn man das ausdehnt, kommt man schließlich gar noch dazu, auch jemanden, der den Bundeskanzler schlägt, in Vorbeugungshaft zu nehmen. Dann gerät man ganz an die Schutzhaft.“

Auch die der SPD nahestehende „Frankfurter Rundschau“ vertrat die Auffas-

sung, daß zwischen der geforderten Vorbeugehaft und der eventuell darauf folgenden Schutzhaft — wie wir sie schon einmal erlitten und erlebt haben — kaum ein Unterschied besteht. Die CSU hat den Vorbeugehaft-Ball der SPD aufgefangen und mit der ihr eigenen Offenheit und Unbekümmertheit den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß „auch Demonstrationstäter unter dieses Gesetz fallen“ sollten.

Gottes Gedankengänge scheinen oft seltsam, doch die den Gehirnwundungen mancher SPD-Mandatare entspringenden Ideen sind scheinbar noch viel seltamer. Oder spiegelt sich in diesen Auffassungen nicht der Weg einer Partei der Verfolgten zur staatstragenden Partei der Verfolger wider? Gab es in der Geschichte der SPD nicht schon einmal einen Reichswehrminister Gustav Noske? Gab es nicht schon einmal SPD-Politiker, die sich der trügerischen Hoffnung hingaben, man könne sich mit der NSDAP im Dritten Reich arrangieren?

Vom Sozialistengesetz zum Faschismus.

„... Aus diesem Grunde haben wir in keiner einzigen Richtung an Besserung der Judenschaft zu denken und müssen mit ihr politisch und sozial als mit etwas wesentlich Unverbesserlichem rechnen. Wer dennoch auf den Besserungsgedanken nicht verzichten wollte, der mag ihn erproben, indem er es den Juden selbst überläßt, sich zu bessern. Diese werden es nicht einmal versuchen. Trotz alles peinigenden Gefühls ihrer Unruhe sind sie doch auch zugleich zu stark vom Größendünkel besessen, um nicht in ihrer schönen Wesenheit fortwuchern zu wollen bis an das Ende der Tage. Sie bleiben eben in ihrer Gesamtheit ein einziger ewiger Jude, der im Hohnsprechen gegen alles Edlere vermöge seiner angestammten Natur beharrt. Darum gibt es gegen sie auch nur eine einzige Politik, nämlich die der äußerlichen Einschränkung, Einpferchung und Abschließung ...“ (Eugen Dühring: „Die Judenfrage als Frage der Rassenschändlichkeit“. 1886)

„§ 1. Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezuwecken, sind zu verbieten ...

§ 17. Wer an einem verbotenen Verein als Mitglied sich beteiligt oder eine Tätigkeit im Interesse eines solchen Vereins ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Eine gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher an einer verbotenen Versammlung sich beteiligt oder welcher nach polizeilicher Auflösung einer Versammlung sich nicht sofort entfernt.

§ 22. Gegen Personen, welche sich die Agitation für die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Bestrebungen zum Geschäft machen, kann im Falle einer Verurteilung wegen

Zuwiderhandlungen gegen die §§ 17 bis 20 neben der Freiheitsstrafe auf die Zulässigkeit der Einschränkung ihres Aufenthaltes erkannt werden.“ („Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. 1878)

„... Es gibt trotz der gewiß nicht anziehenden preußischen Kultur kein denkbare besseres Mittel zum Zweck, ein pangermanisches Weltreich in Europa zu errichten, als eben den Militär- und Erobererstaat Preußen ... Die ganze Welt wird nach dem Maßstabe der Germanen eingeteilt (Theorie der Selektionisten) in drei Gruppen:

1. Die reinen Germanen. Diese allein können Bürger des neuen Reiches sein, denen Polygamie gestattet ist.
2. Die Halbgermanen, Mischlinge mit fremden Rassen, denen die Ehe mit Germanen verwehrt ist, und die Halbbürger bleiben.
3. Die Nichtgermanen (Rundköpfe) werden behandelt wie im Altertum die Heloten oder Sklaven, werden zu ungesunden Arbeiten verwendet, um allmählich mit allen nur denkbaren Mitteln ausgetilgt zu werden ...“

(J. L. Reimer: „Ein pangermanisches Deutschland“. 1905)

„... So wie bisher, kann und darf es mit dem Gewährenlassen der Sozialdemokratie gegenüber nicht weitergehen — darüber sind alle ernsten Patrioten einig ...

Das Übel darf sich nicht einfressen, und es ist die unbedingte Pflicht des Staates, rücksichtslos der weiteren Verhetzung zu wehren; die bürgerliche Gesellschaft wird ihn dabei unterstützen müssen, wenn sie nicht Selbstmord begehen will. Aber was soll man tun?

Man greife zurück auf den Entwurf des Sozialistengesetzes, den Bismarck im Jahre 1878 dem Reichstag vorgelegt hat, und lasse ihn Gesetz werden ohne die Verwässerungen, die damals vom Parlament beliebt wurden. Danach wäre zu verbieten alles, was Bestrebungen dient, die darauf ausgehen, die bestehende Staatsgewalt und Gesellschaftsordnung zu untergraben, oder solches befürchten lassen; also Versammlungen, Vereine, Zeitungen, Zeitschriften solcher Tendenz werden nicht geduldet, im übrigen müssen alle die Vorbeugungsmaßregeln eingeführt werden, die der Entwurf vom September 1878 vorsah ...“ (Daniel Frymann: „Wenn ich der Kaiser wär“. Dietrich'sche Verlagsbuchhandlung Leipzig. 1912)

„... Soweit die Bekämpfung des jüdischen Einflusses und die Zurückdrängung der jüdischen Vorherrschaft in Frage kommt, stellt der Bund folgende Forderungen auf:

1. Ausweisung aller seit dem 1. Juli 1914 zugereisten Ausländer jüdischer Abkunft; Schließung der Ostgrenze gegen jüdische Einwanderung; Verhängung der

Schutzhalt über gefährliche jüdische Elemente und ihre beschleunigte Abschaltung . . .“
(Aus der Zielsetzung des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“. 1918/19)

„Von Riga über die Meeresbucht geschickte schwächere Banden sind in Nordkurland gelandet. Sie beabsichtigen, wieder roten Terror aufzurichten, Bahnen, Brücken und andere Verkehrsmittel zu zerstören und die friedlichen Einwohner zu beunruhigen.

Zur Abwehr befehle ich:

1. Jedes der Bandenmitglieder ist vogelfrei und kann von jedermann erschlagen oder sonstwie unschädlich gemacht werden.
2. An der Kasse des Oberstabs der Landeswehr in Tuckum oder beim Militärcröschen in Talsen werden für jeden nachweislich unschädlich gemachten Banditen 100 Rubel Ost-Geld gezahlt . . .

(Plakatanschlag im Baltikum. 1919) Der Befehlshaber der Landeswehr“

„Zwei Dinge tun uns not: Arbeit und Ordnung! Beide können wir haben, aber nicht mit Worten! Die Versuche, das Volk mit Milde und Zureden zur Annahme von Arbeit zu bewegen, sind vergeblich gewesen. Nur Zwang wird das Volk zur Arbeit bringen . . .“

Diese Schädlinge müssen rücksichtslos vernichtet werden. Kampf bis aufs Messer gilt es diesen staatsfeindlichen Elementen gegenüber. Rigorose Unterdrückung ihrer Presse und ihrer führenden Persönlichkeiten ist das wirksame Mittel. Auch heute ist die Armee Fundament der Staatsgewalt . . .“

(Aus dem Schreiben des Freikorpskommandeurs General Walther Freiherr von Lüttwitz an Reichswehrminister Noske, 1. September 1919. In: F. A. Krummacher: „Die Weimarer Republik“, München-Wien-Basel 1965)

„Nehmt Juden in Schutzhalt, dann herrscht Ruhe im Land.
Juden hetzen zum Spartakismus.
Juden wiegeln das Volk auf.
Juden verhindern, daß Deutsche sich verständigen.
Juden drängen sich überall an die Spitze.
Juden wuchern mit Lebensmitteln.
Juden verschieben Heereswäsche nach Polen. Darum:
Fort mit den jüdischen Machern und Unruhestiftern!
Deutschland den Deutschen! Das sei die Lösung für unseren Befreiungskampf. — Männer und Frauen deutschen Blutes und deutschen Geistes, schließt Euch zusammen im Deutschen Schutz- und Trutzbund.“
(Aufruf des Deutschen Schutz- und Trutzbundes. Aus: „Völkischer Beobachter“, 18. April 1920)

„. . . Es wäre die Pflicht einer besorgten Staatsregierung gewesen, nun, da der deutsche Arbeiter wieder den Weg zum Volkstum gefunden hatte, die Verhetzer dieses Volkstums unbarmherzig auszurotten. Wenn an der Front die Besten fielen, dann konnte man zu Hause wenigstens das Ungeziefer vertilgen . . .“
(Adolf Hitler: „Mein Kampf“, München 1925)

Vom Ermächtigungsgesetz über die Zustimmungserklärungen der Parteien bis zu dessen Anwendung.

„Artikel 1. Reichgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 Absatz 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

Artikel 2. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Artikel 3. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nicht anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündigung folgenden Tag in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung . . .“
(„Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat“ vom 24. März 1933)

Dr. Ludwig Kaas (Zentrum):

„. . . Im Angesichte der riesenhaften Aufgabe, die der deutsche Wiederaufbau uns allen stellt, im Angesichte vor allem der Sturmwolken, die in Deutschland und um Deutschland aufzusteigen beginnen, reichen wir von der Deutschen Zentrumspartei in dieser Stunde allen, auch früheren Gegnern, die Hand, um die Fortführung des nationalen Rettungswerkes zu sichern (Beifall bei den Nationalsozialisten), die Wiederherstellung geordneten Staats- und Rechtslebens zu beschleunigen . . .“

Manche der von Ihnen, Herr Reichskanzler, abgegebenen sachlichen Erklärungen geben uns, wie ich mit Befriedigung in aller Öffentlichkeit hier feststelle . . . die Möglichkeit, eine Reihe wesentlicher Bedenken, welche die zeitliche und die sachliche Ausdehnung des Ermächtigungsbegehrens der Regierung bei uns ausgelöst hatten und auslösen mußten, anders zu beurteilen . . .“ (Lebhafter Beifall im Zentrum, bei der Bayerischen Volkspartei und bei den Nationalsozialisten)

Hans Ritter von Lex (Bayerische Volkspartei):

„Die Bayerische Volkspartei als Partei der christlich-nationalen Weltanschauung und Staatsauffassung hat nach der schmachvollen Revolution von 1918 in vorderster Linie für die Erhaltung und Wiedergewinnung nationaler Gesinnung in allen Schichten und Ständen des Volkes gekämpft ...“

Dem Sehnen nach wahrhafter nationaler Bestätigung hat sie durch Schaffung eines eigenen, vaterländischen Wehrverbandes Rechnung getragen. Es ist selbstverständlich, daß eine Partei, die von solcher Einstellung beseelt ist, auch in der geschichtlichen Wende dieser Tage zur tatkräftigen Mitarbeit am nationalen Aufbauwerk entschieden bereit ist ...“

Die Ausführungen, die Sie, Herr Reichskanzler, in der Regierungserklärung heute gemacht haben, haben unsere Bedenken gemildert. Wir sind daher in der Lage, dem Ermächtigungsgesetz unsere Zustimmung zu erteilen ...“
(Bravo und Händeklatschen)

Reinhold Maier (Staatspartei):

„Wir fühlen uns in den großen nationalen Zielen durchaus mit der Auffassung verbunden, wie sie heute vom Herrn Reichskanzler hier vorgetragen wurde, wir leugnen auch keineswegs, daß Notzeiten besondere Maßnahmen erfordern und haben deswegen wiederholt Ermächtigungsgesetze und Notverordnungen zugesimmt. Wir verstehen, daß die gegenwärtige Reichsregierung weitgehende Vollmachten verlangt, um ungestört arbeiten zu können ... Im Interesse von Volk und Vaterland und in der Erwartung einer gesetzmäßigen Entwicklung werden wir unsere ernsten Bedenken zurückstellen und dem Ermächtigungsgesetz zustimmen.“ (Beifall)

Wilhelm Simpfendorfer (Volksdienst):

„Der Volksdienst bejaht die innen- und vor allem die außenpolitischen Ziele der Reichsregierung, die der Herr Reichskanzler heute vorgetragen hat. Er ist zu seinem Teil zu der Mitarbeit, die der Herr Reichskanzler in so eindrucksvoller Weise gefordert hat, bereit und gibt deshalb dem Ermächtigungsgesetz seine Zustimmung.“ (Beifall)

„Der erste Tag des neuen Regimes ist in Dachau soweit ganz ruhig verlaufen. Der Doppelposten vor dem Rathaus und Bezirksamt wurde noch nicht eingezogen. Ebenso sind beide Gebäude noch beflaggt. Im Laufe des gestrigen Tages wurden Führer der hiesigen Kommunisten in Haft genommen, ebenso soll der Führer der hiesigen Reichsbanner- oder Eisernen Frontorganisation in Schutzhaft genommen sein ...“

(„Amper-Bote“. 12. März 1933)

„Im Laufe des Montags wurden die politischen Haussuchungen fortgesetzt. Bei einer Durchsuchung im Ortskrankenhausgebäude Bamberg-Stadt wurde der Leiter Adolf Fiersching, der politisch zur SPD gehört, verhaftet.“

In Schutzhaft genommen wurde die Frau des kommunistischen Stadtrats Hausladen. Sie steht im Verdacht, insgeheim noch Kurierdienste für die KPD geleistet und den ihr bekannten Aufenthalt ihres flüchtigen Mannes verheimlicht zu haben.“

(„Völkischer Beobachter“. 29. März 1933)

„Die führenden Vorsitzenden des Zentralverbandes der Angestellten, Ucko und Urban sowie der neue Vorsitzende des Verbandes, Ehlers, wurden in Schutzhaft genommen.“

(„Völkischer Beobachter“. 10. Mai 1933)

„Am Dienstag vormittag wurde der ehemalige badische Staatspräsident und Minister Dr. Adam Remmele, zuletzt Präsident der Deutschen Konsum-Einkaufsgenossenschaft in Hamburg verhaftet. Mit ihm festgenommen wurden sein Sekretär, Regierungsrat Stenz, der frühere badische Staatsrat und Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Marum, der Redakteur an dem sozialdemokratischen Karlsruher ‚Volksfreund‘, Grünebaum, Polizeikommissar a. D. Furrer, ferner die Führer des Reichsbanners und der Eisernen Front in Baden und andere der SPD angehörende Funktionäre. Sie wurden in Karlsruhe durch eine Reihe von Straßen im offenen Polizeiauto nach dem Polizeipräsidium übergeführt, von wo sie dann nach der Strafanstalt Kieslau, dem jetzigen Konzentrationslager, gebracht wurden ...“

(„Völkischer Beobachter“. 16. Mai 1933)

„Auf der Flucht erschossen. Am Mittwoch vormittag hatte wieder einer der Schutzhäftlinge des Konzentrationslagers von seiner Arbeitsstelle flüchten wollen und wurde dabei erschossen. Es handelt sich um den ehem. kommunistischen Parteisekretär Bernhard Hausmann aus Augsburg ...“

„Besuch“ aus Bamberg. Zwölf im Landgerichtsgefängnis Bamberg untergebrachte Schutzhäftlinge wurden in einem Sammeltransport von rund 150 Schutzhäftlingen ins Konzentrationslager Dachau abtransportiert. Dabei kam es zu einem Zwischenfall. Der Kommunist Johann Schüpferling von Bamberg, der sich bereits vor dem Abtransport vor dem Landgerichtsgefängnis in provozierender Weise benommen hatte, drängte sich beim Abtransport heran und rief den Schutzhäftlingen ‚Rot Front‘ und ‚Heil Moskau‘ zu. Er wurde, wie die politische Polizei mitteilt, in Schutzhaft genommen und ins Landgerichtsgefängnis Bamberg eingeliefert.“

(„Völkischer Beobachter“. 19. Mai 1933)

„Der frühere zweite Bürgermeister von Breslau, Karl Mache, der der SPD angehörte, ist in Schutzhaft genommen worden.“

(„Völkischer Beobachter“. 20. Mai 1933)

„In Augsburg wurden in der Nacht zum 23. März im ganzen 22 Personen in Schutzhaft genommen. Es befinden sich darunter der Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion Gewerkschaftssekretär Karl Wernthaler, ein politischer Freund des ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten . . .“
(„Münchener Neueste Nachrichten“. 5. Juni 1933)

„Im Regierungsbezirk Magdeburg sind etwa 200 SPD-Funktionäre in Schutzhaft genommen worden.“
(„Hessische Nachrichten“. 27. Juni 1933)

„Vier Angestellte des hessischen Polizeibeamten-Verbandes sind gestern in Schutzhaft genommen worden.“
(„Frankfurter Zeitung“. 23. Juli 1933)

„Am Freitag vormittag wurden ins Breslauer KZ eingeliefert der frühere Reichstagsabgeordnete Löbe, welcher in Begleitung von mehreren Kriminalbeamten aus Berlin kam, weiter Frau Lüdemann, die Frau des bereits im Konzentrationslager befindlichen früheren Oberpräsidenten von Niederschlesien wegen Verbreitung unwahrer Behauptungen . . .“
(„Frankfurter Zeitung“. 5. August 1933)

„Nach Dachau übergeführt. Der Polizeipressebericht Augsburg teilt mit: Von der Politischen Polizei Augsburg wurden am 11. August 43 Schutzhaftgefangene, die bisher im Strafvollstreckungsgefängnis in Augsburg untergebracht waren, in das Konzentrationslager nach Dachau überstellt. Unter den Schutzhaftgefangenen — es handelt sich hauptsächlich um ehemalige Mitglieder und Funktionäre der KPD und SPD — befinden sich auch die Redakteure der ehemaligen ‚Schwäbischen Volkszeitung‘ Gg. Simon und August Ulrich sowie der ehemalige bayrische Landtagsabgeordnete und Parteisekretär und Reichsbannerführer Xaver Sennefelder. Die Inschutzhaftnahme der Genannten war aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung dringend notwendig, da sich die Gefangenen noch in letzter Zeit gegen die nationale Regierung und insbesondere gegen den Reichskanzler in der gemeinsten Weise ausgelassen haben . . .“
(„Völkischer Beobachter“. 13. August 1933)

„War es für die Polizei bisher nur möglich, im Rahmen §§ 112 ff. der Strafprozeßordnung als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung strafbarer Handlungen zur Festnahme zu schreiten oder unter bestimmten Voraussetzungen . . . Personen auf kurze Zeit in polizeiliche Verwahrung zu nehmen, so hatten jetzt die zuständigen Polizeibehörden das Recht erhalten, zur Bekämpfung

staatsfeindlicher Bestrebungen das wirksamste Mittel im Kampf gegen den Staatsfeind, die Freiheitsentziehung in Form der Schutzhaft, anzuordnen.“
(Runderlaß des Chefs der Sicherheitspolizei über die gesetzliche Grundlage der Schutzhaft. 28. Februar 1933)

„In die Konzentrationslager sind alle diejenigen Schutzhäftlinge zu überführen, die sich als Schädlinge am deutschen Volkskörper erwiesen haben und deren Sinnesänderung insoweit aussichtslos erscheint, das sind insbesondere die Funktionäre und sonstigen geistigen Führer der marxistischen Verbände und kriminell schwer vorbestraften Personen.“
(Bestimmungen über die Errichtung und Verwaltung von Konzentrationslagern. 5. August 1933)

„1. Personen, gegen die aus politischen Gründen nach Maßgabe des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 — RGBl. I S. 83 — in Verbindung mit § 41 PVG. Polizeihalt verhängt ist, sind grundsätzlich in staatlichen Konzentrationslagern unterzubringen, sofern sie nicht wegen des Grundes ihrer Verhaftung der Polizeibehörde noch zu Ermittlungszwecken jederzeit zur Verfügung stehen müssen oder soweit nicht die Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit nur für eine verhältnismäßig kurze Zeit in Aussicht genommen ist. Ist hiernach die Überführung in ein staatliches Konzentrationslager nicht oder nicht sofort angängig, so sind die Schutzhäftlinge in staatlichen oder kommunalen Polizeigefängnissen in Gewahrsam zu halten. Eine anderweitige Verwahrung ist künftig nicht zulässig . . .“
(Verordnung über Vollstreckung der Schutzhaft. 14. Oktober 1933)

III. Zulässigkeit

Die Verhängung der Schutzhaft ist nur zulässig

- a) zum eigenen Schutz des Häftlings,
- b) wenn der Häftling durch sein Verhalten, insbesondere durch staatsfeindliche Betätigung die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet . . .“
(Schutzaflaß des RMdI [Reichsministerium des Innern] vom 12. April 1934.)

„Kommunistische Funktionäre, die nach Strafverbüßung zur Entlassung kommen sollen, sind grundsätzlich in Schutzhaft zu nehmen, sofern es sich bei ihnen um gefährliche Staatsgegner handelt oder anzunehmen ist, daß sie sich wieder der illegalen KPD zur Verfügung stellen werden . . .“
(Verfügung der Bayerischen Politischen Polizei vom 5. September 1935.)

„§ 7 Verfügungen und Angelegenheiten der Geheimen Staatspolizei unterliegen nicht der Nachprüfung durch die Verwaltungsgerichte.“
(Gesetz des Preußischen Staatsministeriums vom 10. Februar 1936.)

„Im Deutschen Reich seit 1933 Sicherungs- und Erziehungslager für Gegner des nationalsozialistischen Staates, besonders für Kommunisten, die dem Aufbauwerk der Regierung Widerstand geleistet oder sich sonst schwer gegen die Volksgemeinschaft vergangen haben.“

(Meyers Lexikon über Konzentrationslager, 1936)

„Polizeiliche Freiheitsentziehung zur Verhütung einer strafbaren oder sonst die öffentliche Sicherheit oder Ordnung störenden Handlung kann daher auch den Schutz der Festgenommenen selbst umfassen. Ein Sonderfall der Schutzhaf ist die politische Schutzhaf. Sie wird als staatspolizeiliche Zwangsmaßnahme zur Abwehr volks- und staatsfeindlicher Bestrebungen gegen Personen, die durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und des Staates gefährden, angeordnet und meist in den Konzentrationslagern vollzogen.“

(Meyers Lexikon über Schutzhaf, 1936)

„§ 1 Die Schutzhaf kann als Zwangsmaßnahme der Geheimen Staatspolizei zur Abwehr aller volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen gegen Personen angeordnet werden, die durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates gefährden.

Die Schutzhaf darf nicht zu Strafzwecken oder als Ersatz für Strafhaft angeordnet werden. Strafbare Handlungen sind durch die Gerichte abzuurteilen.

§ 2 1. Zur Anordnung der Schutzhaf ist ausschließlich das Geheime Staatspolizeiamt zuständig.

2. Anträge auf Anordnung der Schutzhaf sind durch die Staatspolizeileit- bzw. Staatspolizeistelle an das Geheime Staatspolizeiamt zu richten.“

(Runderlaß des Reichsministers des Innern über die Anwendung der Schutzhaf vom 25. Januar 1938.)

Von der Vorbeugehaft bis zur — ?

„Ist der Beschuldigte dringend verdächtigt,

1. ein Verbrechen wider das Leben nach den Paragraphen 211, 212 oder 220 a Absatz 1 Nr. 1 des Strafgesetzbuches,

2. ein Verbrechen wider die Sittlichkeit nach Paragraph 173 Absatz 1, nach den Paragraphen 174, 175 a, 176 oder nach Paragraph 177 des Strafgesetzbuches,

3. wiederholt ein die öffentliche Sicherheit und Ordnung empfindlich beeinträchtigendes Verbrechen oder Vergehen

a) der Körperverletzung nach den Paragraphen 223 a bis 226 oder nach Paragraph 227 des Strafgesetzbuches,

b) nach den Paragraphen 242, 243, 246, 249 bis 253 oder 263 des Strafgesetzbuches

begangen zu haben und begründen bestimmte Tatsachen die Gefahr, daß der Beschuldigte vor rechtskräftiger Aburteilung ein weiteres Verbrechen oder Vergehen gleicher oder ähnlicher Art begehen werde, so kann das Gericht Vorbeugehaft anordnen, wenn die dringende Gefahr anders nicht abgewendet werden kann.“

(Aus dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen der SPD und CDU/CSU über die Vorbeugehaft)

„Artikel 1

§ 112 Abs. 3 der Strafprozeßordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1773) wird wie folgt geändert:

„(3) Gegen den Beschuldigten, der eines Verbrechens oder vorsätzlich begangenen Vergehens dringend verdächtigt ist, besteht ein Haftgrund auch dann, wenn die Gefahr begründet ist, daß der Beschuldigte vor rechtskräftiger Aburteilung ein weiteres Verbrechen oder vorsätzliches Vergehen gleicher oder ähnlicher Art begehen werden (Wiederholungsgefahr), die Haft zur Abwendung der drohenden Gefahr erforderlich ist und der Beschuldigte wegen des Verbrechens oder Vergehens, dessen er dringend verdächtig ist, voraussichtlich eine Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verwirkt hat.“

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

Artikel 3

Das Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Bonn, den 10. Dezember 1968“

(Antrag der Abgeordneten Stücklen, Dr. Jaeger, Wagner, Schlager, Frau Dr. Kuchtner, Prinz von Bayern, Unertl u. a.)

Walter Fritzsche Die Intellektuellen der Bayerischen Revolution

Kurt Eisner (1)

„Die erste Bayerische Räteregierung ist immer als ein halbverrücktes Abenteuer von Literaten und Intellektuellen geschildert worden“, schreibt Ruth Fischer. Diese von ihr beschriebene Tendenz der bürgerlichen Historiographie, die revolutionären Ereignisse in Bayern als einen Schwabinger Bohème-Ulk zu bagatellisieren, betrifft indes nicht nur die Intellektuellen der Räterepublik wie Mühsam, Landauer, Toller und Niekisch, sondern auch vor allem den führenden Mann der bayerischen Novemberrevolution, Kurt Eisner. „Wirrkopf“, „Utopist“ und — schlimmer noch — „Theaterkritiker“ oder — wie später im Fall Tollers — „Poseur“ sind Beispiele für jene Bezeichnungen, mit denen die Bourgeoisie vom „Vorwärts“ bis zu den „Alldeutschen Blättern“ sich über die geschichtliche Bedeutung jenes Befreiungsversuchs der arbeitenden Klasse hinwegtäuschte, indem man ihn als etwas Inszeniertes, im Grunde nicht ernst Gemeintes abtat. Wem die Verdrängung mißlang, der griff zur Verschwörertheorie — die gegenwärtig im „ferngesteuerten Rädelshörer“ fröhliche Urständ feiert — und sprach vom „ostjüdischen Bolschewisten“ Eisner. (Die irrtümliche Ansicht, daß Eisner „Kommunist“ gewesen sei — kürzlich erst wieder im Münchner Stadtrat als Einwand gegen die Benennung einer Straße nach dem ersten Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern geäußert —, wäre geradezu rührend zu nennen, hätte man nicht stets von jeglicher Ignoranz Schlimmes zu befürchten.)

Beide Betrachtungsweisen — die eine, welche mit dem „romantischen Wirrkopf“, und die andere, die mit dem russischen Agenten „operiert“ — neigen überdies zur Personalisierung eines gesellschaftlichen Prozesses, sind also in doppelter Hinsicht falsch.

Zur Richtigstellung des Bildes genügt nicht der Nachweis, daß etwa Eisner ein kluger und maßvoller Mann gewesen sei und Landauer alles andere als ein Anhänger Lenins, wenn man sich nicht gleichzeitig vor Augen hält, daß das Handeln der Intellektuellen zwischen November 1918 und Mai 1919 — wie immer es zu bewerten ist — erst möglich wurde aufgrund einer authentischen revolutionären Bewegung der Massen — in Bayern nicht anders als im übrigen Deutschland. Die Intellektuellen der Räterepublik von 1919 griffen ein in einen Prozeß, für den die Revolution von 1918 die Voraussetzungen (u. a. durch die Gründung von Räten unterschiedlichster Natur) geschaffen hatte.

Die sozialrevolutionären, anarchistischen oder anarchokommunistischen Intellektuellen vermochten ebensowenig eine Räterepublik einfach vom Zaun zu brechen,

wie die Revolution vom 7. November ein Werk Eisners war, der seinerseits nur aufgrund einer Reihe objektiver Tatbestände politisch wirksam werden konnte. Zu diesen Gegebenheiten gehörte die Existenz eines vom Kriege erschöpften, zum Teil arbeitslosen Proletariats mit den Erfahrungen des Januarstreiks und — in organisatorischer Hinsicht — das Vorhandensein von USPD, Spartakusbund und vereinzelten räteähnlichen Gruppen in den Betrieben.

Vor diesem Hintergrund sind Biographie, Charakter und politisches Denken jener Intellektuellen, die während der revolutionären Ereignisse eine Rolle spielten, von Interesse. Das gilt vor allem für Kurt Eisner, der an der Entstehung linkssecessionistischer Bestrebungen in der Sozialdemokratie nicht un wesentlich beteiligt war.

Am Abend des 31. Januar 1918 wurde Kurt Eisner verhaftet, nachdem er an diesem Tage nacheinander vor den Arbeitern der Münchner Krupp-Werke, der Rapp-Motoren-Werke und der Bayerischen Flugzeugwerke zum Streik aufgerufen hatte. Es gelang Eisner, als dem führenden Kopf der Bayerischen USPD, sich mit dieser Forderung gegen die leitenden Männer der Mehrheitssozialdemokratie, vor allem gegen Erhard Auer, durchzusetzen. Mittags bereits zogen die Krupp Leute in schweigendem Zug durch die Straßen. Im Laufe des Nachmittags nahmen die Arbeiter der Rapp-Werke und der Flugzeugwerke die Streikresolution an. Demonstration und Streik sollten dazu beitragen, folgende Forderungen durchzusetzen:

1. Sofortiger allgemeiner Frieden ohne Annexionen und Kontributionen.
2. Vollständige Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit.
3. Aufhebung des Belagerungszustandes.
4. Entmilitarisierung der Betriebe.
5. Aufhebung des Zuchthausurteils gegen Karl Liebknecht und Freilassung sämtlicher politischer Gefangenen.

Für dieses Programm streikten und demonstrierten in Berlin und anderen deutschen Großstädten die ausgehungerten und kriegsmüden Arbeiter zum Teil bereits seit dem 28. Januar unter der vorübergehend einigen Führung von SPD, USPD und Spartakisten. In Nürnberg gingen am 28., angeführt von den beiden sozialdemokratischen Parteien, etwa 50 000 Arbeiter auf die Straße. In München traten am 31. Januar etwa 8000 Arbeiter der drei erwähnten Großbetriebe in den Ausstand.

Am 4. Februar wurde wieder gearbeitet. Den Mehrheitssozialdemokraten war es nach der Verhaftung Eisners gelungen, die Streikbewegung unter ihre Kontrolle zu bringen. In ihrer Solidaritätserklärung legten sie Wert darauf, daß „der Streik sich nicht gegen die Landesverteidigung richte“, und Auer soll — wie Albert Winter, der bayerische USPD-Vorsitzende, berichtet — dem Führer des Bayrischen Zentrums, Pichler, versichert haben: „Ich bin gegen den Streik — wir verlieren ja dadurch den Krieg.“ Immerhin, auch in München war gestreikt und demonstriert worden.

Eisner hatte nach Jahren der Isolation erlebt, daß es möglich war, Bewegung in die politische Erstarrung zu bringen. Er hatte erlebt, daß nach Jahren unablässiger nationalistischer Propaganda und Kriegshetze die Arbeiter der Krupp-Werke bereit waren, einstimmig eine Grußadresse an die Arbeiter der feindlichen Länder anzunehmen. „Wir fühlen uns mit euch eins in dem feierlichen Entschlusse“, so heißt es in dem von Eisner entworfenen Aufruf, „dem Kriege des Wahnsinns und der Wahnsinnigen sofort ein Ende zu bereiten. Wir wollen uns nicht mehr morden. Vereint euch mit uns, den Völkerfrieden zu erzwingen, der im Aufbau einer neuen Welt allen Menschen Freiheit und Glück sichert. Wir deutschen Arbeiter werden unsere Herrschenden, die Verantwortlichen, zur Rechenschaft ziehen. Der Kampf um den Frieden hat begonnen! Proletarier aller Länder vereinigt euch!“

Nach seiner Verhaftung wird Eisner zunächst in das Gefängnis Neudeck eingeliefert. Die erste Eintragung in seinem Gefängnistagebuch spiegelt seine Empfindungen wider und läßt charakteristische Züge seiner politischen Überzeugung erkennen.

„Das waren die schönsten Tage meines Daseins“, notiert Eisner am 4. Februar, „die Tage der Erhebung des Kampfes. Ich sah wieder Menschenseelen, nicht nur Tiermägen. Und ich konnte an all dem Großen mithelfen. Seit Kriegsbeginn trage ich ganz einsam meinen Glauben an die Masse — auch in Deutschland. Immer sagten mir die Müden, Feigen, Allzuklugen und Zweifler: Sieh doch nur um dich; sie wollen nicht anderes mehr als Geld, Nahrung und reklamiert werden. Die Millionen deutscher Sozialdemokraten sind für nichts mehr zu haben. Ich pflegte zu erwidern: Dann hätten wir also unser Leben umsonst vertan. Dann hört aber auch auf, Politik zu treiben, geht abseits, vergrabt euch irgendwo. Denn mit diesem Bewußtsein der Ohnmacht und des Zusammenbruchs wäre ja all euer politisches Tun nur noch Schwindel. Gläubige oder Schwindler — ein Drittes gibt es nicht. Aber ihr irrt euch, ihr kennt die Massen nicht, ihr seht nur in die seelische Zersetzung hinein, die an euch selber frisst, euch sogenannten Führern.“

Die Aufzeichnungen vom 4. Februar schildern die Ereignisse dieser Woche, in der — so Eisner — „mein Glaube sich wieder hat erheben können“. Sie enden mit dem Bericht von einer Versammlung der Münchner Buchdrucker am Mittwoch, dem 30. Januar, auf der Widerspruch gegen Eisners Ausführungen laut geworden war. „Ich wußte“, schließt Eisner seine Eintragung, „daß die Buchdrucker noch nicht für den Streik gewonnen waren. Aber nicht minder sicher war ich, daß meine geistige Aufklärungsarbeit auch in diesem Kreise nicht verloren war. Das Korn der Wahrheit war aufgegangen . . .“

„Das Korn der Wahrheit — geistige Aufklärung — Menschenseelen statt Tiermägen — der Glaube an die Masse, an das Proletariat, dessen Bewegung“ — wie wir unter demselben Datum lesen —, „einmal bewußt geworden, nicht mehr aufhören kann“ —: neue, seltsame Worte für einen politisch Handelnden in

einem Land, in dem die Wahrheit bislang an ihrer Verträglichkeit mit den strafgesetzlichen Bestimmungen über die Majestätsbeleidigung gemessen wurde und die geistige Aufklärung vom Frontbericht besorgt wurde, einem Land, in dem Menschenseelen Sache des Klerus waren und der Glaube an die Masse sich vornehmlich im Vertrauen der Herrscher und Kriegsgewinnler in die grenzenlose Opferwilligkeit der Menge in den Schützengräben manifestierte. Doch Eisner meint nicht diese Kräfte, nicht die damals noch von manchem Sozialdemokraten als solche erkannten reaktionären Kräfte, wenn er von den „sogenannten Führern“ spricht, die „die Masse nicht kennen, sondern nur ihre eigene seelische Zersetzung . . . in sie hineinsehen“.

Gegen Krone, Klerus, Kriegsindustrie ist er Jahrzehntelang zu Felde gezogen mit der erbarmungslosen Ironie des vom Anblick deutscher Zustände gepeinigten leidenschaftlichen Menschenfreundes, mit einer Meisterschaft der aufklärenden Polemik, wie sie in ihrer Konsequenz zwischen Heine und Tucholsky selten anzutreffen ist.

Seine Erbitterung, dieser düstere Schatten seiner Begeisterung über die jüngsten Ereignisse, gilt jetzt einem anderen Gegner. Lesen wir weiter im Gefängnistagebuch. Unter dem 5. Februar berichtet Eisner von der Versammlung der Krupp-arbeiter im Schwabinger-Bräu: „Die Verhandlungen verliefen ruhig und sachlich, doch Begeisterung schwang mit. Ohne daß irgend einer der ‚bewährten alten Führer‘ eingriff oder half“ — gemeint sind die anwesenden Mehrheitssozialdemokraten Auer, Timm und Kurth —, „kamen rasch zweckmäßige Beschlüsse zu stande. Die neue hoffnungsreichere Organisation der deutschen Sozialdemokratie, in der das Proletariat sich selber führt, war über Nacht entstanden und funktionierte mit vollkommener Sicherheit. So ist ein alter Traum von mir, den man noch vor wenigen Tagen für unmöglich erklärte, auf einmal Wirklichkeit geworden; seit 15 Jahren bekämpfe ich diese monarchisch-oligarchische Organisation von Beamten- und Angestelltenpartei, von Ober- und Unterführung, von Geschäften und Kassen . . . diese riesige unpolitische, ohnmächtige, öde, geistlose und verlogene Vereinsmeierei, in der die Vielen ein paar Groschen wie einen Abläß zahlten, um ein paar Leute für sich arbeiten zu lassen, und die Wenigen erhalten wurden, um den Massen die Mitarbeit zu ersparen und die, um sich selber zu erhalten, ganz nach dem Muster des Klerikalismus, einen Ring der Eingeweihten bildeten, fernab und hoch über dem Gewimmel des folgsamen Laienvolkes . . .“ Und weiter: „Dieses grauenhaft aufgeblasene, lärmende Nichts, das alles persönliche Verantwortungsgefühl und die Entschlußkraft der Einzelnen zerfraß; diese lächerliche Karikatur des preußischen Kasernenstaates . . ., diese entmutigende und erdrückende Verzerrung der Demokratie, in denen die Führer den insgeheim tief verachteten Massen unwürdig schmeichelten und die Massen ihren Führern mißtrauten, vor denen sie sich doch fürchteten wie vor — Vorgesetzten. Nun war der neue Geist über uns gekommen, für den ich so lange einsam geworben!“

Eine bittere Philippika, deren Schärfe bis zu einem gewissen Grad sicher auf die plötzliche Isolierung durch die Haft und auf das Bewußtsein, denunziert worden zu sein, zurückzuführen ist. Dennoch, die Verachtung für die sozialdemokratische Politik und Parteiorganisation und die Hoffnung auf das revolutionäre Wirken „der Wahrheit“, des „neuen Geistes“, das Vertrauen in die „bewußte Bewegung des Proletariats“, das ihn, wie sein späterer Sekretär Fehrenbach berichtet, veranlaßt, sich bei einer Versammlung der Krupp-Vertrauensleute zurückzuhalten, „um den Widerspruch zwischen dem Massenwillen und der Parteileitung auszuschalten“ — diese Haltung, die sich insbesondere später in seiner Konzeption der „Räte“ auswirken und ihm die — allerdings unterschiedlich motivierte — Opposition sowohl von rechten Sozialdemokraten wie von Anarchisten und Kommunisten eintragen wird, entspringt politischen Überzeugungen und Erfahrungen des gelernten Sozialdemokraten Eisner, die ihn nicht erst seit der Abspaltung der USPD im April 1917 in offenen Gegensatz zur Sozialdemokratie gebracht haben.

Werfen wir einen Blick auf Eisners Biographie und betrachten wir etwas näher seine politische Entwicklung.

Geboren wurde Kurt Eisner am 14. Mai 1867 in Berlin. Sein Vater, Emanuel Eisner, führte Unter den Linden eine Militäreffektenhandlung und war, wie die bislang vorhandenen, recht knappen biographischen Darstellungen nicht ohne eine gewisse Amüsertheit zu berichten wissen — „Hoflieferant des Kaisers“. Am Askanischen Gymnasium, das vornehmlich von Beamten- und Offizierssöhnen besucht wurde, machte Kurt Eisner 1886 das Abitur. Anschließend studierte er, ebenfalls in Berlin, acht Semester lang Germanistik und Philosophie. Das väterliche Geschäft schien schließlich nicht mehr so recht zu florieren, denn Eisner brach — offenbar, weil das Geld fehlte — das Studium ab und wurde Journalist. Er arbeitete in einer Nachrichtenagentur, dem „Depeschenbüro Herold“, danach als Nachtdirektor bei der „Frankfurter Zeitung“ und schließlich — nach seiner ersten Heirat — von 1893 bis 1897 in Marburg als politischer Redakteur der „Hessischen Landeszeitung“.

Nebenher schreibt er politische und literarische Betrachtungen, Glossen und kritische Beiträge für eine Reihe von Zeitschriften. Eine erste größere Arbeit wird 1892 abgeschlossen: *Psychopatia Spiritualis*, eine temperamentvolle Auseinandersetzung mit Friedrich Nietzsche, die er eine „Szene aus dem Schauspiel einer geistigen Selbstbefreiung und Selbstverdung“ nennt. Es geht Eisner, wie der Untertitel „Nietzsche und die Apostel der Zukunft“ verrät, insbesondere um die Aufdeckung des verderblichen Einflusses Nietzsches, den er als „einen der größten Lyriker, vornehmsten Menschen und witzigsten Köpfe“, aber gleichzeitig als einen „der gefährlichsten Underker — nicht Umdenker, wie Nietzsche selbst sagt! — bezeichnet, als „einen der gefährlichsten und verführerischsten Gegner der Sozialdemokratie“. Eisner wirft ihm eine „irreale Vision der Herrenmoral“ vor. Dieser Vorwurf mag uns heute, nach den Erfahrungen mit dem Faschismus, nach

dem unerträglichen Schauspiel einer mit allem Perfektionismus praktizierten Herrenmoral, heute, nachdem die „irreale Vision“ real geworden ist, selbstverständlich erscheinen. Doch damals war Eisner einer der ersten, die vor einer sozial-darwinistischen Vulgarisierung der Gedanken Nietzsches warnten. „Der Kampf ums Dasein“, schreibt er, „ist keine Rechtfertigung für die Unterdrückung der Kranken und Schwachen!“

Der Weg des jungen Journalisten Eisner zum Sozialismus ist im einzelnen bis heute nicht rekonstruiert worden. Soviel scheint festzustehen, daß eine eingehende Beschäftigung mit Marx erst in späteren Jahren erfolgt, lange nach der Niederschrift jenes einfachen Satzes, dem wir ebenfalls in der Nietzsche-Studie des Fünfundzwanzigjährigen begegnen und der lautet: „Im Sozialismus sehe ich ein klares erreichbares Ziel!“ Dieser Satz bleibt sein Bekenntnis bis zum Ende, diesem Satz begegnen wir in tausend Variationen, in jeder Rede, in jeder historischen Arbeit, in jeder Satire, in jeder Theaterkritik — was auch immer jeweils Sozialismus für ihn bedeuten wird: Wahrheit, Verwirklichung des Geistes, Erlösung, eine neue Religion, Goldenes Zeitalter, Frieden ...

Während seiner Marburger Jahre steht Eisner in engem persönlichem Kontakt zu dem Philosophen Hermann Cohen. Cohen, mit Natorp Begründer der neukanianischen Marburger Schule, begreift — ausgehend von Kants Ethik — den Staat nicht primär als System von Macht und Herrschaft, sondern als Organisation zur Versittlichung der Individuen und zur Verwirklichung des Humanitätsideals. Eisner nimmt seine an der Berliner Universität begonnene Beschäftigung mit der Ethik Kants wieder auf, die einen nachhaltigen Einfluß auf sein politisches Denken gewinnt. 1904 schreibt er zum 100. Todestag Kants einen Aufsatz. In einer im Jahre 1918 diesem Aufsatz vorangestellten Bemerkung bezeichnet er die Arbeit als den Versuch, „die Synthese Marx-Hegel in die Verbindung Marx-Kant“ aufzulösen. „Denn“ — so schreibt er — „sachlich gehört Marx zu Kant, in die Reihe der großen Aufklärer des 18. Jahrhunderts, wie tief und entscheidend er immer ... von Hegel beeinflußt ist.“

Selbstverständlich ist Eisner nicht so naiv, Kant für den revolutionären Sozialismus zu reklamieren. Er zeigt deutlich, daß Kants Ethik die eines aufgeklärten bürgerlichen Liberalismus ist, „den er“ — wie Eisner schreibt — „in die letzten Konsequenzen verfolgt, dessen Grenzen und Widersprüche sich ihm bereits leise andeuten, ohne daß er sie schon zu überwinden vermag“. Aber: „Jetzt“, ein Jahrhundert später, „hat der Philosoph des Liberalismus sein Asyl und seine Wirkung nur noch im sozialistischen Proletariat. Die Geschlossenheit einer, den ganzen Menschen und die ganze Menschheit umfassenden, nach Einheit und Gewißheit ringenden Weltanschauung, die unlösliche Verkettung wissenschaftlicher Erkenntnis mit allem politischen Handeln, die prinzipielle Auffassung der Dinge, die Überzeugung von der Erreichung des Ziels eines Vernunftstaates, die Ethik der Freiheit und Gleichheit, die bei allem idealistischen Schwung, dennoch fest auf dem Erdboden erwiesener Tatsachen steht, das unberührbare Weltbürgertum

— das alles spottet des ziel- wie ideallosen Geistes der bürgerlichen Gesellschaft, das alles sind aber auch die tiefsten Wesenszüge der internationalen Sozialdemokratie.“

In seinen sogenannten „Provinzialbriefen“, die Eisner von Marburg aus an verschiedene Zeitschriften schickt, geißelt er die Politik der Reichsregierung, insbesondere die Militär- und Kolonialpolitik, den Feudalismus und das gefährliche Gebaren der Krone. Im Januar 1897 veröffentlicht das Berliner Wochenblatt „Kritik“ unter Pseudonym eine Satire auf Wilhelm II. Eisner wird als Verfasser ermittelt und in geheimer Verhandlung in Berlin zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Er verbüßt die volle Haftzeit im preußischen Staatsgefängnis Plötzensee. Wilhelm Liebknecht interessiert sich für den Fall und holt Eisner nach der Haftentlassung in die Redaktion des „Vorwärts“. Eisner wird zwar nicht formell Chefredakteur, leitet aber faktisch sieben Jahre lang, von 1898 bis 1905, die sozialdemokratische Parteizeitung. In dieser Zeit schreibt er eine Wilhelm-Liebknecht-Biographie, ferner eine Darstellung des sogenannten Königsberger Prozesses unter dem Titel „Der Geheimbund des Zaren“ und ein marokkanisches Sittenbild deutscher Diplomatenpolitik, betitelt „Der Sultan des Weltkrieges“. Nach seinem Ausscheiden aus der „Vorwärts“-Redaktion erscheint Eisners umfangreichstes Werk: „Das Ende des Reichs“, eine reich dokumentierte Darstellung der deutschen Niederlage im Jahre 1806 sowie der politischen und sozialen Zustände Deutschlands und Preußens im Zeitalter der französischen Revolution. „Die Zerrissenheit Europas“, schreibt Eisner in der Vorrede, „ist noch eine Tatsache der Gegenwart und der Zukunft: sie birgt die dringendste Gefahr, daß der letzte Klassenkampf der Geschichte, der zwischen den Monopolisten des Besitzes und den Enteigneten der Lohnarbeit, in seiner reinen Entwicklung durch nationale Kriege und dynastisch-feudale Überfälle gestört, gehemmt und durchkreuzt wird. Das Buch, das ich dem Proletariat vorlege, will ein bescheidener Beitrag zur Lösung jener entscheidenden Frage (das heißt der Frage nach den Gründen der Zerrissenheit Europas) sein.“

Eisners Ausscheiden aus der Redaktion des Parteiblattes im Jahre 1905 vollzog sich anlässlich des sogenannten „Vorwärts-Konflikts“. Eisners erfolgreiche Versuche, den „Vorwärts“ zu einer auch literarisch anspruchsvollen Zeitung zu machen, hatten ihm bei zahlreichen führenden Parteimitgliedern den Ruf eines „Belletristen“ und „ethischen Sozialisten“ eingetragen. Es läßt sich nicht leugnen, daß er in der Beteiligung an den theoretischen Auseinandersetzungen in der Partipresse gelegentlich eine unglückliche Hand hatte und zu Mißdeutungen Anlaß gab, die bei zahlreichen Parteiführern zunehmende Kritik gegenüber dem leitenden Redakteur des für die politische Linie repräsentativen Organs der deutschen Sozialdemokratie hervorrief. Zwar hatte er sich in seiner Liebknecht-Biographie als Gegner des Bernsteinschen Revisionismus zu erkennen gegeben, andererseits vermochte er nicht die Sympathie der radikalen Gruppe für den politischen

Massenstreik anlässlich der russischen Revolution im Jahre 1905 zu teilen. Dieser Gegensatz wurde überlagert durch eine im „Vorwärts“ und in der „Neuen Zeit“ ausgetragenen Auseinandersetzung mit Karl Kautsky über die Frage, ob die Bedingungen einer monarchistischen oder einer bürgerlich-republikanischen Staatsform der Tätigkeit einer sozialdemokratischen Partei günstiger seien. Die Auseinandersetzung mutet in ihrer Form heute recht scholastisch an, zumal sie sich nicht an einem akuten Unterschied in den grundsätzlichen Auffassungen entzündete, sondern an einer Bemerkung Bebels vor dem Sozialistenkongress in Amsterdam, die jeder der beiden Kontrahenten besser vor Mißdeutungen zu bewahren glaubte. Bebel hatte auf den „plutokratischen Klassencharakter der bürgerlichen Republik hingewiesen“, worauf die reaktionäre Presse ihn sogleich zum „Apostel der sozialen Monarchie“ stilisierte. Kautsky nimmt Bebel gegen eine derartige Verzerrung in Schutz, weist jedoch gleichzeitig darauf hin, daß in der Tat aufgrund des Vorhandenseins von drei Gegnern in der Monarchie — als da sind: monarchische Regierung, Bourgeoisie und Proletariat — die Intensität des Klassenkampfes in der Monarchie gemildert sei gegenüber der schärferen Polarität: Bourgeoisie-Proletariat unter republikanischen Bedingungen. Eisner hält diese Feststellung wiederum für bedenklich, da sie immer noch einer falschen Interpretation Bebels Vorschub leiste und eine Konzession an „jene grundverlogene Theorie dynastischer Hauslehrer des Staatsrechts“ sei, „die der Monarchie die geheimnisvolle Wunderkraft des Über-den-Parteien-Stehens“ zuschreibe . . . „In keiner Republik jedoch“ sei der „Klassenkampf brutaler und zugleich absurd“, wie in dem monarchischen Preußen und dem monarchischen Sachsen.“

Mit Recht wies Eisner auf jene verführerische Theorie des Über-den-Parteien-Stehens hin. Zehn Jahre später sollte der Kaiser sagen: „Ich kenne keine Parteien mehr!“ — und ein großer Teil der Sozialdemokratie glaubte ihm.

Kautsky reagiert in zunehmendem Maße ungeduldiger auf die Beharrlichkeit Eisners. Als die Diskussion im Fortgang der Auseinandersetzung auf eine verwandte Problematik innerhalb der Sozialdemokratie Frankreichs kommt, wirft Kautsky Eisner vor, er behindere durch sein öffentliches Auftreten für Jaurès die Einigung der französischen Sozialisten. „Das ganze große Ansehen“, schreibt Kautsky, „das der ‚Vorwärts‘, dank der Bedeutung der deutschen Sozialdemokratie, bei den Parteigenossen des Auslandes genießt, wird so von seinem Chefredakteur in den Dienst der Gegner der Einigung gestellt . . .“ Das bedeute eine „mutwillige Störung des Konsolidierungsprozesses der Sozialdemokratie Frankreichs, wogegen man nicht energisch genug Front machen kann!“

Das waren deutliche Worte. Eisner war zu diesem Zeitpunkt, wie er es später formulierte, „gefährlich isoliert“. Als ein Jahr später die Parteileitung den Rücktritt von zwei Reformisten beim „Vorwärts“ fordert, kündigt er zusammen mit fünf anderen Redakteuren, wobei das Motiv persönlicher Solidarität entscheidender war, als es politische Gründe gewesen sein dürften.

Von 1907 bis 1910 arbeitet Eisner, der sich von seiner Frau und seinen Kindern trennt, als politischer Redakteur bei der „Fränkischen Tagespost“ in Nürnberg. Das sozialdemokratische Blatt weiß jedoch sein betontes Interesse für die Außenpolitik nicht zu würdigen. Nach drei Jahren übersiedelt Eisner nach München und bezieht, zusammen mit der Schriftstellerin Else Belli, ein Haus in Großhadern. Eisners Tätigkeit ist vielseitig: Er verfolgt eigene literarische Pläne, schreibt für die „Münchner Post“, das Blatt der Bayrischen Sozialdemokratie, Parlamentsberichte, politische Beiträge und Theaterrezensionen. Es bestehen enge Kontakte zur Führungsgruppe der Sozialdemokratischen Partei Bayerns, ohne daß Eisner jedoch zu den leitenden Männern gezählt werden kann. Was ihn vornehmlich mit den führenden bayrischen Sozialdemokraten verbindet, ist die gemeinsame antiwilhelminische Haltung, die in Bayern seit Vollmar mit föderativpartikularistischen Vorstellungen verknüpft ist, während sie sich bei Eisner in erster Linie aus seiner zunehmenden Besorgnis gegenüber den gefährlichen außenpolitischen Alleingängen des Kaisers erklärt. Auf dem 9. Parteitag in München verurteilt er scharf das „persönliche Regiment“ Wilhelms II. Immer wieder prangert Eisner alles an, was nach Kriegsvorbereitung aussieht und zur Provokation des Auslands durch das Reich führt.

Im preußischen Militarismus sieht Eisner allerdings nicht die einzige Gefahr für den Frieden. In gleichem Maße erscheint ihm der russische Zarismus als kriegstreibende Macht. Der letzte Klassenkampf, so hatte er 1907 in der Vorrede zum *Ende des Reichs* geschrieben, werde in seiner reinen Entwicklung durch nationale Kriege und dynastisch feudale Überfälle durchkreuzt: „Die preußisch-deutsche Reaktion wie der Zarismus“, hieß es dort, „sind Bollwerke des internationalen Kapitalismus, weil sie den bürgerlichen Demokratien den nicht unbegründeten Vorwand einer sich über den Klasseninteressen erhebenden gemeinsamen Nationalverteidigung des eroberten politischen Besitzstandes darbieten.“ In seiner Einschätzung der russischen Politik wurde Eisner bestärkt durch vertrauliche Informationen, die Regierungsvertreter, darunter der bayrische Kriegsminister von Kress, anlässlich der Verabschiedung des Kriegszustandsgesetzes den Sozialdemokraten zukommen ließen: Man müsse mit einem Überfall Russlands rechnen und benötige mit dem Kriegszustandsgesetz insbesondere eine Handhabe gegen das russische Spionagenetz. „Ich hatte keinen Anlaß“, schreibt Eisner später ins Gefängnistagebuch, „an der Wahrheit jener geheimen Information zu zweifeln. Daß der Zarismus auf dem Balkan imperialistische Pläne verfolgte, war ja unzweifelhaft ... Heute freilich ist mir klar, daß damals mit jenen ‚Informationen‘ über München (wo eben die Sozialdemokratie auf vertrautem Fuß mit der Regierung stand) die Vorbereitung begann, die Partei an die Parole ‚gegen den Zarismus‘ allmählich zu gewöhnen.“

In meinem politischen Verhalten trat nun der Gedanke an den bevorstehenden russischen Überfall in den Vordergrund.“

Noch einmal wird Eisner durch „geheime Informationen“ zum Handeln ver-

anlaßt, als ihm Adolf Müller, der Verleger der „Münchner Post“ und zweiter Landesvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, am 28. Juli 1914 unter Berufung auf Informationen aus dem Bayrischen Kriegsministerium mitteilt, die deutsche Mobilmachung stehe als Antwort auf die zu erwartende Intervention Russlands im österreichisch-serbischen Konflikt unmittelbar bevor. Mit dem Einverständnis Müllers gibt Eisner die Information an die „Chemnitzer Volksstimme“ weiter, dessen Chefredakteur er bittet, die Reichstagsfraktion zur Bevollmächtigung der Kriegskredite zu bewegen.

Dennoch: Schon zu diesem Zeitpunkt war Eisner von dem geradewegs in den Burgfrieden führenden Weg der deutschen Sozialdemokratie abgewichen. Am Abend zuvor hatte eine große Kundgebung im Kindl-Keller stattgefunden. Eisner hatte noch einmal eine beschwörende Rede für die Bewahrung des Friedens gehalten. Er war gegen den Wunsch seiner Parteifreunde aufgetreten, die ihn lieber krank werden lassen wollten, nachdem weite Teile der Bevölkerung tags zuvor wütend auf einen Artikel der „Münchner Post“ reagiert hatten, in dem die Kriegssetze Österreichs kritisiert worden war. Die Mehrheit der Sozialdemokratie begann dem Druck der öffentlichen Kriegsbegeisterung nachzugeben.

Eisners Umschwung in den nächsten Wochen vollzog sich rasch und eindeutig: „Schon das deutsche Weißbuch“, schrieb er später, „machte mich stutzig, ob ich nicht seit Jahr und Tag das Opfer falscher Informationen gewesen sei. Sehr bald stand es für mich fest, daß der Weltkrieg als wesentliches Problem in der Tat nur die Fortsetzung der deutschen Marokko-Offensive war. Als östliches Problem schien er mir — noch einige Monate lang — in seiner Verschuldung unsicher. Erst die Veröffentlichung des im deutschen Weißbuch unterschlagenen Zaren-Telegramms brachte mir auch in dieser Hinsicht absolute Gewißheit, die durch alle weiteren Veröffentlichungen bestätigt worden ist, daß Rußland unvorbereitet überfallen worden ist ... Aber auch wenn meine Anschauungen über Ursachen und Zusammenhänge des Kriegs nicht gleich zu Beginn sich geklärt hätten, so wäre ich doch sofort in die Parteiopposition gedrängt worden. Das schamlose Verhalten der Parteipresse bestürzte mich ... Der zweite Grund meiner Opposition waren die Methoden der deutschen Kriegsführung, die ja seit Jahrzehnten systematisch zu jener alles Menschliche unter sich lassenden Vernichtungsstrategie vom Berliner Generalstab entwickelt worden war, einer Kriegsführung, gegen die trotz aller Verruchtheit sich niemand erhob.“

Meine publizistische Tätigkeit wandte sich, nachdem mein Plan, die Wahrheit des Krieges als Berichterstatter zu sehen und zu schreiben, trotz der Empfehlung des bayerischen Kriegsministers gescheitert war (ich wollte nicht ins Hauptquartier, sondern mit der bayerischen Armee gehen), den völkerrechtlichen Fragen zu, in denen ich die Kriegsführung zu kritisieren suchte.“

Eisner gerät in zunehmendem Maße in die Isolation. Lesen wir auch dazu, was er selbst schreibt: „Dann widmete ich mich dem Kampf gegen die Alddeutschen

und gegen die Presse. Meine Anschauung über die Alldeutschen wurde von den Münchner Post-Leuten belächelt, die diese mächtige Gruppe als ein Häuflein Einflußloser betrachteten. Jahre später, als die Tätigkeit der Alldeutschen dann allen sichtbar geworden war, bekämpfte auch die ‚Münchner Post‘ diese ‚Einflußlosen‘, aber wie immer: zu spät ... Meine politische Mitarbeit an der ‚Münchner Post‘ wurde sofort beim Kriegsausbruch plötzlich abgeschnitten. Meine wiederholt unternommenen späteren Versuche, ab und zu mit meinen oppositionellen Anschauungen zu Wort zu kommen, scheiterten an dem hartnäckigen Widerstand Adolf Müllers.“

Eisners Arbeiterfeuilleton, in dem er die Kriegspolitik der Sozialdemokratie angreift, war nicht mehr gefragt. Was bleibt, sind Theaterrezensionen. Ein karges, von Not bedrohtes Leben ist der Preis für seine Überzeugungen.

Eisner wird zum Kopf der Münchner Parteiopposition. An eine Abspaltung der oppositionellen Minderheit denkt er zunächst nicht. Es geht ihm vor allem darum, der Opposition die Möglichkeit zu verschaffen, ihren Standpunkt im Reichstag zu vertreten. In diesem Sinne schreibt er am 3. Dezember 1915 an Kautsky:

„Verehrter Genosse Kautsky!

Es ist gegenwärtig nicht möglich, öffentlich die Wahrheit zu sagen, so will ich mein Gewissen auf diesem Wege erleichtern.

Das gegenwärtige Verhalten der Mehrheit der Reichstagsfraktion läuft auf nichts anderes hinaus, als jede Friedensaktion des deutschen Proletariats zu verhindern und statt einer Aktion für den Frieden eine Friedensreklame für die am Weltkrieg schuldige Regierung zu machen ...

Eine Friedensaktion der deutschen Sozialdemokratie kann nur zweierlei Ziele sich setzen. Wir müssen die Regierung zu wirklichem Friedenswillen zwingen, indem wir ihre Verantwortlichkeit für den Krieg feststellen und eine neue Regierung des Friedens fordern. Das könnte im Reichstag in der *vorsichtigsten* Form geschehen und würde schon von ungeheuerster Wirkung sein. Zweitens müssen wir auf den Friedenswillen der Massen in den andern Ländern einwirken. Das kann nur erreicht werden, wenn die ‚feindlichen‘ Proletarier das Vertrauen haben, die deutsche Aktion sei ernst zu nehmen und der wahre und entschlossene Ausdruck der Gesinnung der deutschen Proletarier.

Daraus folgt, daß die Friedensaktion von der soz. dem. *Opposition* oder wenigstens — nach Verständigung mit der Mehrheit — in ihrem Sinne und von ihren Wortführern ausgehen mußte, von der man im Ausland allein noch glaubt, daß sie der internationalen Gesinnung treu geblieben sei. Eine proletarische Friedensaktion hat nur Sinn, wenn sie das friedliche Volk und den friedlichen Massenwillen gegen die herrschenden Kriegs- und Annexionscliquen aufruft ... Die Mehrheit will das aber gerade verhindern ...

Wo das Recht ist, würde sich ja gerade an den Wirkungen einer solchen Minderheitsaktion bald zeigen.“

Der idealistische Glaube an die Kraft der Wahrheit und den Friedenswillen des internationalen Proletariats kommt ebenfalls in einem Brief Eisners an Hugo Haase, den späteren USPD-Führer, zum Ausdruck. In diesem Brief berichtet Eisner von der letzten Sitzung der Münchner Wahlkreiskonferenz im März 1916: „Ich trat für eine selbständige sozialdemokratische Politik rücksichtsloser Opposition ein und erklärte die bisherige politische Haltung der Mehrheit für völlig unmöglich und weiterhin unerträglich. Auch ich sei der Meinung, daß eine wirksame Opposition und Aktion der deutschen Sozialdemokratie eine von den Massen getriebene und gestützte einheitliche Geschlossenheit der Partei voraussetze, daß diese Einheit aber nur in der Richtung der Minderheitspolitik gewonnen werden konnte. Ich wies darauf hin, welche furchtbare Waffe wir gerade jetzt im Parlament gegen Regierung und bürgerliche Parteien besäßen, wenn wir einfach die Wahrheit sprächen und Kritik übten, wenn wir die längst ganz klaren Verantwortlichkeiten des Krieges feststellten, die Kriegsführung kritisier-ten, die Kriegspolitik der Regierung und der bürgerlichen Parteien angriffen und ein positives Programm sozialistisch-europäischer Friedenspolitik bei jeder Gelegenheit propagierten ...“

Die Opposition vermag sich innerhalb der SPD nicht durchzusetzen. So kommt es im April 1917 in Gotha zur Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Eisner wird bald zum wichtigsten Mann der USP in Bayern. In ihren Reihen sowie unter den Teilnehmern der von ihm veranstalteten wöchentlichen politischen Diskussionsabende finden sich jene revolutionären Arbeiter, Soldaten und Intellektuellen, die ihn schließlich bei der Führung des Januarstreiks 1918 und der Novemberrevolution unterstützen.

Die Eisnersche Entwicklung wurde bis zu diesem Zeitpunkt mit Absicht ausführlich dargestellt, einmal weil sie nicht so bekannt ist wie der letzte Abschnitt seiner Biographie, die hundert Tage seiner Ministerpräsidentschaft vom 7. November 1918 bis zu seiner Ermordung am 21. Februar 1919, zum anderen, weil sich auf diese Weise am ehesten die Legende vom machtbesessenen Schwabinger Bohemien oder ostjüdischen Bolschewisten widerlegen läßt. Eisner hatte drei Jahrzehnte lang zum Teil an zentraler Stelle an den Auseinandersetzungen der deutschen Sozialdemokratie teilgenommen und zwar zum Schluß unter persönlichen Opfern einen *der* beiden Wege gegangen, zwischen denen überzeugte Sozialisten, die nicht der breiten Heerstraße der sozialdemokratischen Kapitulation folgen wollten, damals zu wählen hatten. Die beiden Wege — das waren USPD und Spartakus. Daß er sich für die aus der Kriegsgegnerschaft hervorgegangene, sozialpazifistisch orientierte USPD entschied und die in ihren ersten Anfängen stehende marxistisch-leninistische Kampfpartei Liebknechts ablehnte, ist entscheidend auf die frühe kantianische Einfärbung seines Marxismus zurückzuführen sowie auf seine enttäuschenden Erfahrungen mit der SPD, die in

ihm jene grundsätzliche Organisationsfeindlichkeit und Aversion gegen Apparat, Disziplin, Fraktionszwang, Über- und Unterordnung verursacht hatten. Wie sehr sich die Elemente seiner geistigen und politischen Herkunft schließlich auf das Handeln des Revolutionärs und Ministerpräsidenten Eisner auswirkten, soll abschließend an einigen Aspekten der Novemberrevolution und der darauf folgenden Regierungszeit Eisners gezeigt werden.

Selbstverständlich lässt sich Eisners Handeln nach der Revolution nicht nur aus den Bedingungen seiner Person erklären. Seinen Möglichkeiten waren objektive Grenzen gesetzt. So ist es mehr als fraglich, ob sich eine sozialistische Revolution in Bayern — und wäre sie noch so konsequent und der Reaktion gegenüber rücksichtslos durchgeführt worden — hätte halten können, solange die entsprechende Revolution im übrigen Deutschland, d. h. in erster Linie in Berlin, nicht erfolgreich war. Die wirtschaftliche Abhängigkeit Bayerns vom Reich und die Politik der reaktionären Noske-Sozialdemokratie waren es denn schließlich auch, die die auf die Eisnerzeit folgende Räterepublik Bayern scheitern ließen. Die Frage, was geschehen wäre, wenn diese Räterepublik sich gleich zu Anfang, also im November, konstituiert hätte, ist genauso spekulativ wie die Frage: Was wäre geschehen, wenn Eisner *nicht* die Mehrheitssozialdemokraten in seine Regierung genommen hätte, wenn er alle Macht den Räten gegeben hätte, wenn er die Presse sozialisiert hätte, wenn er die Beamtenchaft entlassen hätte? Weder er, Eisner allein, noch er und seine Getreuen, und auch nicht die zahlreichen Menschen, die ihm zujubelten und in ihm mit Recht den Mann des Friedens, der Gerechtigkeit, der Wahrheit, der Neuen Zeit, des ganz Anderen, des Besseren sahen, hätten solche Maßnahmen wirksam durchzusetzen vermocht, solange — wie es nun eben der Fall war — keine revolutionäre marxistische Massenpartei existierte.

Am 14. Oktober 1918 wird Eisner, da die USPD ihn als Kandidaten für die Reichstagswahl nominiert hat, aus dem Gefängnis entlassen. Sofort stürzt er sich in den Wahlkampf und in die Vorbereitungen für eine revolutionäre Erhebung in Bayern. Er rechnet nicht nur mit den Arbeitern in der Stadt, sondern auch mit den Bauern und nimmt deshalb zu den Führern des Bauernbundes Ludwig und Karl Gandorfer Verbindung auf. An der Seite des blinden Ludwig Gandorfer zieht er dann am 7. November, nach der von den beiden sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften gemeinsam veranstalteten Großkundgebung auf der Theresienwiese, an der Spitze seiner Anhänger durch die Stadt zu den Kasernen. Die Soldaten schließen sich seinem Zug an und besetzen, unterstützt von den am 3. November in München eingetroffenen Matrosen, die öffentlichen Gebäude der Stadt.

Am Abend konstituieren sich im Mathäser ein Arbeiterrat und ein Soldatenrat, der das militärische Oberkommando übernimmt. Aus deren Mitgliedern wird noch in derselben Nacht — nachdem die königliche Familie bereits München verlassen hat — im Landtag ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-

rat gebildet, der Kurt Eisner zum 1. Vorsitzenden wählt. Am Morgen des 8. November erscheint Eisners Aufruf „An die Münchener Bevölkerung!“, in dem Bayern zum Freistaat erklärt wird. Am Nachmittag desselben Tages lädt Eisner die Sozialdemokraten zur Teilnahme an einer gemeinsamen Regierungsbildung ein. Derselbe Auer, der noch in der Nacht zuvor mit dem königlichen Innenminister über eine Niederwerfung der Revolution beraten hat, akzeptiert das Amt des Innenministers. Von den 8 Ressorts gehen 4 an die Sozialdemokraten, 3 an die USPD — wobei Eisner als Ministerpräsident gleichzeitig das Außenministerium übernimmt —, 1 Ressort geht an einen Parteilosen. Für Eisner entspricht diese Politik jenem hoffnungsvollen Satz in seinem Aufruf an die Münchener Bevölkerung, in dem es heißt: „In dieser Zeit des sinnlosen wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein. Bewahrt Ruhe und wirkt mit am Aufbau der neuen Welt. Der Bruderkrieg des Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt!“

In dieser Zeit des Mordens kein Blutvergießen! Das ist ein Schlüsselsatz für Eisners Politik in den letzten hundert Tagen seines Lebens. Die Revolution ist ihm mehr Rettungstat für Bayern und Deutschland als Ausgangspunkt langwieriger innerer Veränderungen: „Die demokratische und soziale Republik Bayern“, so heißt es in dem Aufruf, „hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzuschwere Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluteten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen!“

Nach der Bildung des „provisorischen Nationalrats“ gibt er der Hoffnung Ausdruck, die Existenz einer „revolutionären Regierung“ in Bayern, deren treibende Kräfte von Anfang des Krieges an in einsamer und gefährlicher Opposition die deutsche Kriegspolitik bekämpft haben, werde „beim amerikanischen Präsidenten Wilson eine *mildere Stimmung* auslösen, als wenn er es mit einer Regierung zu tun hat, die alle Verantwortlichkeiten der Vergangenheit mitübernommen hat.“ Diese Hoffnung ist ein Reflex seiner alten Vorstellung, das aufrichtige Bekenntnis auch einer Minderheit zur Wahrheit und zur eigenen Schuld habe die Kraft, zu retten und zu erneuern (vgl. Eisners Brief an Kautsky). Diese Hoffnung erklärt, warum sich Eisner in erster Linie der Außenpolitik zuwendet. Seine Vorschläge auf dem Berner Sozialistentag, freiwillige deutsche Arbeiter beim Aufbau Nordfrankreichs mithelfen zu lassen, entspringen dieser Hoffnung. „In Bern hatte“, sagte später Heinrich Mann, „solange Eisner sprach, Deutschland keinen Feind mehr“. Wenn Eisner Ende November in Berlin nachdrücklich die Entlassung des Staatssekretärs des Auswärtigen, Solf, und des Vorsitzenden der Waffenstillstands-Kommission, Erzberger, verlangt und schließlich

die bayerischen Beziehungen zu Berlin abbricht, so steht dahinter deutlich die Überzeugung, Deutschland dürfe sich nicht durch kompromittierte Männer bei den Verhandlungen mit der Entente vertreten lassen.

Eisner mutet seinen Zeitgenossen viel zu! Als er die sogenannten Lerchenfeld-Berichte zum Beweis der deutschen Kriegsschuld veröffentlicht, vermehrt sich die Zahl seiner Feinde um das Vielfache, zumal man ihm den Vorwurf der Fälschung machen zu können glaubt, da die Dokumente gekürzt veröffentlicht wurden.

Derweil hat Auer weitgehend freie Hand nach innen. „Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt. Alle Beamten bleiben in ihren Stellungen.“ Auch dies sind — wie das Postulat: kein Blutvergießen! — Sätze aus dem Aufruf vom 7. November. Eine irgendwie geartete Beeinflussung der Presse ist, laut Regierungsprogramm vom 15. November, nicht vorgesehen, ebensowenig — mangels Masse — eine Sozialisierung der Produktionsmittel in absehbarer Zeit, wenn auch Eisner ausdrücklich für die Zukunft an einer Sozialisierung festhält. So ist das einzige, was einem deutschen Mehrheitssozialdemokraten noch ein Dorn im Auge sein kann, die Existenz der Räte. So erlassen Auer und Roßhaupter, der SPD-Minister für militärische Fragen, Richtlinien für die Arbeiter und Soldatenräte, in denen den Räten jede administrative und gesetzgeberische Funktion abgesprochen wird. Nicht einmal von der Kontrollfunktion, die Eisner für die Räte gefordert hatte, war mehr die Rede. Diese Richtlinien wirkten sich allerdings in erster Linie nur auf die unteren Organisationen aus. Insgesamt hatten sich nach dem 7. November in Bayern schätzungsweise 5—8000 Räte gebildet, die sich je nach örtlich vorherrschendem Parteieinfluß hinsichtlich ihrer Ziele und Kompetenzen völlig unterschiedlich begriffen. Auf dem Land stellten sie zum Teil lokale Vereinigungen des Bauernbundes dar, in manchen Dörfern auch des konservativen Bauernvereins, dessen Mitglieder, oft Großbauern, einer Rätegründung durch den radikalen Bauernbund zuvorkommen wollten. Der zentrale Bauernrat in München sowie der in der Nacht vom 7. November gegründete Revolutionäre Arbeiter-Rat (RAR) blieben jedoch trotz der Anstrengungen der Mehrheitssozialdemokraten bis in die Räterepublik hinein das führende revolutionäre Element.

Die Uneinigkeit sowie der fehlende organisatorische Zusammenhang des Rätesystems beruhte darauf, daß jede der am System selbst beteiligten politischen Gruppierungen die Räte anders verstand. Die SPD versuchte sie zu berufsständischen Interessenvertretungen zu entmachten, während auf der entgegengesetzten Seite Anarchisten und Kommunisten forderten: „Alle Macht den Räten!“ — allerdings mit dem einen, entscheidenden Unterschied, daß für die Kommunisten die Machtübernahme durch die Räte erst am Ende einer — zum damaligen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossenen — revolutionären Vorbereitung der Massen zu stehen hatte, während die Anarchisten darauf verzichten zu können glaubten. So war es denn Erich Mühsam, der Eisners Kampf für die Selb-

ständigkeit der Räte bei gleichzeitiger Ablehnung einer Rätediktatur, später Konzessionspolitik nennen sollte. Eugen Leviné berichtet dagegen einige Wochen nach der Ermordung Eisners in einem Brief an seine Frau von den jungen Mitgliedern der soeben gegründeten Kommunistischen Partei: Sie sagen: „Auf unseren Eisner lassen wir nichts kommen. Er war einer der Unseren!“

Hören wir noch einmal Eisner. Seine Vorstellungen von den Räten illustrieren am besten das politische Denken dieses Mannes, der sagt: Politik ist Erziehung, indem er den Staat im Sinne Kants und Fichtes als ein sittlich-pädagogisches Gebilde begreift und an die unbegrenzte Besserungsmöglichkeit des Menschen glaubt. Gegen Politik als Umgang mit Macht im Rahmen von Apparaten und Hierarchien hegt er, der den Niedergang der um die Jahrhundertwende größten sozialistischen Massenbewegung Europas aus nächster Nähe erlebt hat, ein tiefes Mißtrauen. Im Gefängnistagebuch heißt es unter dem 19. 2.:

„Meine alten Anschauungen über die Verkehrtheit der deutschen Arbeiterorganisation haben sich durch die letzten Ereignisse zur völligen Gewißheit verstärkt. Die Organisation muß sich aufbauen aus den natürlichen Zellen, den Betrieben. Die Politisierung der Betriebe — das ist die Entscheidung über Macht und Ohnmacht des deutschen Proletariats. Viel wichtiger noch als die notwendige Einheit ist die *Selbständigkeit* der Arbeiter. Ohne die Emanzipation von den Führern bleibt die Arbeiterbewegung seelen- und willenlos. Sie dürfen sich nicht ‚vertreten‘ lassen, von niemandem. Außerhalb ihrer eigenen Massen sollen sie nur Sachverständige, zu deren Charakter, Wissen, Intelligenz, Mut sie Vertrauen haben, als *Berater* hinzuziehen. Dann gelingt es auch niemals mehr, daß man die Massen lähmt, wenn man die Köpfe beseitigt.“

Auf einer Sitzung des Münchner Arbeiterrats am 5. Dezember sagt Eisner:

„Die Räte sollen Aufsichtsorgane des gesamten öffentlichen Lebens des Bezirks, in dem sie eingesetzt sind, sein. Sie sollen das öffentliche Leben kontrollieren . . . Nicht als Exekutivorgane, aber als Kontrollorgane, als kritische Organe, kurz, das gesamte öffentliche, politische und soziale Leben soll in seiner ganzen Öffentlichkeit erörtert und kritisiert werden. Bisher leistete einen Teil dieser Arbeit die Presse. Die Arbeiterräte sollen eine Art lebendige Presse sein.“

Die bürgerliche Presse, der Eisner soviel Verachtung entgegenbringt, daß er sich weigert, auch nur im geringsten ihre Freiheiten anzutasten, verfolgt mit Mißtrauen und Haß seine Innen- und Außenpolitik und bezichtigt ihn des Verrats. Reaktionäre Studenten verteilen Flugblätter mit der Parole: „Mach hurtig, Landvogt, Deine Uhr ist abgelaufen!“ Der Leutnant Graf Arco-Valley meint zu wissen, was er der Nation schuldet: Am 21. Februar schießt er Eisner nieder, der auf dem Weg zum Landtag ist, um seinen Rücktritt zu erklären, nachdem die USPD in den Wahlen unterlegen war. Auer schickte dem Mörder Kurt Eisners kurze Zeit nach dem Attentat einen Blumenstrauß ans Krankenbett.

RAT AN EINEN JUNGEN SOZIALISTEN (NICHT SOZIAL-
DEMOKRATEN) AUS DER REICHEREN WELT

Aber wenn du mich fragst Junge,
soll ich gehn in die Armee?
Kann ich dir nur raten Junge,
wenn du stark genug bist, geh.

Stark genug sein, das ist wichtig.
Unterschätz die andern nie,
denn die waschen die Gehirne.
Das Geschäft verstehen sie.

Lern mit ihren Waffen kämpfen,
wir gebrauchen sie einmal.
Lerne ihre Schwächen kennen.
Schwäche ihre Kampfmoral.

Und es gibt schon viel Soldaten
die sind das Gehorchen satt.
Sag was vorgeht, diskutiere
welche Ursachen das hat.

Und wenn der Soldat weiß, wer ihn
und die Völker unterdrückt,
um im Überfluß zu leben,
ist der Feind schon halb besiegt.

Also wenn du mich fragst Junge,
soll ich gehn in die Armee?
Kann ich dir nur raten Junge,
wenn du stark genug bist, geh.

1. VOR 63 JAHREN.

Die Stunde der Aushebung hat geschlagen. Bald kommt der Gestellungsbefehl, und das beste, was an jugendlicher Männerkraft im deutschen Volke gewachsen ist, muß sein Bündel schnüren und Eltern, Geschwister, Kollegen und Freunde, oft selbst Frau und Kind verlassen. Muß! Da gibt's kein Zerren und Sträuben; Gefängnismauern drohen dem Widerstrebenden. „Das Vaterland ruft! Erbärmlich, wer sich seinem Dienst nicht freudig weilt!“ So heißt es in den Schulen, so ruft es von den Kanzeln, so steht's in allen wohlstandigen und „angesessenen“ Büchern und Zeitungen.

Bisher wart ihr freie Männer, ihr jungen Proletarier, soweit kapitalistische Unkultur Proletarierfreiheit kennt. Die Hungerpeitsche aber ist ein Symbol der Freiheit im Vergleich mit dem Druck, mit der Sklaverei, unter die euch der blutigeiserne Militarismus zwingen wird. Sklaverei! Und nicht nur immer einem, sondern jedem Offizier, jedem Unteroffizier der deutschen Armee werdet ihr auf Gnade und Ungnade ausgeliefert; jedem Wink eurer Vorgesetzten habt ihr schweigend und ohne Widerrede mit Maschinenpomptheit Tag und Nacht zu gehorchen, mag euch auch das Unsinnigste und Unmoralischste, selbst Strafbares befohlen werden. Aber: „Ohne schärfste Disziplin ist keine Armee möglich. Ist auch der Dienst fürs Vaterland schwer, erbärmlich, wer sich ihm nicht freudig weilt.“ So heißt es überall, wo man auf Patriotismus hält. Bisher durftet ihr euch Wohnsitz und Wohnung wählen; das hört nun auf — ihr werdet meist aus der Heimat weggerissen, müßt wie Auswanderer hinausziehen, werdet in Kasernen eingepfercht und in Stuben geteilt, wie eine Herde in die Ställe.

Bisher durftet ihr euch außerhalb der Arbeit frei bewegen; der Militarismus wird euch von nun an keinen Schritt gestatten; Essen, Trinken, Schlafen, Ausgehen, alles wird diszipliniert, reguliert, kontrolliert. Bisher durftet ihr lesen und schreiben, was euch paßte; aber auch damit ist's zu Ende. Bisher durftet ihr Vereinen angehören oder Versammlungen beizwohnen, die euch paßten. Künftig werdet ihr nur lesen und schreiben dürfen, was der Vorgesetzte gestattet; schwere Strafe riskiert, wer andere als „staats-erhaltende“ Reden führt, wer andere als „staatserhaltende“ Gesellschaften besucht.

„Aber“, so wird man euch lehren, „die Armee ist die hohe Schule des deutschen Volkes; sie soll euch zur Treue gegen den Monarchen, zur Vaterlandsliebe er-

ziehen, auf daß unser Deutsches Reich stark und gefestigt dastehe. Keine Erziehung ohne Zwang“, so heißt es. „Erbärmlicher Nörgler, wer sich nicht willig in diesen Zwang schickt, um des edlen patriotischen Zwecks willen!“

Bisher durftet ihr um Besserstellung eurer Lage kämpfen; von morgen ab werdet ihr euch pro Tag mit wenigen 20 Pfennig Lohn für schweren Dienst begnügen müssen und nur ganz heimlich singen dürfen: „Präsentiert dem König! 22 Pfennig sind so wenig!“ Essen, Trinken, Verpflegung und Kleidung werden euch ohne eigenes Wahlrecht und ohne daß ihr auch nur eine Kritik wagen dürftet, zugeteilt.

Bisher war das Maß eurer Arbeit, die ihr dem Arbeitgeber zu leisten habt, meist fest begrenzt; von morgen an werdet ihr arbeiten müssen, was immer und wieviel euch der Vorgesetzte befiehlt, und da gibt's bei schwerer Strafe kein Mucksen!

Aber: „All das bringt das rauhe Kriegsleben mit sich. Das Vaterland ruft. Erbärmlich, wer sich seinem Dienst nicht freudig weiht, in seinem Dienst nicht gern jede Sklaverei, jede Anstrengung, jede Entbehrung auf sich nimmt!“

Wer euch beleidigt und schlägt, und sei es selbst euer Arbeitgeber, euer Meister, gibt euch damit ohne viel Federlesens Grund zur sofortigen Arbeitsniederlegung und zum Schadenersatz. Ihr dürft straflos Notwehr üben und könnt selbst straflos bleiben, wenn ihr zur Vergeltung wieder beleidigt, wieder schlägt. Nach dem Gesetz gilt eine Verletzung eurer Ehre und eures Körpers durch den Unternehmer gleich der Ehr- und Körperverletzung des Unternehmers durch den Arbeiter. Als freie und gleiche Staatsbürger stehen sich Arbeitgeber und Arbeiter, wenigstens nach dem Gesetz, gegenüber, ein und derselbe Paragraph trifft beide.

Das wird nun anders. Die ehrverletzende Kasernenroheit, die grausame Schmach der Soldatenmißhandlungen, die selbst nach den Worten des Kaisers und des Kriegsministers von Einem die Armee beflecken, werdet ihr gar bald an euch und euren Kameraden erdulden müssen. Und ihr dürft nicht den Heeresdienst verlassen, mag's euch auch dem Tod oder dem Wahnsinn zutreiben. Ihr habt nicht das Recht der Erwiderung auf der Stelle; und selbst das Recht der Notwehr wird euch bestritten. Dem Vorgesetzten hingegen wird in den Kriegsartikeln selbst das Recht des Waffengebrauchs gegen den widersetzlichen Untergebenen ausdrücklich zugesprochen. Die Beleidigung, Demütigung und Mißhandlung der Untergebenen, auch die schwerste, werden von den Militärgerichten meist nur als vorschriftswidrige Behandlung, seltener als Körperverletzung, meist nur mit geringen, nicht entehrenden Strafen, Stubenarrest und dergleichen von kurzer Dauer, seltener mit verhältnismäßig kurzfristigen Gefängnisstrafen belegt.

Dieselben Militärgesetze und Gerichte drohen an und verfügen drakonisch harte Freiheitsstrafen, meist Zuchthaus, gegen den Untergebenen, der sich, sei es auch nur unbedacht, zur Unbotmäßigkeit und Beleidigung oder gar irgend-

einer, wenn auch noch so verzeihlichen Gewalttätigkeit gegen den Vorgesetzten, und sei er persönlich noch so unwürdig und der gemeinste Soldaten-schinder, hat hinreissen lassen. Die Militärgesetze messen grundsätzlich und grausam mit zweierlei Maß. Nur ein schwerfälliger und zweischneidiger, mit vielen Fallstricken versehener Beschwerdegang schützt den Soldaten, der nicht alles einsteckt, was ihm sein Peiniger bietet. Der geringste Exzeß gegen einen der unzähligen Vorgesetzten vernichtet mit tödlicher Sicherheit die Existenz des unglücklichen Soldaten.

„Auch das muß mit in Kauf genommen werden! Eiserne Disziplin ist nötig, und sie führt zu den oft bedauerlichen Folgen; aber das sind nur Ausnahmen. Tragt auch sie im Dienste des teuren Vaterlandes.“

Und man wird euch bunte glitzernde Uniformen geben, euch mit Sang und Klang durch die Straßen führen. Den „vornehmsten Rock“ wird man euer neues Kleid nennen, euch Hochmut gegenüber dem Feinde einimpfen; das soll euch über alle Fährnisse, über alle Schmach und Not der Kaserne hinweg-täuschen.

Aber seid ihr denn Kinder, seid ihr Wilde, daß man euch durch Prunk und grellen Schmuck wie durch Spielzeug euer Erstgeburtsrecht auf Menschenwürde vergessen machen könnte? Ist's nicht eine Beleidigung, was man euch zumutet? Indessen: Es gilt das Vaterland zu schützen! Und da heißt's um des großen Zweckes willen die Augen zudrücken und die Zähne aufeinanderbeißen!

Das Vaterland schützen? Denkt an unsere chinesischen Heldenaten, an die Kämpfe in den afrikanischen Kolonien, an den Marokkohandel, der drauf und dran war, Deutschland in einen Weltkrieg zu verwickeln, Mord und Brand über Europa zu breiten. Was hatte das mit dem Schutz des Vaterlandes zu tun? Die großmannssüchtige Welt- und Kolonialpolitik mag den Interessen des großkapitalistischen Unternehmertums dienen; dem Vaterland, dem Proletariat bürdet sie nur Lasten auf.

Nun, wie ihm auch sei, ihr werdet in die Kaserne einziehen.

Dort werdet ihr bald hören: Nicht nur zum Kampf gegen den äußeren Feind, nein, auch zum Kampf gegen den inneren Feind sollt ihr dienen!

Wer ist der innere Feind?

Auf Vater und Mutter, Bruder und Schwester sollt ihr nach Kommando schießen! Fürs Vaterland?

Man wird euch zu Streikbrecherdiensten abkommandieren.

Fürs Vaterland?

Man wird euch, wie in Nürnberg und Magdeburg und wie in ganz Preußen und Hessen am 21. Januar 1906, in den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum zum Schutze des Unternehmertums und in den politischen Freiheitskämpfen der Arbeiterschaft zum Schutze eurer Unterdrücker gegen die Arbeiter, eure Kameraden, Kollegen und Gesinnungs-genossen zu den Waffen rufen.

Fürs Vaterland?

Die Augen werden euch aufgehen, wenn sie nicht schon geöffnet sind. Was ist das für ein Vaterland, das nicht das ganze Volk umfaßt, euch von euren Liebsten reißt, zu Feinden eurer Freunde machen will? Das den Kampf gegen die Arbeiterschaft proklamiert, das sich eins fühlt mit dem Unternehmertum, mit jeder Reaktion?

Das ist nicht euer Vaterland; das ist nicht das einzige deutsche Vaterland. Das * ist nur die Vertretung einer Klasse des deutschen Volkes, die euch, seitdem ihr lebt, und schon euren Vätern, seitdem sie leben, feindlich bis aufs Blut, die euch und eure Väter, Mütter, Brüder und Schwestern, Kameraden, Kollegen und Gesinnungsgegenossen von Kindesbeinen an ausbeutet und unterdrückt!

Der innere Feind: Das sind eure Väter, Mütter, Brüder, Schwestern und Freunde, das ist das gesamte Proletariat und alles, was nicht mit der herrschenden Reaktion durch dick und dünn geht; der innere Feind: Das seid noch heute ihr selbst! Und das werdet nach eurer Entlassung wieder sein ihr selbst! Ihr selbst, die ihr zum Kampf gegenüber diesem inneren Feind aufgerufen werdet, zum Kampf gegen euch selbst.

Zu „Hofhunden des Kapitals“, ihres Feindes, werden die Proletarier degradiert, wenn man sie gegen den inneren Feind mobilisiert; ihr Lohn, und sei er noch so gering, soll ein Judaslohn sein: Trifft es nicht zu, wenn Freunde des Proletariats so sprechen?

Und habt ihr erst dies erkannt, so erkennt ihr weiter: Nur darum der furchtbare Druck und Drill und die eiserne Disziplin, damit das Proletariat durch Furcht und Schrecken gezwungen wird, dem Kapital und der Reaktion, seinen eigenen Feinden zu dienen.

Und darum die Sklaverei und geistige Bevormundung, die Gesinnungsunterdrückung und der gleißende Prunk und Putz, damit das Proletariat im bunten Rock sich selbst und all die Seinen vergesse und willig den Willen des Kapitals und der Reaktion, seiner eigenen Feinde, tue.

Nur darum die Militärmißhandlungen und das grundsätzliche Messen mit zweierlei Maß durch Militärgesetze und Militärjustiz, weil man kein Volksheer, kein Heer des deutschen Volkes, sondern eine Armee des Kapitals, der Reaktion geschaffen hat und braucht.

Nur darum schafft man euch aus der Heimat in die Fremde, damit ihr von euren Nächsten getrennt im Kampfe für eure Feinde durch Skrupel und Zweifel, durch Solidaritätsgefühl und unbequeme Herzensregungen weniger gestört werdet.

Und die wahnsinnigen jährlichen Milliardenkosten dafür, daß ihr in dieses für euch selbstmörderische Instrument verwandelt werdet, daß man aus euch Proletariern das stärkste Bollwerk eurer Zwingburg fügt, daß man euch Seele, Verstand, Selbstgefühl, Klassenbewußtsein, Kindes- und Geschwisterliebe, kurz alle edelsten Regungen zu verwirren und zu rauben sucht, müßt ihr, mußt das

Proletariat auch noch selbst aus seinem eigenen sauren Schweiße pressen.

Ist das nicht Widersinn? Ist das nicht unmöglich? Warum schützt sich der Kapitalismus, schützt sich die Reaktion nicht durch ihre Kostgänger, durch die, deren Interessen sie vertreten?

Und der Militarismus ist der Würgeengel der Kultur; er barbarisiert die Zivilisation und frißt, das Volk aussaugend, alle Mittel auf, die einem wahrhaftigen Fortschritt dienen könnten.

Er ist die Quintessenz und die Summe aller Volksfeindlichkeit, der brutale Exekutor und der blutig-eiserne Schutzwall des Kapitalismus.

Nehmet diese Erkenntnis in euch auf, ihr Proletarier, die ihr zu den Waffen gerufen werdet, und alle Versuche, euch in der Kaserne der großen Sache des proletarischen Befreiungskampfes abspenstig zu machen, müssen nicht nur zuschanden werden, sondern die Begeisterung eurer Überzeugung, eurer Ideen nur um so höher und heißer entfachen. Als doppelt gestählte Streiter werdet ihr aus dem Heere des Kapitalismus in die Reihen der proletarischen Armee zurückkehren.

(Karl Liebknecht: „Rekrutenabschied“, aus: „Die Jungen Garde“, Nr. 7, 22. September 1906.)

2. BERICHT DES SOLDATEN WERNER TERIET

Ich bin seit dem 1. Januar 1968 bei der Bundeswehr. Meine erste Wehrdienstzeit war in Holland in Büdel und dort habe ich eigentlich das erste Mal mit den Methoden der Bundeswehr Bekanntschaft gemacht. Ich bekam von fortschrittlichen Organisationen Post. Das waren die Zeitschrift „tatsachen“, die Jugendzeitschrift „elan“, Informationen von der Kampagne für Demokratie und Abrüstung. Eines Tages wurde ich zu meinem Vorgesetzten zitiert. Der teilte mir dann mit, daß ich ab sofort diese Zeitschriften nicht mehr in die Bundeswehrkaserne bekommen dürfte, weil sie eben nicht mit der offiziellen Meinung der Bundeswehr übereinstimmten. Es sei eben nicht mehr möglich, ich sollte mir das nach Hause schicken lassen. Ich fragte ihn dann, ob das ein Befehl wäre. Er sagte jawohl. Ich verwies dann darauf, daß ich eine Beschwerde darüber schreiben werde. Am andern Tag bekam ich wieder Post von der Kampagne für Abrüstung, offenbar war dieser Brief nicht durch die Hände meines Kompaniechefs gegangen — er kam dann zu mir, holte mich aus dem Unterricht raus und sagte mir, er wollte diese Post mal gerne sehen, ich hätte ja wieder Post von einer kommunistisch unterwanderten Organisation bekommen. Ich verwehrte ihm dann den Zugang zu meiner Post und drohte ihm, notfalls zivilrechtlich etwas dagegen zu unternehmen. Ich hab dann diese ganze Geschichte dem Wehrbeauftragten mitgeteilt, der leider bis heute, fast ein Jahr

danach, seit 1. Februar läuft diese Sache, mir nur nichtssagende Mitteilungen gemacht hat.

Nach meiner Versetzung von Holland nach Münster zur Stabskompanie der Luftwaffengruppe Nord verweilte ich dort einige Zeit und zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Notstandsgesetze brachte ich dort ein Flugblatt heraus. Ich wandte mich an meine Kameraden und machte ihnen deutlich, welche Gefährlichkeit diese Gesetze beinhalteten. Ich forderte sie auf, diese Bedenken, die wir eigentlich alle haben müßten, dem Wehrbeauftragten mitzuteilen und er solle uns dann in einer Erklärung diese Bedenken ausräumen. Daraufhin wurde ich mehrere Male verhört. Die Zeitungen veröffentlichten dies. Die Bundeswehr war über diese Aktion sehr beunruhigt. Es wurde mir gesagt, daß dies zum ersten Mal in der zwölfjährigen Bundeswehrgeschichte vorgekommen sei. Etwa zur gleichen Zeit gab ein Genosse von mir in Aalen ein Flugblatt heraus, das etwas schärfere Formulierungen hatte. Dieses Flugblatt war Anlaß einer Bestrafung. Er wurde zu 14 Tagen Arrest bestraft wegen Entstellung der Tatsachen — so legte man ihm das aus — er hätte gegen die Pflicht zum treuen Dienen verstößen.

Nebenbei sei bemerkt, daß an der Gerichtsverhandlung vor dem Truppendiftgericht niemand dabei sein konnte.

Ich war selbst da und wollte hinein. Das wurde mir verwehrt. Die Gerichtsverhandlung wurde äußerst autoritär geführt. Der Truppendiftrichter Pöpsel gab sich selbst als ehemaliger Kommandeur einer faschistischen Einheit in Stalingrad an und verwies den Gefreiten Reinhard Junge mehrere Male, er solle sich hier nicht so aufführen, vor Gericht. Seine schizophrene Argumentationsweise falle ihm auf die Nerven. Er hätte hier keinen Universitätsdirektor vor sich, der in seiner Hilflosigkeit nicht mehr weiter weiß. Und die Verhandlung endete mit 14 Tagen Arrest, die der Gefreite Reinhard Junge am selben Tag noch antreten mußte. Am andern Tag entwarf ich ein Solidaritätsflugblatt und 24 Kameraden von mir unterschrieben dies. Und dieses Flugblatt wurde dann am andern Tag vor der Westfalenkaserne in Aalen verteilt. Der Gefreite Reinhard Junge saß zu dieser Zeit noch in Arrest. Einige Tage später, nachdem diese Vorfälle bei uns in den Stäben gemeldet wurden, wurde ich wieder zum Chef zitiert und verhört. Ich verweigerte dort die Aussage, weil ich eben kein Vertrauen zur Bundeswehr hab. Man versuchte dort, alles Mögliche aus mir herauszuholen, aber wie gesagt, die Aussage hatte ich dann verweigert. Man wollte mich dann verurteilen. Ich hätte gegen die Pflicht zum treuen Dienen verstößen, gegen den Verschwiegenheitsparagraphen und noch so allerlei Sachen, die man aufstellte und wieder fallenließ, weil ich einige Erklärungen rausgab und diese Sachen widerlegte. Schließlich hatte man doch einen Grund gefunden: Ich hätte mich derselben Tat wie Reinhard Junge schuldig gemacht und aufgrund meines tadellosen Führers usw. wurde ich dann nur zu 7 Tagen verurteilt. Ich wurde 2 Tage später eingesperrt, verbrachte dort meine 7 Tage.

Meine Kameraden und SDAJ-Genossen in der Kaserne, die auch Wache hatten, die mich also bewachen mußten, erwiesen mir große Solidarität und am 2. November fand in Dortmund dieser Wahlkongreß des Wahlbündnisses statt. Von dort aus wurde ein Solidaritätstelegramm an mich verschickt und eins an den stellvertretenden Chef des Stabes, General Langhut, in dem er aufgefordert wurde, mir für meine Haltung einen Sonderurlaub in Form von 8 Tagen zu gewähren. Dies veranlaßte ihn wohl zu besonderen Sicherheitsmaßnahmen bei meiner Entlassung. Die Kasernentore wurden geschlossen und keiner der Soldaten durfte sich am Fenster sehen lassen. Alles mußte auf die Stuben gehen. Ich wurde jetzt um 1.00 Uhr entlassen. Die SDAJ-Genossen erschienen etwa um 1.30 vor der Kaserne mit Transparenten und Schildern und protestierten gegen diese Strafe und wünschten mich zu sprechen. Dies wurde aber verwehrt. Der Gefreite Reinhard Junge, der auch zu meiner Entlassung gekommen war, erhielt dann Einlaß in die Kaserne und konnte mich als einziger nach meiner Entlassung direkt sprechen. Und als ich dann am Fenster meine Genossen begrüßen wollte, wurde mir von einem Offizier unteren Dienstgrades auch dies sehr energisch verboten.

Ja, am anderen Tag und einige Tage darauf mußte ich wieder wegen dieser Sache zum Chef, und diese Verhöre nahmen eigentlich gar kein Ende. Die Zeitungen brachten jeden Tag etwas darüber, und nach jedem Artikel mußte ich dann wieder zum Chef. Aus dieser ganzen Aktion bei der Bundeswehr konnte ich eine Gruppe von sechs SDAJ-Genossen aufbauen, die sehr aktiv arbeiten, eben alle aus der Erkenntnis heraus, daß bei der Bundeswehr eine politische Richtung vertreten wird, die uns an frühere Zeiten erinnert. In Anbetracht der Lage, in die wir durch die Notstandsgesetze gekommen sind, sehen sie eben die Notwendigkeit, bei der Bundeswehr den antimilitaristischen Kampf zu entwickeln. Dieser Kampf wird in Zukunft von uns verstärkt geführt werden, damit viele junge Soldaten in dieser fortschrittlichen Richtung denken, so daß die Einschüchterungsaktionen von seiten der Bundeswehrführung entweder globales Ausmaß annehmen oder sie sich damit abfinden und als Realität hinnehmen muß.

3. BERICHT DES GEFREITEN REINHARD JUNGE

Vom ersten Tage in der Bundeswehr ist man praktisch einer einseitigen Meinungsmanipulation unterworfen. Das fängt damit an, daß die normalen Informationsmöglichkeiten beschnitten sind. In den meisten Kasernen ist die Bildzeitung als einzige Tageszeitung zu erhalten. Gleichzeitig wird durch den politischen Unterricht unter dem Namen „Aktuelle Information“ oder „Staatsbürgerliche Bildung“, ich weiß nicht, was es noch für Reihen gibt, eine einseitige

politische Manipulation betrieben. Das heißt: die Kernpunkte dieser Unterrichte sind: Hetze gegen den Sozialismus, insbesondere gegen die Sowjetunion und die DDR. Weiterhin wird jede Opposition innerhalb der Bundesrepublik verteufelt, weil sie die heilige Ruhe und die Ordnung stört. Ruhe und Ordnung sind nicht definiert und der Begriff des Staates ist der eines unantastbaren Heiligtums, der uns allen dient. Wovon wir natürlich wissen, daß das unwahr ist. Gleichzeitig wird der Bundeswehrsoldat vom ersten Tage an einer unwahrscheinlichen Flut von kostenlos verteilten Schriften des Verteidigungsministeriums und der Militärbischofsämter ausgesetzt. Da finden sich solche Klötze drin wie zum Beispiel in diesem Heftchen hier: „Soldaten der Bundeswehr — Soldaten der freien Welt“: „Die im Warschauer Pakt zusammengeschlossenen Staaten haben ihre Armeen auf Offensive geschaltet und auf Angriff gedrillt. Im Hintergrund steht unverrückbar das Ziel der bolschewistischen Weltrevolution. Sich gegen die Gefahr aus dem Osten zu schützen, ist daher gemeinsame Angelegenheit der Völker, denen die rote Bedrohung gilt. Usw. usw.“ Das ist die erste Geschichte.

Eine weitere Geschichte ist, daß man vom ersten Tage an versucht, den jungen Soldaten das Denken abzugewöhnen. Das geschieht auf zweierlei Art und Weise. Entweder durch eine Beschäftigungstherapie mit vollkommen sinnlosen Arbeiten, daß man also tagelang Flure schrubben oder Gewehrreinigen darf oder daß man Soldaten in der Infanteriegefechtsausbildung bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit einspannt. Der Effekt ist der gleiche — der Soldat gewöhnt sich das Denken ab — zumindest fällt es ihm wesentlich schwieriger. Gleichzeitig wird von Anfang an eine Unwissenheit unter den Soldaten gefördert. Am ersten Tag bereits hört er, was seine Pflichten innerhalb der Kaserne sind, in der achten oder neunten Woche in der Grundausbildung meist erst seine Rechte, zum Beispiel das Beschwerderecht. Bis dahin sind Soldaten oft schon so sehr in diesem System gleichgültig geworden, weil sie denken, wir können nichts machen, daß sie einfach aufgeben. Ansatzpunkt unserer Arbeit müßte es sein, die Gleichgültigkeit unter den Soldaten zu bekämpfen, ihnen durch eigenes Beispiel zeigen, daß kein Vorgesetzter einen Untergebenen schinden und schikanieren wird, wenn er weiß, daß dieser Untergabe sich todlicher beschwert. Das ist der erste Punkt.

Wenn wir die Soldaten aus dieser Gleichgültigkeit nicht herausbekommen, dann bekommen wir sie auch nicht zu irgendeiner politischen Stellungnahme, zu irgendeiner politischen Handlung. Gleichzeitig müßte man dann den Klassencharakter der Armee entschleiern, den Zusammenhang zwischen Rüstungsindustrie und Regierungspolitik darlegen. Das sind die Ansatzpunkte.

Natürlich, ein junger Sozialist, der zur Bundeswehr geht, muß ein guter Soldat sein. Er muß das, was im Dienst von ihm gefordert wird, erfüllen. Er darf sich möglichst wenig bei irgendwelchen Sachen erwischen lassen, die nicht zulässig sind, aus einem ganz einfachen Grunde: Das gleiche verlangen wir

doch schließlich von einem Arbeiter im Betrieb, der ein guter Gewerkschaftsfunktionär ist. Ein Sozialist, der irgendwo an irgendeinem Platz kämpft, ist dort vorbildlich, damit sich jede Repression von oben gegen ihn zwangsläufig politisch begründen muß. Wenn ich ein guter Soldat bin, kann ich gleichzeitig mir leisten, im politischen Unterricht den Mund aufzutun. Wenn ich ein guter Kamerad bin, werde ich meine Kameraden hinter mir haben. Das ist der Ansatzpunkt für unsere Arbeit.

Querulantentum nützt nichts. Gerade bei der Bundeswehr warten die meisten Wehrpflichtigen, die soviel offene Fragen haben, darauf, daß ihnen diese Fragen sachlich und fundiert erklärt werden. Und von der Basis her kann man also wesentlich besser unter seinen Kameraden politisch arbeiten. Querulantentum verstehe ich in diesem Fall, daß jemand grundsätzlich einen Befehl nicht ausführt, wenn „stillgestanden“ befohlen wird, dann also anfängt zu reden usw. Dazu raten manche studentischen Genossen vom SDS. Aber ständige disziplinare Verstöße bringen nicht weiter. Oft hat man die Kameraden sogar gegen sich, weil das Anlaß ist für Vorgesetzte oder Anlaß sein kann, eine ganze Gruppe zu schinden, weil ein ständiger Motzer darunter ist. Wir können politisch nur dann arbeiten, wenn wir gute Soldaten sind, weil man uns dann nichts kann, zumindest nicht so einfach anhaben kann, als wenn wir leichtfertig versuchten, die Disziplin dort permanent zu stören.

Dann finde ich, daß wir sicherstellen müßten, daß Genossen, die bei der Bundeswehr sind, mit Genossen innerhalb ihrer Garnisonsstädte Verbindung aufrecht erhalten, daß also die Genossen innerhalb und außerhalb der Kasernen gemeinsame Aktionen planen vor dem Kasernentor, daß man ihnen mit Flugblättern das sagt, was innendrin nicht gesagt wird, daß man also gemeinsam Flugblattaktionen veranstaltet. So etwas könnte so aussehen, daß sich beispielsweise die Genossen in Hamm und Aalen am Einberufungstag eines jeden Quartals hinstellen und verteilen hektografierte Auszüge aus der Wehrbeschwerdeordnung, und schreiben gleich dazu, wie man sich beschweren kann und in welchen Fällen. Dadurch wird praktisch schon eine politische Arbeit geleistet.

Eine andere Sache, die unbedingt zu erreichen wäre, daß man es einrichtet, ob das jetzt über den SDS ist, ob es über die SDAJ ist oder andere fortschrittliche Gruppen, man müßte es unbedingt erreichen, daß junge Genossen, die zur Bundeswehr gehen, vor ihrem Weg zur Bundeswehr sich gemeinsam treffen, daß man meinetwegen Wochenendseminare veranstaltet, auf denen diese jungen Genossen sich auf ihre Dienstzeit vorbereiten, indem sie ihre Rechte und Pflichten kennenlernen. In denen sie sich also unterhalten über bestimmte Möglichkeiten, sich innerhalb ihrer Arbeit nicht zu isolieren. Wir müssen ständig den Kontakt bewahren. Und darauf müssen wir unsere jungen Genossen vorbereiten, wenn sie innerhalb der Bundeswehr eine konstruktive und politisch wertvolle Arbeit leisten wollen.

4. AUS DER AKTE DES SOLDATEN WALTER LISTL

Flugblatt

Ich habe geschworen „... das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen!“

Die Notstandsgesetze aber richten sich gerade gegen Recht und Freiheit unseres Volkes.

Im Artikel 87 Absatz 3 wird ausdrücklich festgelegt, daß die Bundeswehr auch gegen gewerkschaftliche Arbeitskämpfe eingesetzt werden soll. Wörtlich heißt es dazu: „Die Streitkräfte haben im Verteidigungsfalle und im Spannungsfalle die Befugnis, die zivilen Objekte zu schützen und Aufgaben der Verkehrsregelung wahrzunehmen, soweit dies zur Erfüllung ihres Verteidigungsauftrages erforderlich ist. Außerdem kann den Streitkräften im Verteidigungsfalle und im Spannungsfalle der Schutz ziviler Objekte auch zur Unterstützung polizeilicher Maßnahmen übertragen werden. Die Streitkräfte wirken dabei mit den zuständigen Behörden zusammen.“

Ich will aber keinen Meineid geschworen haben!

Als junger Marxist — als Funktionär der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend — trete ich immer und überall, in der Kaserne wie im Betrieb, in Uniform oder in Zivil für die Achtung der Menschenwürde, die Einhaltung der demokratischen Grundrechte und den gesellschaftlichen Fortschritt ein.

- In Dinslaken hat die Bundeswehr bereits den Einsatz gegen Demonstranten und Streikende geübt.
- Zwischen Arbeitgeberverbänden und Wehrbereichskommandos haben bereits Absprachen für den Einsatz der Bundeswehr gegen streikende Arbeiter stattgefunden.
- Im Bundestag mußte offen zugegeben werden: Es gibt Alarmkompanien der Bundeswehr gegen Notstandsgegner!

Die Notstandsgesetzgebung der Koalitionsregierung ist die Wiederholung der Ermächtigungsgesetze von 1933. Sie bedeuten das Ende jeglicher Freiheit und Demokratie. Sie führen zu Nazismus und Krieg.

Deshalb fordere ich als Bundeswehrsoldat zum Ungehorsam auf.

Ich fordere Euch auf — Kameraden in der Kaserne: verweigert den Eid, verweigert Befehle bei Übungen, die sich gegen die Bevölkerung richten!

Ich fordere Euch auf, Kollegen in den Betrieben, Verwaltungen und Universitäten: streikt! gegen den Abbau aller verfassungsmäßigen Rechte; für demokratische Reformen.

Vereinigt alle Kräfte gegen die Notstandsgesetze!

Walter Listl, Mitglied des Landesvorstandes Bayern der SDAJ.

(Verantw. Panzergrenadier Walter Listl, Oberviechtach, Grenzlandkaserne, Pz. Gren. Btl. 122. Eigendruck im Selbstverlag)

An das Pz. Gren. Btl. 122

Oberviechtach, den 10. 7. 68

Beschwerde

Ich wurde am 9. 7. 68 mit 16 Tagen Arrest bestraft.

In der Strafformel heißt es: „... er hat am Gründungskongreß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend in Uniform teilgenommen ... er hat in einem Flugblatt zur Eid- und Befehlsverweigerung aufgerufen, so wie dazu, sich gegen legale Gesetze zu wehren.“

Ich möchte mich aus folgenden Gründen darüber beschweren: Zunächst empfinde ich die Formulierung, ich hätte allgemein zur Befehlsverweigerung aufgerufen, als sinnentstellend und ausgesprochen oberflächlich.

Ich habe ausdrücklich und deutlich zum Ausdruck gebracht und betone dies hier noch einmal, daß hier nur Befehle gemeint sind, die uns Soldaten dazu anweisen, auf Streikende und Demonstrierende zu schießen.

Zwar sind nach den NS-Gesetzen Streiks geschützt, die „zur Wahrung und Förderung sozialer und wirtschaftlicher Sicherstellung der Arbeiter“ durchgeführt werden, jedoch ist hier der politische Streik ausgeklammert.

Doch bei der engen Verknüpfung von Politik und Wirtschaft in unserem Lande trägt jeder, auch der wirtschaftliche Streik politischen Charakter.

Der Einsatz der Bundeswehr gegen die eigene Bevölkerung ist ein Verbrechen. Nach dem Soldatengesetz kann also die Nichtausführung eines entsprechenden Befehles bestraft werden, da Befehle, die ein Verbrechen beinhalten, nicht ausgeführt werden dürfen.

Außerdem möchte ich mich ganz entschieden gegen die in der Strafformel gebrauchte Formulierung wenden, es handle sich bei den NS-Gesetzen um legale Gesetze.

Nicht das ist legal, was ein Bundestag ohne parlamentarische Opposition, gegen den Willen des bewußtesten Teils der Bevölkerung beschließt, nicht das ist legal, was uns Soldaten anweist auf die eigene Bevölkerung zu schießen, sondern das ist legal, was das Grundgesetz in seiner ursprünglichen Form beinhaltet, das ist legal, was den legitimen Interessen des deutschen Volkes entspricht und was der wahren Demokratie in diesem Lande nützt.

Aus den Formulierungen der Strafformel, ich hätte allgemein zur Befehlsverweigerung aufgerufen, bei den NS-Gesetzen handle es sich um „legale“ Gesetze und ich hätte nicht das Recht mich gegen bestehende Gesetze zu wehren, spricht der Geist der Einseitigkeit, der Voreingenommenheit und einer Art Gesinnungsjustiz.

Leuten, die solche Urteile fällen oder bestätigen, kann ich den Vorwurf der Befangenheit nicht ersparen.

Ich möchte mich darüber beschweren, daß ich dafür bestraft werde, daß ich in Uniform an einer politischen Veranstaltung teilgenommen habe, da dies hohe Offiziere und Generale der Buwe seit Jahr und Tag ungestraft tun dürfen.

(Ich bin jederzeit bereit und in der Lage dies zu beweisen.) Das mir zur Kenntnis gebrachte Argument, es handle sich hier um offizielle Vertreter oder Beobachter der Buwe, kann ich deshalb nicht gelten lassen, da sonst der fatale Eindruck entsteht, dieses Gesetz gelte nicht für Soldaten, die eine Offiziersstellung bekleiden und einen dementsprechenden „regierungstreuen“ politischen Horizont haben.

Es hänge also von der jeweiligen politischen Einstellung des einzelnen Soldaten ab, ob dieses Gesetz für ihn gültig ist oder nicht.

Ich bin außerordentlich befremdet und empfinde es als abstoßend, in welcher Art und Weise dieser ganze Fall behandelt wurde.

Während man mir bei der Aushändigung der Strafe sagte, der Strafvollzug würde sich hinauszögern, wenn ich nach Ablauf einer Nacht mündlich beim Kp.-Chef bekundet hätte, daß ich mich in den nächsten 14 Tagen über das Urteil schriftlich beschweren werde.

Man empfahl mir noch, eine „politische Aktion“ daraus zu machen, sagte man mir am nächsten Tag, wenn ich in 2 Stunden die Beschwerde nicht fertig verfaßt und eingereicht habe, würde ich eingesperrt.

Es fällt mir natürlich nicht gerade leicht, die Beschwerde über ein Urteil politisch zu begründen, dessen Sinn und Zweck weder mir noch meinem vorgesetzten Btl.-Kom. klar ist und er mich, über den erzieherischen Wert dieser Strafe befragt, mit einem Sexualverbrecher vergleicht, bei dem ja eine Bestrafung ebenfalls keinen Wert hat. Das ist wohl nicht die feine Art.

Ich stehe nach wie vor zu allem, was ich geschrieben und gesagt habe, da ich gelobt habe, das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, und nicht das Recht und die Freiheit einiger Bonner Notstandspolitiker.

Ich werde alles tun, damit diese, einer demokratischen Armee unwürdigen Vorgänge an die Öffentlichkeit gelangen.

Ich bitte die äußere Form dieser Beschwerde zu entschuldigen, da mir nicht sehr viel Zeit zur Auffassung blieb.

Walter Listl, Pz. Gren.

An das Pz. Gren. Btl. 122

München, den 11. 7. 68

Ergänzung meiner Beschwerde vom 10. 7. 68

Durch Verfügung vom 9. 7. 68 wurde ich mit 16 Tagen Arrest bestraft. Gegen diese Verfügung habe ich am 10. 7. 68 Beschwerde eingereicht.

Ursprünglich wurde mir bei der Aushändigung der Strafe mündlich mitgeteilt, ich hätte 14 Tage Zeit für die Beschwerde, für den Aufschub der Vollstreckung würde es genügen, die Beschwerde mündlich nach Ablauf einer Nacht anzukündigen.

Jedoch sagte man mir am nächsten Tag, ich müßte innerhalb 2 Stunden (bis 10 Uhr) die Beschwerde verfaßt und eingereicht haben, oder bis 10 Uhr den Arrest antreten.

Deshalb möchte ich die Beschwerde hier noch im einzelnen begründen:

1. In der Strafformel heißt es:

„... er hat am Gründungskongreß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend in Uniform teilgenommen ...“

Ich bin Mitglied der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), weil ich es für notwendig halte, daß wir uns zusammenschließen, um für eine bessere Gesellschaft, in der es keine Kriege und keine Ausbeutung gibt, zu kämpfen. Heute müssen wir alle demokratischen Rechte, die wir haben, verteidigen und müssen im Betrieb, in Schulen und Kasernen für Mitbestimmung und demokratische Verhältnisse eintreten. Gerade auf uns Soldaten kommt es dabei an, denn wir sind besonders abhängig durch die Bestimmungen über „Befehl und Gehorsam“ und wir müssen uns rechtzeitig gegen die Gefahr wehren, als blinde Befehlsempfänger für verbrecherische Ziele mißbraucht zu werden (wie das mit den deutschen Soldaten im letzten Krieg geschehen ist, wie das heute mit den US-Soldaten in Vietnam geschieht und wie das mit uns geschehen wird, wenn man uns z. B. befiehlt auf unsere, für politische Ziele streikende Arbeitskollegen zu schießen).

Ich möchte mich darüber beschweren, daß ich bestraft werde, weil ich an einer Veranstaltung einer Organisation mit marxistischer Weltanschauung teilgenommen habe, während kein Soldat dafür bestraft wird, wenn er an einer Veranstaltung einer Organisation mit klerikaler Weltanschauung in Uniform teilnimmt (Kirche, Gottesdienst).

Aber selbst wenn die Teilnahme am Gründungskongreß der SDAJ unter das Verbot des § 15 Abs. 3 fallen würde, so weise ich darauf hin, daß hohe Offiziere und Generale sehr oft in Uniform an politischen Veranstaltungen verschiedenster Art teilnehmen. Presse und Fernsehen berichten ständig darüber. Von Disziplinarstrafen wurde in keinem dieser Fälle etwas bekannt.

Nachdem im Soldatengesetz bestimmt ist, daß militärische Vorgesetzte in ihrem Handeln Vorbild sein sollen, kann man von mir nicht verlangen, daß ich etwas für verboten halte, was bei Offizieren und Generalen üblich, ja geradezu typisch ist.

2. In der Strafformel wird ferner der Vorwurf gegen mich erhoben:

„... er hat in einem Flugblatt zur Eid- und Befehlsverweigerung aufgerufen, sowie dazu, sich gegen legale Gesetze zu wehren.“

Zunächst wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen könnten, an welcher Stelle festgelegt ist, daß es strafbar ist, den Eid zu verweigern oder dazu aufzurufen.

Weiterhin wurde in den von mir unterzeichneten Flugblättern keineswegs ganz allgemein zur Eid- und Befehlsverweigerung aufgerufen. Ich habe schon mehr-

fach darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, diejenigen Befehle zu verweigern, die uns Soldaten anweisen, auf streikende Arbeiter, auf Demonstranten, also auf die eigene Bevölkerung zu schießen. Daß dies nach den NS-Gesetzen möglich ist, habe ich in meiner ersten Beschwerde begründet. Die Strafformel gibt sich keine Mühe zu begründen, warum eine solche Aufforderung nicht zulässig sein soll.

Die Buwe setzt sich dadurch dem Verdacht aus, daß sie einen solchen Einsatz gegen die eigene Bevölkerung für „legal“ hält. Es entsteht dadurch der fatale Eindruck, daß man es mir verbieten will, mich gegen verbrecherische Befehle zu wehren oder dazu aufzurufen.

§ 6 des Soldatengesetzes bestimmt, daß der Soldat die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie jeder andere Deutsche hat. Das heißt, daß auch der Soldat gegen geplante Gesetze Flugblätter verfassen kann.

Als ich diese beiden Flugblätter verfaßt habe, waren die NS-Gesetze weder vom Bundestag beschlossen noch legal. Ich habe mich also gegen geplante Gesetze gewandt, aber in der Oberflächlichkeit, mit der das Urteil begründet wurde, muß Ihnen das wohl entgangen sein.

§ 8 des Soldatengesetzes bestimmt: „Der Soldat muß die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes anerkennen und durch sein ganzes Verhalten für ihre Erhaltung eintreten.“ Diesem Gebot entsprach es meines Erachtens, das Grundgesetz gegen seine Veränderung durch diktatorische Notstandsvollmachten zu schützen.

In einem der Flugblätter heißt es:

„Auf dich muß ich schießen Arbeiter, Student . . .

Wenn uns der Bonner Notstand blüht!

Art. 87 a, Abs. 3 der Notstandsverfassung:

Die Streitkräfte haben im Verteidigungsfall und im Spannungsfalle die Befugnis, zivile Objekte zu schützen und Aufgaben der Verkehrsregelung wahrzunehmen, soweit dies zur Erfüllung ihres Verteidigungsauftrages erforderlich ist. Außerdem kann den Streitkräften im Verteidigungsfall und im Spannungsfalle der Schutz ziviler Objekte auch zur Unterstützung polizeilicher Maßnahmen übertragen werden. Die Streitkräfte wirken dabei mit den zuständigen Behörden zusammen.“

Wenn ihr Arbeiter und Angestellte also mit euren Gewerkschaften für besseren Lohn, soziale Sicherheit, für Mitbestimmung und Demokratie mit allen legitimen Mitteln, die euch nach dem Grundgesetz zur Verfügung stehen, kämpft (und dazu gehört auch der Streik, auch der Generalstreik), und wenn dann gewisse Herren, die an den Hebeln der Macht sitzen, der Meinung sind, dieses konsequente Eintreten für eure Forderungen „bedrohe unsere Grundordnung“ und die Reaktionen auf die Unruhen der Arbeiter und Studenten der letzten Monate zeigte, man ist in Bonn sehr schnell bei der Hand mit Behauptungen ähnlicher Art dann sollen wir Soldaten auf euch schießen.

Man ließ uns geloben: „... das Recht und die Freiheit des Deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“

Wir werden niemals — auch im sogenannten Spannungsfall nicht — auf unsere Arbeitskollegen und auf die Studenten schießen. Wir werden „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer verteidigen“.

Bürger dieses Landes, Kollegen in den Betrieben, Studenten, Soldaten!

Wehren wir uns gegen diese Diktaturgesetze!

Lassen wir nicht zu, daß es ein zweites 1933 gibt!

Wir Soldaten wollen und werden nicht auf unsere Kollegen schießen!

Kameraden, nicht länger „Stillgestanden“!

Kameraden, „rübert euch“, bevor es zu spät ist!

Gemeinsam sind wir unaufhaltsam!“

Hier wird eindeutig klargelegt, daß es sich nicht um die Verweigerung von Eiden und Befehlen in jedem Fall handelt, sondern es wird ausschließlich Bezug genommen auf „Übungen, die sich gegen die Bevölkerung richten“. Solche Übungen, erst recht solche Einsätze, sind illegal, denn sie sind ein Verbrechen. Der Aufruf, bei solchen Übungen nicht mitzumachen, ist also legal, ein Disziplinarverfahren müßte längst eingeleitet sein gegen die Verantwortlichen für diese Anti-Streik und Anti-Demonstranten-Übungen. Ein solches Strafverfahren fehlt natürlich, statt dessen hieß es im Bundestag, das ganze sei ja nur ein „Mißgriff“.

Ich fühle eine Verpflichtung in mir, nicht nur die Soldaten über den Charakter der NS-Gesetze aufzuklären, die verbrecherische Befehle befolgen müßten, die sich aus diesen Gesetzen ergeben, sondern auch Offiziere und Generale, die sonst wiederum bedenkenlos solche Befehle geben, die sie später nicht verantworten können.

Ich habe im Sinne der Kameradschaft gehandelt, zu der ich nach § 12 des Soldatengesetzes verpflichtet bin, da ich verhindern will, daß meine Kameraden eines Tages vor einem neuen „Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß“ gestellt werden, weil sie in einem demokratischen Deutschland zur Rechenschaft dafür gezogen werden, daß sie anno 19 . . . auf streikende Arbeiter und Demonstranten geschossen haben.

Ich bin davon überzeugt, daß ein objektives Gericht nach Prüfung meiner Argumente zu der Einsicht gelangen muß, daß ich entsprechend meinem Eid und den Bestimmungen des Soldatengesetzes gehandelt habe. Außerdem hat Professor Ulrich Klug (Köln) darauf hingewiesen, daß Inhalt und Bedeutung dieses Eides nicht nachträglich durch die Notstandsgesetze geändert werden können, sondern daß der Eid in seinem ursprünglichen Sinn bestehen bleibt (SZ vom 12. 7. 68). Jeder Einsatz gegen die eigene Bevölkerung und jede derartige Übung wäre ein Bruch dieses Eides.

Ich sehe da nicht einen Punkt, für den ich bestraft werden dürfte.

3. Nebenbei möchte ich noch auf einige Mängel der Arrestführung hinweisen, weil sie typisch sind für die Art, in der hier eine politische Strafe ausgesprochen

wurde; auch aufgrund dieser Verstöße ist die Verfügung nichtig.

§ 25 Abs. 3 WDO bestimmt:

„Die Strafformel muß bei der Bekanntgabe schriftlich festgelegt sein. Sie muß Zeit, Ort und Sachverhalt des Dienstvergehens ... enthalten ... Er (der Beschuldigte) ist zugleich über die Zulässigkeit der Beschwerde, die Stelle, bei der die Beschwerde anzubringen ist, und die einzuhaltende Frist schriftlich zu belehren.“ Die Strafformel setzt sich in einer Weise mit dem Sachverhalt des angeblichen Vergehens auseinander, die diesem Paragraphen nicht entspricht.

Die Strafformel gibt den Sachverhalt oberflächlich, sinnentstellend und einseitig wieder.

Die notwendige Rechtsmittelbelehrung wurde mündlich falsch, oder zumindest ungenau erteilt.

Aus diesen von mir hier dargelegten Gründen glaube ich, daß ich zu Unrecht bestraft wurde und stelle folgenden Antrag: Man möge den Vollzug der Strafe auch nach Ihrem Bescheid auf dieses Schreiben aufschieben, falls meine Beschwerde abgelehnt wird, da ich mich ansonsten an die nächsthöhere Dienststelle der Wehrverwaltung mit meiner Beschwerde wenden werde. (§ 9 Abs. 1 WBO)

Walter Listl, PzGren

Herrn
Kommandeur d. Rak. Art. Btl. 42
Oberstleutnant Adler

Hemau 14. 8. 68

Betr.: Beschwerde

Am Samstag, dem 10. 8. 68, besuchte mich ein Herr in meiner Zelle, in der ich seit 2. 8. 68 eine sechzehntägige Arreststrafe absitze, der sich als Reporter der Abendzeitung ausgab.

Dieser Herr war vom Militärischen Abschirmdienst (MAD).

Ich möchte mich in aller Form und in aller Schärfe dagegen wehren, daß man mir Spitzel des MAD in die Zelle schickt und möchte Sie bitten, alles in Ihren Kräften stehende zu tun, daß ich in Zukunft von Besuchern dieser Art verschont bleibe.

Eine solche, übrigens ausgesprochen plumpe u. ungeschickte Art der Bespitzelung empfinde ich als beleidigende Taktlosigkeit und mit den Grundsätzen einer demokratischen Armee wohl kaum vereinbar.

Ich möchte Sie bitten, dazu Stellung zu nehmen, sobald dies Ihre Zeit erlaubt.

Walter Listl, Schtz

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages
Bad Godesberg, den 15. August 1968

Herrn
Panzergrancadier Walter Listl
Panzergrancadierbataillon 122
8474 Oberviechtach

Sehr geehrter Herr Listl!

Die Überprüfung Ihrer Eingabe vom 15. 7. 1968 habe ich inzwischen abgeschlossen. Hierbei habe ich folgendes festgestellt:

Durch Beschuß des Truppendifenstgerichts D — 2. Kammer — vom 25. 7. 1968, Az D 2 BL b 35/68, wurde Ihre Beschwerde vom 10. 7. 1968 als unbegründet zurückgewiesen. Da diese Entscheidung endgültig ist, ist die gegen Sie am 9. 7. 1968 verhängte Arreststrafe unanfechtbar geworden.

An die Unanfechtbarkeit des o. a. Beschlusses vom 25. 7. 1968 sind alle, auch der Wehrbeauftragte, gebunden. Ich kann im Rahmen meines gesetzlichen Aufgabenbereichs lediglich nachprüfen, ob die Grundrechte der Soldaten oder die Grundsätze über die innere Führung verletzt sind (vgl. § 2 Abs. 2 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Bundestages vom 26. 6. 1957 — BGBI I S. 652 —). Zu einer solchen Annahme bietet der vorgetragene Sachverhalt jedoch keinen Anlaß. Ich verschließe mich daher einem weiteren Tätigsein in Ihrer Angelegenheit.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag, Haack

Artillerieregiment 4, Kommandeur

84 Regensburg, 22. August 1968

An Schützen Walter Listl
PzGrenBtl 113, 849 Cham

Betr.: Ihre Beschwerde vom 16. 8. 1968 über OTL Adler

Beschwerdebescheid:

Ihre Beschwerde vom 16. 8. 1968 ist frist- und formgerecht eingelegt worden. Sie ist jedoch unbegründet und wird deshalb zurückgewiesen.

Begründung:

Durch Presseveröffentlichungen war bekannt, daß am 10. 8. 1968 eine Demonstration der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend und des Liberalen Studentenbundes vor der Kaserne in Hemau wegen ihrer Bestrafung mit 16 Tagen Arrest erfolgen sollte.

Sie waren bis zu diesem Zeitpunkt den in Hemau stationierten Soldaten unbekannt, und ebenfalls war diesen Soldaten nicht bekannt, wer Sie bestraft hatte und aus welchen Gründen diese Bestrafung erfolgte. Um die in der Kaserne sta-

tionierten Soldaten zu unterrichten und auch evtl. Fehlverhalten dieser Soldaten gegenüber den Demonstranten vorzubeugen, informierte OTL Adler am 8. 8. 1968 die ihm unterstellten Einheitsführer über den Sachverhalt, mit der Weisung, alle unterstellten Soldaten am 8. oder 9. August zu orientieren. Bei dieser Information durch OTL Adler ist nach meinen Untersuchungen durch OTL Adler nicht behauptet worden, daß Sie im Osten geschult worden seien, auch konnte man aus seinen Ausführungen eine solche Behauptung nicht ableiten.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb von zwei Wochen nach seiner Bekanntgabe, jedoch frühestens nach Ablauf einer Nacht, weitere Beschwerde bei dem Kommandeur der 4. PzGrenDiv in Regensburg, Daimlerstraße 2, einlegen. Sie können die weitere Beschwerde auch bei Ihrem nächsten Disziplinarvorgesetzten einlegen.

Die Beschwerde kann schriftlich oder mündlich zur Niederschrift eingelegt werden.

Meyer, Oberstleutnant

4. Panzergrenadierdivision, Kommandeur

Regensburg, den 30. August 1968

PzGren Walter Listl

Betr.: Beendigung Ihres Dienstverhältnisses.

Gemäß § 29 Abs. 1 Ziffer 5

Wehrpflichtgesetz entlasse ich Sie mit Ablauf des 3. September 1968 *fristlos* aus der Bundeswehr.

Die für Sie wichtigen umseitigen Hinweise bitte ich zu beachten.

Sollte Ihnen dieses Schreiben erst nach dem festgesetzten Zeitpunkt zugestellt werden, wird die Entlassung mit Ablauf des Tages rechtswirksam, an dem Sie Ihnen zugestellt wird.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diese Entlassungsverfügung können Sie innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Bekanntgabe, jedoch frühestens nach Ablauf einer Nacht, Beschwerde bei mir oder beim Kommandierenden General des II. Korps in Ulm, einlegen. Sie können diese Beschwerde auch bei Ihrem nächsten Disziplinarvorgesetzten einlegen. Die Beschwerde kann schriftlich oder mündlich zur Niederschrift eingelegt werden.

Begründung

Sie verletzten Ihre Pflicht zum treuen Dienen, indem Sie im Mai und Juni 1968 öffentlich mit Wort und Schrift erklärten, daß Sie nicht gewillt seien, alle vom Gesetzgeber vorgeschriebenen militärischen Dienstpflichten — insbesondere ge-

horsam zu sein und auch im Rahmen der Notstandsgesetzgebung unter Umständen ergehende Befehle auszuführen — zu erfüllen.

Sie riefen in Flugblättern, die in München und in Kasernen des Divisionsbereichs verteilt wurden, die Soldaten der Bundeswehr zum Ungehorsam auf.

Aufgrund Ihres Verhaltens fanden vor Kasernen der Bundeswehr Demonstrationen statt, bei denen die Soldaten u. a. ebenfalls zum Ungehorsam und zur Zurückgabe ihrer Wehrpässe aufgefordert wurden.

In Ihrem Verhalten legten Sie somit nicht die Ihnen durch den § 15 des SG aufgelegte Zurückhaltung an den Tag. Sie gefährden dadurch ernstlich die Ordnung und Disziplin in der Truppe.

Wegen Ihrer Dienstpflichtverletzungen mußten Sie auch mit 16 Tagen Arrest bestraft werden.

Sie wurden am 30. August 1968 zu Ihrer Entlassung gehört.

Einberufungsbescheid

München, 15. 1. 1969

Sehr geehrter Herr Listl!

Für den Verteidigungsfall sind Sie der Einberufungsgruppe ... zugeteilt. Diese Einberufungsgruppe wird voraussichtlich erst einige Zeit nach Verkündung des Verteidigungsfalles durch die Bundesregierung über Presse, Rundfunk oder Plakatanschlag öffentlich aufgerufen. Sie werden aufgefordert, sich nach ergangenem Aufruf zu dem bekanntgegebenen Zeitpunkt beim Truppenteil Nr. ... in ..., Alte Kaserne ... zum Diensteintritt zu stellen.

5. REAKTIONEN

„Die Bundeswehr ist gegen den Mißbrauch durch organisierte einzelne zu schützen.“

(Verteidigungsminister Gerhard Schröder vor dem Bundestag 1968. Aus: Spiegel, Nr. 3/69, S. 50)

„Bei aller Respektierung der Gewissensentscheidung jedes einzelnen kann nicht hingenommen werden, daß durch gezielte Aktionen die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr in Gefahr gebracht wird.“

(MdB Buchstaller, SPD, in der Debatte über den Jahresbericht 1967 des Wehrbeauftragten am 15. 1. 69)

„Der Wehrbeauftragte spricht vielmehr in seinem Bericht in wenigen Zeilen von den Schwierigkeiten, die Kompanien und Kompaniechefs durch ‚schwierige‘ Soldaten haben können, sowie davon, daß diese wenigen ‚schwierigen‘ Soldaten, die es — so war es doch wohl immer — in jeder Kompanie in geringer Anzahl geben mag, den Dienstbetrieb der Bundeswehr entscheidend beeinträchtigen können.“

(*MdB Ollesch, FDP, am 15. 1. 69 vor dem Bundestag*)

„Sie alle kennen die Problematik bei der studentischen Jugend, die wir bewältigen müssen. Es wäre erstaunlich, wenn sich hier keine Ausstrahlungen in das Gefüge der Truppe ergeben hätten. So ist es begreiflich, wenn der in bezug auf seine demokratische Integrität unbestreitbare Herr Generalinspekteur besorgt von den großen wachsenden Schwierigkeiten spricht, denen die Bundeswehr nun seit Monaten ausgesetzt sei: erhebliches Anwachsen der Wehrdienstverweigerung, vor allem nach dem Eintreten in die Truppe, Demonstrationen vor den Kasernen, Flugblattverteilung an die Einrückenden usw. So kommt der Generalinspekteur zu der Formel, für die Bundeswehr sei jetzt die Gefahr von links größer geworden als die von rechts, denn hier gehe es um den Angriff auf unsere Verteidigungsbereitschaft schlechthin.“

(*MdB Felder, SPD, am 15. 1. 69 vor dem Bundestag*)

„Die Bundeswehr hat sich jedoch gegenüber großen Belastungen behauptet und bewährt. Sie kann aber auf die Dauer nur dann voll intakt bleiben, wenn Staat und Gesellschaft auch ihrerseits zu ihrer Funktionstüchtigkeit beitragen. Ich meine, daß wir uns ernsthaft mit der Frage des Einwirkens auf die Zersetzung der Bundeswehr und auf Aktionen gegen ihre Funktionstüchtigkeit auseinander setzen müssen. (Zuruf von der CDU/CSU: Aber sehr schnell!)“

(*MdB Dr. Klepsch, CDU/CSU, am 15. 1. 69 vor dem Bundestag*)

„1956 bis 1967 gab es einen Jahresschnitt von 4300 Verweigerern. Vom 1. Januar bis 31. Dezember des vergangenen Jahres waren es bereits 11 798 — allein 3458 in Uniform, 900 mehr als in den ersten elf Bundeswehr-Jahren zusammen.“

(*Spiegel, Nr. 3/69, S. 50*)

„Wenn sich in einer Batterie mehrere Soldaten verschiedener Geschütze als Wehrdienstverweigerer melden und nun nicht mehr an ihrer Waffe verwendet werden dürfen, so fallen diese Geschütze aus, da ausgebildeter Ersatz hierfür

naturgemäß nicht vorhanden ist. Wenn sich in einer Panzerkompanie mehrere Panzerfahrer als Kriegsdienstverweigerer melden, sind die Panzer nicht mehr einsatzbereit; denn die Heranbildung von Panzerfahrern erfordert Zeit. Wie wir aus zahlreichen Gesprächen mit der Truppe wissen, verursacht auch nur ein Soldat als Kriegsdienstverweigerer einer Kompanie Unruhe, insbesondere wenn durch Gehorsamsverweigerung und anderes die Befassung mit disziplinären Maßnahmen und unendlichem Papierkrieg den Kompaniechef von seiner eigentlichen Aufgabe, Soldaten auszubilden, fernhält.“

(*Dr. Zimmermann, CDU/CSU, am 4. 12. 68 vor dem Bundestag*)

„Die Frage der Wehrmittelbeschädigung habe ich in meinem Jahresbericht 1967, den wir heute beraten, nicht angesprochen. Nach den auch mir zugehenden Meldungen über besondere Vorkommnisse in der Bundeswehr hat die Wehrmittelbeschädigung — wie Sie sie mit Recht genannt haben; man kann das auch Sabotage nennen — in der Tat erst im Jahre 1968 rapide zugenommen; an dieser Stelle darf ich sagen, daß sie in einem mir auffallend erscheinenden, prozentual gleichen Maße wie ungefähr die Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer angestiegen ist. (Hört! Hört! in der Mitte.) Diese auffallende Steigerung der Prozentsätze hat mir zu denken gegeben. (...)“

Meine Damen und Herren, auch die politischen Unruhen der letzten Monate sind an der Bundeswehr nicht spurlos vorübergegangen. Das zeigt sich an folgendem: Die Beteiligung der Soldaten an Flugblattaktionen — natürlich vor den Kasernentoren — macht den Vorgesetzten viel zu schaffen. Nach meinen Beobachtungen wird man ohne Inanspruchnahme der Gerichte, der Staatsanwaltschaften und der Polizei auf disziplinärer Ebene mit diesen Dingen fertig. (...) Das gilt insbesondere auch für die Fragen der Fortgeltung von Eid und Gelöbnis, nachdem in diesem Hohen Hause die Notstandsverfassung verabschiedet worden ist. Sie kennen diese Misere aus der Presse. Sie ist auch in großem Maße an mich herangetragen worden, weil Soldaten ihre Wehrpässe an die Kreiswehrersatzämter zurückschickten und sagten: ‚Nachdem ich diesen Eid — oder dieses Gelöbnis — vor diesem Zeitpunkt abgelegt habe, halte ich mich für den Fall des inneren Notstandes für daran nicht gebunden.‘ (...)“

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich für die steigende Unruhe und das steigende Unbehagen in der Bundeswehr noch folgende Symptome nennen: Das Ansteigen der Zahl der unerlaubten Entfernung, d. h. der eigenmächtigen Abwesenheit von der Truppe, im letzten Jahr, ferner die steigende Zahl der Sabotagefälle, von denen ich soeben schon gesagt habe, daß sie in einer auffälligen Korrelation zu der steigenden Zahl der Anträge von Soldaten auf Anerkennung als Wehrdienstverweigerer stehen, weiter insbesondere die steigende Zahl der Eingaben beim Wehrbeauftragten. Im Jahre 1967 hatte ich 4500 Eingaben, im Jahre 1968 eine Zahl von 6517, das sind rund 2000, also etwa 45 % mehr.

(...) ich darf auch daran erinnern, daß, wie alle Grundrechte, auch das Recht auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer ein gemeinschaftsbezogenes Recht ist. Wenn durch den Mißbrauch und die Ausuferung dieses Rechtes die ganze Staatsgemeinschaft in Gefahr geriete, wäre niemand mehr da, der alle anderen Grundrechte schützen könnte. Hieran findet jedes Grundrecht seine Grenze. (...) Seit einiger Zeit werden die Anträge in ständig zunehmender Zahl von Soldaten in bestimmten Ausbildungsbereichen gestellt. Ein Beispiel dazu! Beim Besuch einer Kompanie in einem Panzerbataillon im norddeutschen Raum wurde ich damit bekanntgemacht, daß am Tage zuvor in einer Kompanie zehn Soldaten nach etwa drei- bis viermonatiger Dienstzeit den Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen gestellt hatten. Während ich noch mit dem Bataillonskommandeur darüber diskutierte, kamen zwei weitere Anträge dazu. Die Mehrzahl dieser Soldaten waren Panzerfahrer. Man muß sich einmal vergegenwärtigen, welche Folgen das hat.“

(*Der Wehrbeauftragte Hoogen am 15. 1. 69 vor dem Bundestag*)

„Sie werden auch mit uns nicht fertigwerden. Die Unruhe unter der Jugend ist nicht durch verschärften Polizeierror zu beseitigen. Das zeigt die wachsende Zahl derer, die innerhalb und außerhalb der Bundeswehr einen konsequenten antimilitaristischen Kampf führen. Die Mitglieder der SDAJ Walter Listl, Reinhard Junge, Werner Teriet und viele andere Soldaten haben Beispiele in diesem Kampf geschaffen. Sie haben die Bundeswehr als Machtinstrument der Herrschenden entlarvt. Sie haben sich zu Wortführern der Forderungen junger Arbeiter, die die Uniform der Bundeswehr tragen, gemacht. Sie wurden für ihr mutiges Auftreten eingesperrt. Unsere volle Solidarität gilt ihnen und allen, die heute den antimilitaristischen Kampf im Geiste Karl Liebknechts führen. Genossen, tragt den antimilitaristischen Kampf in die Kasernen und Schulen. Unterstützt die jungen Soldaten in ihrem Kampf um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und auf freie Meinungsäußerung. Kämpft als Soldaten gegen Militarismus und Völkerhetze.“

Unsere Sympathie und Solidarität gilt aber auch den Jugendlichen, die den Dienst in dieser Armee aus politischen Gründen verweigern. Wir wenden uns entschieden gegen die Pläne der Großen Koalition und der Bundeswehrgeneralität, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu durchlöchern oder zu beseitigen. Genossen, vor uns liegt eine schwierige, harte Etappe des politischen und des sozialen Kampfes. Die Auseinandersetzungen werden sich zuspitzen. Der Gegner formiert seine Kräfte, und er wird alles daran setzen, um das Aktionsbündnis der Jugend und aller Demokraten und Sozialisten zu schwächen, zu zerstören und zu sprengen. Darum müssen wir noch stärker werden. Stärkt die sozialistischen Organisationen. Erinnert euch an die Erfahrung der Arbeiterbewegung: Einigkeit macht stark.“

(*Aus einer Rede von Rolf Priemer, Bundesvorsitzender der SDAJ*)

Anmerkungen

Wolfgang Körner, Jahrgang 1937, lebt in Dortmund. Er veröffentlichte 1966 den Verwaltungsroman „Versetzung“, der 1968 in Zusammenarbeit des Autors mit Bernt Rhotert in einer Filmarbeitung über Fernsehen ausgestrahlt wurde. 1967 erhielt Körner den Förderpreis für Literatur von Nordrhein-Westfalen. Im Herbst 1969 erscheint sein zweiter Roman („Nowack“) im Karl Rauch Verlag.

Ludwig Fischer ist 1939 in Leipzig geboren, studierte in Tübingen, Basel und Zürich zunächst Biologie, dann Germanistik und Evangelische Theologie. 1967 Promotion über die Literaturtheorie des Barock, anschließend Assistent bei Prof. Walter Jens, später Gastdozent an der Hochschule für Gestaltung in Ulm, jetzt Lektor für deutsche Sprache an der Universität Stockholm. Im Frühjahr 1969 erscheint ein erster Gedichtband bei J. G. Bläschke.

Artur Troppmann, geboren 1930, lebt in München. Nach der Volksschule war er Kellner, Arbeitsloser, Bauarbeiter, Gummiarbeiter usw. Seit 1956 arbeitet er als Dekorateur. Die Zeit zu seinen ersten Schreibversuchen verschaffte ihm einen Arbeitsunfall.

Peter Schütt, geboren 1939, war zwei Jahre lang Assistent der Germanistik an der Hamburger Universität. Er lebt jetzt als freier Schriftsteller in Hamburg, ist Mitbegründer der Autorengruppe „Hamburg linksliterarisch“ und der Hamburger „Schule schreibender Arbeiter“. Der vorliegende Text ist die erste Fassung einer für die Straßentheatergruppe des R. C. Hamburg geschriebenen Szenenvorlage.

Uwe Timm, geboren 1940 in Hamburg, machte zuerst eine Kürschnerei und dann 1963 das Abitur am Braunschweig-Kolleg. Er studierte Philosophie und Germanistik in München und Paris. Timm lebt in München.

Die drei Texte von Richter, Deppert und Stössel, die wir unter dem Thema „Warum schreiben?“ abdrucken, waren nicht die Antwort auf eine von der Redaktion gestellte Anfrage. Um den Prozeß zu veranschaulichen, den die Hersteller von Literatur gegenwärtig reflektieren, zitieren wir aus den Antworten der drei Autoren auf unsere Ankündigung, ihre Texte unter diesem Hauptthema zu veröffentlichen:

Klaus Richter, 1943 in Hamburg geboren, studiert seit acht Semestern Theaterwissenschaft und Germanistik in München. „Ich identifiziere mich nicht mit der subjektivistischen, zynischen Haltung des fiktiven Ich, das sich im letzten Abschnitt“ (der „Streifgelichter“) „eine Scheinalternative aufbaut, die der Selbstrechtfertigung dient. Ich gehöre einer politischen Gruppe an, die bemüht ist, sich so zu organisieren, daß sie ökonomisch unabhängig und damit politisch wirksam wird (Wohngemeinschaft, Kollektivarbeit etc.).“

Fritz Deppert, geboren 1932, studierte Germanistik und Geschichte. Er promovierte über die Dramen Ernst Barlachs und unterrichtet zur Zeit an einem Gymnasium in Darmstadt. 1968 brachte er in einem Karlsruher Verlag einen kleinen Gedichtband heraus. Deppert ist „durchaus der Meinung, daß man den Stern, auf dem wir leben, ändern und selbst ändern muß“, ist „allerdings über das Gelingen skeptisch“. „Ich gehe, vor allem in zeitkritischen Prosatexten, durchaus nicht in den Elfenbeinturm (oder nur zeitweilig in ausgesprochen lyrischen Gedichten), sehen den möglichen Weg aber erst in Umrissen vor mir.“

Jürgen-Peter Stössel, 1939 in Stuttgart geboren, studierte zunächst Germanistik und Kunstgeschichte, später Tiermedizin in München. Er war kurze Zeit als Tierarzt in der Landpraxis, dann in der pharmazeutischen Industrie beschäftigt. Ab 1. März 1969 übernimmt er die Medizin-Redaktion von „Euromed“ in Gräfelfing. Über „Zwischenrufe“ schreibt er: „Es ist bald ein Jahr seit der Niederschrift vergangen . . . Ich traue dem Schwung nicht mehr, vor allem auch nicht dem versteckten Pathos gegen Ende. Ich betrachte die Lage nach den letzten Monaten sehr viel nüchtern, resignierter vielleicht. Aber das ist wohl immer so, wäre schlimm, wenn's nicht so wäre, wenn man sich in einem Jahr nicht verändert würde.“

Carlo Schellemann, geboren 1924 in Krumbach/Schwaben, ist Mitherausgeber der Zeitschrift „Tendenzen“ und lebt als freier Maler in München.

Erasmus Schöfer, geboren 1931 bei Berlin, promovierte über „Die Sprache Heideggers“ in Bonn; die Arbeit erschien 1962 bei Neske. Lebt als freier Schriftsteller in Köln. Autor einer Reihe von Hörspielen und politisch-literarischen Texten.

Jiří Hajek, geboren 1919, lebt in Prag als Literaturtheoretiker und Kritiker. Er war bis 1968 Chefredakteur der Zeitschrift „Plamen“ und der deutsch- und englisch-sprachigen Zeitschrift „Universum“. Er ist jetzt Cheflektor in einem Prager Verlag. Hajek ist Autor einiger Essay-Bände über die zeitgenössische tschechische Literatur und Mitarbeiter verschiedener literarischer Zeitschriften in Ost und West. (Unter anderem: „Kafka und die sozialistische Welt“, in:

„Kürbiskern“ 1/67.) Der zweite Teil zu dem im vorliegenden Heft erstmals abgedruckten Aufsatz erscheint in der Juni-Nummer (3/69). Der Autor hat diesen Aufsatz in deutscher Sprache geschrieben.

Manfred Wekwerth ist Sekretär der Sektion Darstellende Kunst der Deutschen Akademie der Künste der DDR. Den westdeutschen Lesern ist er vor allem als Chefregisseur des Berliner Ensembles bekannt. Für die Abdrucksrechte danken wir dem Autor und der Deutschen Akademie. Die Rede erschien auch in „Theater der Zeit“, DDR, 1/69.

Kurt Hirsch, geboren 1913, lebt als Publizist in München und beschäftigt sich vorwiegend mit Zeitgeschichte. Er ist Mitinitiator der „Demokratischen Aktion“. Unter anderem folgende Veröffentlichungen: „Kommen die Nazis wieder?“ (K. Desch, 1966), „Deutschlandpläne“ (Rütten und Loenig, 1967), „Signal von rechts“ (Goldmann, 1967).

Walter Fritzsche, geboren 1937, studierte Jura und lebt als Verlagslektor in München. Unter anderem verfaßte er die im „Kürbiskern“ erschienenen Beiträge „Arbeitslager Dingolfing“, „Die neuen spanischen Arbeiterkommissionen“ (beide in 1/67), den „Spendenaufruf“ zur Herrichtung des Grabes von Eugen Leviné (4/68) und übersetzte für den „Kürbiskern“ einige Texte aus dem Englischen. Der zweite Teil des Aufsatzes „Die Intellektuellen der Bayerischen Revolution“ erscheint im Juni (3/69).

Das Protokoll „Marxisten in der Bundeswehr“ wurde von Manfred Vosz zusammengestellt.

Hinweis der Redaktion: Der Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, bereitet ein Buch vor, in dem Kriegsdienstverweigerer zu Wort kommen sollen. Kriegsdienstverweigerer, die an einer Mitarbeit interessiert sind, werden gebeten, spätestens bis zum 1. April 1969 dem Kölner Verlag zu schreiben, aus welchen Gründen (politische, ethische, soziale u. a.) sie den Kriegsdienst verweigert haben oder ihn verweigern wollen. Die Beiträge sollten ca. 3-5 Schreibmaschinenseiten lang sein. Anschrift: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2.

Beilagenhinweis

Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung der Beilage „Frankfurter Allgemeine Zeitung“.

res novae provokativ

Die linke antwortet
Jürgen Habermas

204 Seiten, kartoniert 7,— DM

Mit einer Erwiderung von Jürgen Habermas

Kapitalismus und Pressefreiheit
150 Seiten, kartoniert 5,— DM

Universität und Widerstand
Versuch einer politischen Universität in
Frankfurt
198 Seiten, kartoniert 5,— DM

Die Auferstehung der Gewalt
Springerblockade und politische Reaktion
in der Bundesrepublik
188 Seiten, kartoniert 5,— DM

Psychoanalyse
Alexander Mitscherlich zum 60. Geburts-
tag
111 Seiten, kartoniert 7,— DM

Ernest Mandel
Die deutsche Wirtschaftskrise
60 Seiten, kartoniert 3,— DM

res novae Dritte Welt

Giovanni Blumer
Die chinesische Kulturrevolution
1965/67
400 Seiten, kartoniert 9,— DM

Leo Huberman / Paul M. Sweezy
Kuba
Anatomie einer Revolution
236 Seiten, kartoniert 9,— DM

Ronald Segal
Die Krise Indiens
343 Seiten, kartoniert 9,— DM

Ernesto Che Guevara Venceremos!
Wir werden siegen!
196 Seiten, kartoniert 7,— DM

Europäische Verlagsanstalt

Benziger zeitgenössische Literatur

eine Auswahl 1968/69

John McGahern

Das Dunkle

Aus dem Englischen. Ca. 250 Seiten, Leinen, ca. 16,80 DM. — Die Geschichte eines heranwachsenden Burschen, die seltsame, starke und dunkle Beziehung zu seinem gewalttätigen Vater, seinen inneren Weg zu sich, zu existentieller und sexueller Selbstfindung. „Wie in Robert Musils ‚Törless‘ schafft McGahern eine enge, eindrückliche Welt. Es gibt wenige Autoren, deren kommende Werke man mit mehr Spannung erwartet.“ (The Sunday Times) Während dieser mit dem „Authors Society Award“ ausgezeichnete Roman von der Kritik als außerordentliche literarische Leistung gerühmt worden ist, wurde er in Irland verboten.

Christoph Mangold

Konzert für Papagei und Schifferklavier

Ca. 220 Seiten, Leinen, ca. 17,80 DM. — Der Monolog einer vereinsamten Frau, die in der Erinnerung und aus der Erinnerung lebt. Da sind die Inseln, von denen sie stammt, da sind Worte, Sätze, Gewohnheiten ihres verstorbenen Mannes. Sie redet nur von Vergangenem, von dem, was nicht ist. Diese Erinnerungen sind Geschichten, Bruchstücke von Geschichten, ein kreisendes Kaleidoskop vergangener, nichtexistierender Dinge.

Herbert Meier

Sequenzen

Ca. 72 Seiten, brosch., ca. 7,80 DM. — Ein Gedichtbuch, in dem Arbeiten Herbert Meiers aus den letzten Jahren vorgelegt werden.

Aldo Palazzeschi

Der Doge

Aus dem Italienischen. 164 Seiten, Leinen, 17,80 DM. — Eine brillante Satire auf unsere durch die modernen Informationsmittel eben so oft in Atem wie zum Narren gehaltene Gesellschaft. „Ein bitterböses Märchen ist es, das da so fröhlich daherkommt, eine Parabel auf das Massenzeitalter und seine so leicht verführbaren Menschen.“ (Süddeutsche Zeitung)

Bitte fordern Sie unseren Prospekt „Zeitgenössische Literatur“ an von Ihrem Buchhändler oder vom

Benziger Verlag Köln, Martinstraße 16-20, Abt. 17

INHALT

| | |
|---|-----|
| ✓ <i>Wolf Brannasky</i> : Gemeinsam sind wir stärker | 226 |
| . | |
| ✓ <i>Wolfgang Körner</i> : Christine und die Menschenfresser | 228 |
| ✓ <i>Ludwig Fischer</i> : Gedichte | 234 |
| ✓ <i>Arthur Troppmann</i> : Gedichte | 236 |
| ✓ <i>Peter Schütt</i> : Kampnagel lehrt euch: — Arbeiter wehrt euch! | 243 |
| ✓ <i>Uwe Timm</i> : Gedichte | 255 |
| <i>Warum schreiben?</i> <i>Klaus Richter</i> : Streiflichter | |
| <i>Fritz Deppert</i> : Notschrei eines dichtenden Schulmeisters | |
| <i>J. P. Stössel</i> : Zwischenrufe | 258 |
| . | |
| KRITIK | |
| ✓ <i>Hannes Stütz</i> : Wozu noch Literatur? | 274 |
| ✓ <i>Dieter Süverkrüp</i> : Rede nach meiner Beerdigung | 279 |
| ✓ <i>Carlo Schellemann</i> : Wer hat Kultur? Aber wer macht sie? | 282 |
| ✓ <i>Erasmus Schöfer</i> : Demokratisierung der Künste | 292 |
| . | |
| KLASSENKAMPF | |
| ✓ <i>Jiri Hájek</i> : Der Weg aus der Krise und die Intellektuellen (I) | 298 |
| ✓ <i>Manfred Wekwerth</i> : Der Künstler im Klassenkampf unserer Tage | 314 |
| ✓ <i>Martin Walser</i> : Rede an eine Mehrheit | 335 |
| ✓ <i>Friedrich Hitzer</i> : Zur Kampfansage der Reaktion | 340 |
| ✓ <i>Kurt Hirsch</i> : Kurz-Geschichte der Vorbeugehaft | 344 |
| ✓ <i>Walter Fritzsche</i> : Die Intellektuellen der Bayerischen Revolution I. <i>Kurt Eisner</i> | 356 |
| ✓ <i>Franz-Josef Degenhardt</i> : Rat an einen jungen Sozialisten (nicht Sozialdemokraten) aus der reicheren Welt | 372 |
| ✓ <i>Protokoll I</i> : Marxisten in der Bundeswehr | 373 |
| . | |
| Anmerkungen | 395 |

Junge deutsche Autoren

G. F. Jonke: Geometrischer Heimatroman
144 Seiten, kartoniert DM 10,—

Der „Geometrische Heimatroman“ ist der erste Roman des 1946 in Klagenfurt (Österreich) geborenen G. F. Jonke. Der Titel schon deutet die Spannung zwischen Thema („Heimatroman“) und Methode an. Jonkes Handlung kommt nicht aus irgendwelchen Impulsen, die die Meineidbauern und die Försterliesls der Gattung verliehen haben, sondern gehorcht sprachlichen, formalen, durchaus künstlichen Gesetzen. Aus verqueren Sprachsituationen entwickelt sich ein Panorama eines Dorflebens, das in seiner Künstlichkeit wohl nicht so fernab ist von dem, was wirklich ist. Denen, die in und mit diesem Dorf Politik machen, ist es angenehm, daß auch die Dorfbewohner, seit Jahrhunderten von ihnen erzogen, Ruhe und Ordnung für die erste Bürgerpflicht halten.

Oskar Pastior: Vom Sichersten ins Tausendste. Gedichte
88 Seiten, kartoniert DM 6,—

Der Lyriker Oskar Pastior ist kein „junger Autor“, sein Buch kein „Erstling“. In Rumänien hat er zwei — deutsch geschriebene — Gedichtbände veröffentlicht, für den zweiten erhielt er 1967 den Lyrikpreis des rumänischen Schriftstellerverbandes. Pastior arbeitet (oder: spielt) sehr bewußt mit Sprache. Er versucht, die undurchsichtigen „Wortbrocken“ durchsichtig zu machen, er stellt die vertraute Sprache auf den Kopf, erfindet Scheinsprachen, er erspart sich „Bekenntnisse“ oder verbirgt sie listig. Leise aber beharrlich verschiebt er die Bedeutungen der Wörter, der Sätze, bis dem Leser seine Gewissheiten ungewiß werden.

Konrad Balder Schäuffelen: Raus mit der Sprache
72 Seiten, kartoniert DM 6,—

Konrad Balder Schäuffelen ist kein Unbekannter mehr. Mit verschiedenen Publikationen hat er schon versucht, die — durch die industrielle Fertigung, durch die Tradition bestimmte — Form des Buches zu durchbrechen. Schäuffelen mißtraut der Sprache da, wo sie unreflektiert zur Vermittlung von sogenannten Wahrheiten eingesetzt wird, wo sie nicht mehr ist als selbst nicht in Frage gestelltes Transportmittel für Ideen, Gedanken, Einfälle. Er will sichtbar machen, wie Sprache funktioniert, wo ihre Scharniere sind, er demonstriert, wie die Leute sprechen und zu welchem Zwecke sie es tun. „Raus mit der Sprache“ ist deshalb auch ein politisches Buch, auch da, wo die politischen Inhalte nicht manifest auftreten.

im Suhrkamp Verlag